Oberbürgermeister-befragung 2009

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 06/09 · Nov. – Dez. 2009 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

Oberbürgermeisterbefragung
Wie sieht die finanzielle Situation in den Großstädten aus? Welche Auswirkungen hat die Finanzkrise auf die Kulturfinanzierung? Muss die Kultur die Wirtschaftskrise ausbaden? Gibt es noch Spielräume für kulturelle Innovationen? Oberbürgermeister von 39 Großstädten geben Auskunft.
Seiten 4 bis 25

Medien
Ist Unterhaltung noch die Königsklasse im öffentlich-rechtlichen Fernsehen? Olaf Zimmermann stellt diese Frage an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Verena Wiedemann informiert über Schritte bis zur Genehmigung der Telemedienkonzepte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.
Seiten 26 bis 28

Kulturgroschen
Was fasziniert an den Filmen von Edgar Reitz? Wie wurde Edgar Reitz zu einem Erzähler? Welche Rolle spielt die Zeit in seinem Werk? Darauf geht Rüdiger Safranski in seiner Laudatio auf den Kulturgroschenpreisträger Edgar Reitz ein. Edgar Reitz beschreibt die Ursprünge seiner Arbeit.
Seiten 31 bis 34

Kultur und Kirche
Was ist eine Kulturkirche? Was unterscheidet eine Kulturkirche von einer anderen Kirche? Was unterscheidet eine Kulturkirche von einer Kultureinrichtung? Diesen Fragen wird am Beispiel der mit dem EKD-Kulturpreis gewürdigten Kulturkirche St. Stephanie nachgegangen.
Seite 45

Beilage Interkultur
Was ist Heimat? Welche Rolle spielen Heimatgefühle für Identität, für Fremdheit oder für Aufgehobensein? Gibt es eine Renaissance des Heimatgefühls? Kann Heimat ausgrenzen? Wie kann die Fremde zur Heimat werden? Mit diesen Fragen befassen sich die Autorinnen in der Beilage.
Beilage Seiten 1 bis 4

Editorial

Entfremdung

Die Schlachten sind geschlagen. Die neue Bundesregierung ist gewählt. Die Wahlsieger stehen fest. Nur eine Partei hat auf der ganzen Linie verloren, die SPD. Sie hat nicht nur dramatische Stimmenverluste hinnehmen müssen, sie hat auch ihre Regierungsbeteiligung eingebüßt.

Im Willy-Brandt-Haus wird hoffentlich eine tiefgehende Analyse angestellt werden, wie es dazu kommen konnte. Ich könnte den Parteistrategen eine, wenn auch durch die Kulturratsbrille gesehene, Begründung für diese Wahlschlappe liefern.

Zwölf Jahre ist es her, als der Deutsche Kulturrat deutlich und unüberhörbar eine Stärkung der Bundeskulturpolitik sowie die Einsetzung eines Bundeskulturministers forderte. Gerhard Schröder, damals Kanzlerkandidat der SPD, nahm den Vorschlag auf und berief im Sommer 1998 Michael Naumann in sein Wahlkampfteam. Der erste und bislang einzige Kulturwahlkampf auf der Bundesebene in der Geschichte der Bundesrepublik war für die SPD erfolgreich.

Wenige Wochen später, die neue Bundesregierung war gewählt, Michael Naumann war der erste Kulturstaatsminister der Bundesrepublik, besuchte er den Sprecherrat des Deutschen Kulturrates damals noch in Bonn. Ich kann mich noch heute gut an seine launischen und verletzenden Einlassungen erinnern. In wenigen unzweideutigen Worten machte er uns klar, dass die Kulturverbände von Gestern seien und seiner Ansicht nach nicht mehr gebraucht werden. Die Enttäuschung der Vertreter der Kulturverbände aus den verschiedenen künstlerischen Bereichen war riesengroß. Damals zerbrach eine gefühlte Nähe, die bis heute nicht wiedergekommen ist.

Die SPD konnte damals vor Kraft fast nicht mehr laufen, sie glaubte ohne Austausch mit den Gewerkschaften und den Verbänden der Zivilgesellschaft besser Politik machen zu können. Im letzten Jahrzehnt hat sich der vorparlamentarische Bereich immer deutlicher von der SPD entfremdet. Die SPD wurde immer autistischer, ihre Selbstbezüglichkeit fast pathologisch.

In der Kulturpolitik haben besonders die Union und die Liberalen das entstandene Vakuum genutzt. Der traditionell eher links ausgerichtete Kulturbereich brauchte einige Zeit, um die notwendige Offenheit zu erreichen, mit CDU und FDP unbefangen sprechen zu können. Heute sind die Vorbehalte längst gefallen. Künstler stehen, wenn sie sich überhaupt einer politischen Richtung verbunden fühlen, längst nicht mehr nur auf der Seite der Sozialdemokraten. Die SPD hat ihren Milieuvorteil fast vollständig eingebüßt.

Wenn jetzt nach dem großen Aufräumen in der SPD bald über eine Neuausrichtung gesprochen wird, kann man nur hoffen, dass die selbst gewählte Isolation aufgebrochen wird. Im Grundgesetz der Bundesrepublik steht, dass die Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken. Es steht dort nicht, dass sie alleine dafür zuständig seien. Die organisierte Zivilgesellschaft ist ebenfalls an der Willensbildung beteiligt. Das muss die SPD endlich verstehen und danach handeln. Denn ohne die Hilfe von Freunden, auch aus dem Kulturbereich, wird sie so schnell das Tal der Tränen wohl nicht mehr verlassen.

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kultur-Mensch

Herta Müller

Herta Müller ist die dreizehnte deutschsprachige Nobelpreisträgerin. Sie setzt sich in ihrem Werk mit den Folgen des Ceausescu-Regimes auf das Zusammenleben der Menschen literarisch auseinander. Darin schildert sie auf bedrängende Art die Verletzungen, die die Diktatur den Menschen und der rumänischen Gesellschaft zufügte. Herta Müller ist eine der wichtigsten Chronisten des alten, noch durch die Konfrontation der zwei Machtblöcke bestimmten Europas. Die Auszeichnung mit dem Nobelpreis zeigt die Bedeutung der deutschsprachigen Literatur für die Weltliteratur. Herta Müller beweist mit ihrem Werk, dass politisches Statement und künstlerische Gestaltung übereingehen können, das zeichnet sie und ihr Schaffen in besonderer Weise aus.

© Annette Pohnert/Carl Hanser Verlag

Marktwirtschaft als Kulturprodukt

Von Bernhard Freiherr von Loeffelholz

Die globale Finanzkrise markiert das Ende einer Steuerung des Wirtschaftswachstums durch entfesselte Geld- und Kapitalmärkte. Deregulierung auf Teufel komm raus hat eben dieses bewirkt. Das Versagen der Plutokratie zwingt die Demokratie zum Handeln. Dabei kann es nicht nur um Finanzhilfen gehen. Die Marktwirtschaft muss weltweit neu justiert werden. Der Markt braucht Regeln. Die geschäftlichen Anreize müssen so beschaffen sein, dass sie nicht nur für einige betriebswirtschaftlich vorteilhaft sind, sondern durch optimale Kombination der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital auch für die Gesamtwirtschaft, für die Allgemeinheit. Das ist die Vorstellung, die der Moralphilosoph Adam Smith im 18. Jahrhundert hatte, der erstmals das System der Marktwirtschaft beschrieb. Dazu bedarf es einer Ordnungspolitik, wie sie die „ordoliberalen" Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg für die neue Bundesrepublik Deutschland entwarfen. Sie erkannten, dass der Markt auf externe Rahmenbedingungen angewiesen ist: auf Gesetze und Vorschriften, vor allem aber auf kulturelle und moralische Vorraussetzungen. Einer der führenden Köpfe der Ordoliberalen, Wilhelm Röpke, schrieb: „Markt, Wettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen jene sittlichen Reserven nicht. Sie setzen sie voraus und verbrauchen sie."

Bernhard Freiherr von Loeffelholz Foto: Steffen Giersch

Die Marktwirtschaft ist als europäisches Kulturprodukt der Aufklärung und mit ihrer Weiterentwicklung zum „Wohlstand für alle", wie das programmatische Buch von Ludwig Erhard hieß, zu wichtig, um sie allein den Ökonomen zu überlassen. Die Wirtschaft ist Teil der Kultur eines Landes. Ihre Ordnung bedarf, namentlich in Zeiten des Umbruchs, kultureller Impulse und kultureller Verankerung.

Vor diesem Hintergrund gilt es, vor einer Dominanz ökonomischen Denkens im Kulturbereich zu warnen. Kunst- und Kultureinrichtungen müssen nach ihrer Effektivität als Sammler, Bewahrer, Forscher und Vermittler von Qualität, von Bildung, als Stätten von Kreativität, künstlerischer Ausruckskraft und auch regionaler Identität gefördert werden. In Diskussionen mit Finanzpolitik und Finanzverwaltung bedürfen sie kompetenter und durchsetzungsfähiger Fürsprecher. Es kommt nicht nur auf Zahlen an, sondern auf die Balance von Effizienz und Effektivität.

Wie man seinerzeit Fragen nach der Vernunft des realen Sozialismus stellte, scheint es an der Zeit, einige Fragen nach der Vernunft des realen Kapitalismus zu stellen, Fragen nach der Kultur unseres Wirtschaftens. Kultur im weitesten Sinne ist die Art und Weise, wie wir miteinander umgehen. Wofür veranstalten wir eigentlich all das, was wir als Wirtschaft bezeichnen? Wie gehen wir in der Wirtschaft miteinander um? Welchen Stellenwert hat Ökonomie gegenüber ästhetischen und ethischen Werten?

Nach der Theorie der Marktwirtschaft sorgt der Preismechanismus des freien Wettbewerbs für die beste Kombination der Produktionsfaktoren und damit für die effizienteste Befriedigung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Die Organisation der globalen Geld- und Kapitalmärkte bietet aber in der Praxis offensichtlich falsche Anreize, wenn ein großer Teil der Geldströme weder als Investitionen in die Realwirtschaft noch in den Konsum floss, sondern in immer undurchsichtigere neue Finanzprodukte.

Dem Mittelstand fehlen hingegen Kredite für Investitionen, weil anstelle kundenorientierter und kundenerfahrener Bankdirektoren kapitalmarktorientierte Bonitätsstandards des Baseler Abkommens für die Kreditvergabe ausschlaggebend sind. Auf der anderen Seite verhindert das betriebswirtschaftliche Streben der Großunternehmen nach hohen Renditen volkswirtschaftlich wünschenswerte Investitionen, die bescheidenere Renditen versprechen, mit denen Mittelständler leben können.

Die herrschende Wirtschaftswissenschaft muss sich fragen lassen, ob ihr Bild vom Menschen als Konsument, den die Wirtschaft befriedigen soll, nicht den Blick dafür verstellt, dass der Mensch von einem bestimmten Konsumniveau an mehr Erfüllung finden kann in dem, was er schafft, als was er konsumiert. In einem kalten Betriebsklima lediglich Vorgaben zu erfüllen, die externe Berater festgelegt haben, verschafft keine mitmenschliche Anerkennung und erstickt Kreativität.

Was ist zu tun? Welche kulturellen Kräfte – bei Anwendung eines weiten Kulturbegriffs – könnten den realen Kapitalismus zu einer besser funktionierenden Marktwirtschaft weiterentwickeln? Ein Wirtschaftssystem, das auf größtmögliche und schnellstmögliche Befriedigung individueller Konsumbedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist, reicht nicht mehr aus. Wenn wir nach kulturellen Kräften zur zeitgemäßen Weiterentwicklung der Marktwirtschaft fragen, so müssen wir von der Vielfalt der Kulturen ausgehen – die wir, wie in der UNESCO vereinbart, erhalten wollen – und fragen, welche Grundsätze des Zusammenlebens der Menschen in allen Kulturen zu finden sind, die als Fundamente für eine verbesserte globale Marktwirtschaft taugen.

Ich denke, die wichtigste Kulturaufgabe aller Völker dieser Erde ist der Einsatz für das Leben ihrer Kinder und Enkel. Dazu gehört zu aller erst die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die nach dem Urteil verantwortlicher Wissenschaftler aufs höchste durch unsere Art zu wirtschaften gefährdet sind. Zu den Grundelementen jeder Kultur dürfte zählen, dass Menschen für ihr Tun Verantwortung tragen. Die Wirtschaftsordnung muss darauf hinwirken, dass auf allen Entscheidungsebenen jeder gemäß seiner Entscheidungsfreiheit zur Verantwortung gezogen wird. Dies darf nicht länger nur eine Funktionsverantwortung im Interesse der Shareholder sein. Die Globalisierung wird auf die Dauer nur im Rahmen einer ökosozialen

Weiter auf Seite 2

4 195981 603008 06

Fortsetzung von Seite 1

Marktwirtschaft

Wirtschaftsordnung gelingen, die auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen Entscheidungsmacht, fachliche Kompetenz und gesellschaftliche Verantwortung in sich vereinigt.

Unberührt von den furchtbaren Verwüstungen in Europa, die ideologisch angestachelte Kriege um Privateigentum und Volkseigentum an Produktionsmitteln im 20. Jahrhundert hinterließen, hat die Chicagoer Schule der Wirtschaftwissenschaft im Stande der amerikanischen Unschuld die Maximierung des shareholder value weltweit zum übergeordneten Ziel und Erfolgsmaßstab der Wirtschaft gemacht. Dem plutokratischen Anspruch Milton Friedmanns „The social responsibility of business is to increase its profits“ steht in unserem Grundgesetz Artikel 14 Absatz 2 der kulturelle Anspruch gegenüber: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Dieser Grundsatz sollte in der Europäischen Verfassung verankert werden. Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren und ihren politischen Folgen hat Europa eine kulturelle Verpflichtung, den hemmungslosen Kapitalismus nicht noch einmal zum Auslöser linken oder rechten Extremismus' werden zu lassen. Es gilt in dieser Krise, die Bundeskanzlerin in ihrem Bemühen zu unterstützen, die Völker der Welt für eine Verständigung über gemeinsame Grundwerte des Wirtschaftens zu gewinnen.

In diesem Sinne haben auf dem World Culture Forum in Dresden am 10. Oktober 2009 verantwortungsbewusste Menschen aus Kultur und Wirtschaft – darunter namhafte Vertreter des Club of Rome, des Club of Budapest aber auch der Goi Peace Foundation, Japan und der International Art of Living Foundation, Indien – in einem „Dresdner Manifest“ zehn Thesen und Forderungen an die Staats- und Regierungschefs der G 20 gerichtet. Der Mensch steht heute in einer viel größeren Verantwortung als alle Generationen vor ihm. Mehr denn je ist er auf kulturelle Kräfte angewiesen. Wir brauchen im Prozess der Globalisierung daher Kunst und Kultur nicht nur vordergründig mit Blick auf ihre Nützlichkeit für den Wirtschaftsstandort, sondern vor allem zur Stärkung und Entwicklung unserer mentalen und seelischen Kräfte, damit wir den Herausforderungen unserer Zeit als verantwortliche Menschen gewachsen bleiben. Das Wort Walter Rathenaus aus einer anderen Zeit des Paradigmenwechsels: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ hat seine Gültigkeit nicht verloren. Aber wir können heute zuversichtlich hinzufügen: „Die Kultur ist unsere Chance“.

Der Verfasser war Bankdirektor, Geschäftsführender Vorstand des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft, Präsident des Sächsischen Kultursenates und Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ■

Die neuen und alten Verantwortlichen für Kulturpolitik in der Bundesregierung

Kulturstaatsminister

Bernd Neumann, MdB (CDU) verantwortlich für die Kulturpolitik im Inland, die Deutsche Welle, Stipendien des Bundes, Querschnittsaufgabe zu den anderen mit Kultur befassten Ministerien

Außenminister

Guido Westerwelle, MdB (FDP) u.a. verantwortlich für die Auswärtige Kultur und Bildungspolitik

Justizministerin

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (FDP) u.a. verantwortlich für die Urheberrechtspolitik

Arbeits- und Sozialminister

Franz-Josef Jung, MdB (CDU) u.a. verantwortlich für die Künstlersozialversicherung und die Arbeitsmarktpolitik

Bildungsministerin

Annette Schavan, MdB (CDU) u.a. verantwortlich für kulturelle Bildung

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Entfremdung
Von Olaf Zimmermann 1

KULTUR-MENSCH

Herta Müller 1

LEITARTIKEL

Marktwirtschaft als Kulturprodukt
Von Bernhard Freiherr von Loeffelholz 1

AKTUELLES

Digitalisierung und Erinnerungskultur
Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 3

OBERBÜRGERMEISTER-BEFRAGUNG

Der Spar-Tsunami rollt
Von Olaf Zimmermann 4

Verlässliche Grundlagen in der Kulturfinanzierung erforderlich
Von Gabriele Schulz 5

ANTWORTEN DER OBERBÜRGERMEISTER:

Bremen
Von Jens Böhrnsen 6

Bremerhaven
Von Jörg Schulz 6

Darmstadt
Von Walter Hoffmann 7

Cottbus
Von Frank Szymanski 7

Fürth
Von Thomas Jung 7

Duisburg
Von Adolf Sauerland 8

Erfurt
Von Andreas Bausewein 8

Freiburg
Von Dieter Salomon 9

Essen
Von Wolfgang Reiniger 9

Gelsenkirchen
Von Frank Baranowski 10

Frankfurt am Main
Von Petra Roth 10

Gera
Von Norbert Vornehm 11

Halle/Saale
Von Dagmar Szabados 12

Heidelberg
Von Eckart Würzner 13

Heilbronn
Von Helmut Himmelsbach 13

Herne
Von Horst Schiereck 14

Hildesheim
Von Kurt Machens 14

Jena
Von Albrecht Schröter 15

Karlsruhe
Von Heinz Fenrich 15

Ingolstadt
Von Alfred Lehmann 15

Kassel
Von Bertram Hilgen 16

Krefeld
Von Gregor Kathstede 17

Köln
Von Jürgen Roters 17

Koblenz
Von Eberhard Schulte-Wissermann 17

Magdeburg
Von Lutz Trümper 18

Mönchengladbach
Von Norbert Bude 18

Mülheim/Ruhr
Von Dagmar Mühlenfeld 19

München
Von Christian Ude 19

Münster
Von Markus Lewe 20

Oberhausen
Von Klaus Wehling 20

Oldenburg
Von Gerd Schwandner 21

Paderborn
Von Heinz Paus 21

Osnabrück
Von Boris Pistorius 22

Regensburg
Von Hans Schaidinger 22

Wolfsburg
Von Rolf Schnellecke 22

Potsdam
Von Jann Jakobs 23

Mannheim
Von Peter Kurz 24

Wiesbaden
Von Helmut Müller 24

Chemnitz
Von Barbara Ludwig 24

DIGITALISIERUNG

Glanz und Elend des Internets
Von Kristin Bäßler 25

MEDIEN

Immer Ärger mit der Jugend!
Von Max Fuchs 26

Mehr gute Unterhaltung bitte
Von Olaf Zimmermann 27

Was dürfen ARD und ZDF im Internet?
Von Verena Wiedemann 28

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den von der ARD und dem ZDF vorgelegten Telemedienkonzepten 28

COMPUTERSPIELE

Ein Projekt zum Erwerb von Medienkompetenz
Von Hartmut Warkus 29

Ein Tag auf der gamescom
Von Felix Zimmermann 30

KULTURGROSCHEN 2009

Der Kulturgroschen 2009 geht an Edgar Reitz
Von Monika Grütters 31

Über die Bedeutung einer „illegitimen Kunst“
Von Max Fuchs 31

Ein Teil meiner Lebenserfahrung
Von Rüdiger Safranski 32

Spätes Erwachen der Erzählfreude
Von Edgar Reitz 33

20 JAHRE MAUERFALL

Revolutionssplitter
Von Stephan Dorgerloh 35

ARBEITSMARKT KULTUR

Auseinandersetzung mit dem Original
Von Volker Schaible 35

GOETHES WELT

Von der Kulturrepräsentanz zum kulturellen Dienstleister
Von Sebastian Moll 36

ÜBER DEN TELLERRAND

Brücke oder Dynamit? Provokation zum interkulturellen Dialog
Von Christine M. Merkel 37

Kultur, die besondere Dienstleistung
Von Hans-Jürgen Blinn 38

DAS INTERVIEW

„Die Stunde Null hat es in der Kunstwelt nie gegeben“
Stefanie Ernst interviewt Stefan Koldehoff 39

KULTURELLE BILDUNG

Kultur als sozialer Faktor
Von Guido Klumpp 40

Brauchen Ältere besondere Kulturangebote?
Von Kim de Groote und Nina Selig 41

Jung und dynamisch
Von Norbert Radermacher 41

Kultur ein Leben lang – Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen 42

KULTURLANDSCHAFT DEUTSCHLAND

Kulturelle Vielfalt im ländlichen Raum
Von Joachim Mühle 43

LUTHER 2017

„... ein glühender Backofen voller Liebe“
Von Peter Reifenberg 44

KULTUR UND KIRCHE

Eine Kirche mit einem klaren kulturellen Profil
Von Olaf Zimmermann 45

Am Tag nach dem Gottesdienst gibt es ein Theaterstück
Von Louis-Ferdinand von Zobeltitz 45

KULTURELLES LEBEN

„Kampfgenosse“ Schiller
Von Georg Ruppelt 46

PORTRAIT

Die Pianistin im Plenarsaal
Von Alexandra Scherer 47

BUNDESTAGS-DRUCKSACHEN 47

KURZ-SCHLUSS

Wie „Das Letzte“ für mich einmal das Allerletzte wurde
Von Theo Geißler 48

BEILAGE INTERKULTUR

Heimat – Wir suchen noch
Von Katrin Göring-Eckardt 1

Kulturvermittlung braucht Gemeinschaft
Von Ritva Prinz 2

Heimat + Film = Heimatfilm?
Von Kristin Bäßler 2

Polyphonie – Stimmen der kulturellen Vielfalt
Von Flavia Neubauer 3

Theater interkulturell – eine Bestandsaufnahme
Von Ute Handwerg 4

Digitalisierung und Erinnerungskultur

Die beiden Pole der Kulturpolitik in der Koalitionsvereinbarung • Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Am 24. Oktober dieses Jahres war es so weit, die neue schwarz-gelbe oder auch bürgerliche Koalition legte ihren Koalitionsvertrag vor. Kulturpolitik ist als Querschnittsaufgabe in verschiedenen Kapiteln des Koalitionsvertrags verankert. Besonders ausführlich wird auf zwei Themen eingegangen: die Herausforderungen durch die Digitalisierung und die Erinnerungskultur.

Zunächst die gute Nachricht: Digitalisierung wird sicherlich eines der Kernthemen der Kulturpolitik des Bundes in der nächsten Legislaturperiode sein. Das Kapitel „Recht“ der Koalitionsvereinbarung widmet sich ausführlich dem Thema. Dem Urheberrecht wird eine zentrale Schlüsselfunktion in der modernen Informationsgesellschaft zugewiesen. Gesetzlichen Internetsperren bei Urheberrechtsverletzungen wird eine klare Absage erteilt. Es sollen andere Instrumente zur besseren und konsequenteren Durchsetzung des Urheberrechts entwickelt werden. Maßnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für das geistige Eigentum sollen gefördert werden. Es wird unmissverständlich formuliert, dass der Schutz durch das Urheberrecht eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung und Verwertung kreativer Leistungen ist. Ebenso wird unterstrichen, dass sich das System der Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften bewährt hat. Insgesamt will die neue Koalition rasch einen Dritten Korb Urheberrecht in der Informationsgesellschaft angehen. Dabei wird sie beispielsweise zeigen müssen, wie sich die Forderung nach einem starken Urheberrecht im Rechtskapitel auf der einen Seite mit dem Angebot der Änderung der Kabelweiterleitung im Kapitel „Wirtschaft“ auf der anderen Seite vereinbaren lässt. Auch wird sie Vorschläge machen müssen, wie sie sich die Sicherung des geistigen Eigentums im Internet vorstellt.

Merkwürdig blass sind bisher die Aussagen zur Kulturwirtschaft. Es wird davon gesprochen, dass die Existenzgründung von kleinen Kulturwirtschaftsunternehmen gefördert werden soll. Nicht thematisiert wird, dass sich viele kulturwirtschaftliche Märkte im Moment in einem grundlegenden Umbruch befinden. Die Musikwirtschaft war erst der Vorgeschmack auf das, was der Filmbranche und dem Literaturbereich – zumindest mit Blick auf den Sachbuchmarkt – noch blühen.

Wenig Beachtung fand dabei auch, dass gerade mit Blick auf das Urheberrecht und die Wissengesellschaft ein Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Urheber, der Verlagswirtschaft und der Wissenschaft bzw. der Bibliotheken zu finden sein wird.

Eine der Aufgaben in der nächsten Legislaturperiode wird es sein, genau die Vernetzungen, aber auch die Streitpunkte und widerstreitenden Interessen gerade mit Blick auf die Wissenschaft und die Verlagswirtschaft herauszuarbeiten und Lösungsmodelle zu entwerfen.

WTO/Konvention Kulturelle Vielfalt

Das Thema Kulturwirtschaft spielt ebenfalls mit Blick auf die Welthandelspolitik und die UNESCO eine wichtige Rolle. An verschiedenen Stellen wird im Koalitionsvertrag ausgeführt, dass die seit mehreren Jahren laufenden GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services) in der WTO (Welthandelsorganisation) zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen zügig zu einem Abschluss geführt werden sollen. Insbesondere für deutsche mittelständische Unternehmen erhofft man sich Vorteile.

Keine Rede ist von Ausnahmeregelungen für den Kultur- und Medienbereich und auch die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (Konvention Kulturelle Vielfalt) findet keine Erwähnung im Koalitionsvertrag. Es kann sein, dass dem Dauerbrenner GATS in der nächsten Zeit wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken sein wird.

Soziale Sicherung

In der Koalitionsvereinbarung wird die Fortsetzung der Stabilisierung der Künstlersozialversicherung angekündigt. Die Koalitionäre schreiben in ihrer Vereinbarung: „Wir werden die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung mit einer transparenten und nachvollziehbaren Versicherungspflicht fortsetzen.“ Keine Rede ist davon, dass die sozialen Sicherungssysteme für jene Gruppen – nicht nur im Kulturbereich – weiterentwickelt werden müssen, die weder als Angestellte noch als freiberufliche Künstler oder Publizisten in der gesetzlichen Sozialversicherung versichert sind. Eine wachsende Gruppe fällt durch die Roste des bisherigen sozialen Sicherungssystems. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hatte empfohlen, für diese Gruppe Lösungsmöglichkeiten in der sozialen Sicherung zu suchen. Hier ist eine Leerstelle im Koalitionsvertrag, die gefüllt werden muss.

Steuern

Steuerpolitik ist eines der Kernthemen des Koalitionsvertrags. Für die Kulturwirtschaft kommt die Nagelprobe bei der Mehrwertsteuer. Hier will die neue Koalition eine Kommission einsetzen, die sich mit der Systemumstellung bei der Mehrwertsteuer und dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst. Die Aussage, dass Benachteiligungen auf den Prüfstand sollen, kann zwar so gedeutet werden, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz im Bereich der Bildenden Kunst auf die Kunstfotografie und Videokunst ausgedehnt wird oder nunmehr – wie von EU-Seite inzwischen zugestanden – der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Hörbücher eingeführt wird. Die Aussage könnte aber auch bedeuten, dass der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kulturgüter überdacht wird. Seine Sicherung steht jedenfalls nicht im Koalitionsvertrag. Demgegenüber wird angekündigt, einen ermäßigten Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen im Hotel- und Gaststättengewerbe einzuführen.

Nicht nur zur Umsatzsteuer, auch zur Neuordnung der Gemeindefinanzen soll eine Kommission eingesetzt werden. Hier wird die im Wahlkampf von der FDP präferierte Abschaffung der Gewerbesteuer nur angedeutet. Mit Blick auf die Kulturfinanzierung wird es wichtig sein, die Gemeindefinanzierung zu stärken und nicht auszuhöhlen.

Bürgerschaftliches Engagement

Es soll eine Nationale Engagementstrategie entwickelt und ein Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet werden. Es ist zu hoffen, dass dabei die Vorschläge zur Änderung des Zuwendungsrechts, die bereits seit Abschluss der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ auf dem Tisch liegen und die von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ noch einmal bekräftigt wurden, aufgenommen werden. Bislang steht relativ unverbindlich in der Vereinbarung, dass ehrenamtlich Engagierte von Bürokratie und Haftungsrisiken entlastet werden sollen. Es wird darauf ankommen, jetzt nicht zu kurz zu springen. Auffallend ist, dass unter dem Kapitel „Bürokratieabbau“ das Zuwendungsrecht nicht genannt wird.

Weiter sollen in diesem Politikfeld die Freiwilligendienste zusammengeführt und die Plätze für das Freiwillige Soziale Jahr Kultur erhöht werden.

Kulturelle Bildung

Im Kapitel „Bildungspolitik“ wird zwar wortreich ausgeführt, welche Bedeutung Bildung für die Gesellschaft hat. Man kann sich dennoch nicht des Eindrucks erwehren, dass Bildung vor allem mit Blick auf Zwecke gesehen wird. Es wird zwar einmal gesagt, dass auch die Geistes- und Kulturwissenschaften aufgrund ihrer Bedeutung für das kulturelle Gedächtnis und für die Gestaltung der Zukunft gestärkt werden sollen, Impulse scheinen von dort aber nicht erwartet zu werden. Im Mittelpunkt stehen die Naturwissenschaften. Schade ist, dass bei der Hochbegabtenförderung ebenfalls vor allem an Naturwissenschaften und Technik gedacht wird und die Förderung des künstlerischen Nachwuchses mit keiner Silbe erwähnt wird.

Ein Fortschritt ist sicherlich, dass es ein klares Bekenntnis zu Bildung als gesamtstaatlicher Aufgabe gibt. Gerade dieses wurde von Unionsseite lange bestritten. Zwar findet sich auch im Koalitionsvertrag die Einschränkung, dass eine Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen unter der Wahrung der jeweiligen staatlichen Zuständigkeit angestrebt wird, aber die Aussage der gesamtstaatlichen Aufgaben wird sich nicht wegdiskutieren lassen. Sie wird auch mit Blick auf die angestrebte Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes von Relevanz sein. Hier steht zwar vor allem die Qualität und Effizienz der Jugendhilfe im Mittelpunkt, dennoch wird darauf zu achten sein, dass die kulturelle Bildung weiterhin fester Bestandteil des Kinder- und Jugendplans bleibt.

Die Stärkung der kulturellen Bildung auch unter dem Blickwinkel der Integration wurde auch im Kulturkapitel vorgenommen.

Auswärtige Kulturpolitik

Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung wird als werteorientiert beschrieben, die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll noch stärker als Beitrag zur Krisenprävention, zum Menschenrechtsschutz und zur Freiheitsförderung verstanden werden. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll bestmöglich finanziell ausgestattet werden, weil es sich dabei um eine langfristige politische, kulturelle und wirtschaftspolitische Investition handelt.

Es bleibt zu hoffen, dass dieses keine Rückkehr zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik unter der Ägide von Außenminister Fischer (Bundnis90/Die Grünen) sein wird, der nämlich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik allenfalls als Mittel zum Zweck und nicht als Politikfeld mit einem eigenen Wert ansah.

Erinnerungskultur

Das originäre Kulturunterkapitel steht unter der Überschrift „Geschichte und Kultur“. Selbstbewusst wird hier formuliert: „Deutschland ist eine europäische Kulturnation. Kunst und Kultur sind der Zukunftsmotor einer Gesellschaft.“ Die klare Formulierung, dass Deutschland eine Kulturnation ist, lässt mit Blick auf die Diskussion um das Staatsziel Kultur zwei Schlüsse zu: entweder, dass das Staatsziel Kultur als überflüssig angesehen wird, weil Deutschland ohnehin eine Kulturnation ist und es daher nicht verankert werden muss, oder aber dass nach diesem Bekenntnis das Staatsziel Kultur im Grundgesetz die längst fällige grundgesetzliche Bekräftigung des Staatsverständnisses ist. Die FDP hatte sich in den Wahlprüfsteinen des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 2009 weit aus dem Fenster gelehnt. Sie wollte das Staatsziel Kultur im Grundgesetz zum Gegenstand der Koalitionsvereinbarung machen. So findet sich im Kapitel „Recht“ die Aussage „Die Koalition wird Gespräche über etwaige Änderungen des Grundgesetzes mit anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag sowie mit den Ländern aufnehmen.“ Dieses könnte als Ansatzpunkt für das seit langem debattierte Staatsziel Kultur genommen werden. Die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz ist keine parteipolitische Frage, sondern berührt die Grundlagen des Staatsverständnisses. Eine fraktionsübergreifende Initiative, die die Länder einbezieht, wäre ein positiver Schritt, um nach dem Schutz der natürlichen auch die geistigen Lebensgrundlagen zu sichern. Trotzdem hätten wir uns eine eindeutigere Aussage zum „Staatsziel Kultur im Grundgesetz“ im Koalitionsvertrag gewünscht.

Sehr ausführlich werden des Weiteren in diesem Kapitel die Vorhaben im Bereich der Erinnerungskultur geschildert.

Und noch viel mehr

In dem 124 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag finden sich noch viel mehr Aspekte, die den Kulturbereich mittelbar oder unmittelbar betreffen. Zum Beispiel, dass ausländische Absolventen künstlerischer Studiengänge leichter in Deutschland bleiben können sollen, dass das öffentliche Bewusstsein für die Baukultur gestärkt werden soll, dass der Kulturtourismus gefördert werden soll usw.

Es wird jetzt genau zu beobachten sein, welche Initiativen die Bundesregierung ergreifen und vor allem wie sich die Opposition aufstellen wird.

Die Regierung hat sich kulturpolitisch gerade mit Blick auf den Schwerpunkt Digitalisierung viel vorgenommen. Das ist gut so. Es wird wichtig sein, sich in die Debatten einzumischen und zu verdeutlichen, an welchen Stellen bei den vielen widerstreitenden Positionen im Kulturbereich Konsens herrscht. Auf die Gremien des Deutschen Kulturrates warten spannende Debatten.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Die neuen und alten Verantwortlichen für Kulturpolitik in der Bundesregierung

Familienministerin

Ursula von der Leyen, MdB (CDU) u.a. verantwortlich für kulturelle Kinder- und Jugendbildung, Altenkultur, Engagementpolitik

Finanzminister

Wolfgang Schäuble, MdB (CDU) u.a. verantwortlich für Steuerpolitik

Parl. Staatssekretär im Wirtschaftsministerium

Hans-Joachim Otto, MdB (FDP) u.a. verantwortlich für Informationsgesellschaft und Kulturwirtschaft

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

Maria Böhmer, MdB (CDU) u.a. verantwortlich für interkulturelle Bildung

Fotonachweise:

Bernd Neumann: Deutscher Bundestag
Hans-Joachim Otto: Deutscher Bundestag
Ursula von der Leyen: BMFSFJ
Annette Schavan: CDU/CSU
Guido Westerwelle: Büro Westerwelle
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: FDP-Bundestagsfraktion
Franz-Josef Jung: BMVg
Maria Böhmer: Böhmer/ Laurence Chaperon
Wolfgang Schäuble: Bundespresseamt

Der Spar-Tsunami rollt

Nothilfefonds Kultur zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur ist erforderlich • Von Olaf Zimmermann

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Kulturbereich erscheinen teilweise wie ein Tsunami. Das Seebeben hat stattgefunden, die Wellen bauen sich auf und jeder weiß, dass eine Katastrophe naht. Doch was kann getan werden? Hoffen, ungeschoren davonzukommen? Weglaufen oder sich entgegen stellen? Und vor allem, was passiert nach der Überflutung und der unausweichlich damit einhergehenden Zerstörung?

Im März dieses Jahres führte der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags eine Anhörung zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Kulturbereich durch. Angehört wurden Barbara Lison für den Bibliotheksbereich, Toni Schmid für die Kultusministerkonferenz, Klaus Hebborn für den Deutschen Städtetag, Wilhelm Kroll für die Stiftungen, Michael Roßnagel für den Bereich Kultursponsoring und ich selbst als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates für das gesamte kulturelle Leben. Bei dieser Anhörung herrschte ebenfalls dieses Gefühl des herannahenden Spar-Tsunamis. Alle sprachen davon, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise starke Auswirkungen auf den Kulturbereich haben wird, so richtig zu spüren waren sie zu dem Zeitpunkt aber noch nicht. Jetzt im Herbst 2009 wird es konkreter.

Der Kölner Stadtkämmerer hat vor einigen Wochen angekündigt, im Kulturetat 30% einsparen zu wollen. Dieser Betrag fällt so hoch aus, weil es sich bei der Kulturfinanzierung um eine sogenannte „freiwillige" Leistung der öffentlichen Hände handelt. Bei den kommunalen Pflichtausgaben sollen „nur" 15% eingespart werden. Beide Planziffern deuten auf einen Kahlschlag hin. Und Köln steht nicht allein. Die einbrechenden Gewerbesteuereinnahmen, die hauptsächliche Einnahmequelle der Städte und Gemeinden, wirken sich auf die Städte- und Gemeindehaushalte aus und lassen Düsteres für die Haushaltsverhandlungen im Herbst 2009 erahnen.

Der Deutsche Städtetag meldete am 25.09.2009, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte reiße. Die kommunalen Haushalte werden auf der einen Seite durch sinkende Gewerbesteuereinnahmen und auf der anderen Seite durch steigende Sozialausgaben in den Städten belastet. Allein die Gewerbesteuer ist um 15% eingebrochen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dem vornehmlich kleinere Städte und Gemeinden angehören, prognostiziert für die Jahre 2010 bis 2013 ein Finanzierungsdefizit von durchschnittlich 12 Mrd. Euro im Jahr. Die Handlungsspielräume werden enger und enger.

Nach der Bundestagswahl wird mit der Einbringung des Bundeshaushalts 2010 auch die Bundesregierung die Katze aus dem Sack lassen. Nicht nur Maßnahmen wie die Konjunkturpakete I und II, die helfen sollten, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise abzumildern, haben das Staatsdefizit weiter erhöht, jetzt wird endlich thematisiert, dass die mit großem Aplomb verabschiedete Schuldenbremse im Grundgesetz zu massiven Einsparungen im Bundeshaushalt führen muss, da ansonsten die selbst gesteckten Kriterien, die jetzt sogar Verfassungsrang haben, nicht erfüllt werden können.

Um die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, wurde mit der Föderalismusreform II im Grundgesetz festgelegt, dass sukzessive die Haushalte von Bund und Ländern ausgeglichen werden müssen und die Neuverschuldung zurückgefahren werden muss. Dem Bund wird ab dem Jahr 2016 ein strukturelles Defizit von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zugestanden. Die Länder dürfen ab dem Jahr 2020 keine Schulden mehr machen. Da die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein mit einer besonders schwierigen Haushaltslage konfrontiert sind, sollen sie in den Jahren 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen erhalten. Im Jahr 2019 endet der Solidarpakt II, mit dem bisher die ostdeutschen Länder unterstützt werden, diese Länder werden also mit zusätzlichen Finanzproblemen zu rechnen haben.

In der Presse kursieren Papiere aus dem Bundeskanzleramt, laut denen alleine nur wegen der Schuldenbremse bis zum Ende der 17. Legislaturperiode (2013) mehr als 40 Mrd. Euro eingespart oder aber zusätzlich eingenommen werden müssen. – Und dies alles vor dem Hintergrund einer Diskussion um Steuersenkungen.

Für die Länder hat der damalige rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel bereits bei der Debatte zur Föderalismusreform II im Juli dieses Jahres davon gesprochen, dass sie wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz bis zum Jahr 2020 jedes Jahr 3,5 Mrd. Euro einsparen müssten. Bereits jetzt sprechen Ländervertreter hinter vorgehaltener Hand davon, dass sie nicht wissen, wie sie in den kommenden Jahren ihre Kultureinrichtungen finanzieren sollen. Von neuen, innovativen Vorhaben ganz zu schweigen. Die zu befürchtenden Kürzungen bei der „freiwilligen" Leistung Kultur werden nicht mehr durch Einsparungen bei einzelnen Institutionen zu leisten sein, sie werden aller Voraussicht nach zu Schließungen führen müssen.

Das ist die Ausgangssituation, vor der die Kulturfinanzierung in den nächsten Jahren stehen wird: massive Einnahmeausfälle aufgrund der Wirtschaftskrise, steigende Ausgaben für Sozialausgaben aufgrund der Wirtschaftskrise und riesige Sparprogramme, um die Kriterien der Schuldenbremse auch nur annähernd zu erreichen.

© BirgitH/pixelio.de

Die Ausgangssituation: Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden

Der Kulturfinanzbericht 2008, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern, gibt Auskunft über die Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden vom Jahr 1995 bis zum Jahr 2007 (Soll-Ansatz). Werden die öffentlichen Kulturausgaben in den jeweiligen Preisen berechnet, so sind sie von 91,4 Euro/Einwohner (Ist) im Jahr 1995 auf 99,1 Euro/Einwohner im Jahr 2007 (Soll) gestiegen. Werden allerdings die Preise des Jahres 2000 zugrunde gelegt und die Ausgaben der Jahre 1995 und 2005 bis 2007 auf der Grundlage der Preise des Jahres 2000 berechnet, ergibt sich ein anderes Bild. Dann haben die Kulturausgaben im Jahr 1995 92,4 Euro/Einwohner (Ist) betragen und im Jahr 2007 91,5 Euro/Einwohner (Soll). Eine solche – realistischere – Betrachtung zeigt, dass die Kulturausgaben pro Kopf in den Jahren 1995 bis 2007 keineswegs, wie zunächst zu vermuten ist, gestiegen, sondern vielmehr gesunken sind. Auch der Anteil der Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist von 0,40% (Ist) im Jahr 1995 auf 0,34% (Soll) gesunken. Insgesamt betrachtet also keine gute Ausgangssituation.

Doch können diese zusammengefassten Daten nur eine erste Annäherung an die Kulturausgaben bieten, da die Situation im Bund, den Ländern und den Kommunen sehr unterschiedlich ist. Darüber hinaus unterscheiden sich sowohl die Länder als auch die Kommunen untereinander stark voneinander.

Einen ersten Eindruck von diesen Unterschieden vermittelt der Kommunalisierungsgrad der Kulturausgaben der Länder und Gemeinden. Damit wird der Anteil der Städte und Gemeinden an den Kulturausgaben in den Ländern ausgedrückt. Im Jahr 1995 betrug der Kommunalisierungsgrad 48,8% und im Jahr 2005 52,1%. Er hat also zugenommen. Dabei zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild von Land zu Land.

In etwa gleich geblieben ist der Kommunalisierungsgrad in Niedersachen (1995: 52,1%, 2005: 52,8%) und in Nordrhein-Westfalen (1995: 82,5%, 2005: 81,8%). Gesunken ist der Kommunalisierungsgrad in folgenden Ländern:

- Hessen (1995: 64,4%, 2005: 61,2%)
- Rheinland-Pfalz (1995: 60,0%, 2005: 54,6%)
- Saarland (1995: 33,7%, 2005: 28,3%)
- Sachsen (1995: 45,4%, 2005:44,1%)
- Sachsen-Anhalt (1995: 59,7%, 2005: 56,7%).

In diesen Ländern fand eine Verschiebung der Kulturausgaben von den Städten und Gemeinden zu den Ländern statt.

Gestiegen ist der Kommunalisierungsgrad in folgenden Ländern:

- Baden-Württemberg (1995: 52,6%, 2005: 57,6%)
- Bayern (1995: 50,6%, 2005: 52,7%)
- Brandenburg (1995: 53,0%, 2005: 55,7%)
- Mecklenburg-Vorpommern (1995: 46,8%, 2005: 52,3%)
- Schleswig-Holstein (1995: 46,8%, 2005: 50,6%)
- Thüringen (1995: 38,8%, 2005: 44,0%).

In diesen Ländern übernahmen im Jahr 2005 die Städte und Gemeinden einen größeren Anteil der Kulturausgaben als im Jahr 1995. Gerade in diesen Ländern werden sich die sinkenden kommunalen Einnahmen in besonderer Weise bemerkbar machen.

Bis auf das Saarland (Kommunalisierungsgrad 28,3%), Sachsen (Kommunalisierungsgrad 44,1%) und Thüringen (Kommunalisierungsgrad 44,0%) bestreiten in den anderen Flächenländern die Kommunen mehr als 50% der Kulturausgaben. Besonders hoch ist der Kommunalisierungsgrad in Nordrhein-Westfalen und gerade dieses Land ist nach wie vor vom Strukturwandel geprägt. Die wegfallenden industriellen Arbeitsplätze konnten nicht kompensiert werden. Viele Kommunen können schon längst keine eigenständigen Haushaltsentscheidungen mehr treffen, sondern stehen unter der Aufsicht der Haushaltssicherung durch die Bezirksregierungen oder Länder.

Wenn die Schuldenbremse erst einmal greift, wird die bestehende Haushaltssicherung der Kommunen durch übergeordnete Landesbehörden noch einmal zusätzlich beaufsichtigt und gesteuert durch den neu einzusetzenden Stabilitätsrat. Bislang war erst wenig vom neu eingefügten Art. 109 a Grundgesetz die Rede. Hier wird beschrieben, dass ein Stabilitätsrat eingerichtet wird, der folgende Aufgaben hat:

- fortlaufende Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern auf der Basis festzulegender finanzwirtschaftlicher Kennziffern,
- sollten sich aus der Überwachung Hinweise für das Risiko einer Haushaltsnotlage ergeben, wird eine umfassende Analyse der Haushaltssituation der betreffenden Gebietskörperschaft erstellt, auf dieser Grundlage wird geprüft, ob eine Haushaltsnotlage besteht,
- wird die Haushaltsnotlage festgestellt, muss die betroffene Gebietskörperschaft alle Konsolidierungsspielräume konsequent ausschöpfen und ein Sanierungsprogramm mit dem Stabilitätsrat vereinbaren,
- der Stabilitätsrat überwacht dann die Durchführung des Sanierungsprogramms.

Im Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform (Bundestagsdrucksage 16/12400) wird festgelegt, wer dem Stabilitätsrat angehören soll:

- der Bundesminister der Finanzen,
- die für Finanzen zuständigen Minister der Länder,
- der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Weder die Bildungs- und Kulturminister der Länder noch des Bundes werden einbezogen, ebenso wenig die Parlamente. Vor dem Hintergrund der eigentlich dringend erforderlichen Investitionen in Bildung, Kultur und Wissenschaft eine kaum nachzuvollziehende Entwicklung.

Nothilfefonds Kultur zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur

Angesichts der eingangs beschriebenen bereits feststellbaren und der drohenden Haushaltsdefizite wird die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit darin bestehen, die kulturelle Infrastruktur zu sichern. Dabei muss es neben den unbestreitbar notwendigen kulturellen Leuchttürmen vor allem um das lebendige Kulturleben vor Ort gehen. Hier geht es:

- um Angebote der kulturellen Bildung für Alte und Junge,
- um interkultureller Angebote, um die Integration hier lebender Migranten zu verbessern,
- um Kulturangebote für jedermann, um die Teilhabe am kulturellen Leben zu verbessern,
- um die Ermöglichung künstlerischer Experimente, um damit die Kulturpflege nicht von der zeitgenössischen Kunstentwicklung abzukoppeln,
- um die Gemeinwesenorientierung der Kulturförderung.

Kulturausgaben dürfen dabei nicht gegen Sozialausgaben ausgespielt werden. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. Beide sind für lebenswerte Kommunen dringend erforderlich.

Um die schlimmste Not in der Kulturfinanzierung in den nächsten Jahren zu überbrücken, sollte dringend ein Nothilfefonds des Bundes eingerichtet werden. Er könnte beispielsweise bei der Kulturstiftung des Bundes angesiedelt werden und nach fachlichen Kriterien unter Einbezie-

Weiter auf Seite 5

Oberbürgermeisterbefragung

Vor genau vier Jahren in der Ausgabe 6/2005 von *politik und kultur* wurde erstmals eine Befragung der Oberbürgermeister von Städten über 100.000 Einwohnern veröffentlicht. Angesichts der Finanzkrise und der Debatten um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurden im September 2009 erneut 78 Oberbürgermeister von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern befragt, wie sich die Kultur in der jeweiligen Stadt mit Blick auf die schwierige Haushaltslage entwickeln wird, ob das Erfordernis von Einsparungen gesehen wird? Ob Spielräume für Investitionen bestehen und welche Akzente gesetzt werden sollen? 39 Oberbürgermeister haben geantwortet. Dabei bestand in Nordrhein-Westfalen das Problem, dass in einigen Städten aufgrund der Kommunalwahl Ende August 2009 die Oberbürgermeister wechseln, der neue aber das Amt noch nicht angetreten hat. Teilweise haben bereits die neuen Oberbürgermeister geantwortet, teilweise die alten.

Eingangs setzt sich Olaf Zimmermann mit den anstehenden Spardiskussionen auseinander. Gabriele Schulz stellt einige prägnante Aussagen der Oberbürgermeisterbefragung vor. Darauf folgen die Statements der Oberbürgermeister.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 4

hung von Experten aus den jeweiligen Fachverbänden Fördermittel vergeben, damit aus finanziellen Engpässen keine Abwärtsspiralen entstehen. Verheerend ist, wenn Kultureinrichtungen so unterfinanziert werden, dass sie zwar weiter existieren, aber kein attraktives Programm anbieten können. Dann bleiben zwangsläufig die Besucher aus, dann gibt es weitere Gründe für Kürzungen und die Abwärtsspirale dreht sich noch mehr nach unten.
Daher wird es erforderlich sein, neben Finanzhilfen in aktuellen Notfällen auch grundlegende Konzepte für kulturelle Infrastruktur vor Ort zu entwickeln. Akute Nothilfen könnten von solchen mittelfristigen Konzepten abhängig gemacht werden.

Die Kulturpolitik der nächsten Jahre wird vor mehreren großen Herausforderungen stehen. Es wird – insbesondere auf der Kommunal- und Landesebene – immer wieder darum gehen, das Überleben einzelner Einrichtungen zu sichern. Es wird darüber hinaus um übergreifende Konzepte der Kulturentwicklung gehen. Wo liegen die Stärken der kulturellen Infrastruktur vor Ort, wo bestehen Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Einrichtungen, mit anderen Kommunen, wo besteht Entwicklungsbedarf und wie soll die Kulturlandschaft in den kommenden Jahren aussehen? Ohne einen solchen Kompass für die nächsten Jahre wird nach dem Abebben des gerade heranrollenden Spar-Tsunamis sich der nächste ebenso bedrohlich aufbauen.

Der Verfasser ist Herausgeber von politik und kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Verlässliche Grundlagen in der Kulturfinanzierung erforderlich

Zerstörte Kultur-Strukturen lassen sich nicht einfach in konjunkturell besseren Zeiten wiederbeleben • Von Gabriele Schulz

Zum zweiten Mal wurden die Oberbürgermeister von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern befragt, wie sich die Kultur in der jeweiligen Stadt mit Blick auf die schwierige Haushaltslage entwickeln wird und ob die Erfordernis von Einsparungen gesehen wird – ob Spielräume für Investitionen bestehen und welche Akzente gesetzt werden sollen.

Insgesamt 39 der 78 angeschriebenen Oberbürgermeister haben geantwortet. Einige der Oberbürgermeister haben schriftlich mitgeteilt, dass sie sich dieses Mal an der Umfrage nicht beteiligen wollen, da die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht abzusehen sind. Keiner der Oberbürgermeister hat gesagt, dass Kultur nicht wichtig sei. Ganz im Gegenteil, die Befragung zeigt einmal mehr die Bedeutung der Kultur für die Städte, für ihre Bürger, für die ansässigen Unternehmen, für Touristen, für das Image.

Hart am Limit

Hart am Limit sind bereits jetzt schon die Städte, die der Haushaltssicherung unterliegen. Sie mussten in den vergangenen Jahren bereits so viele Einsparungen vornehmen, dass weitere Kürzungen bei ihren Einrichtungen nicht mehr möglich sind. Weitere Einsparungen würden unweigerlich zu Schließungen von Kultureinrichtungen führen, was die Lebensqualität in der Stadt massiv beeinträchtigen würde. Oberbürgermeister dieser Städte beklagen, dass die kommunale Selbstverwaltung stark eingeschränkt ist, weil die Kommunalaufsicht das Sagen beim Haushalt hat. Die Kommunalaufsicht ist auch die Behörde, die die freiwillige Leistung Kultur in Frage stellt und Planungssicherheit für Kultur verhindert. Einige der Oberbürgermeister regen daher an, dass über eine neue Verteilung der Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen nachgedacht werden muss.

Einige Städte befanden sich in den letzten Jahren auf einem Konsolidierungskurs, der auch mit Kürzungen im Kulturetat einherging. Diese Konsolidierung wird durch die Wirtschafts- und Finanzkrise jäh unterbrochen. Dennoch blicken diese Städte gelassener als andere in die Zukunft.

Schreckgespenst Steuersenkung

Einige Oberbürgermeister sprechen es offen aus, bei anderen schwingt es mit: die angekündigten Steuersenkungen sind für sie ein Schreckgespenst. Sie befürchten weitere Einnahmeverluste und sehen offenbar nicht, dass Steuersenkungen zu noch mehr privatem Engagement, z.B. in Form von Spenden, führen.

Privates Engagement unverzichtbar

Das private Engagement ist allerorten unverzichtbar, sei es als ehrenamtliches Engagement oder auch als Spende von Geld. Einige Oberbürgermeister verweisen mit Stolz darauf, welche Vorhaben dank des bürgerschaftlichen Engagements realisiert werden konnten.

Mit Blick auf das finanzielle Engagement der Bürger wird deutlich, dass dieses vor allem dazu dienen muss, all jene Vorhaben und Projekte zu finanzieren, die über die unmittelbaren Kernaufgaben und die Grundfinanzierung im Kulturbereich hinausgehen. Die Oberbürgermeister betrachten es als ihre Aufgabe, den Grundbestand zu sichern, machen aber zugleich deutlich, dass zusätzliche Ideen nicht zu verwirklichen sein werden.

Kulturentwicklungspläne

In vielen Städten fand in den letzten Jahren ein Diskussionsprozess zu den eigenen Stärken und Schwächen sowie den Potenzialen in der Kultur unter Beteiligung der Bürger und der Kultureinrichtungen statt. In diesem Zusammenhang wurden Kulturentwicklungspläne oder auch Kulturkonzepte erarbeitet. Diese haben einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, Kultur noch stärker in der Stadt zu verankern.

Die Bedeutung der Kultur für das Zusammenleben in der Stadt wurde darin noch einmal betont. Diese Diskussionsprozesse haben auch das bürgerschaftliche Engagement verstärkt.

Teilweise wurden Strukturveränderungen bei den Kultureinrichtungen angegangen. Kultureinrichtungen wurden in neue Rechtsformen überführt oder auch zusammengeführt. Diese Prozesse sollten vor allem auch dazu dienen, Planungssicherheit herzustellen und längerfristige Finanzierungsverträge abzuschließen.

Megathema kulturelle Bildung

Das Megathema für die Städte ist die kulturelle Bildung. Fast alle Oberbürgermeister haben unterstrichen, wie wichtig ihnen die kulturelle Bildung ist und dass sie hier einen besonderen Akzent setzen wollen. Dabei wird der ressortübergreifenden Arbeit von Bildung, Kultur und Jugend eine besondere Bedeutung beigemessen. Zunehmend an Bedeutung gewinnt die interkulturelle Bildung als Baustein zur Integration. Interkulturelle Bildung spielt in Städten wie Mannheim oder auch in den Ruhrgebietsstädten eine zentrale Rolle. Die Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte loben besonders das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, gefördert von der Kulturstiftung des Bundes, dem Land Nordrhein-Westfalen und der GLS-Stiftung. Von diesem Vorhaben gehen offensichtlich viele Impulse für die Arbeit vor Ort aus.

Die Arbeit der Soziokultur, speziell der Soziokulturellen Zentren, wird als besonders wertvoll mit Blick auf die interkulturelle Bildung eingeschätzt. Sie agieren genau in diesem Schnittfeld von Bildungs-, Jugend- und Kulturpolitik und sind nah dran an den Problemen vor Ort.

Hoffnungsträger Kulturwirtschaft

In einigen Städten wurden bereits Kulturwirtschaftsberichte veröffentlicht, in anderen werden zurzeit ebensolche erarbeitet. Von der Kulturwirtschaft werden zum einen positive Impulse für das kulturelle Leben erwartet, zum anderen soll die Kulturwirtschaft zur überregionalen Profilierung beitragen.

Hoffnung Tourismus

Überregionale Profilierung, darauf setzen auch jene Oberbürgermeister, in deren Städten der Kulturtourismus wichtig ist. In diesen Städten wurde zumeist in die kulturelle Infrastruktur investiert, um das Kulturangebot und auch die Stadt als solche bekannter zu machen. Die Oberbürgermeister erwarten vom Kulturtourismus Einnahmen für die Stadt, nicht zuletzt durch die Umwegrentabilität.

Was fehlt?

Spannend ist, was fehlt und nicht angesprochen wurde.

Von Künstlern ist in den Beiträgen der Oberbürgermeister kaum die Rede. Zwar wird einmal beklagt, dass aufgrund der Kürzungen Künstler bereits abgewandert sind, ansonsten kommen sie nur am Rande vor. Akzente in der individuellen Künstlerförderung will allein der Münchner Oberbürgermeister Ude setzen und auch nur er spricht die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler an. Obwohl das Thema Kultur und Kirche in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat und einige – auch sehr bekannte – Künstler für Kirchen gearbeitet haben, spielt die Zusammenarbeit mit den Kirchen für die Oberbürgermeister, zumindest was die Kultur betrifft, keine Rolle. Wenn über Kooperationen gesprochen wird, dann mit anderen Kommunen. Wenn von Kulturentwicklungsprozessen die Rede ist, wird von der Beteiligung der Bürger und der Kulturszene, aber nicht von den Kirchen geredet. Zwei Gründe können hierfür ursächlich sein: entweder ist die Zusammenarbeit mit den Kirchen so selbstverständlich, dass sie keiner Erwähnung mehr bedarf oder aber die Kirchen sind als kulturpolitischer Akteur nicht präsent. Sollte letzteres der Fall sein, sind beide, Kommunen und Kirchen, gefragt.

Der demografische Wandel wird zwar von einigen Oberbürgermeistern als Problem genannt, mit Blick auf kulturelle Bildung werden aber fast ausschließlich Kinder und Jugendliche in den Blick genommen. Ältere Menschen spielen so gut wie keine Rolle. Auch hier besteht sicherlich noch Potenzial. Die Oberbürgermeisterbefragung lässt keinen Zweifel daran, dass der kommunalen Kulturpolitik schwierige Zeiten bevorstehen. Und zwar nicht, weil die Oberbürgermeister die Kultur nicht wertschätzen oder weil sie meinen, Einschnitte bei den Kulturausgaben könnten tatsächlich einen nennenswerten Beitrag zur Haushaltskonsolodierung leisten, sondern weil in allen Bereichen Einsparungen erforderlich sind. Es wird jetzt vor Ort darauf ankommen, die Akzente so zu setzen, dass die Kultur keinen dauerhaften Schaden nimmt. Denn auch daran lassen die Oberbürgermeister keinen Zweifel: Einmal zerstörte Strukturen lassen sich nicht einfach wiederbeleben in konjunkturell besseren Zeiten. Die Städte und die Kulturakteure vor Ort brauchen vor allem eines: Planungssicherheit, dann können tragfähige Konzepte entwickelt, private Geldgeber gesucht und eine nachhaltige Kulturpolitik gemacht werden. Bund und Länder sind gefordert, für verlässliche Grundlagen – in der Steuer- aber auch in der Sozialpolitik – für die Kommunen zu sorgen.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Die Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, die an der Oberbürgermeisterbefragung des Deutschen Kulturrates teilgenommen haben, sind in der Landkarte blau gekennzeichnet.

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Bremen (Bremen)
www.bremen.de
Einwohner: 547.769

Jens Böhrnsen

Bremerhaven (Bremen)
www.bremerhaven.de
Einwohner: 115.313

Jörg Schulz

Chemnitz (Sachsen)
www.chemnitz.de
Einwohner: 244.951

Barbara Ludwig

Cottbus (Brandenburg)
www.cottbus.de
Einwohner: 102.811

Frank Szymanski

Darmstadt (Hessen)
www.darmstadt.de
Einwohner: 142.191

Walter Hoffmann

Profil der Kulturstadt schärfen

Bremen • Von Jens Böhrnsen

Wir stehen in Bremen vor der großen Herausforderung, Kulturpolitik in Zeiten extrem knapper Kassen gestalten zu müssen. Seit Jahren befindet sich die Hansestadt in einer extremen Haushaltsnotlage. Nichts desto trotz wollen wir Bremens Profil als Kulturstadt schärfen und ausbauen.

Rückansicht der Kunsthalle Bremen nach dem Umbau mit Blick auf das Museumscafé © hinrichs: grafikdesign

Denn: Kunst und Kultur tragen maßgeblich zur Lebensqualität einer Stadt bei. Kein anderes Feld hat sich in Bremen in der Wahrnehmung der Menschen in den letzten Jahren so positiv entwickelt wie die Kultur – dies hat eine groß angelegte Studie des „Lehrstuhls für innovatives Marketingmanagement“ der Universität Bremen ergeben. Die Möglichkeit zur kreativen Entfaltung ist in einer Großstadt wie Bremen ein elementarer Bestandteil der Stadtgesellschaft. Wir erkennen an, dass gerade die Großstädte von der Kultur geprägt sind.

Wir stehen im Bundesland Bremen vor der schwierigen Aufgabe, diesen positiven Trend weiter ausbauen zu wollen. Denn Bremen hat nach wie vor einen Strukturwandel zu leisten und genau dafür ist Kultur ein ganz wichtiger Motor. Daher wollen wir das kulturelle Angebot erhalten und nach Möglichkeit erweitern. Auch wenn die Spielräume sicherlich eng sind, wollen wir weiterhin Akzente setzen, etwa im Bereich der kulturellen Bildung.

Bei meinem Amtsantritt im Juni 2007 haben wir in der Finanzierung der Kultur entsprechend umgesteuert. Wir wollen als Ressort für die Einrichtungen und Kulturschaffenden ein Partner auf Augenhöhe sein. Daher haben wir im Haushalt für Transparenz und Verlässlichkeit gesorgt: Weg von einer ganzen Reihe von Projekt-Töpfen und hin zu einer ausgebauten, grundständigen Versorgung, die unseren Einrichtungen eine langfristige Planungssicherheit bietet. Die Kulturszene kann sich somit auf eine stabile Finanzierung verlassen – über diese hinaus sind große Sprünge jedoch kaum möglich. Wir sagen, was machbar ist – und was leider nicht. Dazu gehört, dass man offen und partnerschaftlich mit den Akteuren aus der Kultur debattiert. Die Entwicklung mehrjähriger Kontrakte und ein stabiles Haushaltsmanagement bleiben in einem von schwankenden Einnahmen abhängigen Bereich eine Herausforderung.

Doch dieser Ansatz hat sich bewährt: Im Dialog mit jeweiligen Akteuren hat Bremen finanzielle Stabilität für eine ganze Reihe von Einrichtungen geschaffen, offene Vertragssituationen wurden geklärt, strukturelle Probleme behoben – sei es bei der Deutschen Kammerphilharmonie, dem Bildhauermuseum Gerhard-Marcks-Haus, den Bremer Philharmonikern oder dem Überseeo-Museum. Die Folge ist, dass sich die Kulturakteure auf ihre für die Stadt so wichtige Arbeit konzentrieren können und sich nicht in Verhandlungsrunden mit der Politik verschleißen.

Daneben agiert die Kulturbehörde an der Schnittstelle zwischen der Kultur und der bremischen Wirtschaft. Wo immer es uns möglich ist, versuchen wir, Partnerschaften zwischen den Kulturschaffenden auf der einen und Sponsoren, Mäzenen und Unternehmen auf der anderen Seite zu organisieren. Beispielhaft gelungen ist dies bei der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen. Die öffentliche Hand sichert hier die grundständigen Bedarfe sowie das vorbildliche Engagement des Orchesters im Jugendbereich. CD-Produktionen oder weltweite Konzertreisen, bei denen die Kammerphilharmonie regelmäßig als kultureller Werbeträger Bremens auftritt, werden zumeist über einen Kreis von Unterstützern finanziert. Dieses Modell einer öffentlich-privaten Partnerschaft setzt für mich Maßstäbe.

Ganz wichtig ist mir dabei auch, dass die Kultur ihren Beitrag dazu leistet, der drohenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft aktiv entgegenzuwirken. So haben wir in Bremen 2009 erstmals bei der Projektförderung einen Schwerpunkt bei den Initiativen für Kinder und Jugendliche gesetzt.

So wollen wir trotz enger finanzieller Spielräume unsere Kulturlandschaft weiter pflegen: Dass wir dabei durchaus erfolgreich sind, zeigt unter anderem die Resonanz des Publikums. Die Besucherzahlen am Theater Bremen sind dabei in der jüngsten Vergangenheit ebenso gestiegen wie in unseren großen Museen. Auch Veranstaltungen, die früher eher zurückhaltend besucht wurden, finden nun vermehrt Anklang. All dies zeigt: Kultur trägt wesentlich zu einem positive Image, steigender Wirtschaftskraft und der Gewinnung von Einwohnern bei.

Doch wirtschaftlicher Erfolg ist dabei nur ein Aspekt: Es entwickelt sich so ein „Klima für Kultur“. Und genau dieses positive Klima für die Leistungen der Kulturschaffenden ist nötig, damit Kultur seine positive Wirkung auf die Lebensqualität entfalten kann. Denn Kunst hat einen Eigenwert, der sich nicht nur an Besucherzahlen und Publikumserfolg festmachen lässt. Es ist oft die vom einen oder anderen als „sperrig“ betrachtete Avantgarde, die für die Fortentwicklung unserer Gesellschaft die nötigen kommunikativen und ästhetischen Impulse setzt. Die Förderung der Kunst bleibt somit ein wichtiger Baustein bremischer Kulturpolitik.

Die Gegebenheiten unserer Stadt ermöglicht es, dass Bremen Labor- und Werkstattfunktionen für ganz Deutschland übernimmt.

Ein weiterer wichtiger Baustein, auf den wir in diesem Zusammenhang setzen, ist die Kreativwirtschaft. Cluster, die etwa um die Hochschule für Künste entstehen, wollen wir weiter ausbauen und fördern.

Diese genannten Akzente wollen wir auch in Zukunft setzen. Für den rot-grünen Senat bleibt die Förderung der Kultur damit ein zentraler Baustein zum Strukturwandel unserer Stadt. Kürzungen halte ich daher für nicht vertretbar. Daher werden wir uns auch in den anstehenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2010 und 2011 dafür einsetzen, dass die Anschläge für Kultur in gleicher Höhe erhalten bleiben. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wäre dies sicher als Erfolg zu werten.

Der Verfasser ist Bürgermeister, Präsident des Senats und Senator für Kultur der Freien Hansestadt Bremen ■

Kultur als Standortfaktor

Bremerhaven • Von Jörg Schulz

Das vielfältige Kulturangebot Bremerhavens ist wichtiger Bestandteil der Umstrukturierung zur Stadt des Tourismus und der Wissenschaften. Kultur ist daher für uns ein bedeutender Standortfaktor!

Im Juni dieses Jahres ist das Klimahaus 8° Ost, eine Wissens- und Erlebniswelt für Klimaforschung, als neue touristische Attraktion in Bremerhaven eröffnet und kurze Zeit später mit dem „Clean Tech Media Award“ (Kategorie Kultur + Medien) sowie als Weltdekade-Projekt der Vereinten Nationen (UN) ausgezeichnet worden. Das Klimahaus ergänzt die bereits seit längerem erfolgreich arbeitenden Kultureinrichtungen Deutsches Schiffahrtsmuseum, Zoo am Meer sowie das 2005 eröffnete und 2007 mit dem Europäischen Museumspreis ausgezeichnete Deutsche Auswandererhaus Bremerhaven. Diese Einrichtungen bilden zusammen mit einem Hotel, einem Kongress- und Veranstaltungszentrum sowie der Einkaufswelt „Mediterraneo“ das Tourismusresort „Havenwelten“. Die kulturelle Ausrichtung des Tourismusresort „Havenwelten“ ergänzt die in der Innenstadt gelegenen Kultureinrichtungen: das 2007 eröffnete Kunstmuseum, das weithin renommierte Kabinett für aktuelle Kunst, das vor einigen Jahren sanierte Stadttheater Bremerhaven sowie das Historische Museum Bremerhaven.

Unter touristischen Gesichtspunkten bietet Bremerhaven damit sowohl aktuellen Strömungen im Städtetourismus als auch dem Kulturtourismus ein attraktives Angebot.

Zur langfristigen Kulturförderung zählt für uns auch die nachhaltige Unterstützung von turnusmäßig stattfindenden kulturellen High-Lights wie die „Lange Nacht der Kultur“ und „Kino im Hafen“ sowie die überregional ausstrahlenden Preisverleihungen des „Jeanette Schocken Preises – Bremerhavener Bürgerpreis für Literatur“ – 2006 ausgezeichnet im Wettbewerb „Deutschland Land der Ideen“ – und des Lale-Andersen-Preises.

Die Priorität der kommenden Jahre liegt in Bremerhaven darin, die bestehenden kulturellen Einrichtungen für überregional wirksame Veranstaltungen mit attraktiven Inhalten zu nutzen. Hierfür wird ein Konzept von Ausstellungen zu großen Leitthemen und kleineren Spezialthemen entwickelt, sodass die einzelnen Einrichtungen mit ihren speziellen Ausrichtungen in ihrer Gesamtwirkung das kulturelle Profil von Bremerhaven unverwechselbar stärken können.

Trotz der durchaus schwierigen Haushaltslage wird die Stadt Bremerhaven versuchen, ihre Funktion als Oberzentrum des Unterwesergebietes auch auf der kulturellen Seite aufrecht zu erhalten und dabei das Potential der kulturellen Einrichtungen für die weitere Verbesserung der Attraktivität des Standorts noch stärker als in der Vergangenheit ausschöpfen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Bremerhaven ■

Zukunftsgerichtete Kulturpolitik in schwierigen Zeiten

Darmstadt • Von Walter Hoffmann

Darmstadt hat als eine der bedeutenden deutschen Kulturstädte mit großer kultureller Tradition seit jeher besondere und hohe Maßstäbe im Kulturbereich. Darüber hinaus soll sich auch in Zukunft die große Vielfalt in der Kultur, die sich über Jahrzehnte herausgebildet hat, erhalten bleiben. Dennoch ist auch der Kulturbereich gefordert, auf schwindende Steuereinnahmen und wachsende Ausgabenerhöhungen zu reagieren.

Mathildenhöhe Darmstadt — Foto: Nikolaus Heiss

Sparmaßnahmen sind das Eine. Und sie sind notwendig, aber in Maßen. So wurde in Darmstadt eine Haushaltssicherungskonzeption für die Jahre 2007-2011 mit eindeutigen Vorgaben für alle Ausgabenbereiche mit Ausnahme vertraglicher Verpflichtungen beschlossen. In diesem Zusammenhang wurden die Haushaltsansätze in der Kultur im Jahr 2007 um zehn Prozent gekürzt. Kleinere Vorhaben standen zunächst auf dem Prüfstand. Der gekürzte Ansatz des Vorjahres war für den Kulturhaushalt 2008 die Bezugsgröße, von der nochmals eine Kürzung von zwanzig Prozent einzusparen war. Deutlichere Einschränkungen waren die Folge. Vor allem die städtischen Kultureinrichtungen mussten kreative Beiträge zur Einsparung erbringen. Dazu gehörten moderate Gebührenerhöhungen, die von den Bürgerinnen und Bürgern aufzubringen sind. Erste strukturelle Veränderungen in der Angebotsstruktur zeigten auf, dass der Wille neue Wege zu gehen durchaus attraktiv sein kann. Dies gilt auch für Kooperationen mit anderen Veranstaltern und Förderern, um gemeinsam erfolgreich zu sein und die Kosten zu minimieren. Dies führte zu einer Profilschärfung in den Angeboten und ließ positive Vorzeichen für die Zukunft erkennen. Dennoch betrug der Anteil des Kulturetats an den Gesamtausgaben 6,41 Prozent in 2007 und sogar 7,8 Prozent in 2008. Ein konstanter Wert also – der Bedeutung der Kultur in Darmstadt angemessen.

Für 2009 wurde in Darmstadt eine generelle Haushaltssperre von 20 Prozent verfügt, von der jedoch vertragliche Verpflichtungen sowie Zuschüsse an Vereine und Verbände ausgenommen sind. Damit ist sichergestellt, dass die institutionelle Förderung weitestgehend gesichert ist und auch die kulturelle Arbeit an der Basis fortgesetzt werden kann. Die Haushaltsberatungen für 2010 stehen noch bevor. Die Prognosen für Einnahmen und Ausgaben sind alles andere als positiv. Die in den Vorjahren vollzogenen Sparmaßnahmen haben jedoch die Grenzen dessen aufgezeigt, was noch vertretbar ist, wenn sich Darmstadt weiterhin als Kulturstadt mit Zukunft verstehen will.

Vor diesem Hintergrund halte ich strategische Entscheidungen für immer wichtiger, um Entwicklungen in der Kultur dennoch zu ermöglichen. Sie sollten mit der Stadt- und Regionalentwicklung auf lokalen, regionalen, überregionalen und internationalen Plattformen in Einklang stehen und die Förderung der Stärken im Blick haben. Auch sind neue Investitionen im angemessenen Rahmen und die Öffnung für nachhaltige Partnerschaften unerlässlich. So lassen sich auch in Zeiten schwierigster Finanzsituation Zukunftsperspektiven für die Kultur eröffnen.

Darmstadt hat in den zurückliegenden vier Jahren seine Chancen für eine kulturelle Entwicklung gesucht, definiert und in Teilen bereits schrittweise realisieren können. An einigen Beispielen lässt sich das besonders deutlich darlegen. Die Neuordnung kultureller Schwerpunkte war eine der Zielsetzungen. Im Jahr 2007 wurde beispielsweise eine positive Entwicklung im Designbereich eingeleitet. Mit Hessen Design e.V. entstand eine neue Institution, die mit lokalen, regionalen und national bedeutenden Designeinrichtungen kooperiert und daraus ein zukunftsfähiges Profil entwickelt hat. Seit 2004 hat sich außerdem aus einer privaten Initiative heraus das jährlich stattfindende dreitägige Festival „Darmstädter Tage der Fotografie“ als ein neues kulturelles Markenzeichen etabliert, das überregionale und internationale Anerkennung besitzt.

Neue Wege geht auch die lokale Freie Theaterszene, die sich einem von der Stadt Darmstadt beauftragten und von einer unabhängigen Fachjury durchgeführten Evaluationsverfahren stellt mit dem Hintergrund, Qualität und Professionalität ihrer Arbeit bewerten zu lassen und die städtische Förderung daran anzupassen. In diesem Zusammenhang fand bereits 2008 eine Änderung der städtischen Kulturförderungsrichtlinien statt.

2008 wurde ein Investitionsprogramm für das Kulturerbe Mathildenhöhe beschlossen. Dazu wurden Erlöse der Stadt aus Beteiligungsverkäufen eingesetzt. Mit der Erarbeitung und Verabschiedung einer Rahmenkonzeption Mathildenhöhe wurden die Zukunftsziele für eine Bewerbung als UNESCO-Welterbestätte gesteckt.

Die Kultur fand ihre besten Förderer schon immer in einem großzügigen Mäzenatentum. Ein vor kurzem geschlossenes Public Private Partnership-Projekt ermöglicht einen privaten Museumsneubau für eine hochkarätige Privatsammlung Darmstädter Kunst des 18. bis 20. Jahrhunderts auf der Mathildenhöhe. Mit einer großzügigen Schenkung aus der Kunstsammlung eines Darmstädter Weltunternehmens wird sich außerdem die städtische Kunstsammlung um einhundert Werke von Künstlern des 20. Jahrhunderts mit Rang in diesem Herbst erweitern können.
Wegweisende Schritte der regionalen Kooperation konnten 2007 durch den Beitritt Darmstadts in die Kulturregion FrankfurtRheinMain und durch die Mitgründung des Gemeinnützigen Kulturfonds FrankfurtRheinMain eingeleitet werden. Es zeigt sich, die Kultur Darmstadts partizipiert an und profitiert nicht nur von gemeinsamen identitätsstiftenden Projekten der Region mit ihren eigenen Stärken. Neue international ausstrahlende und erfolgversprechende Vorhaben von herausragender Bedeutung in den Bereichen Bildende Kunst, Neuen Musik und Tanz konnten in kürzester Zeit begonnen werden.

Der Verfasser ist seit 2005 Oberbürgermeister und Kulturdezernent der Wissenschaftsstadt Darmstadt ■

Auf Herausforderungen reagieren

Cottbus • Von Frank Szymanski

Kulturarbeit in den Kommunen zeichnet sich ja unter anderem dadurch aus, mit Kreativität und Ideenreichtum schwierige Situationen zu meistern. So wurden die tief greifenden Umbrüche in den Strukturen des kulturellen Lebens nach 1989 dazu genutzt, Bewährtes mit hoher Qualität zu bewahren und weiterzuführen und neue bis dahin undenkbare Vorhaben zu verwirklichen. Die Stadt Cottbus reagiert auf diese Herausforderungen und eben nicht nur auf die momentane Situation mit der Konzentration auf ihre kulturellen Stärken.

Dazu zählen auf der einen Seite mit dem Cottbuser Staatstheater und dem Kunstmuseum Dieselkraftwerk, zusammen in der Brandenburgischen Kulturstiftung vernetzt, dem Festival des osteuropäischen Filmes und der Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz überregional ausstrahlende und agierende Kultureinrichtungen. Der andere Schwerpunkt liegt in der kulturellen und ästhetischen Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, eingebettet in die Profilierung der Stadt als vielgestaltiges und attraktives Bildungszentrum Südbrandenburgs.

Die Verbesserung der baulichen Infrastruktur für die Kulturarbeit hatte und hat in Cottbus strategische Funktion im laufenden Stadtumbauprozess. Die 2008 abgeschlossene Sanierung des historischen dieselelektrischen Kraftwerkes auf der Spreeinsel zur Nutzung als Museum der Gegenwartskunst initiierte und flankierte die Aufwertung eines ganzen Stadtquartiers.

Ab diesem Jahr wird mit dem Umbau einer alten Fernwärmeumformerstation zu einem Kinder- und Jugendtheater ein vergleichbarer Impuls am westlichen Rand der Cottbuser Altstadt gesetzt.

Durch Bündelung von Förderungen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Brandenburg mit den Ressourcen der Stadt Cottbus werden Investitionen im Staatstheater, im Pücklerschen Schloss- und Parkensemble in Cottbus-Branitz, in der kommunalen Musikschule, dem Konservatorium Cottbus, kontinuierlich und über 2009 weitergeführt. Im Jahr 2010 beginnt die Hüllensanierung sowohl des Jugendstiltheaters, der Hauptspielstätte des Staatstheaters, am Cottbuser Schillerplatz als auch des Jugendkulturzentrums „Glad-House“.

Gemeinsam mit der polnischen Partnerstadt Zielona Gora bereitet Cottbus weitere Investitionsprojekte vor. Das Cottbuser Raumflugplanetarium soll nicht nur moderne Projektionstechnik erhalten, sondern zu einem Europaplanetarium für die gesamte deutsch-polnische Grenzregion zwischen den Flüssen Spree, Neiße und Bober entwickelt werden. Gemeinsam sind investive Maßnahmen zur Revitalisierung der historischen Parklandschaften in beiden Städten in Planung und Vorbereitung.

Für kulturelle-naturkundliche Bildung werden mit den polnischen Partnern Projektansätze entwickelt, welche die gemeinsame Grenzregion als einen Kulturraum verstehen und ihn koordiniert entwickeln.

Ein noch immer nicht abgeschlossener Strukturwandel in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommunalen Handelns wie auch die parallel wirkenden demografischen Entwicklungen und Faktoren der sehr differenzierten Regionenentwicklung innerhalb Deutschlands zwingen die Stadt Cottbus bereits seit mehr als zehn Jahren zur Auseinandersetzung mit einem fortgesetzten strukturellen Defizit des Kommunalhaushaltes.

Davon sind natürlich in erster Linie die kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben und -angebote, wie die kommunale Kulturarbeit, unmittelbar betroffen.

Bereits 2006/2007 musste auf die jährliche Fortschreibung und Aktualisierung der von der Kommunalaufsicht eingeforderten Haushaltskonsolidierungen mit einer bis 2014/15 ausgerichteten Strategie des sozialverträglichen Stellen- und Personalabbaus reagiert werden. Diese beinhaltet u. a. einen 20 %igen Stellenabbau von 2005-2015 im kommunalen Kulturbereich. Gleichzeitig erfolgte die Deckelung sämtlicher finanzieller Zuwendungen an nichtkommunale Kulturträger und -einrichtungen.

Unter Einbringung der eigenen Stärken können jedoch durch intensive Kooperationen die Möglichkeiten für ein aktives Gestalten auch im Bereich der kommunalen Kulturarbeit erhalten bleiben und kreative Perspektiven eröffnet werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Cottbus ■

Kultur lebt von Kreativität

Fürth • Von Thomas Jung

Die Kultur in Fürth lebt schon immer von ihrer Kreativität, weniger von einer üppigen Finanzausstattung.

In den letzten Jahren wurde sehr viel Geld in die Schaffung von Raum für Kultur investiert. Diese Entwicklung geht noch nicht zu Ende. Derzeit wird das neue Fürther Stadtmuseum eingerichtet. Das Gebäude des Rundfunkmuseums konnte käuflich von einer Investmentgesellschaft günstig erworben und damit der Museumsstandort nachhaltig gesichert werden. Der Erweiterungsbau für das Jüdische Museum ist in Vorbereitung.

Allein diese Großinvestitionen für den Bereich unserer Museen belaufen sich insgesamt auf ca. 5 Mio. Euro für die nächsten drei Jahre. Dies zeigt, dass die Investitionsspielräume zwar eng sind, aber weiter genutzt werden können. Dies ermöglichen auch Zuschüsse von Bund und Land.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Fürth ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Duisburg (Nordrhein-Westfalen)
www.duisburg.de
Einwohner: 496.665

Adolf Sauerland

Erfurt (Thüringen)
www.erfurt.de
Einwohner: 202.929

Andreas Bausewein

Essen (Nordrhein-Westfalen)
www.essen.de
Einwohner: 582.140

Wolfgang Reiniger

Frankfurt a.M. (Hessen)
www.frankfurt.de
Einwohner: 659.021

Petra Roth

Freiburg (Baden-Württemberg)
www.freiburg.de
Einwohner: 219.430

Dieter Salomon

Impulse für die Kulturhauptstadt Ruhr

Duisburg • Von Adolf Sauerland

„Kultur ist wichtig!“ Ich kenne niemanden, der dieser Aussage nicht zustimmen wird. Wenn die Nation sich aufmacht, die „Bildungsrepublik Deutschland“ zu realisieren, dann wird dies nur gelingen, indem sie den Lehrstoff der Bildungseinrichtungen durch Angebote kultureller Einrichtungen flankiert. Geschichtsunterricht wird erst anschaulich, wenn ich das in der Schule Vermittelte in einem historischen Museum oder an einem Denkmal lebendig und im wahrsten Sinne des Wortes greifbar werden lassen kann. Neuansiedlungen von Unternehmen in der Stadt lassen sich nicht realisieren, wenn der sogenannte weiche Standortfaktor Kultur nicht vorhanden ist. Unternehmensvertreter sagen uns offen, dass die Einschätzung ihrer Familien über eine Stadt großen Einfluss auf die Standortentscheidung hat. Kultur ist aber auch ein nicht zu vernachlässigender Wirtschaftsfaktor. Ich bin glücklich, dass wir im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 hier wichtige Impulse setzen können.

Die Duisburger Philharmoniker in der neuen Mercatorhalle © Referat für Kommunikation der Stadt Duisburg

Kultur ist allerdings auch ein Teil des kommunalen Haushaltes. Und wenn eine Stadt wie Duisburg gezwungen ist, zu sparen, wegen der seit fast zwei Jahrzehnten anhaltenden chronischen Unterfinanzierung im Allgemeinen und der im vergangenen Jahr über uns gekommenen Weltwirtschaftskrise im Besonderen, dann wird die Kultur nicht verschont bleiben können. Einschnitte im Kulturetat der Stadt Duisburg bedeuten allerdings nicht das Ende der Kultur oder der Kultureinrichtungen. Sie bedeuten nur, dass wir für die nicht mehr vorhandenen städtischen Mittel Ersatz organisieren müssen. Was in der Duisburger Kulturlandschaft alleine im Jahr 2009 mit Unterstützung der Wirtschaft und der Bürgerschaft bewegt werden konnte, ist nach meiner Auffassung mehr als bemerkenswert.

So konnte mit Unterstützung des Bundes und ortsansässiger Unternehmen der Nachlass des Duisburger Bildhauers Wilhelm Lehmbruck für das gleichnamige Museum gesichert werden. Dank der großzügigen Spende der Alfred-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung in Höhe von 1,5 Millionen Euro wurde für unsere Philharmonie in der Mercatorhalle eine neue Eule-Orgel gekauft. Mit Landesmitteln und dem Zehn-Millionen-Euro-Sponsoring des Unternehmens Evonik bekommt unser Museum Küppersmühle einen spektakulären Erweiterungsbau. Im Januar diesen Jahres hat unweit des Wilhelm Lehmbruck Museums und der Cubus Kunsthalle das private Kunstmuseum DKM eröffnet und bildet eine weitere kulturelle Attraktion in unserer Stadt. Wir haben im Rahmen eines PPP-Projektes den Neubau eines neuen Domizils für die Stadtbibliothek und die Volkshochschule auf den Weg gebracht. Dieses Projekt durften wir in der Form realisieren, weil wir nachgewiesen haben, dass dieser Weg wirtschaftlicher ist, als die beiden Institute an ihren alten Standorten zu halten und viel Geld in den Erhalt der dortigen maroden Bausubstanz zu stecken. Auch das wundervolle Projekt „Jedem Kind ein Instrument“, das unsere Grundschüler ans Musizieren heranführt, wäre ohne die große bürgerschaftliche Unterstützung nicht realisierbar.

Sparen bedeutet nicht zwangsläufig Kahlschlag. Sparen müssen zwingt uns, neue kreative Wege zu bestreiten, um das kulturelle Angebot in unserer Stadt auf einem ihrer Größe entsprechendem Niveau zu halten. In Zukunft wird das private, das bürgerschaftliche Engagement hierbei eine immer größere Rolle spielen. Ich bin mir sicher, dass es uns auch weiterhin gelingen wird, diese Stadt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten attraktiv zu gestalten.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Duisburg ■

Kulturkonzept auf breiter Basis

Erfurt • Von Andreas Bausewein

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ist in der Thüringer Landeshauptstadt das Thema Kultur in den Mittelpunkt vieler Diskussionen gerückt. Impulse gehen dabei insbesondere von der freien Kulturszene aus, selbstverständlich sind Stadtverwaltung und Stadtrat Mitwirkende in diesem Prozess.

Die Krise, ob nun Konjunktur- oder Wirtschaftskrise genannt, befindet sich derzeit in einem Wandel – von einem abstrakten Begriff zu ganz konkreten Wirkungen. Wirkungen, die sich auch in der Thüringer Landeshauptstadt bemerkbar machen und immer unmittelbarer werden. So reden wir für das kommende Jahr über ein Haushaltsloch von mindestens 60 Millionen Euro – verursacht insbesondere durch rückläufige Steuereinnahmen.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Für die Stadtverwaltung und die Stadträte ist es unerlässlich, auf das „Wie“ aller Pflichtleistungen zu schauen. In Bezug auf die freiwilligen Leistungen, zu denen die Kultur zählt, sind die Verantwortlichen aber gezwungen, auf das „Ob“ zu schauen. Obwohl sich der Haushalt noch mitten in der Konstituierungsphase befindet, können wir schon heute mit Sicherheit sagen, dass es teils erhebliche Einschnitte bei den städtischen Kulturausgaben geben wird – sowohl im institutionellen Bereich als auch im Bereich der Projektförderung.

Eine Schwerpunktsetzung über das Jahr 2010 hinaus ist so unvermeidbar wie überfällig. Die aktuell aufgeworfenen Fragen nach der Kulturpolitik in Erfurt, nach einer Konzeption mit Akzenten und Perspektiven sowie Formen der Förderung sind nicht neu – aber jetzt sind sie konkret. Fast ein Jahr ist es her, dass der Erfurter Stadtrat den Beschluss zur Entwicklung eines tragfähigen und zukunftsfähigen Kulturkonzeptes für die Landeshauptstadt Erfurt fasste. Ziel war und ist es, in einem transparenten Prozess und unter Einbeziehung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger ein Kulturkonzept zu erstellen, das alle Bereiche des kulturellen Lebens in der Stadt berücksichtigt. Der Arbeitsgemeinschaft Kulturkonzept gehören Vertreter der Verwaltung, der im Stadtrat vertretenen Parteien sowie unabhängige Experten an. Außerdem kommen während des gesamten Erarbeitungsprozesses sowohl die Kulturschaffenden zu Wort – Vertreter der „Hochkultur“ genauso wie Vertreter der „freien Kulturszene“ – als auch deren Adressaten.

Das Kulturkonzept ist aber nur ein Baustein dieses öffentlich geführten Kulturdiskurses, welcher maßgeblich durch eine Initiative der freien Kulturszene, dem sogenannten „Klub 500“, angeschoben wurde. Dieser Klub gründete sich in Reaktion auf den vorübergehenden Auszahlungsstopp von Geldern für das Erfurter Kunsthaus im Jahr 2008 und warf die Frage auf, welche Kultur wie gefördert wird und warum.

Hervorzuheben ist aber noch eine weitere, sehr junge Aktion, die mir sehr am Herzen liegt: Auf Initiative des Erfurter Sängers Clueso, der Beigeordneten für Soziales, Bildung und Kultur sowie meiner Person finden seit diesem Sommer regelmäßig Treffen mit Vertretern der freien Kulturszene statt, zu denen – je nach Thema – Gäste aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft eingeladen werden. Gemeinsam diskutieren wir beispielsweise organisatorische, ordnungs- und baurechtrechtliche Fragen, vermitteln und zeigen Lösungswege auf, benennen Ansprechpartner und suchen nach alternativen Möglichkeiten der Kulturförderung, zum Beispiel durch die (temporäre) Bereitstellung von Räumen.

Damit erfährt die freie und alternative Kulturszene eine nie dagewesene Aufmerksamkeit. Mich beeindrucken vor allem das Engagement, der Einfallsreichtum und die Energie der jungen Menschen. Sie zeigen nicht nur, dass es eine Subkultur neben der „Hochkultur“ und etablierter freier Anbieter gibt. Sie zeigen auch, dass es dazu nicht zwangsläufig finanzieller Förderung bedarf, sondern vor allem einer der Kunst und Kultur gegenüber aufgeschlossenen Verwaltung und Gesellschaft. Vielfach wurde der Wunsch nach einer Anlaufstelle geäußert. Hier werden wir ansetzen: In Kürze werden wir ein durch die Stadt finanziertes Kontaktbüro für die freie Kulturszene und andere Kreative eröffnen. Wir sind uns sicher, dass dieses Geld gut angelegt ist und das Büro ein wichtiger Baustein für eine aktive Kulturansiedlungspolitik – für eine facettenreichere Kulturlandschaft und gegen die Abwanderung junger Menschen aus Erfurt.

Nachdem der Schwerpunkt dieses Artikels bisher auf der freien Kulturszene lag, möchte ich den wichtigen Bereich der „Hochkultur“ nicht unerwähnt lassen, in den wir trotz der schwierigen Haushaltslage auch zukünftig investieren: Im Oktober öffnete das älteste und zugleich jüngste Museum der Landeshauptstadt seine Pforten, die Alte Synagoge Erfurt. Im kommenden Jahr wird das Angermuseum die Öffentlichkeit nach seinem Umbau mit einer neu konzipierten Dauerausstellung überraschen. Darüber hinaus sind mit den Ausstellungen „Farbwelten. Von Monet bis Yves Klein“ in der Kunsthalle Erfurt und „Natalja Gontscharowa – Zwischen russischer Tradition und europäischer Moderne“ im Angermuseum zwei hochkarätige Kunstausstellungen zu sehen. Und der 500. Wiederkehr der Romreise Luthers, Erfurts berühmtesten Studenten, ist in den Jahren 2010 und 2011 das Jahresthema „Luther. Der Aufbruch“ gewidmet.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Erfurt ■

Die Krise als Chance nutzen

Freiburg • Von Dieter Salomon

Freiburg hat die wirklich harte Krise bereits hinter sich und sie als eine Chance genutzt. 2004 bis 2006 geriet die Stadt aus konjunkturellen Gründen, aber auch wegen hausgemachter Versäumnisse früherer Jahre, in eine Haushaltslage, die zeitweise zu einer faktischen Handlungsunfähigkeit geführt hat: Es konnte nicht mehr investiert werden, sondern der Haushalt war nur noch mit Hilfe so genannter „Ersatzdeckungsmittel" auszugleichen. Das ist eine beschönigende Umschreibung für Vermögensverkäufe, aus deren Erlös laufende Ausgaben bestritten werden mussten.

Das Theater der Stadt Freiburg i. Br.

© Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH & Co. KG

Freiburg hat sich damals einen rigiden Spar- und Konsolidierungskurs verordnet, mit Sparvorgaben für alle Ämter, einer grundlegenden Verwaltungsreform, Personalreduzierung, mehr Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und anderen Bausteinen mehr. Als Ergebnis konnte der Haushalt jährlich um mehr als 40 Millionen Euro entlastet werden. Seit Ende 2006 haben sich die Finanzen dank des konjunkturellen Aufschwungs wieder deutlich entspannt. Heute kann Freiburg nicht nur den Haushalt ausgleichen, sondern verfügt auch über Spielräume, um investieren und gleichzeitig Schulden tilgen zu können, und dies bisher ohne einen Cent neuer Kredite. Wir sind also in der vergleichsweise komfortablen Situation, durch Gesundung aus eigener Kraft, entspannter als andere den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise entgegen blicken zu können. 2009, noch stärker 2010 müssen wir uns auf Einbrüche bei den meisten Steuereinnahmen vorbereiten. Aber wir werden, anders als früher, diesmal unsere Handlungsfähigkeit wahren.

Ich erwähne dies so ausführlich, weil im Rahmen des geschilderten Konsolidierungskurses die Kultur kein Tabuthema geblieben ist. Der Gemeinderat hat 2005 eine Kürzung freiwilliger Zuschussleistungen an Dritte um zehn Prozent für Kultur, soziale Gruppen und Sport beschlossen. Die Kultur war davon zunächst mit einem Betrag von rund 300.000 Euro betroffen; weil verschiedene Positionen nachträglich ausgenommen wurden, reduzierte sich der tatsächliche Kürzungsbetrag schließlich auf etwa 200.000 Euro.

Der Beitrag der Kultur zur Haushaltskonsolidierung war aus Gründen einer gerechten Lastenverteilung notwendig. Gleichzeitig war es erklärter Wille, dass gewachsene Strukturen, die eigene Identität der Kulturszene und ihre Ausstrahlung keinen Schaden nehmen dürfen. Dieser Spagat ist gelungen, mit gutem Willen und der Bereitschaft zu Kompromissen. Er ist auch dank des „Kulturkonzept Freiburg" gelungen, das in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet und vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Damit sind Ziele und Leitplanken der kulturpolitischen Entwicklung definiert. In der Distanz von zwei Jahren ist festzustellen, dass keine einzige Kultureinrichtung Schaden genommen hat oder gar in der Existenz gefährdet war, sondern den Vereinen, Gruppen usw. blieb genügend Zeit, sich auf die neue Lage einzustellen. Deshalb hat die Freiburger Kulturszene, seit je her bunt, vielfältig und kreativ, ihre Qualität wahren und festigen können.

„Die Krise als Chance nutzen" hat noch eine andere Seite. Die Stadt hat die Finanznot zu strukturellen Veränderungen genutzt. Zwei Beispiele seien hier genannt:

- Das Theater Freiburg, das 2010 sein 100-jähriges Bestehen feiern wird, ist zu einem Eigenbetrieb umgewandelt worden. Dieser erste Schritt bedeutete mehr Autonomie und Entscheidungsfreiheit im Umgang mit dem Budget und beim Personal. Viel wichtiger war der zweite Schritt: Eine Zielvereinbarung über fünf Jahre garantiert eine auskömmliche Finanzausstattung, und damit Planungssicherheit, um langfristige Projekte anzugehen und Strukturen zu reformieren.
- Für die Museen als Schwerpunkt der kulturellen Infrastruktur hat ein externes Fachbüro eine Reihe sinnvoller Vorschläge entwickelt, wie räumlich, konzeptionell und inhaltlich die Museen besser organisiert werden können. Diese Empfehlungen sind zu einem Gutteil umgesetzt und haben zu einer Attraktivierung der Museumslandschaft geführt – und zu wirtschaftlichen Synergien. Heute sind die Freiburger Museen gut aufgestellt.

Beide Beispiele widerlegen übrigens die These, dass kulturelle Attraktivität von der Höhe der Kulturausgaben abhängen muss. Kreativität und der Mut zu Veränderungen sind mindestens genau so wichtig wie die Finanzausstattung. Die genannten Rahmenbedingungen sind die Basis für das aktuelle Investitionsprogramm in die kulturelle Infrastruktur. Der Umbau der Museen, an erster Stelle die Totalsanierung des Augustinermuseums, der Bau eines zentralen Kunstdepots, ein geplantes Verbundarchiv mit externen Partnern, oder die Investitionen im Theater in eine neue Bühnentechnik sowie eine Reihe kleinerer Projekte (z.B. das „E-Werk" als Spielstätte verschiedener Gruppen) summieren sich auf mehr als 50 Millionen Euro. Das ist ein unmissverständliches Bekenntnis zur Kulturstadt Freiburg.

Im Städtevergleich ist Freiburg damit eine Ausnahme. Wir stehen nicht vor Einschnitten und Kürzungen, sondern wir bewegen ein ambitioniertes Investitionsprogramm und reformieren die kulturelle Infrastruktur. Ohne den Mut zu Veränderungen, und ohne eine Besinnung auf die eigenen kreativen Potentiale stünden wir heute weniger gut da. Insoweit war die Krise eine Chance, und insoweit wird das kulturelle Leben die Finanzkrise gut und ohne Blessuren durchstehen können.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau ■

Transformationsprozesse fördern

Essen • Von Wolfgang Reiniger

Nicht nur für Essen, sondern auch für das Ruhrgebiet insgesamt ist festzustellen, dass die Entwicklung einer reichhaltigen Kulturlandschaft wesentlich zur Gestaltung des Transformationsprozesses von der ehemaligen Kohle- und Stahlregion zu einer Städtelandschaft des Wissens und der Dienstleistungsgesellschaft beigetragen hat. Um dies auch nach außen deutlich werden zu lassen, hatten die Städte des Ruhrgebietes – mit der Stadt Essen als Bannerträgerin – beschlossen, sich um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt des Jahres 2010" zu bewerben. Die erfolgreiche Bewerbung zeigt, dass es gelungen ist, sowohl in Deutschland als auch in Europa von den kulturellen Qualitäten des Ruhrgebietes zu überzeugen.

Insbesondere in der Stadt Essen ist es im Zusammenwirken von Rat und Verwaltung mit privaten Partnern und Förderern gelungen, wesentliche Entwicklungen anzustoßen, deren Früchte jetzt langsam sichtbar werden.

So hat die Stadt Essen als Folkwang-Stadt mit ihren bestehenden Kultureinrichtungen – u.a. der mehrfach ausgezeichneten Oper im Aalto-Theater und dem international renommierten Museum Folkwang – der kulturellen Entwicklung auch überregional wesentliche Impulse geben können. Dass dies gelingen konnte, verdankt die Stadt Essen nicht zuletzt der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, die sowohl die Errichtung der Philharmonie im Saalbau als auch den Neubau des Museum Folkwang in großzügigster Weise gefördert hat.

Aber auch Bund und Land haben zum Beispiel mit der Förderung der Zeche Zollverein oder des künftigen Hauses der Jüdischen Kultur durch Städtebauförderungsmittel wesentliche Hilfen geleistet. Das kurz vor der Eröffnung stehende Ruhrmuseum in Trägerschaft der Stiftung Zollverein zeigt dieses ertragreiche Zusammenwirken von Stadt, Land und Landschaftsverband Rheinland in besonders deutlicher Weise. An diesem zentralen Ort des Ruhrgebietes wird sich das regionale Zentrum der Geschichtskultur entwickeln.

Mit der Eröffnung des Ruhrmuseums im Januar 2010 und der darauf folgenden Eröffnung des Neubaus des Museum Folkwang – ebenfalls im Januar –, der Wiedereröffnung der Alte Synagoge als Haus der Jüdischen Kultur sowie der Eröffnung des Hauses der Essener Geschichte, beide in der ersten Hälfte des Jahres 2010, werden die großen Investitionsprojekte in die kulturelle Infrastruktur der Stadt Essen in den letzten zehn Jahren abgeschlossen.

In der Stadt Essen sind in der letzten Dekade mit Hilfe großzügiger Förderer und Sponsoren fast 200 Mio. Euro in die kulturelle Infrastruktur investiert worden. So wurden neben den oben dargestellten Projekten sowohl die Lichtburg als größtes Erstaufführungskino Deutschlands saniert, eine neue Volkshochschule an eben diesem Ort inmitten der Stadt Essen errichtet, eine neue Stadtbibliothek in Betrieb genommen und in der Weststadt eine neue Musikschule gebaut. In der Stadt Essen sind so zugleich auch städtebauliche Glanzlichter entstanden, die den erfolgreichen Wandel dokumentieren und wesentlich auch zur Belebung der Innenstadt beitragen.

Nicht unerwähnt lassen will ich, dass diese Erneuerung der kulturellen Infrastruktur unter schwierigsten Haushaltsbedingungen realisiert wurde. Denn nicht erst seit der Finanzmarktkrise des Jahres 2008, deren dramatische Folgen für die Städte erst in Ansätzen erkennbar sind, haben sich die kommunalen Finanzen in den letzten Jahren dramatisch weiter verschlechtert. Diese Tatsache wird in zunehmendem Maße die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in ihrem originären Handlungsfeld Kultur weiter einschränken.

Schon seit Jahren stehen die sogenannten freiwilligen Leistungen – und hierzu wird zu meinem Bedauern immer noch die Kultur gezählt – unter verschärftem, auch kommunalaufsichtlichem Einsparungsdruck. Das ist umso bedauerlicher, ist die Kultur doch eines der wenigen kommunalen Handlungsfelder, in denen eine Stadt ihre Entwicklung weitgehend selbständig und im Wesentlichen ohne spezialgesetzliche Vorgaben gestalten kann. Durch die Einschränkung dieser Möglichkeiten wird die kommunale Selbstverwaltung meiner Auffassung nach ganz wesentlich tangiert.

Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, die in der Stadt Essen und im Ruhrgebiet insgesamt angestoßenen kulturellen Entwicklungen in ihrem Kern zu sichern. Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation sind in diesem Zusammenhang selbstverständlich verstärkt zu prüfen.

Der Verfasser ist ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Essen. Der neue Oberbürgermeister Reinhard Paß wurde erst nach Redaktionsschluss in sein Amt eingeführt ■

ConBrio *aktuell*
www.conbrio.de

Rhythmus! Studien und Materialien zur musikpädagogischen Arbeit über und mit Rhythmen
Paperback, 124 Seiten, Mit CD
CB 1202, ISBN,
€ 14,80

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Fürth (Bayern)
www.fuerth.de
Einwohner: 114.130

Thomas Jung

Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)
www.gelsenkirchen.de
Einwohner: 264.765

Frank Baranowski

Gera (Thüringen)
www.gera.de
Einwohner: 101.618

Norbert Vornehm

Halle (Sachsen-Anhalt)
www.halle.de
Einwohner: 234.295

Dagmar Szabados

Heidelberg (Baden-Württemberg)
www.heidelberg.de
Einwohner: 145.311

Eckart Würzner

Keine Kahlschlagpolitik für die Kultur

Gelsenkirchen • Von Frank Baranowski

Gelsenkirchen ist für seinen zähen Kampf gegen negative sozioökonomische Folgen von Strukturwandel und Wirtschaftskrise bundesweit bekannt. Und Gelsenkirchen steht auch dafür, dass man auf solche Herausforderungen niemals mit Kahlschlagpolitik bei Kunst und Kultur reagieren darf – und auch nicht muss.

Bereits Mitte der 90er Jahre musste die Stadt haushaltsbedingt ihre Kulturangebote deutlich reduzieren. Zentrale Einschnitte, die einige Städte heute erst angehen, hat Gelsenkirchen schon damals vollziehen müssen. Abwanderungsbewegungen von Künstlern sowie eine gewisse Senkung der Qualität kultureller Angebote waren damals durchaus zu beklagen.

Aber trotz aller Finanzprobleme haben Politik und Verwaltung die ganze Zeit über die Kernaufgaben von Kulturarbeit und Kulturförderung nicht angetastet und gegen Streichvorschläge Dritter verteidigt. Musiktheater (in dessen Sanierung die Stadt in den letzten Jahren 8 Mio. Euro investiert hat) und Philharmonie-Angebote, Kunstmuseum (mit 2008 noch nennenswert erhöhtem Etat) und dezentrale Bibliothek, ein kleines Kulturzentrum und die Unterstützung der freien Szene (wenn es auch seit Jahren schon keine offizielle Förderung mehr geben darf), eine leistungsstarke Musikschule (die jetzt mit„Jedem Kind ein Instrument“ viele Grundschulen erreicht), demnächst ein kleines kulturgeschichtliches Museum mit besonderer pädagogischer Ausrichtung – all das „leistet“ sich die Stadt nach der Prämisse „gezielt, qualitätvoll, verlässlich“.

Das Festhalten an der Kulturförderung hat gerade für eine „arme“ Stadt gute Gründe:

1. Kulturförderung ist auch eine Bildungsaufgabe. Kultur vermittelt nicht vorrangig kognitives Wissen, sondern soziales Verhalten, Urteilsfähigkeit, Selbstbewusstsein, Empathie und ähnliche affirmative wie emotionale Bildungsziele. Derart gebildete Menschen können nicht nur die individuellen Auswirkungen sozioökonomischer Krisen besser bewältigen und mit Konflikten positiver umgehen, sondern sie entwickeln auch jene Tugenden und Fähigkeiten, mit denen man innovativ werden kann. Insofern sind kultur(pädagogische) Angebote besonders für Kinder und Jugendliche und für Menschen in Krisensituationen von zentraler Bedeutung.
   Dass zudem die Kultur- und Kreativwirtschaft selbst ein Wirtschaftsfaktor ist – mit jungen, innovativen Unternehmen ebenso wie als Standortfaktor – ist hinreichend erwiesen.
2. Die Förderung von Kunst und Kultur ist sicher nicht nur eine staatliche Aufgabe. Gerade bei Lähmung des kommunalpolitischen Handelns durch Maßnahmen der Haushaltssicherung werden bürgerschaftliche Unterstützungsnetzwerke (Bürgerstiftungen, Ehrenamtsagentur, Wirtschaftsinitiativen, Fördervereine etc.) noch wichtiger, als sie ohnehin schon sind. Der Stadt bleibt dabei aber die Aufgabe, dieses Netzwerk zu befördern und dabei über Verteilungsgerechtigkeit und Qualität zu wachen.
3. „Stadtkultur“ ist mehr, als die Anwesenheit von Museen, Theatern, Orchestern, Bands, Bibliotheken oder freien Kunstprojekten. Zur Stadtkultur gehört zwingend Stadtbild- und Baukultur, die Orte und Gestaltung des kommunal(politisch)en Diskurses, die Präsentation der Stadt und ihrer Geschichte nach innen und nach außen, die Verbindung zur klassischen Bildungslandschaft, und anderes mehr ... kurz: Nur wer „Stadtkultur“ ganzheitlich betrachtet, kann ihr gerecht werden.
4. Eine Stadt, gerade eine „arme“, ohne Kultur würde eine verhängnisvolle Abwärtsspirale in Gang setzen. Sie würde durch Streichung sämtlicher kultureller Angebote nicht sparen, sondern drauf zahlen. Es würden weniger Menschen in der Stadt verweilen, weniger hier her ziehen, weniger Unternehmen sich ansiedeln. Und schließlich würde sie auch

Weiter auf Seite 11

Die Initiative „Solarstadt Gelsenkirchen“ fördert den Strukturwandel von Bergbau und Stahl zur Zukunftstechnik Solarenergie. © Stadt Gelsenkirchen

Strukturwandel in der Mainmetropole

Frankfurt am Main • Von Petra Roth

Selbstverständlich gehen die finanziellen Probleme der Kommunen auch an einer Stadt wie Frankfurt, die wirtschaftlich und finanziell recht gut aufgestellt ist, nicht vorbei. Das betrifft auch den Kulturbereich. Doch Frankfurt hat schon früh darauf reagiert. Strukturell, personell und mit viel privater Unterstützung.

Strukturell ist die Umwandlung der Städtischen Bühnen in eine GmbH längst erfolgreich bewältigt. Die Oper erfreut sich bei den jährlichen Kritikerumfragen bester Bewertungen, Schauspiel und Kammerspiel sind stark und mit großem Erfolg bei Publikum und Kritik in die neue Intendanz unter Oliver Reese gestartet. Die Alte Oper Frankfurt hat in den letzten Jahren ihre Position als eines der führenden Konzerthäuser Europas ausgebaut.

Frankfurt hatte schon immer im Verhältnis den größten Kulturetat aller Städte und dies, ohne als Landeshauptstadt von der besonderen Gunst einer Landesregierung zu profitieren. Diesen Rang haben wir trotz aller Notwendigkeit zum Sparen gehalten und werden dies auch in den nächsten Jahren tun. Notwendige Einschränkungen haben in den letzten Jahren manches Ausstellungsprojekt unserer Museen getroffen, gleichzeitig aber hat die Schaffung von Haushaltsautonomie den Häusern neue Möglichkeiten erschlossen. Darüber hinaus hat Frankfurt am Main viele gute Freunde. Freunde mit Ideen und der Bereitschaft auch zum finanziellen Engagement. Das betrifft sowohl die Unterstützung laufender Programme, als auch die Förderung großer investiver Projekte, die die Stadt allein nicht stemmen könnte.

Frankfurts historische Gebäude lagen nach den Bombenangriffen 1944 in Trümmern, nur wenige konnten wieder aufgebaut werden wie Paulskirche, Römer, Goethehaus und Alte Oper. Frankfurt hat in der architektonischen Moderne Zeichen gesetzt, aber noch immer ist im Stadtbild der kulturelle Verlust aus den Jahren von Krieg und Wiederaufbau spürbar. Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass immer mehr Mäzene, Stiftungen und Sponsoren die Bedeutung der Geschichte für die Tradition und Identitätsbildung verstehen. Und handeln.

Frankfurts Flaggschiff am Museumsufer – das Städel – hat vor wenigen Wochen den Grundstein gelegt für eine spektakuläre unterirdische Erweiterung, die sowohl mit einem erheblichen Zuschuss der Stadt, aber auch durch die Förderung von Mäzenen und Stiftungen realisiert wird. Für die Perspektiven von Städel und Städelschule waren darüber hinaus auch die Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes äußerst wichtig. So wird künftig auch Platz sein für große Sammlungen von Banken, die dem Kunstinstitut überlassen wurden.

Ein Kraftakt ist für Frankfurt die aus rein städtischen Mitteln begonnene Sanierung des Altbaus mit rund 20 Millionen Euro und der anstehende Neubau des Historischen Museums auf dem Römerberg. Doch die Pflege unseres historischen Erbes ist Kernaufgabe der Kommunalpolitik; ich bin sicher, mit dem neuen Haus an diesem zentralen Standort werden wir ganz neue Besucherschichten erreichen.

Damit man auch in schwierigen Zeiten nicht den scharfen Blick und die Spitze Zunge verliert, dafür sorgt in Frankfurt das kürzlich eröffnete Museum für Komische Kunst „Caricatura“, das in der Tradition der sogenannten „Neuen Frankfurter Schule“ um Autoren und Zeichner wie Robert Gernhardt, F. K.Waechter, F. W. Bernstein, Hans Traxler oder Chlodwig Poth steht.

Vor vier Jahren wurde durch viel bürgerschaftliches Engagement und weitgehend über eine Stiftung finanziert die Alte Stadtbibliothek wieder aufgebaut, in das das renommierte Literaturhaus eingezogen ist. Auf der Maininsel gibt es ein neues Zuhause für das profilierte Kunsthaus Portikus, die Gerbermühle, in der Goethe seine Marianne traf, ist nach Sanierung und Anbau neu in das kulturelle Leben der Stadt integriert, der Festsaal des Palmengartens wird zur Zeit historisch rekonstruiert und seiner einstigen Funktion als Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens wieder zugeführt.

Mit dem Umzug der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften auf Deutschlands schönsten Campus rund um den Poelzig-Bau und mit der Stärkung als Verlagsstadt und Stadt der Buchmesse, die sich gerade für viele weitere Jahre an die Stadt gebunden hat, verfügt Frankfurt am Main über weitere kulturelle Pfunde, mit denen es sich zu wuchern lohnt. Mit dem geplanten „Haus des Buches“ im Großen Hirschgraben in Fußgehreichweite vom „Haus am Dom“ und Literaturhaus wird Frankfurt eine Dichte von Plattformen des kulturellen und wissenschaftlichen Diskurses erreichen, die ihresgleichen sucht.

Von Frankfurt aus wurde immer neu, innovativ und auch radikal gedacht, von der Paulskirche 1848 bis hin zum Institut für Sozialforschung von Adorno und Horkheimer. Wir müssen beidem gerecht werden, der Pflege von Tradition und Geschichte und dem Mut zu neuem Denken, beides muss seinen kulturellen Ausdruck finden. In Zeiten der Krise dringender denn je.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main ■

Fortsetzung von Seite 10

vermittelt über das dadurch entstehende Negativimage (oder bestenfalls: Nichtimage) weitere negative Impulse für die künftige Entwicklung setzen.

Auf zwei Fundamentsteine konnte und kann man bei der Sicherung kultureller Strukturen in Gelsenkirchen bauen: Auf den großen Konsens im Rat der Stadt, der gemeinsame Strategien ermöglicht und auf das Engagement und die Leidenschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kulturbereich, die vielfach fehlendes Geld ausgleichen konnten.

Auch die Wahl des Ruhrgebiets zur Europäischen Kulturhauptstadt 2010 spannte zunächst einen temporären Schutzschirm. Es machte die Argumentation für Kultur leichter und verständlicher – nicht zuletzt weil Kultur aktuell massiv als Standortfaktor, als Katalysator zur Metropolenbildung präsentiert wird (wenn es auch kurzsichtig wäre, Kultur darauf zu reduzieren).

Diese Fundamente und Schutzschirme gilt es zu verteidigen, denn selbst sie drohen ausgedünnt zu werden. In dem Maße, in dem Kommunen immer neue Aufgaben ohne auskömmliche Finanzierung aufgebürdet werden und in dem Maße, in dem die Folgen der Wirtschaftskrise ohne Kompensation bei den Kommunen aufschlagen, werden Kulturangebote eingeschränkt werden. Dann wird auch das oben beschriebene Grundgerüst nicht mehr zu halten sein – mit erwartbaren, irreparabel negativen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger und die Stadtgesellschaft – auch für kommende Generationen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen ■

Überregionale Schwerpunkte setzen

Gera • Von Norbert Vornehm

Um die aktuellen Herausforderungen angesichts der unter zunehmender Anspannung stehenden öffentlichen Haushalte zu bestehen, müssen wir – nicht nur in der Kulturpolitik – verstärkt auf überregionale Schwerpunkte und Kooperationen setzen. Außerdem sollten wir den klugen Grundsatz vieler erfolgreicher Unternehmer – gerade in Krisenzeiten zu investieren – beherzigen.

Künftiges Kunsthaus Gera © Stadt Gera

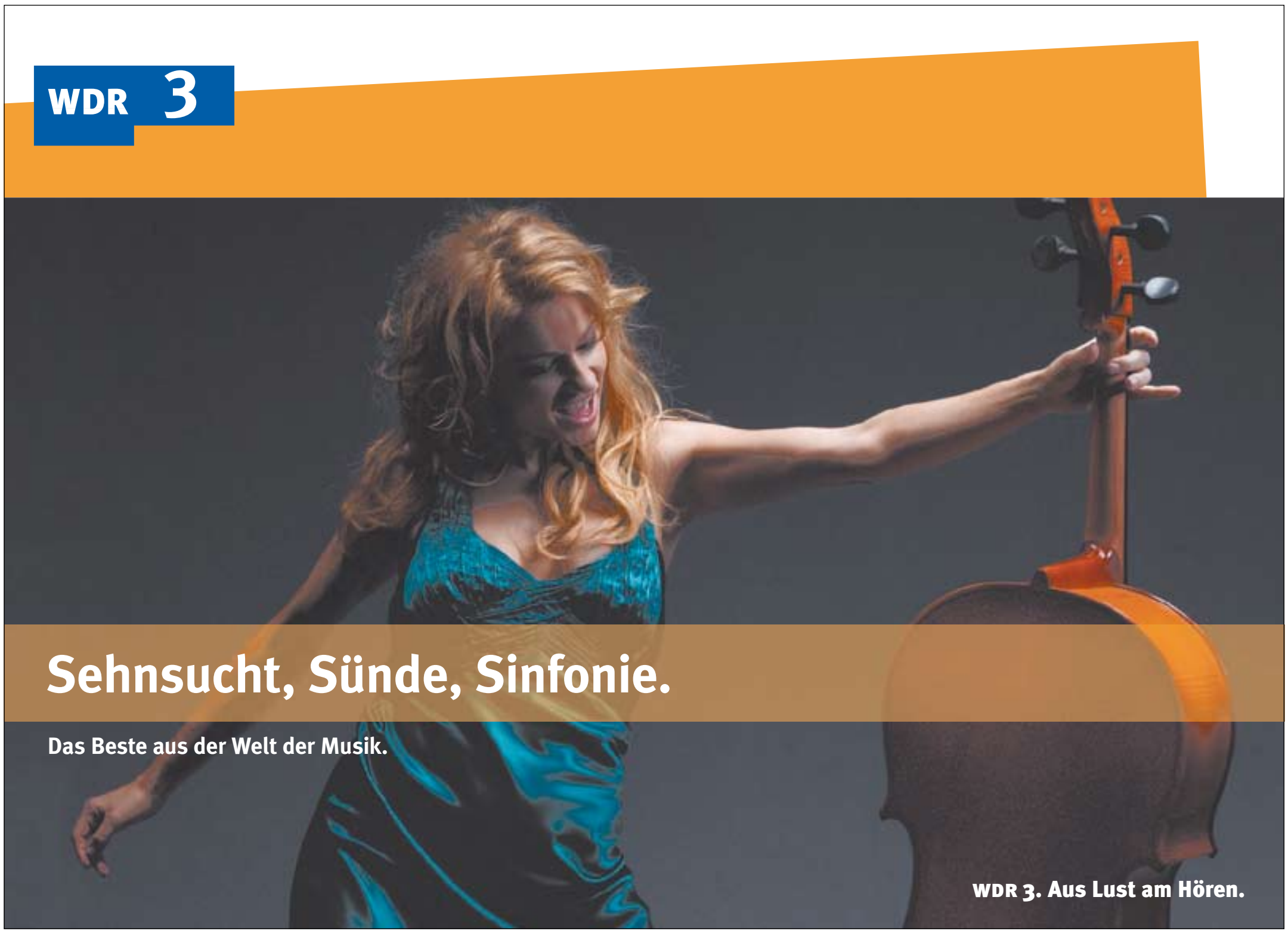
Gera konzentriert sich vor diesem Hintergrund auf das Erbe seines großen Künstlersohnes Otto Dix, dessen Name seit meinem Amtsantritt im Jahr 2006 zunehmend zur Dachmarke für unsere Stadt entwickelt wird. Damit geht allerdings keine einseitige Fokussierung auf den Künstler einher. Vielmehr verbindet sich die Etablierung der Dachmarke „Otto-Dix-Stadt“ mit dem Anspruch, unserer Stadt überregional stärkere Aufmerksamkeit zu verschaffen. So soll die Konzentration auf Otto Dix letztlich der gesamten Stadtentwicklung zugute kommen. Die Resonanz auf diese Strategie ist schon bisher sehr positiv: Vor allem Unternehmer mit ausgeprägtem künstlerischem Interesse haben inzwischen ihre Liebe zu Gera entdeckt und arbeiten mit uns auf verschiedenen Ebenen zusammen.

Logische Konsequenz der Schwerpunkte Otto Dix und bildende Kunst ist der Aufbau eines neuen Kunsthauses, mit dem gleichsam eine neue Ära der Präsentation von Kunst in Gera anbrechen wird. In einer Architektur von David Chipperfield, in unmittelbarer Nachbarschaft unseres BUGA-Parks sowie des Theaters und von Dix' Geburtshaus, werden Gäste unserer Stadt nach Eröffnung des Kunsthauses hochkarätige Ausstellungen der Klassischen Moderne und der Gegenwartskunst genießen können. Damit setzen wir einen Weg fort, den wir während der Bundesgartenschau 2007 mit einer bundesweit beachteten Ausstellung zu floralen Motiven im Werk von Otto Dix begonnen und zum Beispiel mit der Neukonzeption des Otto-Dix-Preises für Junge Kunst fortgesetzt haben.

Umfangreiche Unterstützung erhalten darüber hinaus auch herausragende Kunstprojekte verschiedener privater Initiatoren in unserer Stadt, so die Höhler-Biennale – eine einzigartige Kunstausstellung, die Kunst in mittelalterlichen Gewölbegängen und Tiefkellern im Stadtzentrum von Gera präsentiert. Mit einem Artists in Residence-Programm laden wir regelmäßig Künstler in unsere Stadt ein und unterstützen damit den Dialog zwischen einheimischen und internationalen Künstlern. Und um Otto Dix im Stadtbild sichtbar und für unsere Bürgerinnen und Bürgern täglich erlebbar zu machen, werden schon bald „begehbare Bilder“ unseres großen Künstlersohnes im Stadtgebiet aufgestellt.

Die Kultur unserer Stadt wird aber bei weitem nicht nur von der bildenden Kunst geprägt: Zu ihrem vielfältigen und hochkarätigen Kulturangebot zählen ebenso das einzige Fünfspartentheater in Thüringen, sechs kommunale Museumsstandorte, eine Musik- und Kunstschule mit rund 1.000 Schülerinnen und Schülern, die bei Landes- und Bundeswettbewerben immer wieder Erfolge feiern, eine Stadt- und Regionalbibliothek, ein

Weiter auf Seite 12



Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Heilbronn (Baden-Württemberg)
www.heilbronn.de
Einwohner: 121.627

Helmut Himmelsbach

Herne (Nordrhein-Westfalen)
www.herne.de
Einwohner: 168.454

Horst Schiereck

Hildesheim (Niedersachsen)
www.hildesheim.de
Einwohner: 103.593

Kurt Machens

Ingolstadt (Bayern)
www.ingolstadt.de
Einwohner: 123.055

Alfred Lehmann

Jena (Thüringen)
www.jena.de
Einwohner: 102.752

Albrecht Schröter

Facettenreiche Kulturangebote

Halle/Saale • Von Dagmar Szabados

Eines der bedeutendsten identitätsstiftenden Kennzeichen für die Stadt Halle an der Saale sind die außerordentlich facettenreichen Kulturangebote. Sie prägen unsere Originalität und Unverwechselbarkeit im Vergleich zu anderen Städten.

Stiftung Moritzburg – Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt © Thomas Ziegler, Stadt Halle

Da die Musik das überzeugendste und entwicklungsfähigste Merkmal der halleschen Kultur darstellt und sich Halle als die „Händelstadt“ in Deutschland seit vielen Jahren großes Renommee erarbeiten konnte, werden wir das kulturpolitische Profil auf das Werk Georg Friedrich Händels weiter fokussieren, die Händelfestspiele und die Händelpflege als Alleinstellungsmerkmale weiter ausprägen. Ohne die notwendigen Synergien mit anderen Künsten zu vernachlässigen, steht diese Entwicklungslinie im Zentrum städtischer Kulturpolitik.

Kulturpolitik als wichtiger Teil der Kommunalpolitik, ist durch die komplizierte Situation des städtischen Haushalts und vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher und ökonomischer Herausforderungen sehr verantwortungsvoll betrieben worden. Um die vorhandenen Mittel effektiver einzusetzen, wurden in den kulturellen Einrichtungen der Stadt in den vergangenen zwei Jahren wichtige strukturelle Veränderungen vorgenommen.

Zum 01.01.2008 wurde das Händel-Haus von einer der städtischen Verwaltung zugehörigen Institution in eine Stiftung überführt. Das städtische Budget von 2.153 Mio. Euro im Jahr 2009 mit leichter Reduzierung auf 1.928 Mio. Euro im Jahr 2017 ist festgeschrieben. Auch die jährliche Zuwendung des Landes von 511.000 Euro für die Händelfestspiele sind für die nächsten Jahre gesichert. Eine neue weithin beachtete Dauerausstellung konnte im Händeljubiläumsjahr der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Jubiläumshändelfestspiele aus Anlass des 250. Todestages fanden auf hohem künstlerischem Niveau statt.

Mit Unterstützung öffentlicher Fördermittel konnten auch im investiven Bereich, also bei der Sanierung des Geburtshauses von Georg Friedrich Händel, wichtige, teils seit Jahren geplante Vorhaben vollendet werden.

Die föderale Theaterstruktur Halles wurde am 01.01.2009 mit dem Übergang des Thalia Theaters, des neuen theaters, des Puppentheaters, der Oper Halle und der Staatskapelle Halle in die „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“ überwunden. Bessere Rahmenbedingungen für neue Initiativen und deutlich effizienteres Arbeiten sind damit geschaffen worden. Die notwendige Reduzierung der Staatskapelle auf 121 Musikervollzeitstellen konnte mittels eines Haustarifvertrags erreicht werden. Dies bedeutet nicht nur den kompletten Schutz der Musiker für die kommenden sechs Jahre, der entscheidende Vorteil ist zudem die Beibehaltung der Qualität des Orchesters. Erkennbar ist ein deutlicher Zuwachs an künstlerischer Ausdruckskraft und Reife der Staatskapelle in der vergangenen Spielzeit.

Beim Zuschuss für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle haben sich sowohl die Stadt, die den Hauptteil der finanziellen Förderung trägt, als auch das Land auf eine vierjährige Finanzierung festgelegt. Dies bedeutet Planungssicherheit und längerfristiges Agieren für das Kulturunternehmen. 35,3 Mio. Euro stehen im Jahr 2009 zur Verfügung. Bis zum Jahr 2012 wird eine maßvolle Reduzierung des Zuschusses auf 32,6 Mio. Euro erfolgen.

Mit Mitteln des Konjunkturpaketes II [1,8 Mio. Euro] ist ein lange geplantes Vorhaben – der Neubau der Schlosserei für die Theaterwerkstatt – endlich zu realisieren.

Für das städtische Konservatorium Georg Friedrich Händel, mit ca. 2.400 Schülerinnen und Schülern, die größte Musikschule Sachsen-Anhalts, entschlossen wir uns, trotz Haushaltskonsolidierungserfordernis keine Gebührenerhöhung vorzunehmen. Auch die bemerkenswerte Entwicklung des Stadtsingechors zu Halle in den vergangenen zwei Jahren, die sich insbesondere an der Qualität der Aufführungen während der Händelfestspiele zeigte, untermauert unsere Position, die kulturelle Bildung insbesondere auch die außerschulischen Angebote für Kinder und Jugendliche schwerpunktmäßig zu fördern.

Wir wollen die kulturelle Bildung und den Spaß daran für Kinder und Jugendliche verbessern. Mit der Aktion „Kulturgutschein“ wird deswegen allen 9- und 15-jährigen halleschen Kindern und Jugendlichen ein kostenfreier Besuch in einer der halleschen Kultureinrichtungen angeboten. Dieser Gutschein kann während des gesamten Schuljahrs bzw. der gesamten Spielzeit eingelöst werden. Auch für eine Begleitung durch einen Erwachsenen für die 9-Jährigen und einen Freund für die 15-Jährigen ist die Kostenfreiheit für diesen Theater-, Konzert- oder Museumsbesuch garantiert. Den Gutschein wollen wir auch in den Folgejahren jeweils für diese Altersgruppen anbieten. Der Theater-GmbH, den zahlreichen Museen, auch den Landeseinrichtungen, wie der Moritzburg oder dem Landesmuseum für Vorgeschichte, dem halleschen Kammermusikverein u.v.a. sind wir für die Unterstützung dieser hervorragenden Kulturaktion außerordentlich dankbar.

Dieser nur kleine Ausschnitt unseres kulturpolitischen Wirkens zeigt: Auch in Zeiten knapper Kassen ist für die Stadt Halle an der Saale der öffentliche Kulturauftrag nicht stornierbar. Kultur ist für uns ein wesentliches Fundament der Gesellschaft, dieses zu sichern und zu stärken, betrachten wir als gewichtigen Auftrag kommunalpolitischen Handelns.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Halle/Saale ■

Fortsetzung von Seite 11

Überregionale Schwerpunkte setzen

Tierpark, Veranstaltungshäuser und soziokulturelle Einrichtungen sowie nicht zuletzt zahlreiche kulturelle und künstlerische Vereine.

Um diese Vielfalt nicht nur zu erhalten, sondern künftig noch bedarfsgerechter zu betreiben, haben wir in den letzten Monaten verschiedene, speziell auf das jeweilige Angebot zugeschnittene innovative Konzepte entwickelt. So soll der Tierpark mit dem Tierheim zusammengelegt und von einem von den Mitarbeitern getragenen Verein betrieben werden. Dadurch können Zuschüsse langfristig geplant und schrittweise reduziert werden. Positive wirtschaftliche Effekte entstehen auch durch die gemeinsame Nutzung der Ressourcen in Tierheim und Tierpark.

Die Musik- und Kunstschule wird ihre Leistungen künftig verstärkt durch Honorarkräfte anbieten. Dadurch sowie durch die Konzentration von Standorten kann der Zuschuss jährlich mittelfristig um über 360.000 Euro reduziert werden.

Der gesamte Veranstaltungsbereich wird derzeit in eine GmbH überführt. Damit können Ressourcen, die bisher auf verschiedene Bereiche und Einrichtungen verteilt waren, gebündelt und gemeinsam genutzt werden. Auch der inhaltlichen Abstimmung und Planung kommt diese Konzentration zugute. Die wirtschaftliche Betriebsform einer GmbH soll den Mitarbeitern besser als bisher ermöglichen, flexibel und kurzfristig zu agieren und das Betriebsergebnis mittelfristig deutlich zu verbessern. Auch in diesem Bereich gilt: Dienstleistung aus einer Hand führt zu mehr Servicequalität und erhöhter Wirtschaftlichkeit.

Diese und andere Maßnahmen und neuen Ansätze dienen insgesamt dazu, ein Höchstmaß an Kultur auf qualitativ hohem Niveau in unserer Stadt zu erhalten. Die Verantwortlichen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kulturbereich sind hoch motiviert und engagieren sich mit kreativen Ideen und viel persönlichem Einsatz dafür, dass wir diesem Anspruch auch in Zukunft gerecht werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Gera ■

Fotonachweise Oberbürgermeister

- Bremen/Böhrnsen: Jörg Oberheide
- Bremerhaven/Schulz: Pressestelle der Stadt Bremerhaven
- Chemnitz/Ludwig: Ulf Dahl
- Cottbus/Szymanski: Elisabeth Winzer
- Darmstadt/Hoffmann: Stadt Darmstadt/Hirch
- Duisburg/Sauerland: Uwe Köppen
- Erfurt/Bausewein: Fotowerkstatt M. Voigt
- Essen/Reiniger: Stadt Essen
- Frankfurt a.M./Roth: Jürgen Röhrscheid
- Freiburg i.Br./Salomon: Stadt Freiburg, Margrit Müller
- Fürth/Jung: Mittelsdorf, Stadt Fürth
- Gelsenkirchen/Baranowski: © Medienpool/Frank Reinhold
- Gera/Vornehm: Stadt Gera
- Halle/Szabados: Thomas Ziegler
- Heidelberg/Würzner: Stadt Heidelberg, Friederike Hentschel
- Heilbronn/Himmelsbach: Kurt Taube
- Herne/Schiereck: Stadt Herne, Kirsten Weber
- Hildesheim/Machens: Foto-Agentur bilderwerk
- Ingolstadt/Lehmann: Andre Pöhlmann
- Jena/Schröter: Stadt Jena, Arlene Knipper
- Karlsruhe/Fenrich: Roland Fränkle
- Kassel/Hilgen: Dieter Schwerdtle
- Koblenz/Schulte-Wissermann: Fotostudio Reuther, Sabine Reuther
- Köln/Roters: Thorsten Kern
- Krefeld/Kathstede: Mario Paufler
- Magdeburg/Trümper: Victoria Kühne
- Mönchengladbach/Bude: Detlef Ilgner
- Mülheim,Ruhr/Mühlenfeld: Walter Schernstein
- München/Ude: Michael Nagy, Presseamt München
- Münster/Lewe: Klaus Bossemeyer
- Oberhausen/Wehling: Stadt Oberhausen
- Oldenburg/Schwandner: Thorsten Ritzmann
- Osnabrück/Pistorius: Bettina Meckel
- Paderborn/Paus: Schmidt + Gottesmann
- Potsdam/Jakobs: Christian Sommer
- Regensburg/Schaidinger: Stadt Regensburg, Peter Ferstl
- Wiesbaden: Müller: Stadt Wiesbaden
- Wolfsburg/Schellecke: AstraZeneca

Junge Stadt mit Tradition

Heidelberg • Von Eckart Würzner

Heidelberg ist die ehemalige Residenzstadt der Kurpfalz, berühmt für seine Universität als älteste in Deutschland und heute als Elite-Universität anerkannt, für seine Schlossruine, für seine Romantik mit jährlich 3,5 Millionen Gästen aus aller Welt und für seine Landschaft am Eintritt des Neckars aus dem Odenwald in die Rheinebene. Mit 145.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Heidelberg nach Mannheim und Ludwigshafen die drittgrößte Stadt in der Metropolregion Rhein-Neckar. Mit über 30.000 Studierenden ist Heidelberg eine junge Stadt, unübersehbar im Bild der Innenstadt und ebenfalls unübersehbar im Publikum der Kulturveranstaltungen.

Heidelberg hat weltweit einen Ruf als exzellente Stadt der Wissenschaft mit einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen neben der Universität. Heidelbergs hohes kreatives Potenzial zeigt sich aber auch in der kulturellen Stärke und Vielfalt der Stadt, die selbst ein Vier-Sparten-Theater, ein Museum, eine Bibliothek und eine Musik- und Singschule betreibt und in ihrem Haushalt über 40 geförderte freie Kultureinrichtungen auflistet. Die Erhaltung der kulturellen Vielfalt ist eines der im aktuellen Stadtentwicklungsplan formulierten Ziele. Die Stärken Heidelbergs im Kulturbereich liegen in der Literatur, in der Musik, beim Theater und bei einer vielfältigen Festivalszene mit überregionaler Ausstrahlung.

Die Stellung Heidelbergs in der Metropolregion Rhein-Neckar ist durch vielfache und sehr erfolgreiche Kooperationen geprägt. Die 15 führenden Festivals in fünf Städten der Region betreiben ein gemeinsames Marketing, gefördert u.a. von Partnern der Wirtschaft und den Sitzkommunen. Vier dieser Festivals finden ausschließlich in Heidelberg statt: der Heidelberger Frühling, die Heidelberger Literaturtage, der Heidelberger Stückemarkt und die Schlossfestspiele. Drei weitere werden in zwei oder drei Städten gleichzeitig durchgeführt: das Fotofestival Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg, Enjoy Jazz und das Internationale Filmfestival Mannheim-Heidelberg.

Dem Kulturfinanzbericht 2008 der statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist zu entnehmen, dass Heidelberg bei den deutschen Städten zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern im Hinblick auf die Kulturausgaben pro Einwohner mit 130,40 Euro an der Spitze steht.

Als Stadt mit nur geringer Industrietradition war Heidelberg immer schon eine steuerarme Stadt. Die derzeitige Krise erreicht uns dennoch im laufenden Jahr mit einem Minus von sieben Millionen Euro. 2010 wird dieses Minus deutlich höher sein. Trotz dieser düsteren Schatten verfolgt die Stadt Heidelberg den Kurs, die Mindereinnahmen an Steuern aus eigener Kraft, das heißt durch vereinbarte Einsparungen in den Budgets der Ämter, auszugleichen. Klare Vorgabe bei diesem Verfahren ist, dass alle Bereiche der städtischen Aktivitäten in gleicher Weise betroffen sind. Es wird also kein besonderes Opfer im Kulturetat geben. Die Zuschüsse an die 40 Kultureinrichtungen werden nicht abgesenkt, sondern weiterhin zu 100 Prozent ausgezahlt werden.

Wie sehr sich Heidelberg als Kulturstadt definiert, ist an den aktuellen Investitionsmaßnahmen zu erkennen: In diesen Tagen wurde mit der Sanierung des 1853 gegründeten Stadttheaters begonnen. Die Arbeiten an dem mit 52,9 Millionen Euro veranschlagten Projekt dauern voraussichtlich bis September 2012. Das Haus im Herzen der Altstadt soll durch Umbau und Erweiterung um einen zweiten Zuschauersaal die Anforderungen an ein modernes Mehrspartentheater erfüllen. Der historische Zuschauersaal wird denkmalgerecht wiederhergestellt und dient künftig als ergänzender Ort für Theater, Konzerte und andere Veranstaltungen. Mehr als die Hälfte der Investitionssumme stammt vom Land und aus bürgerschaftlich beigesteuerten Mitteln. Ohne das Engagement der Bürgerschaft und der örtlichen Presse hätte die Theatersanierung nie begonnen werden können.

Neben diesem Investitionsschwerpunkt sind trotz Krise weitere Maßnahmen in Vorbereitung: Die Lüftungsanlagen des städtischen Kurpfälzischen Museums und des soziokulturellen Zentrums Karlstorbahnhof werden erweitert. Das UnterwegsTheater, ein renommierter Kulturproduzent im Bereich des zeitgenössischen Tanzes, erhält nach langen Jahren des Unterwegsseins mit städtischer Hilfe ein eigenes Veranstaltungshaus. Mit Hilfe dieser Kulturinvestitionen können wir trotz Finanzkrise einen Beitrag leisten, um den Konjunktureinbrüchen entgegenzusteuern.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg ■

Kultur in der Käthchenstadt

Heilbronn • Von Helmut Himmelsbach

Wer sich mit der aktuellen Finanzsituation von Heilbronn befasst, der könnte meinen, es mit zwei Städten zu tun zu haben: Die eine Stadt arbeitet gerade den im Aufschwung aufgelegten Rekordhaushalt 2009 ab mit einem seit Kriegsende nicht gesehenen Investitionsanteil. Diese Stadt steckt Geld in Schulen, Kindergärten und Straßen, plant eine neue Stadtbahnlinie, will 2019 die Bundesgartenschau ausrichten und schmückt sich mit dem Titel der ersten deutschen Großstadt ohne Kindergartengebühren. Die andere Stadt blickt erschrocken auf ein 100-Millionen-Euro-Finanzloch, das sich im Stadtsäckel durch die Wirtschaftskrise bis 2011 auftut, fürchtet eine Verdoppelung der Schulden in den beiden nächsten Jahren, diskutiert über Freibadschließungen, zeitliche Streckungen und Steuererhöhungen und sucht händeringend nach Konsolidierungsmöglichkeiten.

Käthchen-Skulptur mit Kilianskirche im Hintergrund **Foto: Dieter Schweizer**

Tatsächlich handelt es sich aber um eine Stadt, um ein Heilbronn, das diese auseinanderdriftenden Entwicklungen nicht nur aushalten, sondern abmildern, korrigieren muss. Ganz schmerzfrei geht das nicht, aber Medizin, die nicht bitter schmeckt, wirkt bekanntlich auch nicht.

Dem Kulturbereich kommt hierbei eine erstaunliche Rolle zu: Denn während die ersten Einsparüberlegungen vor allem die Verkehrsinfrastruktur betrafen, drehten sich die Kräne über zwei Kultur-Baustellen weiter – Heilbronn leistet sich für 5,4 Millionen Euro eine neue Kunsthalle und für 30,8 Millionen Euro das erste große Science Center Süddeutschlands – die experimenta.

In der experimenta soll „Lernen zum Erlebnis werden" – also weg von der klassischen Museumspräsentation mit Exponaten in Vitrinen, hin zum Anfassen, Berühren, Ausprobieren. Die Kombination aus 150 Experimentierstationen, sieben Talentschmieden (Werkstattbereiche) und fünf Laboren (für Kindergartenkinder genauso wie für Jugendliche) ist in Deutschland ziemlich einzigartig. Ein aus den 1930er-Jahren stammender, auf einer innerstädtischen Neckarinsel gelegener Ölsaatenspeicher wird dazu umgebaut und hat einen sich anschließenden Ergänzungsbau erhalten – am 12. November ist Einweihung.

Die Kunsthalle entsteht nach den Plänen des Züricher Architekturbüros Rodriguez. Auf 840 Quadratmeter Fläche wollen die Städtischen Museen Heilbronn und der Kunstverein Heilbronn gemeinsam den Besuchern ein breites Spektrum an künstlerischen Positionen präsentieren. Zur Eröffnung im Herbst 2010 wird eine Sammlung mit rund 300 Werken von Beuys gezeigt.

Kunsthalle und experimenta – zusammen eine Kulturinvestition von 36 Millionen Euro. Allein hätte auch das investitionsfreudige Heilbronn diese Summe nicht aufbringen können – diese beiden Schlüsselprojekte sind nur möglich dank kräftiger Unterstützung privater Sponsoren und Stiftungen sowie von regionalen Unternehmen.

Dieses Finanzierungsmodell weist in die Zukunft, damit auch bei geringeren finanziellen Spielräumen das Kulturangebot möglichst gehalten oder auch erweitert werden kann. Im Kulturbereich Schwerpunkte setzten, Prioritäten stärker zur Geltung bringen, die gewachsene Vielfalt stärker unter die Lupe nehmen – auch das sind Aufgaben, die in der Spardiskussion der nächsten Zeit ein stärkere Rolle spielen werden.

Aufgrund gravierender Einnahmeausfälle musste die Stadt Heilbronn bereits 2002-2004 zu drastischen Maßnahmen greifen, von denen auch der Kulturbereich nicht ausgenommen wurde: So mussten wir u.a. die Zuschüsse an externe Kultureinrichtungen pauschal um jeweils zehn Prozent kürzen, auch die städtischen Kulturinstitute erhielten ihre Sparaufgaben.

In welchem Umfang eine solche Vorgehensweise in Anbetracht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Ausmaße wir noch nicht voll überblicken können, notwendig wird, muss noch offen bleiben. Gemeinderat, Oberbürgermeister und Verwaltung werden natürlich über mögliche Lösungsansätze beraten. Nachdem Heilbronn aber im Deutschland-Vergleich zu den Städten mit den höchsten Kultur-Ausgaben pro Kopf gehört, werden eventuelle Abstriche zu keiner Kulturwüste führen.

Neue Perspektiven wird es hingegen für das Selbstverständnis der Kommune geben: Nicht nur aufgrund der finanziellen Engpässe müssen wir immer mehr in die Rolle des „Ermöglichers" schlüpfen, der unbesetzte Felder zu besetzen hilft, diese aber dann denjenigen überlässt, die die Aufgabe ungleich besser erfüllen können. Als Beispiel seien soziokulturelle Zentren genannt, die sich von einer Kommune weder verordnen noch herstellen lassen. Vielmehr sollten wir die notwendigen lebendigen Prozesse aufmerksam beobachten und dort fördern, wo es einer Förderung bedarf.

Ein zweiter mir ausgesprochen wichtiger Bereich ist das Thema „kulturelle Bildung". Mit dem „Heilbronner Weg" hat sich Heilbronn bereits im Jahr 2007 zu einer kommunalen Bildungsplanung bekannt, die auf praktische Weise Jugendhilfe und Schule verquickt. Als nächster Schritt soll die Brücke zur Kultur geschlagen werden. Unser Ziel ist es, eine gleichberechtigte Teilhabe aller Schüler an Kultur zu ermöglichen. Gemeinsam mit den städtischen Kulturinstituten, externen Kultureinrichtungen und freischaffenden Künstlern wollen wir mehr Kultur an die Schulen bringen. Eine große Aufgabe, eine spannende Aufgabe, die wir jenseits aller Spardiskussionen anpacken werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Karlsruhe (Baden-Württemberg)
www.karlsruhe.de
Einwohner: 288.917

Heinz Fenrich

Kassel (Hessen)
www.kassel.de
Einwohner: 193.803

Bertram Hilgen

Koblenz (Rheinland-Pfalz)
www.koblenz.de
Einwohner: 106.087

Eberhard Schulte-Wissermann

Köln (Nordrhein-Westfalen)
www.koeln.de
Einwohner: 995.397

Jürgen Roters

Krefeld (Nordrhein-Westfalen)
www.krefeld.de
Einwohner: 236.516

Gregor Kathstede

Beteiligt bei der RUHR.2010

Herne • Von Horst Schiereck

Die Herner Kulturverwaltung hat schon seit Jahren mit einem begrenzten Budget ihre Aufgaben wahrnehmen müssen und ist dieser Herausforderung stets mit besonderer Kreativität und starkem Engagement begegnet. Daraus könnte man fast einen Vorteil gegenüber anderen Kommunen konstatieren, die bisher noch unter anderen Bedingungen arbeiten konnten und vielleicht unvorbereiteter den Gürtel enger schnallen müssen. Diese Bemerkung ist natürlich eher ironisch zu verstehen, da der Kreis derer in den letzten Jahren arg geschrumpft sein dürfte.

Die Stadt Herne beteiligt sich mit zahlreichen Veranstaltungen bei RUHR.2010: Die Grafik zeigt die Aktion „Still-Leben Ruhrschnellweg Die Metropole feiert “, bei der der Ruhrschnellweg, der durch zahlreiche Städte des Ruhrpotts führt, am 18. Juli 2010 komplett gesperrt wird und zur Kulturmeile avanciert Grafik: RUHR.2010 GmbH/TAS Emotional Marketing

Spitzt sich die ohnehin problematische Finanzsituation in den Kommunen in einem nicht zu überschauenden Ausmaß weiter zu – wovon leider ausgegangen werden muss – und wird auch der Herner Kulturhaushalt mit seinem geringen Anteil von 2% gemessen am Gesamthaushalt von drastischen Sparmaßnahmen nicht ausgenommen, dann werden Kreativität, Einfallsreichtum, Flexibilität und organisatorische Verbesserungen zum Erhalt des jetzigen Standards nicht ausreichen. Eine verstärkte Einbindung von Sponsoren, die bisher schon in vielfältiger Form umgesetzt worden ist, dürfte ebenfalls unrealistisch sein und keinen erweiterten Gestaltungsspielraum ermöglichen. Die dann an die Substanz gehenden Folgen wären fatal, aber hier kann und will ich entsprechenden Beschlüssen bürgerschaftlicher Gremien nicht vorgreifen. Von daher ist es aber auch verwaltungsseitig schwierig, langfristig angelegte Akzente zu setzen. Vernachlässigt werden dürfen in einer Stadt wie Herne mit hoher Arbeitslosigkeit und rund 20%igem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund auf keinen Fall die kulturelle Bildung und damit einhergehend auch nicht integrationsfördernde interkulturelle Aspekte. Hier ist unter anderem mit dem „Kommunalen Gesamtkonzept Kulturelle Bildung in Herne – Kulturelle Vielfalt erleben, Bildung ganzheitlich gestalten“ eine wichtige Grundlage für diesen Schwerpunkt im Aufgabenspektrum der Kulturarbeit geschaffen worden. Das Themenfeld „Schule und Kultur“ nimmt dabei einen großen Raum ein. Das vorhandene soziale wie kulturelle Gefälle zwischen einzelnen Kommunen und Regionen darf sich durch unverantwortliche Sparmaßnahmen in Städten mit Haushaltssicherungskonzepten oder Nothaushalten nicht noch weiter verschärfen.

Die Stadt Herne unterstützt deshalb uneingeschränkt das von der NRW-Kulturamtsleiter-Konferenz entworfene Maßnahmenpapier zur Unterstützung und Erhaltung der kommunalen Kulturlandschaft, das als Antwort auf die Finanzkrise keinen fiskalischen Abbau von Kulturaufgaben, sondern einen zielorientierten Umbau fordert. Beispielsweise wäre es wichtig, wenn Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen künftig mit einer prozentual festgelegten Bindung für Kultur und Bildung versehen würden. Kultur ist gerade jetzt kein „Luxusgut“ gegenüber anderen dringenden sozialen oder wirtschaftlichen Aufgaben. Hier das Interesse und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im angemessenen Gleichklang zu bedienen, stellt angesichts der allgemeinen Finanzlage Politik und Verwaltung gleichermaßen vor hohe Anforderungen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Herne ■

Kultur ist Zukunftsinvestition

Hildesheim • Von Kurt Machens

Hildesheim ist eine traditionsreiche Kulturstadt, die Wahrung, Pflege und Weitergabe der überlieferten kulturellen Werte als eine ständige Aufgabe und Herausforderung im Dialog mit den Generationen sieht. Als kulturell geprägte Bürgergesellschaft begreift sie die Vielfalt der Formen künstlerischen Schaffens zur Auseinandersetzung mit der Tradition als einen kreativen Prozess, der Orientierungen für die Zukunft liefert. Nur wer seine Vergangenheit kennt, sich zu ihr zu verhalten weiß, kann neue Impulse erzeugen und Aspekte der Zukunftsgestaltung gewinnen und weiterführen.

Die Hochschulstadt Hildesheim präsentiert sich mit einem überregional agierenden Museum, einem landesweit präsenten Theater für Niedersachsen, einer herausragenden Stadtbibliothek, einer Stadt und Landkreis erreichenden Volkshochschule und Musikschule sowie einer Vielzahl unterschiedlicher Künstlerinnen und Künstler, die durch originelle Produktionen sowohl im Bereich der Bildenden Kunst, des freien Theaters, der Literatur als auch im experimentellen Kontext überregional zu überzeugen wissen. Einrichtungen, in denen die Stadt zukunftsweisend investiert hat. St. Michaelis und der Dom, unser Weltkulturerbe, werden aus investiven Mitteln eine Wertsteigerung erhalten, die auch den Kulturstandort attraktiv bereichert und als Standort stärkt.

Bürgerinnen und Bürger betrachten diese kulturellen Errungenschaften als Verpflichtung und deren Weiterführung als Investition in die Zukunft. Kultur vermittelt Orientierung, bereichert das Zusammenleben, schafft Lebensqualität und erhält und schafft Arbeitsplätze. Wichtige Grundlagen und Voraussetzungen, die als kulturelle Attraktivität ausstrahlen und Wettbewerbsvorteile zu sichern helfen. Sicher ist die finanzielle Lage der Kommune eine schwere Bürde, eine längerfristige Herausforderung, die nur gemeinsam zu bewältigen ist. Deshalb sollen und müssen auch im Konzertreigen der Kultur Einsparungen und Reduzierungen Eingang finden. Aber wohl überlegt und konzeptionell ausgewogen und mit Beteiligung der Kulturschaffenden.

Einsparung ist nicht gleich Kürzung. Einsparung eröffnet neue Chancen der Gewichtung, Prioritätenklarheit und generiert Synergien. Hier ist Hildesheim schon einen weiten Schritt vorausgegangen durch das fusionierte Theater und die fusionierte Volkshochschule. Die künstlerischen und bildungspraktischen Ergebnisse bestätigen die Richtigkeit des Weges.

Weitere Schritte und Einschnitte besonders hinsichtlich freiwilliger Leistungen sind nicht auszuschließen. Auch hier sind die Kulturaktiven gefordert, zusammen mit der Stadt Möglichkeiten zu finden, um das Bürgerengagement stärker als bisher zu evozieren. Freiwilligkeit heißt Selbstentscheidung und aktive Mitgestaltung der Bürgergesellschaft, und das heißt auch Abbau von Erwartungen gegenüber dem städtischen Haushalt. Sparen und Einsparen ist somit eine Entlastung der Stadt, damit der Bürger (Abbau der Verschuldung), damit der kommenden Generationen.

Aber, und das ist entscheidend, Zurückbindung kultureller Aufgaben an die Bürgerschaft eröffnet Chancen durch die Übernahme eines Ehrenamtes, durch den Einsatz im Rahmen der Freiwilligenarbeit und des Bürgerengagements selbst aktiv zu werden. Auch dafür gibt es schon bemerkenswerte Beispiele. Bürger, die sich für den historisch orientierten Aufbau ihrer Stadt einsetzen, das Hildesheimer Marktplatzensemble, wäre hier zu nennen, Bürger, die als Begleiter in den Museen agieren, Bürger, die als Lotsen praktische Hilfen bei der Begegnung der Kulturen anbieten. Bürger, die sich als Stifter verantwortlich wissen, die zustiften, die Stiftungsgut bewahren und gemeinnützig einbringen.

Theater für Niedersachsen **Foto: Lothar Meyer-Mertel**

Gemeinsam wird es darum gehen, das Gesamtbild der Kulturstadt Hildesheim zu erhalten, die tragenden Kultureinrichtungen zu stabilisieren und weiterhin zukunftsfähig zu gestalten. Der Weg der Zusammenführung, der besseren Ausnutzung von Ressourcen, das gemeinsamen Zielen verpflichtete Handeln, ein solcher Zielpunkt wird das Stadtjubiläum 2015, 1200 Jahre Hildesheim, sein, müssen in den Vordergrund treten. Eine übergreifende Leitlinie schafft Orientierung, motiviert, aktiviert Kräfte und stärkt das Gemeinwesen. Jährliche Themen markieren Teilschritte und stärken die Identifikation.

Ein gutes Beispiel ist die von Kirche und Stadt für 2010 geplante Jubiläumsreihe „1000 Jahre St. Michaelis“, die anschaulich das Zusammenwirken der Kulturschaffenden und der Bürger der Stadt zeigen wird.

Kultur, eine Investition in die Zukunft? Eine Alternative gibt es nicht.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Hildesheim ■

Für die Kultur zahlen statt für den Kapitaldienst

Jena • Von Albrecht Schröter

Die Haushaltslage ist auch in unserer Stadt, die seit dem Jahr 2000 sehr erfolgreich Schuldenabbau betreiben konnte, derzeit sehr angespannt. In der gegenwärtigen Planungsstufe beträgt das Defizit mehr als 20 Mio. Euro. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass die Stadt Jena mit Beginn des neuen Jahres einen geschlossenen Haushalt vorweisen kann. Hierzu sind einschneidende Maßnahmen in allen Bereichen der Stadtverwaltung notwendig. Mein Ziel ist es, dennoch möglichst keine neuen Schulden zu verursachen. Denn der Kapitaldienst verschlingt mittel- und langfristig genau die freien Valenzen, die wir brauchen, um Vielfalt von Kunst und Kultur auf hohem Niveau bezahlen zu können.

Andererseits möchte ich als Oberbürgermeister und Kulturdezernent Einsparungen im Kulturbereich für das Haushaltsjahr 2010 nur insoweit vornehmen, dass keine bewährten Strukturen zerstört werden. Denn wir arbeiten gerade an einer Kulturkonzeption bis zum Jahre 2015, die sowohl den erreichten Stand reflektiert als auch Problemfelder benennt, denen wir uns in den nächsten Jahren widmen müssen. Die sich daraus ergebenden kulturpolitischen Ziele und Handlungsfelder müssen möglichst unabhängig von der gegenwärtigen Finanzlage abgeleitet und diskutiert werden. Denn diese hängen mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen zusammen, denen wir uns auch in Jena nicht entziehen können.

Zum Beispiel gestaltet sich die demografische Entwicklung in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedlich. Die Frage, wie wir flächendeckend die kulturelle Grundversorgung absichern können, müssen wir beantworten. Genauso wichtig ist es, den kulturellen Interessen der über 25.000 Studierenden an unseren beiden Hochschulen zu entsprechen und mehr für Familien mit Kindern anzubieten, denn entgegen dem bundesweiten Trend steigen in Jena die Geburtenzahlen. Unsere Stadt ist zudem eine Akademikerhochburg; über ein Viertel der Jenaer Bevölkerung verfügt über einen akademischen Abschluss. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, dass wir in der jetzigen Situation nicht überhastet bewährte kulturelle Strukturen und Angebote aufs Spiel setzen.

Eine jüngst im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Kulturkonzeptes durchgeführte Befragung unserer Bevölkerung stellte den Kultureinrichtungen der Stadt Jena durchweg positive Noten aus. Vielseitig, anspruchsvoll, bildend, innovativ u.ä. lauten die Bewertungen unserer Bürgerinnen und Bürger. Das macht mich als Kulturdezernent stolz und zufrieden. Zugleich empfinde ich diese Botschaft als Auftrag dafür zu sorgen, dass es zumindest so bleibt.

Außerdem erbringen die Beschäftigten in den Kulturbereichen einen nicht unerheblichen Anteil an unmittelbaren und mittelbaren Einnahmen für die Stadt. Besucher der Kulturarena – einem siebenwöchigen Sommerfestival – zum Beispiel bringen eine halbe Million Euro Umsatz, von dem Geld, was sie ansonsten in der Stadt lassen, ganz zu schweigen. Hier wird deutlich, dass Kultur auch Wirtschaftförderung ist. Da dies ebenfalls in mein Ressort fällt, weiß ich den Wirtschaftsfaktor Kultur sehr zu schätzen.

Wir sind in Jena in Bezug auf Strukturen sehr kreativ. Es kommt ja darauf an, auch in der Verwaltung die Strukturen zu finden und durchzusetzen, die effizient arbeiten und als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger fungieren. Das haben wir auch im Kulturbereich geschafft. Seit 2005 gibt es in Jena einen Kultureigenbetrieb JenaKultur, der inzwischen fast Modellcharakter für ganz Deutschland besitzt. Über einen mehrjährigen Zeitraum ist abgesichert, dass Volkshochschule, Musik- und Kunstschule, Städtische Museen, Jenaer Philharmonie, Ernst-Abbe-Bücherei, Veranstaltungen verschiedenster Art in unserer Stadt besucht werden können. JenaKultur versteht sich als modernes Dienstleistungsunternehmen, das einen Kulturauftrag erfüllt und gleichzeitig stets mit neuen innovativen Ideen aufwartet. Wir haben JenaKultur auf den Weg gebracht, weil mehr Sicherheit für hochwertige kulturelle Angebote ein wichtiges Stück Lebensqualität für die Stadt bedeutet. Und Lebensqualität ist oft das Zünglein an der Waage im härter werdenden Standortwettbewerb.

Deshalb ist es mein Anliegen, bewährten Kultureinrichtungen und -angeboten weiterhin Sicherheit zu gewährleisten, damit sie flexibel und kreativ arbeiten können. Der Kulturetat wird insgesamt nicht einschneidend gekürzt. Vielmehr gilt es, innerhalb des Budgets Synergien schaffen, die am Ende allen Bewohnern unserer Stadt zugute kommen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister und Kulturdezernent der Stadt Jena ■

Der JenTower in Jena: Blick aus der Krautgasse
© Foto: ART-KON-TOR, Quelle: Stadt Jena

Konsolidierungsprozess

Karlsruhe • Von Heinz Fenrich

Auch in Karlsruhe hinterlässt die gesamtwirtschaftliche Situation ihre Spuren. Bereits für das laufende Jahr musste zur Deckung des Haushalts eine Sperre beim Sachaufwand in Höhe von 6,61 Prozent verfügt werden, was für den Kulturbereich eine Minderausgabe in Höhe von 168.190 Euro bedeutet. Diese wird durch Modifizierungen eigener Veranstaltungen, Projekte und Ausstellungen erwirtschaftet werden.

Im Haushaltsjahr 2010 wird sich die finanzielle Situation mit einem prognostizierten Fehlbetrag in Höhe von rund 80 Millionen Euro weiter verschlechtern. Auch im Finanzplanungszeitraum 2011 bis 2013 geht die Stadt Karlsruhe weiter von Fehlbeträgen in Höhe von zusammen insgesamt rund 65 Millionen Euro aus. Vor diesem Hintergrund ist die Stadt Karlsruhe aufgefordert, den Ergebnishaushalt nachhaltig zu konsolidieren.

In diesen Konsolidierungsprozess müssen alle Aufgabenbereiche – also auch die Kultur – einbezogen werden. Ein Haushaltskonsolidierungskonzept, bei dem neben der Überprüfung der Standards auch der Transferaufwand beleuchtet wird, ist derzeit in Vorbereitung und wird auch im Kulturbereich zu Einsparungen führen müssen.

Ohne den Beschlüssen des Gemeinderats vorgreifen zu wollen, wird es aber in dem für Karlsruhe wichtigen Kulturbereich im Vergleich zu anderen Aufgabenbereichen nicht zu übermäßigen Einschnitten kommen. Denn Karlsruhe verstand sich schon immer als Kulturstadt und versteht sich als solche bis heute. Die Stadt sieht auch in der Kultur vielfältige Möglichkeiten zur Gestaltung gesellschaftlicher Fragen und Prozesse – beispielhaft seien die Integration und die Heranführung von Migranten, von Kindern und Jugendlichen an Kultur, ebenso der interkulturelle und interreligiöse Dialog wie auch die Bereiche Kultur und Wirtschaft, Kultur und Technik und Kultur und Bildung.

Als Residenz des Rechts pflegt die Stadt unter dem Motto „Mit Recht. Karlsruhe“ außerdem Kulturprojekte zum Schwerpunktthema Recht und Demokratie. Dem hat der Gemeinderat durch Benennung entsprechender Handlungsfelder im anlässlich unseres 300-jährigen Stadtjubiläums erstellten Masterplan 2015 sowie auch mit Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel entsprochen.

Ich gehe davon aus, dass es in Karlsruhe auch in Zukunft ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Spitzen- und der Breitenförderung geben wird, auch wenn es im Einzelfall zu schmerzlichen Einschnitten kommen kann. Das Einsparkonzept wird derzeit erarbeitet, ich kann daher im Augenblick noch keine detaillierten Ergebnisse präsentieren.

Trotz der knappen Finanzlage investiert die Stadt Karlsruhe in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 weiter in die kulturelle Infrastruktur. Das Masterplanprojekt der Konversion des Alten Schlachthofes in einen Kreativpark wird mit Hochdruck durch Investitionen einer städtischen Tochtergesellschaft wie auch durch Investitionszuschüsse aus dem Kulturetat vorangetrieben. Hier werden Räume geschaffen für junge Kreativschaffende und die kulturelle Veranstaltungsinfrastruktur wird weiter ausgebaut. So werden in den Umbau der ehemaligen Schlachthalle in das Rock- und Popmusikzentrum „Substage“ sowie in die bauliche Erweiterung des soziokulturellen Zentrums „Tollhaus“ jeweils siebenstellige Beträge investiert.

Außerdem hat der Gemeinderat Investitionsmittel für eine neue Spielstätte des kommunalen Kinos „Kinemathek“ bewilligt. Auch in die gebäudetechnische Infrastruktur des Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) fließen investive Mittel. Darüber hinaus sind derzeit Mittel für die Erweiterung des Stadtarchivs und die räumliche Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbibliothek eingeplant.

Nur durch eine kontinuierliche Konsolidierung des Ergebnishaushalts wird es auch in der Zukunft Spielräume für Investitionen geben können.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe ■

Keine einseitige Belastung

Ingolstadt • Von Alfred Lehmann

Die Finanzkrise belastet die städtischen Haushalte massiv und führt deshalb in allen städtischen Bereichen zu Schwierigkeiten. Dies betrifft auch die Ausgaben für Kultur. Allerdings bin ich entschieden gegen eine einseitige Kürzung zu Lasten des Kulturbereiches. Es geht darum, die städtischen Haushalte in allen Bereichen so effektiv und sparsam wie möglich zu führen.

Die Kultur gilt gemeinhin als freiwillige Aufgabe. Im Hinblick auf gesetzliche Festlegungen ist sie dies auch. Es sind jedoch gerade die sogenannten freiwilligen Aufgaben, die das Profil und das Gesicht einer Stadt ausmachen und prägen. Dies gilt in ganz besonderer Weise für den Kulturbereich. Insofern ist es mein Anliegen, unsere kulturellen Institutionen und Veranstaltungen auch in Zeiten schwieriger Haushaltslage zu erhalten und sinnvoll weiterzuentwickeln.

Im Bereich der Museen möchten wir in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen tätigen. Hier wird die Haushaltslage vermutlich zu einer Streckung dieser Investitionen führen, ohne dass wir auf die weitere Entwicklung unserer Museen grundsätzlich verzichten wollen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt ■

Museum für Konkrete Kunst Ingolstadt **© Stadt Ingolstadt**

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Magdeburg (Nordrhein-Westfalen)
www.magdeburg.de
Einwohner: 230.140

Lutz Trümper

Mannheim (Baden-Württemberg)
www.mannheim.de
Einwohner: 309.795

Peter Kurz

Mönchengladbach (Nordrhein-Westfalen)
www.moenchengladbach.de
Einwohner: 260.018

Norbert Bude

Mülheim (Nordrhein-Westfalen)
www.muelheim-ruhr.de
Einwohner: 168.925

Dagmar Mühlenfeld

München (Bayern)
www.muenchen.de
Einwohner: 1.311.573

Christian Ude

Sparschwein Kulturförderung?

Kassel • Von Bertram Hilgen

In Zeiten schwieriger Haushaltslage zieht sich die öffentliche Hand gern zu allererst aus der Kulturförderung als vermeintlich „freiwilliger Leistung“ zurück. Kassel verhält sich sozusagen antizyklisch – in Kassel wurde in den letzten Jahren mit der Neugestaltung der Museumslandschaft Kassel eines der größten Kulturinvestitionsprojekte in Deutschland aufgelegt. 200 Millionen Euro fließen von Seiten des Landes und 20 Millionen Euro von Seiten der Stadt in das Projekt. Parallel hierzu wird der Antrag zur Aufnahme des Bergparks Wilhelmshöhe, dem größten Bergpark Europas, der für seine Wasserspiele, für das Schloss Wilhelmshöhe und den Herkules, Kassels Wahrzeichen, berühmt ist, in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste vorbereitet.

Die Kasseler Orangerie © Stadt Kassel, Foto: Ulrike Lindenborn

Dies geschieht nicht auf Kosten der übrigen Kulturbereiche. Es ist in den letzten Jahren gelungen, auch innovative Kunst- und Kulturbereiche, wie z.B. die Galerie für komische Kunst Caricatura, das soziokulturelle Zentrum Schlachthof oder auch das Internationale Dokumentar- und Videofestival finanziell nachhaltig abzusichern. Auch die nahezu 50 Millionen Euro teure Sanierung des Staatstheaters, einem 3-Sparten-Haus mit einem A-Orchester, wurde gemeinsam mit dem Land im letzten Jahr erfolgreich abgeschlossen.

Es wundert daher nicht, dass der Kulturetat der Stadt Kassel in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen ist. Allein im Ergebnishaushalt sind die Aufwendungen seit 2001 von rund 21 Millionen Euro auf 27 Millionen Euro in 2009 gestiegen. Doch den Aufwendungen stehen auch gestiegene Einnahmen gegenüber. Die Zahl der Übernachtungen wächst beständig und mit ihnen die Höhe der Wertschöpfung für die Stadt.

Schon heute hat die Stadt ein bis nach Übersee ausstrahlendes kulturtouristisches Renommee: Jeder dritte Besucher des Brüder Grimm-Museums und jeder vierte Besucher der Gemäldegalerie ist internationaler Herkunft. Dieses Potenzial verspricht eine erhebliche Steigerung der Attraktivität der Region.

Doch es sind nicht nur die fiskalischen Argumente, die gegen Einschnitte in die Kulturförderung sprechen. Kulturförderung ist notwendig, um eine funktionierendes Gemeinwesen zu organisieren. Sie gehört zu den Kernaufgaben öffentlichen Handelns, dessen Ergebnisse sich entscheidend auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unser Stadt auswirken.

Kunst und Kultur kommt in der über 1.000-jährigen Geschichte Kassels eine zentrale Bedeutung zu – für die Entwicklung unserer Stadt und für die ihrer Bürgerinnen und Bürger. In der Kultur zeigen sich der Ursprung, die Seele und die Identität unserer Stadt.

documenta-Stadt Kassel = Kulturstadt Kassel

Die Stadt Kassel verfügt über eine der höchsten Dichten an kulturellen Einrichtungen und Museen in Deutschland. Seit 1277 Residenz der hessischen Landgrafen und Kurfürsten hat Sammelleidenschaft, Wissensdurst und Freude am Bauen und Gestalten zu einer enormen Vielfalt an Sehenswürdigkeiten geführt, weswegen sich Kassel zu Recht als Kulturstadt versteht. Hier nur einige Splitter:

- Mit dem Zweiten Weltkrieg verlor Kassel sein ursprüngliches Gesicht, die Stadt war zu 78 Prozent zerstört. Aber 1955, mitten im Prozess des Wiederaufbaus, nahm eine Vision für den Neuanfang in Kassel Gestalt an: Arnold Bode etablierte mit der documenta die international bedeutendste Ausstellung für Gegenwartskunst in Kassel. Die vergangene documenta zählte über 700.000 Besucherinnen und Besucher.
- Die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm haben in Kassel ihre wichtigsten Werke verfasst. Im Brüder Grimm-Museum befinden sich die Kasseler Handexemplare der Grimmschen Märchen, die 2005 von der UNESCO als Weltdokumentenerbe („Memory of the world“) ausgezeichnet wurden.
- Die Gemäldegalerie Alte Meister beherbergt die größte Rembrand-Sammlung Deutschlands.
- Der erste feststehende Theaterbau nördlich der Alpen wurde 1604 in Kassel errichtet.
- Das Orchester des Staatstheaters Kassel blickt auf eine mehr als 500 Jahre alte Tradition zurück.
- Das 1779 vollendete Museum Fridericianum, ein Denkmal der fürstlichen Aufklärung, ist der erste öffentliche Museumsbau auf dem europäischen Kontinent.

Die kulturellen Reichtümer, die Universität, die vitale freie Kulturszene, innovative Unternehmen und eine engagierte Bevölkerung sind die Potenziale, die Energiefelder, die unsere Stadt zu einer zukunftsfähigen Stadt machen. Damit die Gesellschaft sich ihrer Herkunft und ihres kulturellen Erbes versichern kann, sind vor dem Hintergrund des demografischen Wandels weiter Investitionen in die kulturelle Bildung in unserer Stadt unerlässlich.

Kulturelle Bildung

In den nächsten Jahrzehnten wird es in Deutschland weniger junge Menschen geben und die überwiegende Mehrheit von ihnen wird aufgrund ihrer sozialen und kulturellen Herkunft nicht selbstverständlich in die Teilhabe an Kultur und kultureller Bildung hineinwachsen. Es gehört deshalb zu den Zukunftsaufgaben der Kultur- und Bildungspolitik, die Rahmenbedingungen und Inhalte der kulturellen Angebote so zu verändern, dass mit neuen Themen und Arbeitsformen Interesse geweckt werden kann. Der anstehende Ausbau des Stadtmuseums und der Neubau des Brüder Grimm-Museums bieten die Chance, neue Wege bei der Kulturvermittlung zu gehen.

Mit dem Projekt Kinderkultur als eines der Leuchtturmprojekte im Zukunftsbüro Kassel hat die Stadt Kassel seit 2008 ein Modell aufgelegt, das sich gezielt an Kinder und Jugendliche richtet. Ein breites, abwechselungsreiches, anregendes und spannendes Kulturangebot für Kinder ist ein Indikator für die Kinderfreundlichkeit einer Stadt.

Kulturpolitik ist zudem auch Integrationspolitik. Das soziokulturelle Kulturzentrum Schlachthof in Kassel hat sich hohe Verdienste erworben in der interkulturellen Integrationsarbeit.

Kulturwirtschaft

Die Bedeutung des erwerbswirtschaftlichen Teils des Kultursektors, der Kulturwirtschaft, wurde bisher unterschätzt. Wir haben daher gerade eine Studie zur Untersuchung der Kulturwirtschaft in Kassel begonnen. Ziel der Untersuchung ist es, durch eine Verknüpfung von Stadtentwicklung und Kulturwirtschaft die kulturwirtschaftlichen Potenziale in unserer Stadt zu identifizieren und eine Handlungsstrategie zur Nutzung der kreativen Potenziale für unsere Stadt zu entwickeln.

Kassel ist als Universitätsstadt, insbesondere auch durch die Kunsthochschule, ein wichtiger Ausbildungsstandort für angehende Architekten, Designer, gestaltende Künstler, Filmschaffende und Musiker. Die Stadt hat dadurch ein hohes Potenzial an Kreativität und Engagement, das entscheidend ist für die Entwicklung von Innovationen. Es ist daher Ziel der Stadt Kassel, dieses „kreative Potenzial“ in Kassel zu halten und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen produktiv zu gestalten.

Gerade für die Phase zwischen Ausbildungsabschluss und beginnender Professionalität erwarten wir daher von der Studie wichtige Hinweise zur Förderung von Unternehmensentwicklungen vor Ort.

Die Untersuchung ist bewusst interdisziplinär – an der Schnittstelle von Kultur- und Stadtentwicklung – angelegt, da erwartet wird, dass durch die kulturwirtschaftliche Nutzung z.B. von Leerständen und Brachen wichtige Impulse für die Stadterneuerung ausgehen können. Im Kontext der Analyse der wesentlichen Faktoren für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sollen auch die vorhandenen Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit überprüft werden und ggf. Empfehlungen zur Verbesserung formuliert werden.

Kulturförderung ist unverzichtbar

Wo es sich gut leben lässt, investiert und arbeitet man umso lieber – und das kulturelle Angebot ist dabei ein wichtiger Faktor. Kulturförderung ist daher unverzichtbar für eine Stadt und nicht nur eine freiwillige Aufgabe. Um die Förderung allerdings auf dem bisherigen Niveau halten zu können, sind noch größere Anstrengungen nötig als in den zurückliegenden Jahren, denn die Folgen des wirtschaftlichen Einbruchs sind für die Kommunen enorm und bereits spürbar. Notwendig ist daher noch mehr Vernetzung im Kulturbereich und sind Kooperationen auch über die Region hinausgehend, z.B. beim Austausch von Theaterproduktionen. Auch die Förderung des privaten Engagements und die Sicherung des vorhandenen Sponsorings sind wichtige Elemente und gerade in strukturschwachen Regionen eine Herausforderung im Rahmen der Kulturförderung.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der documenta-Stadt Kassel ■

Unverzichtbarer Beitrag zur Imageförderung

Krefeld • Von Gregor Kathstede

Die Samt- und Seidenstadt Krefeld ist sich bewusst, dass die Kultur zu einem positiven Image der Stadt erheblich beiträgt und darüber hinaus auch ökonomische Werte schafft. Sie löst in vielen Fällen zwar keine streng rationalen, bis ins Einzelne durchgerechneten Prozesse aus, beeinflusst gleichwohl Standortentscheidungen und ist ein Indikator für das Kreativpotential einer Stadtgesellschaft. Sie ist damit ein wichtiger Standortfaktor und ein strategisches Wachstumsfeld. Die Bedeutung von Kultur für die Entwicklungspotentiale der Stadt wird dann besonders deutlich, wenn der Begriff der Kultur um den Aspekt der Kulturwirtschaft erweitert wird. Krefeld verfügt unter anderem dank der städtischen Kulturinstitute, der Hochschule Niederrhein mit ihrem Fachbereich Design und der freien Kulturszene über ein sehr ausdifferenziertes Angebot; damit ist Kultur bereits heute ein Krefelder Aktivposten in der Konkurrenz der Regionen.

Die Museen Haus Lange und Haus Esters bieten den Entwicklungen und Strömungen der Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts ein facettenreiches Forum
© Stadt Krefeld

Folgerichtig ist die Kultur seit Jahren Schwerpunkt der städtischen Investitionspolitik. Mit dem Neubau der Mediothek, der Sanierung des Stadttheaters und der Sanierung des Kaiser-Wilhelm-Museums hat die Stadt Krefeld erhebliche Summen in die Kultur investiert und investiert weiterhin.

Dass die Wirtschaftskrise auch die kommunalen Haushalte betrifft, wurde sehr schnell deutlich. Nachdem die Auswirkungen nun an Kontur gewinnen, sind politische Leitentscheidungen unumgänglich, die Klarheit darüber bringen, wie mit den krisenbedingten Einnahmeausfällen und Mehrbelastungen umzugehen ist. Ausschließlich auf aufgabenkritische Ansätze wird das Krisenmanagement nicht bauen können.

Da unter dem Vorzeichen knapper Mittel schon in der Vergangenheit eine sparsame Haushaltspolitik praktiziert wurde, erschließen sich zusätzliche Einsparpotenziale nicht ohne weiteres. Dennoch wird sich die Kulturpolitik ebenso wie alle übrigen Politikfelder auch in Zukunft an wirtschaftlichen Prinzipien zu orientieren haben. Es wird keine Alternative zu dem Weg geben, die vereinbarten Ziele mit einem Minimum an Aufwand zu erreichen.

Da die Kultur in Krefeld in den letzten Jahren und auch aktuell ein deutlicher Investitionsschwerpunkt war und ist, wird es auch noch in den nächsten Jahren Investitionsmaßnahmen im Bereich der Kultur geben. Ich gehe davon aus, dass auch nach Abschluss der bereits geplanten Projekte im Rahmen einer antizyklischen Haushaltspolitik die Investitionsmaßnahmen getätigt werden, die für den erfolgreichen Betrieb der vorhandenen Kultureinrichtungen erforderlich sind.

Es wird im Sinne der Kultur und des Stadtmarketings darum gehen, die Kompetenzfelder der Kultur in Krefeld inhaltlich zu stärken und die Zusammenarbeit mit der freien Szene weiter zu etablieren. Im Umfeld der Kultur hat sich eine große Gemeinde von Freunden und Förderern etabliert. Der Kommune obliegt es, in dem Netzwerk die moderierende Funktion so wahrzunehmen, dass die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements und modernen Mäzenatentums im Sinne der Kultur optimal genutzt werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Krefeld ■

2.000 Jahre Kulturgeschichte

Köln • Von Jürgen Roters

Die Kultur prägt Köln wie kaum eine andere Stadt in Deutschland. Köln verfügt über eine 2000-jährige Geschichte, eine in langen Jahren gewachsene Kultur, also ein kulturelles Erbe, welches seinesgleichen sucht und welches hier sichtbar und erlebbar gemacht werden kann (neues Beispiel: Archäologische Zone).

Köln ist eine Stadt der bildenden Künste, eine Musikstadt, eine Tanz- und Theaterstadt, eine Film- und Medienstadt und eine Literaturstadt. Auf vielen Feldern sind wir stark, aber auch noch entwicklungsfähig.

Köln ist aber auch eine Stadt der Kreativen. Gerade in der schwierigen Haushaltssituation muss beachtet werden, wie wichtig der Wirtschaftsfaktor Kultur für den Großraum Köln ist. Der Kulturwirtschaftsbericht 2007 ergab einen Umsatz der Kulturwirtschaft in 2005 (einschließlich der Kreativbranchen Werbung und Software/Games) von 11,1 Mrd. Euro und damit einen Anteil von 3,4 Prozent an der Gesamtwirtschaft im Kölner Großraum, der von 16.500 steuerpflichtigen Unternehmen erarbeitet wurde (9,7 Prozent aller Unternehmen). 46 Prozent aller Künstlerinnen und Künstler in NRW leben im Großraum Köln und die Entwicklung der Umsätze der Kreativwirtschaft als Ganzes liegt in Köln mit einer Zunahme von ca. 14 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Damit die Kultur sich weiter entwickeln und entfalten kann, ist es erforderlich, dass der öffentlich geförderte Bereich, die Kulturwirtschaft und der intermediäre Sektor gleich stark sind, denn Kultur funktioniert in einem kapillaren System und die Kreativen und die Künstler brauchen ein intaktes System, da sie sehr oft sowohl in dem einen wie dem anderen Sektor tätig sind. Dieser Notwendigkeit folgt die Etataufstockung der letzten drei Jahre und die – zumindest mittelfristige – Planung, den Kulturetat auch weiterhin zu erhöhen.

Der vom Rat der Stadt Köln am 30.06.2009 verabschiedete Kulturentwicklungsplan als kulturpolitische Handlungsmaxime für die Stadt benennt operative Aktivitäten, mit denen das kulturelle Leistungsvermögen Kölns angehoben werden soll. Schwerpunktmäßig sollen die Handlungsfelder Musik, Darstellende Kunst sowie Bildende Kunst/Museumslandschaft weiterentwickelt werden, aber auch die sogenannte Querschnittsaufgaben Kulturmarketing, kulturelle Bildung, Interkultur sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die Verwaltung wurde beauftragt, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2010, die beschriebenen Maßnahmen unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten umzusetzen. Jede umzusetzende neue Maßnahme bedarf dabei eines gesonderten Ratsbeschlusses. Diese Vorgehensweise ist sinnvoll und findet meine volle Unterstützung.

Nach Jahren der Einsparungen oder zumindest Stagnation im Kulturbereich gab es in 2007 eine Erhöhung des Kulturetats um rund 10 Mio. Euro. Dieser folgte eine weitere Steigerung um 12,5 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2008/2009. Damit investierte die Stadt Köln 132,32 Euro pro Einwohner für Kultur.

Um den Kulturentwicklungsplan aber mit Leben zu füllen müsste der Kulturetat kontinuierlich weiter erhöht werden. Dies ist bei den momentanen finanziellen Rahmenbedingungen schwierig.

Bei den sich abzeichnenden dramatischen Haushaltsdefiziten in den kommenden zwei Jahren sind Einsparungen in allen Haushaltsbereichen unausweichlich.

Zumindest sollte es aber nicht solche gravierenden Kürzungen geben, die die in den letzten Jahren mühsam aufgebauten Strukturen zerstören würden. Das Kulturdezernat hat einen Vorschlag unterbreitet, den ich für diskussionswürdig halte und der in der Verwaltung und mit der Politik diskutiert werden muss.

Für die anstehenden Projekte

- Archäologische Zone/Jüdisches Museum
- Tanzhaus Freie Szene
- Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum
- Generalsanierung Oper, Neubau Schauspielhaus und Produktionszentrum
- Neubau Historisches Archiv mit Kunst- und Museumsbibliothek sowie Rheinischem Bildarchiv am Eifelwall
- Sanierungsstau an den Kölner Museen

müsste die Stadt Köln Investitionen in erheblichem Umfang stemmen, die in Deutschland ihresgleichen suchen.

Ich möchte ein neues Bewusstsein für die Bedeutung von Kunst und Kultur in Köln schaffen und die Arbeitsfähigkeit insbesondere der Freien Szene aber auch der städtischen Kultureinrichtungen verbessern oder zumindest stabilisieren. Ich möchte die vorhandenen kulturellen Netzwerke stärker mit in die Verantwortung nehmen.

Die Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit der städtischen Museen muss gestärkt werden. Dies muss sich auch in neuen organisatorischen Strukturen widerspiegeln. Ziel ist die nationale und internationale Positionierung aller städtischen Museen und die Erhöhung der Besucherzahlen von zurzeit 1 Mio. auf 1,5 bis 2 Mio.

Die Potentiale der Musikstadt Köln sollen noch besser erkennbar und neue Präsentationsformen entwickelt werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Köln ■

Kulturerbe weiterdenken

Koblenz • Von Eberhard Schulte-Wissermann

Die Stadt Koblenz gilt als die Kulturhauptstadt im Norden von Rheinland-Pfalz. Rat und Verwaltung haben die Kultur in den letzten Jahren gefördert. Dies zum einen, weil man Verantwortung für die über 2000 Jahre alte Geschichte unserer Stadt übernommen hat, zum anderen auch deshalb, weil man erkannt hat, welch große Bedeutung ein breites kulturelles Angebot für die Attraktivität der Stadt und den Tourismus hat. Dies lässt sich auch durch Zahlen untermauern. Wurden 1999 noch insgesamt 15,6 Millionen Euro für die Kultur ausgegeben, sind es 2009 fast 21,3 Millionen Euro. Der Kulturfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes weist nach, dass Koblenz bei den Kulturausgaben vergleichbarer Städte einen vorderen Platz einnimmt. Die Kultur wurde gestärkt, keine Einrichtung ist in ihrem Bestand gefährdet.

Gleichwohl reicht die Forderung nach „mehr Geld“ nicht aus, jede kulturelle Einrichtung steht auch in der Pflicht, wirtschaftlich zu arbeiten. Durch Kennzahlen und Vergleichsringe müssen sich Einrichtungen diesem Wettbewerb stellen, so hat unserer Musikschule beispielsweise sehr erfolgreich am Vergleichsring der Bertelsmann-Stiftung teil genommen. Einsparungen wurden nicht vorgenommen, im Gegenteil. Zur Zeit erhält das Stadttheater einen Erweiterungsbau. Im Rahmen der Bundesgartenschau 2011, die in Koblenz stattfindet, werden Einrichtungen erstmals auch für die Öffentlichkeit bzw. kulturelle Zwecke erschlossen, so z.B. das Koblenzer Schloss. Die Stadt profitiert vom UNESCO-Programm „Welterbestätten“ und wird in den kommenden Jahren 7,5 Mio. Euro in die Großfestung Koblenz investieren. Weiterhin befindet sich zur Zeit das Projekt Zentralplatz in der Umsetzung. Hier soll in der Innenstadt neben einem Einkaufszentrum ein neuer Kulturbau entstehen. Dieser Bau wird auf ca. 10.000 qm Nutzfläche eine Mediathek, ein neu gestaltetes Mittelrhein-Museum und ein Präsentations- und Informationszentrum Welterbe – Koblenz als Eingang zum Oberen Mittelrheintal – umfassen. Damit werden die Defizite vorhandener Einrichtungen (Verteilung auf mehrere Standorte/alte Bausubstanz) beseitigt, ein architektonisches Highlight verwirklicht (Gewinner des Wettbewerbs: Büro Benthem/Crouwel aus Aachen) und die Attraktivität der Einrichtungen und der Stadt erhöht.

In Koblenz wird Kultur also nicht abgebaut, sondern gefördert. Wir wollen unserem Leitbild „Koblenz – Magnet am Deutschen Eck – die Stadt zum Bleiben“ gerecht werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Koblenz ■

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Münster (Nordrhein-Westfalen)
www.muenster.de
Einwohner: 272.951

Markus Lewe

Oberhausen (Nordrhein-Westfalen)
www.oberhausen.de
Einwohner: 217.108

Klaus Wehling

Oldenburg (Niedersachsen)
www.oldenburg.de
Einwohner: 159.563

Gerd Schwandner

Osnabrück (Nordrhein-Westfalen)
www.osnabrueck.de
Einwohner: 162.870

Boris Pistorius

Paderborn (Nordrhein-Westfalen)
www.paderborn.de
Einwohner: 142.730

Heinz Paus

Diskurs über die Situation einer Kulturlandschaft

Magdeburg • Von Lutz Trümper

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat im Jahre 2005 ein umfängliches Papier („Statusbericht 1995 bis 2005 mit Ausblick“) vorgelegt und in den politischen Gremien diskutiert. Anlass war u.a. das 1.200-jährige Stadtjubiläum, das damals nicht nur Grund zum Feiern und für einen großen historischen Brückenschlag war; dieses herausragende Ereignis wollten wir damals auch nutzen, um die jüngere Vergangenheit zu beleuchten, Bilanz zu ziehen und Ausblicke zu wagen.

Auf dem Trocknen: Saurierausstellung in Magdeburg 2007 © Tigerenti/www.pixelio.de

Anknüpfend an dieses kulturpolitische Strategiepapier, das auch ganz konkrete Handlungsfelder formulierte, und auf der Grundlage der jüngsten kommunalpolitischen Entwicklungen fand im letzten Jahr in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft eine Tagung zum Thema Magdeburg2020 statt.

Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Veränderungen (Globalisierung, Internationalisierung, demografische Entwicklung) und in Reflexion der konkreten Handlungsbedarfe in Magdeburg als einer Stadt, die wie viele andere Städte eine neue Art der Selbstbestimmung sucht, wurde hier und im sich anschließenden öffentlichen Diskurs über die Situation der Kulturlandschaft Magdeburgs diskutiert.
In drei Workshops
- Teilhabe an Kunst und Kultur und Finanzierung
- Kunst und Kultur als Identitätsstifter in Zeiten des Wandels
- Kultur und Bildung,

die sich über ein Jahr mehrfach trafen, wurden Thesenpapiere erarbeitet, die nunmehr in Korrespondenz mit den inhaltlichen Konzepten der Kulturinstitute als auch der freien Szene zu einem Konzept für die mittelfristige Entwicklung der Kultur in der Landeshauptstadt Magdeburg zusammengeführt werden sollen.

Das Stadtjubiläum 2005 hat wesentliche Impulse für die aktive Auseinandersetzung mit Kunst, Kultur, Bildung und Sport, für die Identitätsfindung und Neuorientierung gegeben. Die Bürgerinnen und Bürger haben erfahren, wie wichtig Teilhabe und Engagement gerade im Kulturbereich für die Lebensfähigkeit einer Stadt sind. Sie bekennen sich mit ihrem Stadtrat verantwortungsbewusst zur Entwicklung Magdeburgs als einer Stadt der Kultur.

So ist festzustellen, dass sich der Anteil der Kulturausgaben am Gesamtbudget der Landeshauptstadt Magdeburg stetig gesteigert hat. 2007 lagen sie im Verwaltungshaushalt bei 33,4 Mio. Euro, 2009 bei 34,6 Mio. Euro.

Diese positive Entwicklung ist immer verbunden mit der Umsetzung herausragender kultureller Projekte, wie z.B. dem Weltpuppentheaterfestival, den großen Ausstellungen des Museums (z.B. „Otto der Große, Magdeburg und Europa“, „Aufbruch in die Gotik“), herausragenden open-air-Inszenierungen der Theater, den Telemann-Festtagen, Literaturwochen usw. Gerade diese kulturellen Großprojekte haben gezeigt, wie wichtig Kultur für das wirtschaftliche Bestehen einer Stadt sind (Stichwort: Umweg-Rentabilität).

Es ist erneut und sehr konkret deutlich geworden, welche Bedeutung derartigen Projekten zum Beispiel für Handel und Gastronomie zukommt.

Im investiven Bereich hat die Landeshauptstadt Magdeburg in der zurückliegenden Zeit zumindest mittelfristige Weichenstellungen vorgenommen; mehr als 100 Mio. Euro flossen seit 1995 in die Sanierung bzw. in den Neubau von Kultureinrichtungen.
So betrug der Vermögenshaushalt im Jahre 2007 750.000 Euro, 2009 sind es 1,6 Mio. Euro.

Mit dem Konjunkturpaket II können zwischen 2009 und 2011 nochmals ca. 7,5 Mio. Euro für die Verbesserung der kulturellen Infrastruktur eingesetzt werden. Der prozentuale Anteil der Kulturausgaben am Verwaltungshaushalt hat sich gegenüber der Mitte der 1990er-Jahre verdoppelt.

Damit schafft Magdeburg eine hervorragende infrastrukturelle Hardware, die sie im Sinne einer modernen und leistungsfähigen Großstadt nutzen wird.
Kürzungen im Kulturbereich stehen also nicht mehr und nicht weniger zur Debatte als Kürzungen in anderen Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung; eher wird der finanzielle Beitrag der Stadt ständig und den aktuellen Anlässen entsprechend neu verhandelt, weil insbesondere dieser Bereich seine Projekte in erheblichem Maße durch die erfolgreiche Akquise von Drittmitteln finanziert.

In der Zukunft werden wir uns darauf konzentrieren, den Status Quo zu (er-)halten und mit attraktiven Angeboten zu füllen. Es muss uns darauf ankommen, mit Kunst und Kultur vor allem die kulturhistorische Bedeutung Magdeburgs nach innen und nach außen darzustellen; noch immer fehlt es der Stadt an einem ihrer kulturgeschichtlichen Tradition adäquaten (Außen-)Wahrnehmung. Das heißt nicht, dass wir historistisch agieren; mit der Profilierung Magdeburgs als Stadt Ottos des Großen verbinden wir den Anspruch, aus dem sich entwickelnden geschichtlichen Bewusstsein und seinem Potenzial auch Visionen für die Zukunft zu entwickeln.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg ■

Freiwillige Ausgaben im Kulturbereich

Mönchengladbach • Von Norbert Bude

Die Art und Weise, wie in der öffentlichen Diskussion die schwierige Haushaltssituation der Kommunen mit der Finanzierung des Kulturangebotes in den Städten verknüpft wird, halte ich für nicht zielführend. Denn die sogenannten „freiwilligen Ausgaben“ im Allgemeinen und die Kulturhaushalte im Besonderen stellen nur einen Bruchteil des Haushaltsvolumens dar. Die „theatertragende“ Stadt Mönchengladbach bezuschusst ihre Kultureinrichtungen und die freie Kulturarbeit mit jährlich weniger als 25 Mio. Euro. Das ist noch nicht einmal die Hälfte der in diesem Jahr zu verzeichnenden Einbrüche der Gewerbesteuer.

Die Kultur kann keinen sinnvollen Beitrag zur Sanierung der städtischen Haushalte leisten. Die Aufgabenkritik muss an ganz anderen Stellen ansetzen. Was uns – insbesondere in den strukturell benachteiligten Städten wie Mönchengladbach – erdrückt, sind die Sozialleistungen, auf deren Umfang wir keinen wirklichen Einfluss haben. Wer arme Kommunen wieder handlungsfähig machen will, muss sich mit der Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigen. Wir Kommunen haben die Dinge nicht mehr selber in der Hand. Natürlich kann sich die Kultur den Sparanstrengungen der Städte nicht entziehen. Hier machen wir in Mönchengladbach seit Jahren unsere Hausaufgaben. Die Kulturausgaben pro Einwohner und auch die Anteile im städtischen Haushalt liegen am unteren Ende der Skala der vergleichbaren Städte. Ein Gemeinschaftstheater (zusammen mit Krefeld) haben wir schon seit Jahrzehnten. Der Kulturetat ist eingefroren und steigt nur noch durch die Tarifabschlüsse. Mittlerweile sind wir soweit, dass es uns schwer fällt, die geringen Eigenanteile bei geförderten Projekten zu erbringen. Mehr Sparen geht nicht.

Die wichtigste Aufgabe ist der Erhalt der ohnehin auf das Notwendigste zurückgefahrenen kulturellen Infrastruktur. Eine Großstadt wie Mönchengladbach, der die Landesentwicklungsplanung den Status eines Oberzentrums zuweist, braucht eine Musikschule, eine Bibliothek, ihre beiden Museen und ihr Theater. Der Verzicht auf solche Einrichtungen führt in die Enturbanisierung. Also kann es nur darum gehen, wie man unter diesen schwierigsten Rahmenbedingungen Kultur dennoch möglich macht. Das versuchen wir in Mönchengladbach, und es gelingt auch immer wieder. Die Mittel können wir im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten zur Verfügung stellen, aber die Aufsichtsbehörden müssen uns die Chance geben, Planungssicherheit zu schaffen. Ich verweise hier auf die Verfassung des Landes NRW, in der die Kultur als Staatsziel definiert ist. Wenn man das ernst nimmt, dann ist sie keine „freiwillige Leistung“, die beliebig verzichtbar ist. Ich kämpfe dafür, dass die kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend angepasst werden. Dafür ist es höchste Zeit!

Die Investitionen in die Kultur in Mönchengladbach haben sich in den vergangenen Jahren notwendiger Weise auf den Substanzerhalt konzentriert. Wir haben die genutzten Gebäude sukzessive saniert und auf diesem Weg auch einen Beitrag zu ihrem wirtschaftlichen Betrieb geleistet. Zuletzt ist das beim Museum Abteiberg gelungen, und im Moment wird am Theater gearbeitet. Die Aufgabe für die nächsten Jahre ist die Generalsanierung der Zentralbibliothek, sollte es sich als wirtschaftlicher erweisen, ggf. auch die Errichtung eines Neubaus oder der Umzug an einen anderen Standort. Es wird schwierig genug, diese Maßnahme im Haushalt darzustellen. Für weitergehende Investitionen in „Neues“ fehlt uns die finanzielle Kraft.

Die Konzentration auf das Bestehende und seinen Erhalt muss aber nicht Stillstand bedeuten. Alle Kultureinrichtungen sind dabei, sich den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt ist die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen; und zwar nicht nur als Maßnahme einer frühzeitigen Kundenbindung, sondern als ernsthafter Beitrag zur Erziehung junger Menschen. In dieser Hinsicht haben sich alle Kulturinstitute neu ausgerichtet und werden sich zukünftig noch stärker in dieser Richtung orientieren. Andere Veränderungsprozesse betreffen z. B. die Bibliothek und die Musikschule. Dass die Bibliothek vom reinen „Leseort“ in Richtung auf einen Vermittlungsort für alle Arten von Medien geht, und dass dies mit erheblichen Veränderungen verbunden ist, liegt auf der Hand.

Die wichtigste Herausforderung für die Musikschule besteht darin, dass die Ausweitung des Ganztagsunterrichts an den Schulen ein deutlich verändertes Nutzerverhalten mit sich bringt. Der Unterricht muss anders organisiert und auch dichter an die Schulen herangeführt werden. Auch das ist eine Aufgabe, die viel Kraft und Kreativität erfordert und die dafür sorgt, dass die Dinge in Bewegung bleiben. Und auch für eine „altehrwürdige“ Einrichtung wie das Gemeinschaftstheater Krefeld/Mönchengladbach heißen Substanzerhalt und Planungssicherheit nicht Stillstand. Wir sanieren das Theatergebäude, spielen zwei Jahre in einer aufregenden Ersatzspielstätte, und es steht ein Intendantenwechsel bevor.

In der Summe: Die Kultur in der Stadt erfindet sich auch unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen immer wieder neu. Dafür benötigen wir keine neuen Einrichtungen oder teure Festspielhäuser. Dafür benötigen wir nur Planungssicherheit und ein wenig Ruhe. Immer wieder neue und von vorneherein zum Scheitern verurteilte „Sparrunden“ helfen hier nicht!

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach ■

Kultur ist Investition in die Zukunft

Mülheim/Ruhr • Von Dagmar Mühlenfeld

Zentrale Steuerungsgröße der kulturpolitischen Entwicklungslinien der Stadt Mülheim an der Ruhr ist seit 2002 (fortgeschrieben 2008) der sogenannte Mülheimer KulturDialog, der als unser Kulturentwicklungsplan gilt.

„Kunst und Kultur sind für eine Stadt unverzichtbar" – so steht es in der Einleitung. „Kunst und Kultur erschließen Kreativität in einer Bevölkerung. Sie sind keineswegs nur dekorative Elemente. Daher sind öffentliche Aufwendungen für sie auch kein bloßer Konsum, sondern unverzichtbare Investitionen in die Entwicklung der städtischen Gesellschaft", wird selbstbewusst konstatiert.

Was macht die Kultur unserer Stadt aus? Was sind ihre Schwerpunkte? Wie sieht das eigene kulturelle Profil aus? Wie entwickeln wir die Kultur weiter? So sind Themen wie der demografische Wandel, das bürgerschaftliche Engagement, die Entwicklung der Kulturwirtschaft oder die Sozialraumorientierung sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten von hoher kultur- und gesellschaftspolitischer Relevanz. Nicht zuletzt stellt aber auch die für die Kulturhauptstadt Europas 2010 geforderte Nachhaltigkeit die kommunale Kulturarbeit vor neue Herausforderungen.

Mit diesen wesentlichen Fragestellungen wurden in jeweils mehrmonatigen intensiven Diskussionsprozessen unter Beteiligung der Akteure des kulturellen Lebens, der Mitwirkung von rund 100 Vereinen, Verbänden und sonstigen gesellschaftlich relevanten Institutionen der Stadt sowie unter Einbeziehung der Bürgerschaft mittels Internetforen und wissenschaftlich fundierter Bevölkerungsumfragen die „Grundlagen, Ziele, Perspektiven und Handlungsempfehlungen für die Kultur der Stadt Mülheim an der Ruhr" erarbeitet, in die politische Debatte eingebracht und anschließend im Rat der Stadt mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Diese Ratsbeschlüsse bestimmen seither alle kulturpolitischen Entscheidungen. Es konnte im Mülheimer KulturDialog deutlich gemacht werden, dass die kulturelle Arbeit auf vielfältige Weise mit dem Leben der Stadt vernetzt ist, dass die kulturelle Arbeit erkennbaren Einfluss auch auf die Bildungs-, die Jugend- und Sozialpolitik hat. Die so geschaffene fachübergreifende Allianz hat bisher Bestand, da die Mülheimer Politiker sich seinerzeit mit Nachdruck zum Stellenwert der Kultur für die Zukunftsfähigkeit der Stadt bekannt haben und seither die erarbeiteten Thesen mit ermutigender Einhelligkeit unterstützen.

Insbesondere der inhärente Gedanke der Schwerpunktsetzung der Kultur auf die Theaterstadt, der Netzwerkgedanke bei der Entwicklung von Projekten der kulturellen Bildung und die Forcierung von Public–Private–Partnerships (PPP) für Investitionsprojekte haben zu dieser Allianz für die Kultur beigetragen. Grundsätzlich gilt: Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und der Kommune. Privates, bürgerschaftliches Engagement wird begrüßt und gefördert. Doch die Kommune hat eine nicht delegierbare Verantwortung.

Dem KulturDialog liegt die Vision einer lebendigen und dynamischen Stadt Mülheim an der Ruhr zugrunde, die sich der zentralen Bedeutung ihrer kulturellen Stärke bewusst ist und kontinuierlich daran arbeitet, ihre unverwechselbare künstlerische und kulturelle Vielfalt als wichtigen Standortfaktor zu pflegen und weiter zu entwickeln.

In den letzten Jahrzehnten ist, ausgehend von den „Stücken" und dem Theater an der Ruhr, in unserer Stadt eine vielfältige lokale Theaterszene entstanden. Im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit lag es daher nahe, das Profil als Theaterstadt weiter zu entwickeln und zugleich eine Profilierung vorzunehmen. Es wurde ein Verständnis von Theaterstadt entwickelt, das sowohl Spitzen- als auch Breitenkultur einschließt, das in die Stadt hinein wirkt und ebenso kulturelles Markenzeichen bzw. Aushängeschild der Stadt nach außen ist.

Die Suche nach Partnern in der Wirtschaft und in der Bürgerschaft zur Realisation von kulturellen Infrastrukturprojekten, die angesichts der Haushaltslage allein mit kommunalen Mitteln nicht zu stemmen sind, gilt als ein Grundsatz des KulturDialogs, der sich bisher erfolgreich gestaltete:

- So wurde Ende August 2009 im Rahmen einer PPP das Medienhaus als qualifizierte Weiterentwicklung der Stadtbibliothek eröffnet. Der Kerngedanke der Konzeption ist die Bündelung aller städtisch verantworteten Medienaktivitäten. Diese Konzeption wird abgerundet durch ein Programmkino sowie ein Kommunikations- und Gastronomieangebot. Mit seinem Angebot für Aus- und Weiterbildung, für Freizeit und Unterhaltung und als Ort der Kommunikation wird es im Herzen der Innenstadt seinen Beitrag leisten, um Mülheim an der Ruhr auch hier noch attraktiver und lebenswerter zu gestalten.
- Zusammen mit einer Stiftung wird z.Zt. das „Haus der Stadtgeschichte" realisiert. Dessen vorrangiges Ziel ist es, Wege zur Erarbeitung von Geschichte und zum Verständnis von Tradition für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt zu eröffnen. Um diesen weitreichenden Auftrag erfüllen zu können, entwickelt sich das heutige Stadtarchiv konzeptionell weiter; neue Akzente in der historischen Bildungsarbeit werden gesetzt. Im Verbund mit dem „Haus der Stadtgeschichte" wird die Musikschule in den Gebäudekomplex einer ehemaligen Augenheilanstalt einziehen. Diese Lösung schafft nicht nur räumliche Synergien, sondern das zu erarbeitende Netzwerk mit den Mülheimer Schulen und Jugendeinrichtungen und dem „Haus der Stadtgeschichte" wird konzeptionell gleichermaßen beiden Kulturinstitutionen dienen. Die Eröffnung ist für Anfang 2011 geplant.
- Im Jahre 2003 wurde in Trägerschaft einer eigens für diesen Zweck gegründeten Stiftung das Mülheimer Leder- und Gerbermuseum eröffnet; in 2006 folgte die Eröffnung der Camera Obscura, eines Museums zur Vorgeschichte des Films als ein Projekt der städtischen Marketinggesellschaft. Im Jahre 2008 wurde in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft das Mülheimer Gründer- und Unternehmermuseum eröffnet. Nach umfänglichen Sanierungsmaßnahmen im Jahre 2009 erarbeitet zur Zeit eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe ein Realisierungskonzept für die Erweiterung des Kunstmuseums. Es gilt dafür zu werben, das Kapital einer vorhandenen Stiftung durch private Zustiftungen aufzustocken, um hierfür die erforderlichen Mittel zu generieren.
- Die Stadt Mülheim an der Ruhr gestaltet ihre kommunale Bildungslandschaft im Sinne einer Vernetzung aller Akteure im Bereich der Bildung aktiv. Kulturelle Bildung ist eine der besten Investitionen in die Zukunft. Für die Stadt Mülheim an der Ruhr ist die Förderung der musisch-kulturellen Bildung daher Schwerpunkt der Kulturpolitik und ein unverzichtbares Element der kommunalen Bildungslandschaft. Die Infrastruktur der Kulturinstitutionen und deren kulturpädagogische Angebote müssen daher gesichert werden. Die verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung von Kultur- und Bildungseinrichtungen und von Jugendeinrichtungen wird forciert. Der enge Zusammenhang von kultureller und interkultureller Arbeit ist offenkundig, dabei ist eine isolierte Migrationspolitik im Kulturbereich überholt. Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund werden nicht als isolierte Zielgruppen betrachtet, sondern kulturelle Bildung wird von dem Bemühen gekennzeichnet, ein möglichst breites, alle Bevölkerungsgruppen umfassendes Publikum für die Kultur zu interessieren.

Diese grobskizzierten kulturpolitischen Entwicklungslinien sind angelegt im Mülheimer KulturDialog. Die Kultur in der Stadt ist seither eher gekennzeichnet durch Aufbau bzw. Weiterentwicklung. Auch bei den Etatberatungen für das Jahr 2010 sind sie hoffentlich weiterhin Garant dafür, dass keine existenzgefährdenden Kürzungen des Kulturetats erfolgen. Im Rahmen der städtischen Solidargemeinschaft verschließt sich selbstverständlich auch der Bereich der Kultur nicht notwendigen Einschränkungen, die bisher im Wesentlichen durch eine höhere Arbeitsbelastung des Personals ohne erkennbare Einschnitte für die Bürgerschaft geleistet werden konnten. Mülheim an der Ruhr hat sich von Beginn an für die Bewerbung zur Kulturhauptstadt eingesetzt. Daher sollen die finanziellen Ressourcen für die Kulturhauptstadt der Mülheimer Kultur auch in den Jahren nach 2010 erhalten werden, um die geforderte Nachhaltigkeit dieses großartigen Projektes zu gewährleisten.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr ■

Antizyklische Investitionspolitik an der Isar

München • Von Christian Ude

Die weltweite Finanz- und Konjunkturkrise verschont auch München nicht. Die Steuereinnahmen der Stadt fallen in diesem Jahr erheblich niedriger aus als in den Jahren 2007 und 2008 und für das kommende Jahr droht ein weiterer Rückgang. Gleichzeitig steigen als unvermeidbare Folge der Krise die Ausgaben im Sozialbereich. Verkraften kann der Münchner Stadthaushalt das nur, weil in den vergangenen „fetten" Jahren die sprudelnden Einnahmen auch dazu genutzt wurden, um kräftig Schulden abzubauen. Nur deshalb verfügt die Stadt noch über den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und die Infrastruktur gerade in schwierigen Zeiten auch im kulturellen Sektor in einem guten Zustand erhalten zu können. München wird auch in den kommenden Jahren im Rahmen einer antizyklischen Investitionspolitik weiter in den Ausbau der kulturellen Infrastruktur investieren. Das bringt im Nebeneffekt nicht nur bedeutsame Impulse für die Wirtschaft, sondern sichert auch Arbeitsplätze.

In Zeiten der Krise vornehmlich an der Kultur zu sparen, weil es sich um juristisch freiwillige Leistungen handelt, wäre kurzsichtig, denn solche Einsparungen bringen wenig Ertrag, aber sie stiften jede Menge Schaden. Initiativen und Einrichtungen, die kaputt gespart werden, sind nicht einfach wiederzubeleben. Dennoch bedeutet dies wiederum nicht, dass man im kulturellen Bereich das Geld mit vollen Händen ausgeben sollte, während bei den Ärmsten der Armen und bei sozialen und wirtschaftspolitischen Zukunftsinvestitionen der Rotstift angesetzt wird: Die strengeren Maßstäbe in wirtschaftlich schlechten Zeiten müssen auch im Kulturbereich beachtet werden! Dennoch ist klar: Kultur ist kein Zierrat, den man sich nur zulegt, wenn man es sich leisten kann, sie ist ein unverzichtbares Lebensmittel für die Gesellschaft. Kultur hat zudem einen Wert, der sich nicht in Euro messen lässt, sie ist ein Kapital, das unserer Gesellschaft unmerklich und geräuschlos einen geistigen Zins zurückzahlt. Kultur ist kein nur empfangender Kostgänger privater oder öffentlicher Förderung, sondern sie gibt letztlich mehr als sie je kosten wird.

München ist eine Kulturstadt von Weltruf, der durch große Sanierungs- und Neubauvorhaben sowie programmatische Akzentsetzungen in diesem und den kommenden Jahren weiter gefestigt wird. Die Stadt investiert damit auch in Zeiten der Finanzkrise weiter kräftig in die Erhaltung und den Ausbau des kulturellen Angebots. So hat die Generalsanierung der Galerie im Lenbachhaus begonnen, das Deutsche Theater wird von Grund auf saniert, die Sanierung des Stadtmuseums geht weiter, das NS-Dokumentationszentrum nimmt Gestalt an, für mehr als 100 Künstler konnten Ateliers geschaffen werden, eine neue Mittelpunktsbibliothek entsteht, die Museumslandschaft wächst – und dies sind nur einige der Meilensteine für Kreativität.

Münchner Stadtjubiläum: Tänzer auf dem Marienplatz © Michael Nagy, Presseamt München

Aber München kann und darf sich nicht nur darauf beschränken, den Bestand an Kulturbauten zu erhalten, wir sind ebenso gefordert, den vielfältigen Formen aktuellen Kunstschaffens adäquate Rahmenbedingungen einzuräumen und damit dazu beizutragen, dass München ein für Künstlerinnen und Künstler und für Akteure der Kreativwirtschaft attraktiver Schaffensort bleibt. Künstlerförderung heißt auch, Möglichkeiten, Räume und Öffentlichkeiten für Kunst und Kultur zu schaffen. Und, die Reichhaltigkeit und Qualität des kulturellen Angebots in München – absolut und im Vergleich zu anderen Städten – ins rechte Licht zu rücken, das erhebliche städtische Engagement offensiv zur Geltung zu bringen und die städtisch finanzierten Kultureinrichtungen, die Festivals und die Fördermaßnahmen selbstbewusst als Leistungen und Initiativen der Stadt darzustellen.

In München hat sich an der imposant gewachsenen Zahl an neuen

Weiter auf Seite 20

Die Städte und ihre Oberbürgermeister

Potsdam (Brandenburg)
www.potsdam.de
Einwohner: 150.833

Jann Jakobs

Regensburg (Bayern)
www.regensburg.de
Einwohner: 132.495

Hans Schaidinger

Wiesbaden (Hessen)
www.wiesbaden.de
Einwohner: 275.849

Helmut Müller

Wolfsburg (Niedersachsen)
www.wolfsburg.de
Einwohner: 120.009

Rolf Schnellecke

Max Fuchs:
Kulturpolitik und Zivilgesellschaft.

Analysen und Positionen - Aus *politik und kultur* 4

Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler
ISBN 978-3-934868-21-2

€ 12,90
184 Seiten

Erhältlich in allen Buchhandlungen oder unter www.kulturrat.de/shop.php

Fortsetzung von Seite 19

Antizyklische Investitionspolitik an der Isar

Arbeitsplätzen mit kulturellen oder kulturwirtschaftlichen Bezügen eindrucksvoll gezeigt, welches Potenzial in einer aktiven Kulturförderung liegt. Wir sind daher gut beraten, wenn wir Beschäftigungs- und Existenzgründungsprogramme auf die spezifischen Bedingungen künstlerischer Produktion zuschneiden, die Infrastruktur verbessern und die unternehmerische Initiativbereitschaft fördern. Aber: Kunst, Kultur und Medien dürfen nicht vorrangig zum Instrument für vielerlei unterschiedliche Interessen außerhalb der Kunst, Kulturen und medialen Formen werden. Kulturelle, insbesondere künstlerisch-ästhetische Bildung hat ihren Sinn und Wert in sich selbst. Zudem sind die oft prekären Arbeitsbedingungen der Kreativschaffenden, die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler, ein Feld, dem wir uns in Zukunft verstärkt widmen müssen. Letztendlich ist und bleibt Kultur eine kooperative Gemeinschaftsaufgabe und die Sicherung der kulturellen Vielfalt wird vor diesem Hintergrund eine vordringliche Aufgabe der Kulturpolitik auf allen Ebenen bleiben.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München ■

Priorität für den Kulturbereich

Münster • Von Markus Lewe

Als nächster Oberbürgermeister der Stadt Münster hat der Kulturbereich für mich hohe Priorität. Münster mit seinem vielfältigen Kulturangebot von einer aktiven studentisch geprägten Szene bis hin zum LWL-Landesmuseum, den städtischen Bühnen, der alternativen Kultur auf dem ehemaligen Hawerkampgelände, einem reichhaltigen Musikangebot, einer aktiven Gemeinde der bildenden Kunst – vor allem der ganz jungen Kunst – bis hin zu den weltweit bekannten Skulpturprojekten, hat hier große Potentiale, die ich in Zukunft weiter entwickeln und überregional noch sichtbarer machen will. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Rolle der neun Hochschulen mit ihren über 50.000 Studierenden, hier insbesondere auch die der Hochschule für bildende Künste oder der Fachbereich Design der Fachhochschule Münster im neuen Leonardo-Campus. In diesem Zusammenhang spielt auch die Kultur als Standortfaktor eine große Rolle.

Münster ist auch in besonderer Weise davon geprägt, dass es hier viel „Kunstschöpfer“ gibt und sich Kunst nicht auf das Einkaufen von Kunst beschränkt. Das setzt die Pflege und Weiterentwicklung urbaner Lebensräume, aber auch subkultureller Nischen voraus. Die Stadtplanung Münsters und die Erschließung weiterer Wohn-, Arbeits- und Lebensräume wird sich diesem Aspekt in besonderer Weise zuwenden müssen. Dies alleine schon deshalb, weil wir auf Grund hervorragender Lebensbedingungen zu den wenigen Städten in Europa gehören, die in den nächsten Jahren weiterhin wachsen werden.

Landesmuseum Münster © Presseamt Münster

Gemeinsam mit den Menschen in Münster möchte ich die Zukunft streng zielorientiert gestalten. „Basis-Ziele“ (Soziales, Daseinvorsorge usw.) und „Münster-Ziele“ sollen dabei der Orientierung dienen. „Münster-Ziele“ sind Ziele, die die Alleinstellungsmerkmal der Stadt als Stadt der Wissenschaft, Bildung und Lebensart weiter voranbringen. Dazu gehören ohne Zweifel Kulturangebote. Nachdem in den vergangenen Jahren massiv in die Infrastruktur der Stadt investiert worden ist, ist es nun auch angemessen, einmal mehr Private mit ins Boot zu holen. Die Verteilung knapper werdender Ressourcen werden wir also in Zukunft streng zielorientiert vornehmen und entsprechende Budgets bilden.

Investitionen in städtischen Kultureinrichtungen kann es zurzeit nur im Rahmen der Gebäudeunterhaltung bzw. des Konjunkturpaketes II geben. Aber auch in diesem Rahmen werden 2009/2010 rund 1,6 Mio. Euro für städtische Kultureinrichtungen eingesetzt. Im Rahmen der Förderung von Kultur und Wissenschaft sind im Haushaltsplan 2009 sowie der zurzeit gültigen Finanzplanung für 2010 – 2012 für diesen Produktbereich Zuschüsse von rund 34 Mio. Euro jährlich vorgesehen. Unabhängig davon unterstützt die Stadt Münster als eine Mitgliedskommune des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe den Neubau des LWL-Landesmuseums, der gerade mit einem Kostenvolumen von rund 50 Mio. Euro entsteht.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Münster ■

Kultur als Psyche und Seele einer Stadt

Oberhausen • Von Klaus Wehling

Im Rahmen der Diskussion über die kommunale Finanzkrise wird immer wieder die Diskussion um pflichtige und freiwillige Ausgaben angefacht. Die rein rechtliche Betrachtungsweise der Kommunalaufsicht führt immer wieder zu Konflikten und Diskussionen über angeblich zwingende Einsparungen im sogenannten freiwilligen Bereich Kultur. Dies hat aber nichts mit der Lebenswirklichkeit deutscher Städte zu tun. Eine Stadt lebt und atmet nur in ihrer Gesamtheit und ist wie der menschliche Organismus darauf angewiesen, dass alle Teile des Körpers gesund sind. Um in diesem Bild zu bleiben, bedeutet dies, dass die Kultur Psyche und Seele einer Stadt widerspiegelt. Das einseitige Sparen mit dem Ziel, Kulturangebote aufzugeben, bedeutet für die Städte eine Entwicklung zu einer seelenlosen Wohnstadt vergleichbar den „banlieus“ in Paris. Deshalb ist es ausdrückliches Ziel bei allen Sparnotwendigkeiten, denn diese sind unbestritten, das kulturelle Leben der Stadt zu sichern und weiter zu entwickeln.

Dabei zeichnet sich Oberhausen durch eine ungeheure Kreativität aus, so dass mit einem recht bescheidenen städtischen Zuschuss zur Kultur mit weniger als 20 Mio. Euro folgende Kultureinrichtungen finanziert werden: das Oberhausener Stadttheater, die Ludwig Galerie Schloss Oberhausen, die Gedenkhalle für die Opfer des Nationalsozialismus, die VHS, die Stadtbibliothek, die „Internationalen Kurzfilmtage“, die Musikschule, die Malschule, das Bunkermuseum und das Wahrzeichen der Stadt und höchste Ausstellungshalle Deutschlands – der Gasometer. Damit hat Oberhausen im Vergleich zu anderen Theater betreibenden Städten einen sehr geringen Kulturetat.

Da die Stadt durch das Verschwinden von Bergbau und Stahlindustrie eines großen Teils ihrer wirtschaftlichen Ressourcen beraubt wurde, befindet sie sich seit 1986 in einer permanenten Finanzkrise, die in einen aktuellen Schuldenstand von über 1,6 Mrd. Euro bei einem jährlichen Defizit von etwa 150 Mio. Euro mündet. So sind in der Vergangenheit bereits Einsparungen im Kulturbereich durchgeführt worden, die schmerzliche Einschnitte waren. Beispielhaft dafür ist das Stadttheater, das seit den 1970ern immer wieder von Einsparungen betroffen war und 1991 vom Drei-Sparten-Theater zum Schauspielhaus umgewandelt wurde. Alle Akteure haben gelernt, dass es zusätzliche finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt für gute und spannende Projekte nicht gibt und Weiterentwicklungen selbst erwirtschaftet werden müssen.

Aus dieser langjährig schwierigen Finanzsituation haben sich vier Schwerpunkte der Oberhausener Kulturpolitik herausgebildet:

- Zentral für alle Akteure ist der Erhalt der vorhandenen Kulturangebote und der öffentlichen Kultureinrichtungen. Die permanente Auseinandersetzung mit der Kommunalaufsicht hat zu einem starken Bewusstsein über die Bedeutung der Kultureinrichtungen in der Oberhausener Bevölkerung beigetragen. Selbst Menschen, die noch nie im Theater waren, lehnen laut Umfragen die Schließung des Theaters klar ab. Bei den letzten Einsparbemühungen der Stadt, die von einer breiten Bürgerbeteiligung begleitet wurden, ist sehr deutlich geworden, dass zwar Einsparungen nicht grundsätzlich abgelehnt werden, aber nicht so weit gehen dürfen, dass der Bestand einzelner Kultureinrichtungen gefährdet wird. Dies gilt auch für die Unterstützung freier Kultureinrichtungen insbesondere der soziokulturellen Zentren. Dennoch hat der Druck der Kommunalaufsicht dazu geführt, dass alle Einrichtungen hart am Limit arbeiten.
- Innovationen und Veränderungen im Kulturbereich werden in Oberhausen schon lange nicht mehr mit zusätzlichen finanziellen Mitteln erkauft. Vernetzung, Kooperation, kulturpolitischer Diskurs, Offenheit gegenüber neuen Ideen und neue Köpfe bringen stetig Veränderung in das kulturpolitische Geschehen der Stadt. Dabei sind oftmals die eigenen Kultureinrichtungen Schrittmacher für Neues. Insbesondere die Leitung der Ludwig Galerie, Dr. Christine Vogt, und der Intendant des Stadttheaters, Peter Carp bringen genauso wie der langjährige Leiter der Internationalen Kurzfilmtage, Dr. Lars Hendrick Gass, neue Impulse in die Oberhausener Kultur.
- Der kulturellen Bildung insbesondere der Kinder und Jugendlichen wird besonderes Augenmerk gewidmet. Dabei gilt es, durch die Einbeziehung bildungsferner Bevölkerungsgruppen allen Kindern bessere Chancen zu geben. Richtungweisend hierfür sind das langjährige Engagement der Stadtbibliothek zur flächendeckenden Einrichtung von Schulbibliotheken sowie die Initiierung wegweisender Projekte

Weiter auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

der Leseförderung, die erfolgreiche Beteiligung am Landesprojekt „Jedem Kind ein Instrument“ und die Einrichtung einer Jugendkunstschule, die die bestehenden Kulturangebote für Kinder und Jugendliche vernetzen soll. Hier sollen durch Kooperationen neue Angebote entstehen. Alle städtischen Institute und freien Träger sollen dabei beteiligt werden.

· Besonderes Augenmerk richten alle Akteure auf die interkulturelle Öffnung unserer Kulturarbeit. Das interkulturelle Handlungskonzept Oberhausens, das mit der Volkshochschule und dem Migrationsrat entwickelt wurde, und die regionale Zusammenarbeit im Ruhrgebiet zu diesem Thema sollen in die Gründung einer interkulturellen Akademie münden. Dort werden praktische Erfahrungen aus Projekten mit wissenschaftlichen Erkenntnissen verbunden und mit den Kulturakteuren im Ruhrgebiet ausgetauscht. Dabei werden Potenziale für neue Entwicklungen in der Kultur erschlossen und gefördert.

Bei allen Kulturangeboten sind wir auf eine gute Zusammenarbeit in der Stadt und in der Region zwischen den Kultureinrichtungen und der freien Szene angewiesen. Von der Kulturhauptstadt RUHR.2010 erhoffen wir uns dabei insbesondere für die regionale Zusammenarbeit neue Impulse. Unsere Projekte sind auf Breite der Angebote und Zielgruppen sowie auf Nachhaltigkeit angelegt. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf der verstärkten Kooperation der Oberhausener Kultur- und Freizeitanbieter sowohl vor Ort als auch in der metropole ruhr, ergänzt um die Qualitätssteigerung des kulturtouristischen Marketings der Freizeitdestination Oberhausen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen ■

Gasometer Oberhausen Foto: Parsch und Lüning

Kultur als „Markenkern“

Oldenburg • Von Gerd Schwandner

Für manche Kommunalpolitiker steht die Kultur grundsätzlich als erstes auf dem Prüfstand, wenn es darum geht, im Haushalt ergiebige Sparpotenziale auszuloten. Kultur wird in schweren Zeiten häufig als verzichtbarer Luxus begriffen. Auf die Frage, ob das zu Recht passiert, ist meine Antwort ein klares „Nein“. Kultur begreife ich als ein zentrales Element im zunehmenden Wettbewerb unter den Städten. Das kulturelle Profil macht den „Markenkern“ der jeweiligen Stadt aus. Deshalb lohnt es sich, die Frage differenziert zu betrachten.

In der Tat liegt für manche ein praktischer Anreiz darin, in den größeren Budgets der „Hochkultur“ wie Staatstheater/Stadttheater quantitativ scheinbar relevante Potenziale zu erreichen. Zudem ist in diesem Bereich, auch auf das Ressentiment gegen die „Subventionskultur“ abzielend, mit weniger Widerspruch zu rechnen als in anderen Bereichen – wie etwa dem Sozialen. Ist es aber redlich, einfach den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen? Ich denke nicht. Wir sollten die momentane finanzielle und wirtschaftliche Krise nicht zu einer nachhaltigen kulturellen Krise ausweiten. Damit wäre nichts gewonnen – jedoch viel verloren.

Die Kommunen sind viel Leid gewohnt, was ihre finanzielle Ausstattung angeht. Die Abhängigkeit zum Beispiel von der Gewerbesteuer erweist sich analog zu den konjunkturellen Zyklen immer wieder als Achillesferse der Haushalte. Langfristige Solidität ist angesichts unvorhersehbarer Krisen nahezu unmöglich. In diesem Jahr bereitet uns nicht nur die Rezession an sich Sorgen – sondern zudem deren historisches Ausmaß. Ganz egal, wie schwach das Wachstum in diesem Jahr letztendlich ausfällt: In Wahrheit handelt es sich um eine Schrumpfung. Viele Untenehmen werden keine Gewinne ausweisen. Und keine Gewinne heißt: Keine Gewerbesteuer. Die kommunalen Haushalte werden sich weiter verschulden müssen!

Trotzdem darf jetzt an der Kultur, von Einzelfällen abgesehen, nicht gespart werden. Statt immer die gleichen Mechanismen – wie die „Rasenmähermethode“ – anzuwenden, sollte mit der Krise kreativ umgegangen werden. Gerade die Kultur hat das Potenzial, Positiveffekte zu erzielen. Schließlich hat die Rezession bisher nur schwach auf den Arbeitsmarkt und die privaten Portemonnaies durchgeschlagen. Die Menschen geben nach wie vor Geld aus – besonders gern für die positiven Seiten des Lebens. Dazu gehört die Kultur. Das wird auch von den strengsten Haushältern nicht bestritten.

Aus dem gleichen Grunde sollten wir weiter in die Kultureinrichtungen investieren. Sie bedeuten Chancen für die Zukunft. Trotzdem ist natürlich Um- und Vorsicht geboten. Wer in diesen Zeiten ein opulent ausgestattetes Museum finanziert, während z.B. in der Jugendarbeit der Rotstift regiert, muss sich kritische Fragen gefallen lassen. Allerdings sind die wenigsten Kommunen in der komfortablen Lage, sich mit diesen Luxusproblemen herumzuschlagen. Investitionen dürften in den kommenden Monaten grundsätzlich nur mit solventen Partnern möglich sein. Allerdings mit der Betonung auf: möglich. Mit Förderungen aus EFRE-Mitteln, mit Unterstützung aus dem Konjunkturpaket und mit Zuschüssen von regionalen Sponsoren konnten bzw. können in Oldenburg wichtige Projekte umgesetzt werden – trotz der Krise.

Die Akzente, die wir in diesem Jahr setzen, definieren sich aus den genannten Gründen zu einem Teil darüber, was die Förderer für unterstützenswert halten bzw. was den Vorgaben der Fördertöpfe entspricht. Man muss sich zwangsläufig mit dem Gedanken arrangieren, dass nicht alles kommunalpolitisch und stadtentwicklerisch Wünschenswerte machbar ist.

Trotzdem gilt: Die Qualität der Kultur korreliert nicht grundsätzlich mit den Kosten. Das Spannende an ihr ist unter anderem, dass sie auch ohne große Budgets funktioniert. Zumindest dann, wenn man bereit ist, nach Alternativen zu suchen und ihnen Raum zu geben. Insofern können Krisen natürlich auch als Katalysatoren wirken und eine Neuaufstellung ermöglichen.

Am besten wäre es natürlich, man könnte alle Facetten der Kultur bespielen. Ganz ohne Abstriche wird sie aber vermutlich nicht durch die Krise kommen. Solange man jedoch kreativ mit diesem Umstand umgeht und bereit ist, Wege zu gehen, die man zuvor nicht beschritten hat, lässt sich auch mit leichten finanziellen Abstrichen eine Szene behaupten, die dem Standort Werte und Inspiration gibt. Nur eines sollte man tunlichst unterlassen: einen nennenswerten Beitrag der Kultur, im Sinne einer Reduzierung der Mittel, zur Haushaltssanierung zu erwarten. Dies gefährdet unsere kulturelle Landschaft. Davon hätte langfristig niemand etwas. Nicht einmal der kommunale Haushalt.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg ■

Kultur nicht über Gebühr heranziehen

Paderborn • Von Heinz Paus

Auch Paderborn sieht sich schwierigen Haushaltsentwicklungen gegenüber. Wenn wir darauf nicht reagierten, ginge das auf Kosten unserer Kinder. Dem können wir auch nur begrenzt mit neuen Konzepten begegnen. Echte Einsparungen sind unumgänglich. Davon kann die Kultur keine Ausnahme machen. Sie wird aber nicht über Gebühr herangezogen werden. Die kommunale Verpflichtung aufgrund der allgemeinen Vorgabe in der Landesverfassung, die wir mit eigenen Entscheidungen ausfüllen, ist uns genauso wichtig wie die Pflichten, bei denen Ausführungsgesetze den Kommunen keinen eigenen Entscheidungsspielraum lassen. Wo wir eigenen Spielraum haben, wollen wir ihn uns nicht selbst nehmen.

In der Verwaltung erarbeiten wir derzeit mit Hilfe externer Beratung Konzepte zur Haushaltskonsolidierung. Die Ergebnisse legen wir dann dem Stadtrat vor. Die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger werden über Konsolidierungsvorschläge in allen Bereichen zu entscheiden haben. Vielfach geht es dabei um grundsätzliche Fragen darüber, was die Kommune zu leisten hat.

Die öffentliche Hand hat grundlegende kulturpolitische Aufgaben wie Innovationsförderung, ästhetische Erziehung und kulturelle Bildung, Substanzerhalt für Kulturinstitutionen und Pflege des kulturellen Erbes. Diese Aufgaben kann man nicht der privaten Hand übertragen. Würden wir hier radikal kürzen, ginge dies auch auf Kosten unserer Kinder.

Ein allgemeines Absenken aller Kulturbudgets und damit der Qualität scheint mir nicht sinnvoll. Wo es möglich ist, werden wir wohl auch über Gebühren- und Preiserhöhungen nachzudenken haben, um die Qualität zu sichern.

Besonderen Schutz genießen sicherlich kulturpädagogische und integrative Aktivitäten. Auch die Aktivitäten der letzten Jahre, die zu einer stärkeren Profilierung führten, etwa die historischen Ausstellungen, das Festival Musica sacra Paderborn und die Kunst im öffentlichen Raum, werden wir nicht kaputtsparen.

In der Spielzeit 2010/2011 werden wir unser neues Theater eröffnen können. Mit dem vergrößerten Theater gewinnen wir viel, legen uns aber fraglos auch dauerhafte neue Belastungen auf. Vielleicht ist diese Eröffnung eines Stadttheaters mitten in der Krise auch eine Chance für Innovation.

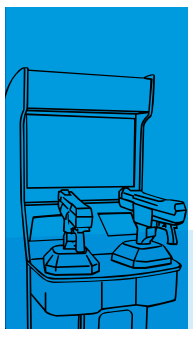
An den Modellen regionaler Zusammenarbeit zur Sicherung der Kulturarbeit (Nordwestdeutsche Philharmonie, Landestheater Detmold, Kultursekretariat NRW mit Sitz in Gütersloh, Regionale Kulturpolitik) halten wir fest. Diese Modelle werden sich auch in der Krise bewähren, dessen bin ich mir sicher. Wir sollten gerade in Zeiten der Belastung nach dem Ausbau solcher Modelle trachten, denn angesichts der Struktur unserer Region wäre es töricht, wenn jede Stadt nur auf sich sähe. Vieles ist nur in regionaler Zusammenarbeit möglich. Ein positiver Ansatz zeigt sich etwa im Bereich des Tanzes. Hier gibt es gleich drei regionale Initiativen: beim Kultursekretariat NRW, bei der regionalen Kulturpolitik und bei einer privaten Stiftung. Wir nehmen überall aktiv gestaltend teil, führen Fördermöglichkeiten zusammen, vernetzen sie mit anderen Aktivitäten, etwa dem Festival Musica sacra Paderborn, und schaffen so trotz Krise neue Möglichkeiten. Fast schon ein Schulbeispiel.

Der Verfasser ist Bürgermeister der Stadt Paderborn ■

Streitfall Computerspiele
Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz

Sind Computerspiele „Kulturgüter“ oder handelt es sich um „Schund“? Sollten Computerspiele strenger kontrolliert werden oder reichen die bestehenden Jugendschutzbestimmungen aus? Sollten qualitativ hochwertige Computerspiele von der öffentlichen Hand gefördert werden oder soll es der Markt richten? Wie soll der neue Deutsche Computerspielepreis aussehen? Mit diesen Fragen wurde sich in verschiedenen Ausgaben von politik und kultur befasst. Im Band „Aus politik und kultur 1“ Streitfall Computerspiele werden die wichtigsten Beiträge noch einmal zusammengefasst veröffentlicht.

Autoren des Buches sind u.a.: Günther Beckstein, Max Fuchs, Wilfried Kaminski, Armin Laschet, Christian Pfeiffer, Klaus Spieler, Olaf Wolters, Wolfgang Zacharias und Olaf Zimmermann



Streitfall Computerspiele: Computerspiele zwischen kultureller Bildung, Kunstfreiheit und Jugendschutz. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 2. erweiterte Auflage, 140 Seiten, € 9,- zzgl. Versand, ISBN 987-3-934868-15-1

Die Kirchen
die unbekannte kulturpolitische Macht

Spielen die Kirchen überhaupt eine Rolle in der Kulturpolitik oder haben sich Kultur und Kirche voneinander entfernt? Sind die Kirchen noch wichtige Auftraggeber für Künstler oder wurden sie von Akteuren insbesondere dem Markt längst abgelöst? Vermitteln die Kirchen Kunst und Kultur? Ist Kultur in der Kirche selbstbezüglich oder auf die Gesellschaft orientiert. Markus Lüpertz sagt in dem Buch, dass Künstler den Engeln sehr nahe sind und stellt damit eine enge Verbindung zwischen Kunst und Kirche her. Trifft dieses auch auf andere Künste zu? Mit diesen und weiteren Fragen befassen sich die Beiträge in dem vorliegenden Sammelband.

Autoren des Buches sind u.a.: Petra Bahr, Karl Lehmann, Wolfgang Huber, Max Fuchs, Katrin Göring-Eckardt, Thomas Sternberg, Christhard-Georg Neubert und Olaf Zimmermann

Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 1. Auflage, 108 Seiten, € 9,- zzgl. Versand, ISBN 978-3-934868-14-4

Kulturpolitik der Parteien
Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen

Gibt es Unterschiede in der kulturpolitischen Programmatik der Parteien? Sind sich Kulturpolitiker immer einig? Ist Kulturpolitik eigentlich unpolitisch oder doch hochpolitisch, weil es um Fragen des Zusammenlebens geht? Welche Rolle spielen die Künste in der Kulturpolitik der Parteien? Welche Ideen entwickeln die Parteien für eine zukunftsfähige Kulturpolitik? Auf welchem Fundament beruht die Kulturpolitik der Parteien? Mit diesen Fragen befassen sich die Beiträge in diesem Buch.

Autoren des Buches sind u.a.: Frank-Walter Steinmeier, Kurt Beck, Guido Westerwelle, Wolfgang Gerhardt, Christian Wulff, Bernd Neumann, Claudia Roth, Uschi Eid, Lothar Bisky, Oskar Lafontaine, Erwin Huber, Thomas Goppel, Olaf Zimmermann.

Kulturpolitik der Parteien: Visionen, Programmatik, Geschichte, Differenzen. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 1. Auflage, 166 Seiten, € 12,90 zzgl. Versand, ISBN 978-3-934868-17-5

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45 oder www.kulturrat.de/shop.php

Die Substanz des kulturellen Angebots nicht antasten

Osnabrück • Von Boris Pistorius

Das breit gefächerte Kulturangebot hat eine hohe Bedeutung in der Stadt Osnabrück. Wie beispielsweise Sport, Bildung und Freizeit trägt auch die Kultur ihren Teil zur Attraktivität Osnabrücks bei. Sie ist unverzichtbar. Die Substanz dieses Angebots soll daher nicht angetastet werden. Daran zweifelt keiner in Osnabrück, obwohl die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise auch dem Haushalt der Stadt Osnabrück schwer zu schaffen macht.

Felix-Nussbaum-Haus © bitter + bredt, Berlin

Einbrechende Steuereinnahmen haben Osnabrück in einem unerwarteten Ausmaß erfasst. Die Verwaltung rechnet für das kommende Haushaltsjahr mit einem strukturellen Defizit in Höhe von 50 Millionen Euro. Es ist völlig unmöglich, diesen Betrag durch Konsolidierungsmaßnahmen zu neutralisieren. Und so bleibt es ein ehrgeiziges Ziel, 10 bis 15 Millionen Euro einzusparen. Um dieses Ziel zu erreichen, darf es keine Tabus geben. Alles muss auf den Prüfstand. Schmerzhafte Einschnitte werden nicht zu vermeiden sein. Die Erhöhung von Einnahmen und die Reduzierung von Dienstleistungen werden zurzeit geprüft, obwohl diese Instrumente nicht reichen werden, um alte und neue Schulden abzubauen.

Wie alle anderen Bereiche, muss daher auch die Kultur gefragt werden, welche Angebote möglicherweise mehr Besucher in die Kulturhäuser locken kann, um so die Einnahmen zu steigern. Wie können Einnahmen erhöht und Kosten reduziert werden? Wir müssen uns fragen, welche Angebote die Stadt Osnabrück reduzieren kann, ohne dadurch einen irreparablen Schaden zu hinterlassen. Dass der Entscheidungsprozess nicht einfach wird, ist völlig klar: Wir dürfen einerseits nicht den Kopf in den Sand stecken, um die Tilgung unserer Schulden unseren Nachkommen zu überlassen, wir müssen andererseits aber die Schulden, die wir machen, rechtfertigen können. In diesem Entscheidungsprozess geht es nicht nur um die Kultur. Die Haushalte anderer Bereiche der Stadt, etwa der der Sozial-, Familien-, Schul- und Städtebauverwaltung, sind wesentlich größer. Daher ist ein genauer Abwägungsprozess nötig, an dessen Ende nicht immer eindeutige Antworten stehen. Die entsprechenden Entscheidungen stehen uns jetzt bevor und wir sollten nicht zögern, diesen Prozess mit unseren Möglichkeiten konstruktiv zu gestalten.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück ■

Mit Kultur-Produktion Werte für die Gesellschaft schaffen

Regensburg • Von Hans Schaidinger

Regensburg ist eine Kulturstadt aus Tradition. Die Stadt bietet viel Kultur, sei es auf der einen Seite die „bewahrte“ Kultur, das hervorragend erhaltene Altstadtensemble, ein unvergleichliches Kulturgut, das der Stadt 2006 die ruhmvolle Auszeichnung mit dem Prädikat Welterbe der UNESCO brachte, sei es auf der anderen Seite die gelebte Kultur der vielen Künstler und Kulturschaffenden, die mit großem Engagement das kulturelle Angebot in Regensburg bereichern und gestalten.

Dass dies nicht immer einfach ist, gerade in den Zeiten der Finanzkrise, die die Kommunen unmittelbar trifft, liegt auf der Hand. Die Lage der Kultur in Zeiten leerer Kassen ist ein hoch aktuelles Thema, das alle Kommunen betrifft. Wieder einmal gilt es, das verbreitete, wenn auch vordergründige Vorurteil, dass Kultur sich nicht rechnet, dass sie nur Geld kostet, aber nichts einbringt, zurechtzurücken: Es ist ein wesentliches und unverzichtbares Ziel der Gesellschaft, mit der „Kultur-Produktion“ Werte zu schaffen, die die Gesellschaft zu einem wesentlichen Teil definiert. Ohne Zweifel trägt die Kultur einer Stadt zu den Standort- und Imagevorteilen bei und ohne den Faktor Kultur würden wir uns in einem konturlosen Niemandsland bewegen. Dies kann man ganz deutlich in Regensburg beobachten, betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt in den letzten zwanzig Jahren. Die Ansiedlung bedeutender Wirtschaftsunternehmen im Raum Regensburg mag dies belegen. Dass die Wirtschaft die Kultur zu schätzen weiß, zeigt nicht zuletzt das finanzielle Engagement, das sie als Sponsor häufig in die Regensburger Kulturszene einbringt. Dieses Sponsoring ist ein verantwortungsvoller Part, der nicht selten dazu beiträgt, dass ein Projekt verwirklicht werden kann.

Es ist mir als Oberbürgermeister der Stadt ein Anliegen, die kulturellen Ressourcen der Stadt zu sichern, damit sie sich zeitgemäß weiterentwickeln können. Die bedeutenden kulturellen Traditionen der Stadt Regensburg sollen weitergeführt werden und neuen Initiativen Raum erschlossen werden. Es scheint leicht, der „freiwilligen Leistung“ Kultur ans Leder zu gehen und als Begründung zu fordern, Kultur müsse sich rechnen. Unstreitig sind düstere Zeiten für die nicht ephemere Kultur angebrochen, bei vielen Kulturschaffenden und Institutionen geht es an die Existenz.

Die schwierige Haushaltslage in den Zeiten der Wirtschaftskrise führt dazu, dass bittere Einschnitte in allen Bereichen notwendig sind, auch in der Kultur. Dass die Stadt Regensburg auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommt, ist selbstverständlich. Kürzungen sind unumgänglich, wir werden dabei aber nicht im „Rasenmäherprinzip“ kürzen, sondern gezielt bei der finanziellen Unterstützung von Projekten nun Schwerpunkte setzen. Es gilt dabei nicht, im Trend liegende Events – je ausgefallener und ungewöhnlicher desto besser – zu fördern, wir werden unser Augenmerk auf ausgesuchte und qualitativ anspruchsvolle Projekte lenken, damit die Kultur, wie sie in Regensburg seit Jahrhunderten blüht, nicht auf Kosten einer schnelllebigen und allerorts austauschbaren „Event- und Entertainment-Kultur“ zu versanden droht. Eines unserer größten Kulturgüter, die kulturelle Identität darf nicht verloren gehen. Es kann nicht mehr das Ziel sein, ein Überangebot für 365 Tage im Jahr zu unterstützen.

Kultur schafft Identität und ist sichtbarer Ausdruck von Kreativität und Erneuerung. Dieses fruchtbare Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Innovation spiegelt sich in einem regen Kulturleben wider, das Entfaltungsmöglichkeiten für alle Sparten bietet. Dieses Potential hat Regensburg. Wie drastisch die finanzielle Lage derzeit auch aussieht, es gilt gerade in der kreativen Kulturszene der Satz: In der Krise zeigt sich oft auch ein Weg, ein neuer Anfang, ein Aufbruch.

Dies passt hervorragend in das kulturelle Jahresthema der Stadt Regensburg, das im nächsten Jahr heißt: „10 Aufbruch“. Das Kulturreferat der Stadt Regensburg stellt seit dem Millenniumsjahr 2000 die Kulturarbeit unter ein Motto, mit dem sich Kulturschaffende aller Sparten befassen. Das Thema Aufbruch wurde gewählt, weil durch die Jahrhunderte hindurch in Regensburg jeweils in den ersten zehn Jahren oftmals eine Aufbruchstimmung, eine neue Orientierungsphase, eine neue Perspektive, nachweisbar ist: sei es 1510, 1810 oder 1910. Diese für die Stadt Regensburg bedeutenden Ereignisse, aber auch Persönlichkeiten aus der Aufbruchszeit der vergangenen Jahrhunderte stehen im Mittelpunkt der kulturellen Aktivitäten ebenso wie die aktuelle Kulturszene 2010 mit ihren kulturellen Ausdrucksformen.

Es ist nicht immer nur das große Geld, das große Kunst bedeutet. Kulturstadt sein ist mehr als die Summe der Bemühungen kommunaler Institutionen. Kulturstadt sein, bedeutet dem pragmatischen Wirklichkeitssinn den schöpferischen Möglichkeitssinn entgegenzusetzen und damit dem Wert der Kunst ein Zeichen zu setzen, auch wenn es sich finanziell nicht auf Anhieb zu rechnen scheint. Wir alle müssen mit den Sparmaßnahmen leben – die wie bereits gesagt – nicht nur die Kultur treffen.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Regensburg ■

Lust an der Familie

Wolfsburg • Von Rolf Schnellecke

Seit einigen Jahren profiliert sich Wolfsburg mit dem Projekt „Lust an Familie“ als familienfreundliche Stadt.

Die Steigerung der Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger steht dabei im Mittelpunkt der vielfältigen Maßnahmen und Angebote. In diesem Zusammenhang spielt die Kultur eine bedeutende Rolle. Sie wird zudem als wichtiger Standortfaktor für Wolfsburg gesehen. Daher ist geplant, alle notwendigen Investitionen auch in schwierigen Zeiten durchzuführen.

Bei allen anstehenden Konsolidierungsmaßnahmen soll der Bereich Kultur nicht überdurchschnittlich bespart werden.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg ■

Planetarium der Stadt Wolfsburg © Kommunikation, Stadt Wolfsburg

Kulturpolitik in schwierigen Zeiten

Potsdam • Von Jann Jakobs

Die Landeshauptstadt Potsdam kann auf eine lange Tradition als europäische Kulturstadt zurückblicken. Die Leistungen der Vergangenheit sind als gesetzter Maßstab gleichzeitig eine Herausforderung für die Gegenwart und die Zukunft, welche durch die derzeit angespannte finanzielle Lage besonders berührt wird. In der Landeshauptstadt existiert ein parteiübergreifendes Bekenntnis zur Kultur, das auch in den kommenden schwierigen Jahren erhalten werden soll, wenn angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise und der dann fälligen Rückzahlung der hohen Schuldenlast oder angesichts weiter sinkender Einnahmen – etwa durch eine neue Unternehmenssteuerreform oder andere steuerpolitische Maßnahmen des Bundes – drastische Sparmaßnahmen drohen. Allerdings wird es nicht möglich sein, alle Bereiche der Kultur gleichmäßig zu erhalten und auszubauen, sondern es muss für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger und für die Gäste der Stadt eine angemessene Mischung zwischen eher traditionellen Formen und Projekten der Kultur und modernen, zeitgenössischen Vorhaben geben.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Landeshauptstadt Potsdam aufgrund ihrer aktiven und aktivierenden Kulturpolitik nicht mit einschneidenden Maßnahmen auf die Krise reagieren muss. Bereits Ende der Neunzigerjahre wurde bewusst mit effizienzsteigernden Umstrukturierungen begonnen und ein Umsteuern hin auf kostensparende Strukturen wurde eingeleitet. Diese Schritte wurden über die Jahre sukzessive umgesetzt, immer auch unter Beachtung einer hohen künstlerischen Qualität der geförderten Einrichtungen.

Beispielhaft steht hierfür das städtische Hans Otto Theater, das jahrzehntelang über drei verschiedene Standorte in der Landeshauptstadt verteilt war, was einen enormen Zeitaufwand beim Personal und Kosten für den Transport von Material sowie Dekorationen verursachte.

Mit dem Theaterneubau erfolgten im Herbst 2006 die Konzentration von Spielstätten, Probebühnen und Werkstätten an einem Standort und damit eine Optimierung der täglichen Abläufe.

Bereits Ende der neunziger Jahre wurden im Theater gravierende Strukturveränderungen vorgenommen, zum Beispiel die drastische Reduzierung des Musiktheaters. Neben der Umstrukturierung des Musiktheaters im Hans Otto Theater wurden auch alle anderen Bereiche schrittweise optimiert, so wurde der Personalbestand von 321 im Jahr 1989 auf 162 im Jahr 2009 abgesenkt. Der Schwerpunkt des Theaters liegt nun beim Schauspiel sowie beim Kinder- und Jugendtheater.

Dieser „Umbau“ lief parallel zum „Aufbau“ des Theaterverbundes der Städte Brandenburg, Frankfurt/Oder und Potsdam. Die Theater und Orchester der drei Städte sind hinsichtlich ihrer Angebote spezialisiert und durch den gegenseitigen Gastspielaustausch wird in jeder Stadt ein Angebot für Konzerte, Opern, Schauspiel sowie Kinder- und Jugendtheater aufrecht erhalten.

Es ist vorgesehen, diese für das Land Brandenburg so wichtigen kulturellen Grundlagen auch künftig durch „Mehrjährige Verträge“ mit einer Laufzeit von drei Jahren abzusichern, um den Institutionen Planungssicherheit auch in der angespannten finanziellen Lage zu geben. Dadurch wird auch die Arbeit auf hohem künstlerischen Niveau nicht nur des Hans Otto Theaters, sondern auch des Nikolaisaals mit den Musikfestspielen Potsdam Sanssouci und der Kammerakademie Potsdam gesichert. Das Abschließen solcher mehrjähriger Verträge war jeweils ein „ausbalancierter Kompromiss“; zum einen wurde den Kultureinrichtungen damit Planungssicherheit gegeben, zum anderen wurde durch eine Begrenzung, eine „Deckelung“ des Zuschusses ein notwendiger Beitrag zur Haushaltssicherung geleistet. Es ist angestrebt, diesen Ansatz weiter zu verfolgen, da diese Institutionen mit ihrer Arbeit prägend für das kulturelle Leben der Landeshauptstadt sind.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich für die nächsten Jahre zwei große investive Vorhaben in der Kultur vorgenommen: Es ist vorgesehen, die Stadt- und Landesbibliothek zu sanieren und das stadtgeschichtliche Museum soll einen neuen, der Sammlung würdigen Standort im Alten Rathaus, in der historischen Mitte der Stadt bekommen.

Das stadtgeschichtliche Museum leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung und zur Identitätsstiftung der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam ist eine unverzichtbare Bildungs- und Kultureinrichtung in der Landeshauptstadt, die jährlich von rund 300.000 Besuchern aller Altersgruppen frequentiert wird. Nach den derzeit geplanten Sanierungsmaßnahmen am Bibliotheksgebäude werden sich

Der Neubau des Hans Otto Theaters in der Schiffbauergasse, 2006 eingeweiht
© Stadtverwaltung Potsdam/Dieter Leistner

Volkshochschule und Bibliothek unter einem Dach befinden. Durch Vernetzung von Ressourcen und Know-how beider Einrichtungen entsteht ein Ort des lebenslangen Lernens für alle. Bildung und Wissen bleiben gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der gegenwärtigen Wirtschaftkrise zentrale Themen für unsere Stadt.

Neben den traditionellen Einrichtungen der Kultur, wie zum Beispiel den Museen und Theatern, liegt mir persönlich die Soziokultur sehr am Herzen. Durch die niedrigschwelligen Angebote und die Möglichkeiten zur Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen erreicht die Soziokultur, dass immer mehr Menschen mit Kultur in Berührung kommen. Soziokulturelle Angebote bieten in Potsdam vor allem die Zentren Waschhaus und Lindenpark, die von der Landeshauptstadt zu Beginn des Jahres vor der Insolvenz gerettet wurden. Jetzt arbeiten beide Einrichtungen unter neuer Trägerschaft und bieten eine Palette genreübergreifender Angebote – Tanz, Musik und Bildende Kunst – die auch vor allem Jugendliche aktivieren, die sich der sogenannten „Hochkultur“ gegenüber eher verschlossen zeigen.

Die Kultur darf, obwohl sie zu den sogenannten freiwilligen Leistungen zählt, nicht als schlichtes „Feld für Streichungen“ herhalten. Vieles wird in den nächsten Jahren aber auch davon abhängen, wie tief die Einschnitte in die kommunale Finanzausstattung sind – durch Krise und Einnahme- bzw. Steuerpolitik des Bundes. Klar ist allerdings auch, dass Schwerpunkte in der Kulturförderung gesetzt werden müssen, ein „anything goes“ kommt für die Kulturpolitik der Landeshauptstadt Potsdam nicht in Frage.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam ■

Trotzdem mittel- und langfristige Perspektiven entwickeln

Mannheim • Von Peter Kurz

Mittlerweile haben die Auswirkungen der Finanzmarktkrise die Städte erreicht. Für Mannheim bedeutet dies in der mittelfristigen Finanzplanung eine Verschlechterung von 320 Mio. Euro. Dennoch gilt es im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung auch in dieser Situation mittel- und langfristige Perspektiven zu formulieren.

Mannheimer Quadrate **© Stadt Mannheim, Stadtmarketing**

Die im vergangenen Jahr entwickelten sieben strategischen Entwicklungsziele der Stadt Mannheim bleiben auch in dieser schwierigen Situation handlungsleitend. Ziel sechs formuliert, dass die zentralen Projekte „Kulturhauptstadt 2020“ und „Masterplan Kreativwirtschaft“ erfolgreich umgesetzt werden sollen. Eine realistische Umsetzung ist notwendigerweise mit der Bereitstellung von Ressourcen verbunden. Dies wird auch zu Umschichtungen innerhalb des Kulturetats führen. Einsparvorgaben werden jedoch in Mannheim nicht prozentual erfolgen, sondern jeweils einzeln festgelegt werden. Wichtige Entscheidungskriterien werden der Bezug zu den strategischen Zielen der Stadt sein und natürlich auch, inwieweit es gelingt, den Eigenanteil der Projekte beispielsweise über zusätzlich generierte Einnahmen zu erhöhen. Ich gehe davon aus, dass im Rahmen der Kulturhauptstadtbewerbung gerade vom kulturellen Bereich neue Akzente zur nachhaltigen strukturellen Entwicklung gesetzt werden müssen, die sich an der Teilhabe aller in Mannheim lebenden Menschen orientieren. Hier seien die Stichworte Integration, Toleranz und interkulturelle Kulturarbeit genannt. Der Spielraum für Investitionen ist zugegebenermaßen klein, aber auch hier gilt, dass die Kultur einen Anteil am Gesamtinvestitionsaufkommen haben muss. Wir haben z.B. gerade die Sanierung der Kunsthalle für rund 14 Mio. Euro beschlossen, eine Maßnahme, die nicht nur aus bautechnischen und ausstellungstechnischen Gründen notwendig ist, sondern mittel- und langfristig für die Kulturstadt Mannheim von großer Bedeutung ist. Bei den zukünftigen Maßnahmen werden wir vor allem nachfragen, inwieweit sie einen Beitrag zu den strategischen Zielen leisten, zu denen ich noch die Themenfelder kulturelle Bildung und Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligungsstrukturen hinzufügen möchte.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Mannheim ■

Kultur ist kein Steinbruch für Sparübungen

Wiesbaden • Von Helmut Müller

„Kultur ist das, was übrig bleibt, wenn man alles vergessen hat.“ Dieser Satz des französische Politikers Eduard Herriot ist so richtig wie immer – schon deswegen verbietet sich der Gedanke den Kulturbereich als Steinbruch für Sparübungen anzusehen.

Kurhaus Wiesbaden **© Wiesbaden Marketing GmbH, Foto: Tanja Brinkmann**

Vor einem Jahr wäre die Antwort sehr einfach gewesen: Die gute wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt hat eine Menge Projekte und Aktivitäten ermöglicht, an die früher nicht zu denken gewesen wäre. Aber da natürlich immer mit Schwankungen zu rechnen ist, haben wir beim letzten Doppel-Haushalt 2008/2009 ein sogenanntes „Basis Budget“ definiert, das sich an den Mitteln der langfristigen Einnahmen orientiert. Die Verabredung dabei war, dass alle Ausgaben, die dauerhafter Natur sind, wie zum Beispiel Personalausgaben, sich an diesem Basisbudget orientieren müssen. Darüber hinaus können alle nur erdenklichen Projekte begonnen werden, die sich einerseits an den kurzfristigen Einnahmensspitzen orientieren, von denen aber nicht unbedingt auszugehen ist, dass sie dauerhaft Bestand haben können. Die Folgen der Finanzkrise sind allerdings derart massiv, dass die üblichen Bewältigungsmechanismen kaum ausreichen. Bei dem derzeit diskutierten Budget für die Jahre 2010 und 2011 sind für den Kulturbereich folgende Eckwerte vorgesehen: 2010/2011 jeweils 57,188 Mio. Euro p.a. nach 56,148 Mio. Euro (2008) bzw. 56,261 Mio. Euro (2009). Derzeit sind keine Kürzungen vorgesehen, da wir eigentlich nicht vorhaben, die Konjunkturprogramme des Bundes und vor allem des Landes durch kommunale Sparmaßnahmen zu konterkarieren. Wenn allerdings die Einnahmeausfälle sich in diesem und im kommenden Jahr fortsetzen, werden in allen Bereichen Haushaltssicherungsmaßnahmen unausweichbar sein. Bei allen Aktivitäten wird aber immer die Maxime sein, vorhandene Strukturen nicht zu zerstören – sei es eine Institution, sei es eine öffentliche oder private Bezuschussung – denn die Wahrscheinlichkeit, dass sie in der selben Form wieder eröffnet wird, ist aller Erfahrung nach sehr gering. Deshalb gilt es, dieses um jeden Preis zu vermeiden. Trotz aller Schwierigkeiten ist dies uns auch schon beim letzten Einbruch der Gewerbesteuer 2001/2002 gelungen. Für uns liegen die Schwerpunkte für den kommenden Haushalt im Bereich der Investitionen: Hier sind erhebliche Zusetzungen zusätzlich zu den Projekten des Konjunkturprogramms Paket II der Bundesregierung und des Konjunkturprogramms der hessischen Landesregierung geplant: So zum Beispiel neben diversen Schulprojekten zusätzlich 4 Mio. Euro für das Kulturzentrum Schlachthof. Ein geplantes Stadtmuseum wird wohl wegen einer befürchteten nahezu Verdoppelung der Kosten nicht wie geplant in diesem Jahr angefangen werden können – es wird aber auch auf der Agenda bleiben und die bisher vorgesehenen Mittel bleiben auch dafür reserviert.

Gerade weil die Mittel-Konkurrenz zu anderen Bereichen, in denen derzeit ebenfalls ein großer Bedarf besteht, wie zum Beispiel in der Bildungspolitik oder arbeitspolitische Maßnahmen, ist es meines Erachtens einmal mehr an der Zeit, darüber nachzudenken, neue Wege für die Kulturförderung zu suchen, die unabhängig von der jeweiligen Kassenlage sind: Es spricht sehr viel dafür, Aufgaben wie zum Betrieb von Museen zum Beispiel in ausreichend dotierten Stiftungen auszulagern, die nicht nur eine konjunkturelle Unabhängigkeit garantieren, sondern gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, einen größeren Grad von Bürgerbeteiligung eröffnen zu können. So betrachtet, hätte die Lehre aus der Krise sogar etwas Positives: Mehr Beteiligungen, die Möglichkeit von Zustiftungen und Förderung von privater Seite plus dauerhaft vertraglich zugesagte öffentlich-staatliche Mittel, dies könnte für viele Bereiche ein zukünftiger Weg sein. Aber welche neuen Wege auch immer man wählen mag, an einem staatlich oder gar kommunalen Sockel geht kein Weg vorbei, sonst bleibt wirklich nichts mehr übrig, wenn man alles vergisst.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden ■

Kulturpolitik mit Perspektive

Chemnitz • Von Barbara Ludwig

Als Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz nehme ich die Einladung zu einer Stellungnahme gern an, zumal es in Zeiten knapper Kassen – wie es oft verkürzt formuliert wird – umso wichtiger ist, auf die für die Kultur im Haushalt festgeschriebenen Finanzen aufmerksam zu machen und damit zugleich auf die akzeptierte Position von Kultur in einer Stadt. Diese Akzeptanz bezieht sich im Übrigen auch auf die Rolle von Kunst und Kultur als Standortfaktoren.

Auch 2009 haben Stadtverwaltung und Stadtrat in Chemnitz für Kultur viel auf den Weg gebracht: Beispiel ist der Start zum 2010 beginnenden Umbau des berühmten Schocken-Kaufhauses des Architekten Erich Mendelsohn zum Haus der Archäologie, dessen Eröffnung 2012 geplant ist. Die Chemnitzer haben 2009 große und großartige Kultur- und Kunst-Jubiläen gefeiert, mit internationaler Resonanz und die bereichernde Verbindung von Wirtschaft und Kultur unterstreichend: Der 200. Geburtstag von Richard Hartmann und der jeweils 100. von Theater und Kunstsammlungen, akzentuieren das Bild von Chemnitz als einer eben auch traditionsreichen Kulturstadt prägenden Einrichtungen, deren Aufführungen bzw. Ausstellungen deutschlandweit und international Resonanz finden. Die Städtischen Theater Chemnitz sind ein renommiertes Fünfspartenhaus, die Kunstsammlungen Chemnitz ein Leuchtturm mit berühmten Sammlungen (Beispiele: Karl Schmidt-Rottluff, Honoré Daumier, Textil- und Kunstgewerbesammlung) und bedeutenden zeitgenössischen Expositionen (jüngst Skulpturen des Dänen Bjoern Noergaard).

Bezogen auf das Gesamtvolumen des städtischen Haushaltes von rund 753 Millionen Euro stehen 2009 in Chemnitz rund acht Prozent (fast 45 Millionen Euro) für Kultur bereit. Das Bekenntnis von Verwaltung und Stadtrat zu seinen kulturellen Einrichtungen in Chemnitz ist eindeutig und bewährt sich auch in schwierigen Situationen wie zum Beispiel Ende 2008, als es gelang, den Weg frei zu machen für den Abschluss eines erneuten Haustarifvertrages an den Städtischen Theatern Chemnitz. Damit konnten betriebsbedingte Kündigungen vermieden und für weitere fünf Jahre ausgeschlossen werden. Mit dem Haustarifvertrag stieg der jährliche Zuschuss an die Theater Chemnitz von 14,8 Millionen Euro auf jährlich 17,8 Millionen Euro. In den nächsten fünf Jahren bezuschusst die Stadt die Städtische Theater Chemnitz gGmbH jährlich mit dieser Summe aus städtischen Mitteln und rund sieben Millionen Euro aus Mitteln des urbanen Kulturraumes Chemnitz.

Zu den Kunstsammlungen Chemnitz, einem inhaltlich außerordentlich vielgestaltigen Haus, gehören neben dem Haupthaus am Theaterplatz: das Museum Gunzenhauser mit der deutschlandweit einmaligen Expressionisten-Sammlung, insbesondere

Weiter auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

von Otto Dix, das Schloßbergmuseum mit seinen Kostbarkeiten wie Heiliges Grab und die Sammlung sakraler gotischer Skulpturen, die Ausstellung mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen von Henry van de Velde in der von dem berühmten belgischen Multitalent entworfenen und ausgestatteten berühmten Villa Esche sowie das den Nachlass des bedeutenden zeitgenössischen Künstlers Carlfriedrich Claus beinhaltende Archiv. Dies alles findet unter dem Dach der Kunstsammlungen Chemnitz statt, die wir mit Zuschüssen in Höhe von 3,6 Millionen Euro unterstützen.

Chemnitz leistet sich Kultur. Dieser Denk- und Handlungsansatz ist nicht nur der bedeutenden Tradition der Stadt geschuldet, sondern vor allem auch ihrer Zukunft: Chemnitz versteht sich als Stadt der Moderne. Unser Slogan bezieht sich nicht allein auf Kunst und Kultur in der Großstadt, doch gründet er auch auf diesen Säulen. Aufmerksam machen möchte ich, dass sich Stadt und Technische Universität, nachdrücklich unterstützt vom Stadtrat, um den vom Stiftungsrat für die Deutsche Wissenschaft ausgelobten Wettbewerb um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2011“ bewerben. Auch dies ist eine von Bürgerschaft und den Entscheidern in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ausgesprochen positiv bewertete Aktion – Beweis, dass auch in schwierigen Haushaltslagen nicht auf in die Zukunft weisende Vorhaben verzichtet werden darf.

Neben den großen Kultureinrichtungen werden in Chemnitz auch eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten aus dem kommunalen Etat und aus Mitteln des Freistaates nach dem Gesetz über Kulturräume in Sachsen finanziell gefördert. Insgesamt werden in diesem Jahr 122 Kulturprojekte mit 2,2 Millionen Euro unterstützt. Unabhängig davon sind selbstverständlich auch Kultureinrichtungen angehalten, mit effizienten Strukturen ihren Beitrag zur notwendigen Wirtschaftlichkeit zu leisten. Es ist eine Herausforderung, nachhaltige, finanziell gesicherte Standards zu setzen und künftig beizubehalten. Dies gilt nicht weniger für den Bereich von Kultur in Chemnitz. Denn Kultur, deren wichtige Aufgabe übrigens auch in der sächsischen Verfassung festgeschrieben ist, ist Lebensart und ohne Lebensart geht es in keiner Stadt.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin von Chemnitz ■

Kunstsammlungen Chemnitz **Foto: PUNCTUM/Bertram Kober**

Glanz und Elend des Internets

Macht die Kulturflatrate alles besser? • Von Kristin Bäßler

Eigentlich könnte alles so schön einfach sein: Für eine monatlich gezahlte Gebühr könnten im Internet so viele Inhalte heruntergeladen, versendet und getauscht werden, wie man will, schließlich hat man ja pauschal dafür gezahlt. Der Urheber würde entlohnt und der Internetnutzer wäre entkriminalisiert. In der konkreten Umsetzung bedeutet dies laut eines von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament in Auftrag gegebenen Gutachtens: „Mit diesem Begriff (Kulturflatrate, Anm. d. A.) wird der Ansatz beschrieben, die nichtkommerzielle Weitergabe und Vervielfältigung von digitalen, urheberrechtlich geschützten Werken, wie zum Beispiel Musik, Filme, Software oder E-Books, über das Internet zu legalisieren und zum Ausgleich eine pauschale Gebühr zur Entschädigung der Rechteinhaber zu erheben und an diese abzuführen.“

Aber so einfach, wie die Kulturflatrate auf den ersten Blick erscheint, ist sie leider doch nicht. Noch bestehen viele ungeklärte Fragen: Denn die Kulturflatrate steht zur Diskussion und wird von mancher Seite scharf kritisiert, weil sie statt verbindlicher Antworten noch zu viele ungeklärten Fragen aufwirft: Wie hoch muss die monatliche Pauschalabgabe sein, damit eine angemessene Vergütung für die Urheber sichergestellt ist? Wer bekommt wie viel Geld? Woher weiß der Abgabepflichtige, wohin das Geld fließt und wer es bekommt? Wer übernimmt die Verteilung des eingenommenen Geldes? Soll es eine branchenübergreifende Flatrate geben oder künstlerspezifische Sparten? Was passiert mit den bisher sowieso schon kostenpflichtigen Angeboten? Und was geschieht konkret mit den urheberrechtlich geschützten Werken und ihrer Verwertung, wenn eine Kulturflatrate eingeführt wurde?

Um diese Fragen zu erörtern, organisierte der Börsenverein des Deutschen Buchhandels zusammen mit Deutschlandradio Kultur im August diesen Jahres eine Diskussionsrunde zum Thema „Pauschaler Kunstgenuss? Die geplante Kulturflatrate in der Diskussion“. Befragt wurden neben der damaligen kulturpolitischen Sprecherin der SPD Monika Griefahn, dem damaligen Vorsitzenden des Bundestagsausschusses Kultur und Medien Hans-Joachim Otto und der Medienökonomin Gisela Schwarz auch der Internetblogger Sascha Lobo und der Autor Thomas Brussig. Wie bereits in den vergangenen Ausgaben von *politik und kultur* dargestellt wurde, gibt es bisher noch keine einstimmigen Antworten auf die Frage, wie im digitalen Zeitalter eine angemessene Urheberrechtsvergütung aussehen könnte, und das, obwohl sich eigentlich alle einig sind: Kreative Werke müssen auch im Internet vergütet werden. Die Frage ist nur: Wie? Und schnell, so wurde es bei der Diskussionsrunde in den Berliner Räumen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels deutlich, geht es auch um eine vielleicht ganz andere Frage: Artet die Diskussion um die Flatrate zu einem Kampf zwischen sozialer Umverteilung und liberaler Marktwirtschaft aus?

Die Ansichten der einzelnen Podiumsgäste in Kürze: Monika Griefahn betonte, dass die Kulturflatrate ein sinnvolles Modell sei, Künstlerinnen und Künstler für ihre digitalen Werke im Netz zu vergüten. In der Umsetzung könnte dies wie bei den Verwertungsgesellschaften verlaufen, die die Rechte der Urheber wahrnehmen und ihnen dann einen tariflich festgesetzten Betrag ausschütten. Die Ausschüttung würde individuell vergeben und könnte beispielsweise über die Anzahl der Klicks ermessen werden. Dennoch erklärte Griefahn, dass es noch eine Reihe offener Fragen gäbe, die diskutiert werden müssten: Wie hoch sind die Pauschalabgaben? Wer zieht sie ein? Wer schüttet sie aus: die bestehenden Verwertungsgesellschaften oder neue Modelle?

Auch Hans-Joachim Otto sieht noch eine ganze Reihe ungeklärter Fragen. Aber während Griefahn das Modell „Kulturflatrate“ im Grundsatz befürwortet, betrachtet er es mit großer Skepsis. Die Kulturflatrate stelle u.a. deswegen ein Problem dar, weil damit das Internet als „Laumedium“ wahrgenommen würde. Die kulturelle Vielfalt im Netz müsse gewahrt bleiben und das kann sie nicht, wenn die Urheberrechte im Netz ausgehebelt werden. Zudem müssten individuelle Absprachen zwischen den Künstlern und den Verwertern im Internet getroffen werden. Das Urheberrecht sei ein Individualrecht, kein Kollektivrecht. Individuelle Nutzung verlange nach individueller Bezahlung, denn es sei ein Trugschluss zu glauben, dass die 50 Euro Pauschalabgaben im Monat, wie von der damaligen Bundesjustizministerin Zypries in den Raum gestellt, nicht am Ende bei demjenigen fehlen, der sich dann vielleicht gegen den Besuch eines Konzertes entscheiden muss, da diese 50 Euro für die Kulturflatrate drauf gegangen sind. Außerdem: Jeder müsse wissen, wofür er die Kulturflatrategebühren bezahlt, – dies müsse transparent gemacht, darüber müsse gesprochen werden. Zudem stellt sich für Otto die Frage, wie man mit der Situation der Globalisierung umgeht. Wer soll von der Flatrate profitieren? Werden nur deutsche Künstler vergütet oder auch Künstler aus Frankreich, Russland und China? Und wer darf sich dann Künstler nennen? Auch der Pornoproduzent, der seine Filme ins Netz stellt? Unterm Strich geht es für Otto auch um die grundsätzliche Frage: Wer gilt im digitalisierten Zeitalter als Künstler und wer nicht?

Während in der analogen Welt relativ klar definiert war, wer ein anerkannter Künstler ist und wie viel Vergütung er oder sie bekommt, kann seit dem Web 2.0 im Netz jeder zum Künstler werden. Aber sollte dann auch jeder pauschal vergütet werden? Im „wahren“ Leben bestimmt der Markt und die Absatzzahlen, wer Erfolg hat. Aber im Internet? Das Argument, dass beispielsweise eine Band erst dann künstlerisch anerkannt ist, wenn sie bei einem Musikverlag unter Vertrag genommen wurde, muss im Zeitalter des Internets nicht ausschlaggebend sein. Bands wie die britischen Arctic Monkeys beispielsweise haben gezeigt, dass der Weg übers Internet funktionieren kann: Die Band veröffentlichte zunächst ihre Songs kostenlos auf ihrer Homepage. Danach folgte eine MySpace-Seite und Auftritte bei Festivals, bis eine Plattenfirma auf sie aufmerksam wurde. Am Ende hat sich das Internet – zumindest für die Arctic Monkeys – ausbezahlt. Und so plädiert die Ökonomin Gisela Schmalz auch dafür, dass sich die Künstler selbst Modelle überlegen sollten, wie ihre Werke im Internet vergütet werden können. Darüber hinaus müssten neue Payment-Systeme entwickelt werden. Ihrer Meinung nach liege die Zukunft des digitalen Zeitalters in einem Nebeneinander verschiedener Vergütungsmodelle, die es einem Künstler ermöglichen, von seiner Kunst zu leben. Neben den Einnahmen durch die Kulturflatrate würde dann eine Vergütung über Verlage, i-Tunes, Kulturflatrate, Verwertungsgesellschaften oder über den normalen Handel erfolgen. Wichtig sei ihr, dass sich der Staat aus der Entwicklung solcher neuen Payment-Modelle nach Möglichkeit heraushalte.

Der einzige Künstler dieses Abends, der Autor Thomas Brussig, sprach sich bei der Veranstaltung des Börsenvereins wie Griefahn für eine Kulturflatrate aus und plädierte wiederholt für das Modell der Verwertungsgesellschaften. Zwar wisse man dort auch nicht so genau, wofür und für wen konkret die Abgaben gezahlt werden – wie beispielsweise bei der Kopierabgabe – aber immerhin könnte der Nutzer dann im Netz Inhalte frei suchen und herunterladen. Die Kulturflatrate würde ein qualitatives Internet ermöglichen, weil es den Kulturschaffenden die Möglichkeit gäbe, ihre Werke ins Netz zu stellen und dafür vergütet zu werden. Dieses Argument sahen Otto und Schmalz grundlegend anders. Im Gegenteil würde durch die Kulturflatrate mehr die Masse an so genanntem „Schund“ vergrößert und verbreitet werden.

Der Blogger Sascha Lobo machte bei der Diskussion um Gesetze und Vergütungsmodelle noch einmal auf einen weiteren Aspekt aufmerksam, der bei der Diskussion um die Kulturflatrate häufig vernachlässigt wird: Die Schärfung des Bewusstseins der Internetnutzer für den allgemeinen Wert der Kreativität. Lobo verwies darauf, dass die Menschen stärker darüber aufgeklärt werden müssten, welchen Nutzen die Inhalte des Internets für alle haben, dass aber auf der anderen Seite Bilder oder Musik vergütet werden müssen. Grundsätzlich sieht Lobo die Zukunft der Internetvergütung darin, neue Modelle im Bereich der Hard- und Software zu generieren, ähnlich wie beim iTunes – iPod-Modell. Für Bücher wäre dies grundsätzlich auch möglich, vorausgesetzt die e-Books würden „massiv“ verbessert werden.

Am Ende der Diskussionsveranstaltung in Berlin gab es trotz der offenen Fragen und unterschiedlichen Positionen dennoch einen Konsens: Zum einen müssen Lösungen zur Sicherung des Urheberrechts in der digitalen Welt gefunden werden, zum anderen müssen sich die Verwerter und Künstler in Zukunft auf verschiedene und komplexe Modelle der Bezahlung bzw. Vergütung einstellen. Ob diese Modelle vom Staat vorgegeben werden oder sich Künstler und Verlage selbstständig zusammentun, wird sich erst zeigen. Bis dahin wird noch vieles zu diskutieren sein.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Kulturflatrate zum dritten

Ein Arbeitsschwerpunkt des Deutschen Kulturrates im Jahr 2009 ist die Digitalisierung. Die Digitalisierung berührt fast alle Bereiche des kulturellen Lebens. Seien es neue Formen der Kulturvermittlung, seien es neue Formen der Kulturproduktion, sei es eine andere Kulturnutzung und sei es vor allem eine veränderte Art der Kulturdistribution bzw. der Vermarktung künstlerischer Produkte. In *politik und kultur* wurde dieses Thema in den letzten Ausgaben von Kristin Bäßler, Christoph Bruch, Sabine Cofalla, Theo Geißler, Barbara Haack, Ferdinand Melichar, Oliver Moldenhauser Oliver Passek, Georg Ruppelt, Gabriele Schulz, Malte Spitz, Christian Sprang, Robert Staats, Grietje Staffelt, Robert Staats, Imre Török, Helga Trüpel, Olaf Zimmermann und Brigitte Zypries beleuchtet.

In dieser Ausgabe berichtet *Kristin Bäßler* von einer Veranstaltung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels zur Kulturflatrate.

Die Redaktion ■

Immer Ärger mit der Jugend!

Über die Schwierigkeiten Erwachsener mit Jugend(medien)kulturen • Von Max Fuchs

Es ist offenbar ein Naturgesetz: Erwachsene haben stets etwas auszusetzen an der nachwachsenden Generation. Dies gilt heute insbesondere für die Nutzung der Medien.

Man muss dabei unterscheiden: eine weitgehend wertfreie Erfassung der Realität, so wie sie die Jugendmedienforschung betreibt, und der politische und gesellschaftliche Diskurs über diese Themenstellung. Dieser letztere Diskurs ist dabei überwiegend ein kritischer Diskurs, in dem sehr viele Sorgen über die für problematisch gehaltene Entwicklung formuliert werden. Das Problem bei der Unterscheidung dieser beiden Ebenen besteht darin, dass sie nicht immer trennscharf auseinander zu halten sind, sondern dass es sogar einige Bemühungen gibt, einen eigentlich politischen und werteorientierten Diskurs so zu führen, als ob er sich (scheinbar) auf objektive Daten bezieht. Interessant ist dabei die Berücksichtigung einer internationalen Perspektive. Wenn man die Debatten über die Jugendmediennutzung vergleicht mit Debatten über andere gesellschaftliche Problembereiche wie etwa Gewalt oder interkulturelles Zusammenleben, so wird häufig festgestellt, dass man in Deutschland dazu neigt, politische Probleme als pädagogische zu behandeln und entsprechende pädagogische Interventionen zu unterstützen (und eigentlich notwendige politische Regelungen zu vermeiden). Dies gilt bei den Themen Gewalt oder Rechtsextremismus. Interessanterweise ist dies gerade bei der Medienfrage nicht der Fall. Hier muss die Pädagogik geradezu um eine Mitsprache bei dem Kampf um das Deutungsrecht ringen. Im Umgang mit Medien neigt man in Deutschland dazu, relativ schnell in einer politischen Debatte auf juristische Mittel, also etwa auf Verbote und entsprechende Verschärfungen der Gesetze zurückzugreifen. Man kann daher fragen: Wieso gibt es gerade bei diesem Thema einen Vorrang der Politik?

Ich will zur Beantwortung dieser Frage einige Überlegungen zu verborgenen Ursachen des öffentlichen Diskurses über die Mediennutzung Jugendlicher anstellen.

Gerade der Umgang mit Medien ist Teil eines umfassenderen Generationenproblems. Es ist hier in Berlin kein schlechter Ort, um darauf hinzuweisen, dass bereits vor etwa 200 Jahren Friedrich Schleiermacher die entscheidende Frage sowohl für die praktische als auch für die theoretische Pädagogik gestellt hat: Was will die ältere Generation von der jüngeren? Bis in die 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts war es Standard in allen pädagogischen Überlegungen, diese Generationsproblematik zum Ausgangspunkt eines jeglichen pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Denkens zu machen. Aus verschiedenen Gründen ist dies in den letzten Jahrzehnten ein wenig in den Hintergrund gerückt.

Wer sich heute darüber informieren will, wie die ältere Generation mit der jüngeren Generation in unserer Gesellschaft umgeht, wird mehreres feststellen können. Eine erste Feststellung betrifft die Tatsache, dass offenbar die Jugend die am besten erforschte Gruppe in unserer Gesellschaft ist. Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Institutionen, die regelmäßig Forschungsberichte über die Situation der Jugend und ihr Befinden vorlegen. Neben den offiziellen und staatlichen Jugendberichten, die es auf Bundes- und Länderebene gibt, gibt es die frei finanzierten Studien (z. B. die Shellstudien), es gibt eine gut entwickelte akademische Jugendforschung und es gibt natürlich zahlreiche kommerzielle Jugendstudien, die sich für das Konsumverhalten der Kinder und Jugendlichen interessieren, weil man natürlich weiß, welch große Mengen an Geld hier zur Verfügung stehen. In der Sichtung all dieser Jugendstudien lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass die Jugend nicht bloß die besterforschte Gruppe in unserer Gesellschaft ist, sondern dass der Tenor all dieser Forschungsbemühungen von einem Misstrauen der Älteren gegenüber den Jugendlichen geprägt ist. Wo kommt dieses (vermutliche) Misstrauen her? Einige Spekulationen will ich zur Beantwortung dieser Frage anfügen:

- Ein erster Antwortversuch könnte darin bestehen, dass die ältere Generation weiß, dass die jüngere Generation sehr bald die Verantwortung übernehmen wird und dann die Älteren von den Schaltstellen der Macht in der Gesellschaft verdrängt. Die Beobachtung der Jüngeren durch die Älteren könnte daher von einer Angst vor dem Verlust von Macht und Einfluss geprägt sein.
- Es könnte auch sein, dass in dem Misstrauen der Älteren gegenüber den Jüngeren ein großer Teil an Unverständnis gegenüber dem Lebensempfinden der jüngeren Menschen besteht. Und dies kommt vielleicht dadurch zustande, dass die Älteren vergessen haben, in welcher Weise sie sich seinerzeit gegen ihre Eltern haben behaupten müssen.
- Zugleich hat man vergessen, dass diese Entwicklung einer Selbstbehauptung junger Menschen gegenüber den älteren geradezu notwendig ist als Bedingung des Aufwachsens. In der Entwicklungspsychologie nennt man dies die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben, und eine entscheidende Entwicklungsaufgabe besteht darin, dass der junge Mensch zunächst einmal eine Distanz zu den Eltern aufbaut, damit es ihm möglich ist, später als Erwachsener wieder eine neue Beziehung zu den Eltern aufbauen zu können. Natürlich bleibt es auch dann eine Eltern-Kind-Beziehung, nur handelt es sich dann bei den Kindern ebenfalls um Erwachsene, was soweit gehen kann, dass bei einem möglichen körperlichen oder psychischen Verfall der Eltern sich geradezu das ursprüngliche Versorgungsverhältnis umdreht.
- Ein weiterer Aspekt, der Ursache für das vermutete Misstrauen der Älteren gegenüber den Jüngeren sein könnte, ist die Tatsache, dass die Älteren wissen, dass sie im Hinblick auf den Umgang mit Medien um vieles inkompetenter sind als ihre Kinder. Aber auch dies ist keine neue Erscheinung. Gerade im Hinblick auf die oben angesprochene Notwendigkeit, sich von Eltern abgrenzen zu wollen und in eine Distanz zu gehen, haben Jugendliche immer solche Ausdrucksformen ausgewählt, bei denen zu vermuten war, dass die Eltern aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr mithalten konnten. Man erinnere sich nur an die wildesten Tanzformen, wie etwa Rock'n Roll oder andere Tanzformen, für die in späteren Jahren schlicht und einfach die Beweglichkeit fehlte, um sie ausüben zu können. Im Hinblick auf technische Medien dreht sich das übliche Generationenverhältnis, dass die Älteren nämlich den Jüngeren beibringen, wie Leben funktioniert, geradezu um. Denn hier sind es die Jüngeren, die über eine höhere Medienkompetenz verfügen als die Älteren. Man kann das Erleben dieser Inkompetenz durch die Älteren durchaus mit dem psychoanalytischen Begriff einer narzisstischen Kränkung bezeichnen.
- Eine weitere Deutungsmöglichkeit besteht darin, dass es auch in dem Generationenverhältnis um Macht geht. Eltern befürchten den Entzug ihrer Kontrollmöglichkeiten.

Der Präsident des Deutschen Kulturrates Max Fuchs — Foto: Marius Digel

Da Aspekte von Macht und Gewalt im Generationenverhältnis möglicherweise nicht so leicht akzeptiert werden, will ich daran erinnern, dass der Gedanke, dass Erziehung auch ein Gewaltverhältnis sein könnte, nicht neu ist. So hat etwa Dietrich Benner, ein renommierter Berliner Pädagoge, in seinem Entwurf einer Allgemeinen Pädagogik sehr genau auf diesen Tatbestand hingewiesen. Um aber den Pädagoginnen und Pädagogen die Hoffnung nicht zu nehmen, dass das, was sie tun, nicht pure Unterdrückung ist, hat Dietrich Benner das Konzept einer Pädagogik als „sich-selbst-aufhebendes Gewaltverhältnis" vorgeschlagen. Dahinter steckt die Idee, dass die beste Pädagogik darin besteht, dass sie sich im Laufe der Zeit überflüssig macht.

Einen weiteren Hinweis darauf, dass der Aspekt von Macht und Gewalt nicht an den Haaren herbeigezogen ist, kann man auch leicht an den Schmutz- und Schunddebatten rund um 1900 erkennen. Sehr gerne hat man immer wieder im Hinblick auf die Bewertung von Jugendkulturen moralische Kategorien verwendet, wobei es selbstverständlich war, dass das, was die Jugendlichen wollen, nicht gut sein kann. Es wird deutlich, dass es bei all diesen Diskursen also auch um die „Lufthoheit" in den Diskursen über Jugend geht.

Meine These ist, dass die Entwicklung einer entsprechenden Medienkompetenz zwar auch eine wichtige Entwicklungsaufgabe im Aufwachsen junger Menschen ist. Man sollte aber auch daran erinnern, dass dies aufs engste mit einer entsprechenden Entwicklungsaufgabe der Erwachsenen verbunden ist, nämlich akzeptieren zu können, dass der Umgang mit Medien für die Heranwachsenden auch ein Bereich ist, in dem sie sich notwendigerweise von den Erwachsenen abkoppeln wollen. Und dies ist von den Erwachsenen zumindest zu akzeptieren, vielleicht sogar zu unterstützen. Denn Netzwerke – auch virtuelle Netzwerke – sind Bildungsorte. Dabei stellen sich mehrere Fragen.

Eine erste Frage besteht darin, ob wir uns nunmehr auf eine neue (virtuelle) Kommunikation zu bewegen. Meine Antwort ist hier eindeutig Ja. Ich will aber darauf hinweisen, dass die Entwicklung neuer Kommunikationskulturen nicht grundsätzlich neu ist, sondern vielmehr integraler Bestandteil einer jeglichen Jugendkultur ist. Jede Jugendgeneration in der Moderne hat eigene kulturelle Ausdrucks- und Kommunikationsformen entwickelt. Diese hatten zumindest eine doppelte Funktion: Zum einen nämlich Ausdruck ihrer spezifischen Kreativität zu sein, zum anderen auch die oben angesprochene Abgrenzung von den Erwachsenenkulturen zu bewerkstelligen.

Oft wird gefragt, ob diese virtuellen Kommunikationskulturen Auswirkungen auf die Freundschaften und auf das Kommunikationsverhalten haben. Bei der Beantwortung dieser Frage ist an die Ergebnisse vieler empirischer Untersuchungen zu erinnern: Der größte Teil der Jugendlichen, die sich in virtuellen Netzwerken bewegen, haben mit den Menschen in diesen Netzwerken auch reale Kontakte. Diese Erfahrung macht man übrigens auch bei der Nutzung der digitalen Kommunikation in der internationalen Politik. Man stellt nämlich fest, dass die virtuelle Kommunikation und die darauf basierenden Netzwerke nur dann funktionieren, wenn es regelmäßig zwischen den Beteiligten zu realen Begegnungen kommt. Die Jugendforschung zeigt uns übrigens auch, dass diejenigen Jugendlichen, die aktiv und kreativ mit Medien umgehen können, gerade auch solche sind, die auch aktiv in den anderen kulturellen Ausdrucksformen sind.

Eine dritte Frage befasst sich mit der pädagogischen Bedeutung der Netzwerke. In diesem Zusammenhang will ich daran erinnern, dass in den letzten Jahren das nonformale und speziell das informelle Lernen geradezu eine Konjunktur bekommen haben. Hintergrund dieser neuen Wertschätzung des Lernens außerhalb von Schule besteht darin, dass es eine hochinteressante Schätzung gibt. Man schätzt nämlich, dass nur etwa 20 Prozent all der Kompetenzen, die wir zum Leben und Überleben benötigen, in Orten der formellen Bildung, also etwa in den Schulen erworben wird. 80 Prozent all unserer notwendigen Lebenskompetenzen erwerben wir allerdings im nonformalen und informellen Bereich und hier speziell (bei Jugendlichen) im Umgang mit Gleichaltrigen. Wer sich aktuelle Handbücher zur Sozialisationsforschung ansieht, sieht, dass die Wissenschaften inzwischen diesen Tatbestand längst aufgegriffen haben. So findet man etwa in dem Standardwerk zur Sozialisationsforschung (herausgegeben von Hurrelmann u.a.) aussagekräftige Kapitel zu dem Thema „Erziehung und Sozialisation durch Gleichaltrige". In einer neuen Studie des Hamburger Medienforschers Uwe Hasebrink wird ein dreigliedriges Kategoriengerüst zugrunde gelegt, in dem sich unschwer die klassischen Kategorien von Schlüsselkompetenzen erkennen lassen. Bei denen unterscheidet man üblicherweise Kompetenzen im Umgang

Weiter auf Seite 27

Medien

Angesichts der Digitalisierung gewinnt die Medienpolitik an Bedeutung. Ist das Internet ein neuer Verbreitungsweg oder entsteht hierdurch auch eine ganz neue Form der Vermittlung? Wie nutzen die verschiedenen Generationen das Internet? Warum verstehen Erwachsene so wenig die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen? Wie werden die Vorschriften des neuen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ausgefüllt und welche Schritte stehen an? Und schließlich, wie steht es mit der neuen Unterhaltung im guten alten analogen Fernsehen?

Dieses sind Fragen, mit denen sich *Max Fuchs*, Präsident des Deutschen Kulturrates, *Olaf Zimmermann*, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und *Verena Wiedemann*, Generalsekretärin der ARD auseinandersetzen.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 26

mit sich, Kompetenzen im Umgang mit anderen und Kompetenzen im Umgang mit der äußeren Welt. Uwe Hasebrink beschreibt den Erwerb solcher Kompetenzen zu Recht als notwendige Entwicklungsaufgaben im Aufwachsen Jugendlicher. Interessanterweise korrespondieren diese drei Kompetenzfelder mit klassischen Definitionen des Bildungsbegriffs. Bildung bedeutet nämlich in einer traditionsreichen humanistischen Geschichte die Entwicklung eines reflexiven und bewussten Verhältnisses zu sich, zu anderen und zur Natur/Kultur. In dem Maße, in dem Jugendliche über ihre Netzwerk-Aktivitäten die von Hasebrink angesprochenen Entwicklungsaufgaben lösen, lässt sich diese Netzwerktätigkeit auch als Bildungsprozess begreifen.

Zum Schluss ist darauf hinzuweisen, dass auch virtuelle Kommunikationsnetzwerke soziale Netzwerke sind. Solche sozialen Netzwerke diskutiert man mit dem Begriff des Sozialkapitals, das wiederum eine wichtige Ressource der Lebensbewältigung ist. Es entstehen neue Formen von Gemeinschaftlichkeit und Unterstützung, die wiederum nicht die traditionellen Formen von Gemeinschaftlichkeit ersetzen, sondern die additiv dazu kommen und diese ergänzen.

Nun mag man einwenden, dass die bisherigen Darstellungen tatsächlich vorhandene Gefahren und Risiken übersehen. Daher möchte ich zum einen bestätigen, dass es selbstverständlich im Umgang mit virtuellen Netzwerken erhebliche Risiken gibt, die seriös erfasst und diskutiert werden müssen. Allerdings muss man auch darauf hinweisen, dass diese Netzwerke (SchülerVZ, my space etc.) kommerziell betrieben werden und dass große Unternehmungen dahinter stehen, die damit Geld verdienen wollen. Auch dies sollte einen nicht überraschen. Denn in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft gibt es keine Oasen, die losgelöst von dem Gewinnprinzip sind.

Und auf ein Zweites will ich hinweisen. Nicht nur die kapitalistische Ausnutzung virtueller Netzwerke, sondern auch Formen von sexueller Ausbeutung, die durchaus in solchen Netzwerken geschehen kann, werden von Erwachsenen produziert. Die Erkenntnis dieser selbstverständlichen Einsicht könnte insofern eine Rolle spielen, als es dann nicht mehr bei den Diskursen um Nachlässigkeiten oder Inkompetenzen von Kindern und Jugendlichen geht, die nicht wissen, worauf sie sich einlassen, sondern es geht vielmehr um Fehlverhalten von Erwachsenen.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Der Beitrag basiert auf dem Vortrag bei der Fachtagung „In Netzen gefangen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16.09.2009 in Berlin.

Mehr gute Unterhaltung bitte

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk zwischen Bildungsauftrag und Massenprogramm • Von Olaf Zimmermann

Laut Rundfunkstaatsvertrag dient der öffentlich-rechtliche Rundfunk der Bildung, Beratung und Unterhaltung. Er hat Beiträge zur Kultur anzubieten. Im aktuellen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde sein Unterhaltungsauftrag dahingehend präzisiert, dass die Unterhaltungssendungen dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen müssen. Das ist die eine Seite.

Bei der letzten Vergabe des Deutschen Fernsehpreises, der von ARD, ZDF, Sat 1 und RTL verliehen wird, wurde im vergangenen Jahr „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS) als beste Unterhaltungssendung ausgezeichnet. Das ist die ehrliche andere Seite.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist nicht, wie vielfach angesprochen wird, schwach auf der Brust, wenn es um „Hochkultur“ geht, sondern vor allem im Genre Unterhaltung, also der eher seichteren Kultur. Hochkulturliebhaber finden auf arte, 3sat, bei den dritten Fernsehprogrammen aber auch im Ersten und im ZDF durchaus Sendungen nach ihrem Geschmack. Sei es die sonnabendliche Übertragung eines Theaterstücks oder einer Oper in 3sat, seien es anspruchsvolle Dokumentar- oder Fernsehfilme in den anderen angenannten Sendern. Wenn allerdings „Wetten das?“ die letzte Innovation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Genre Unterhaltung war, so sieht es mit dieser Kultur düster aus.

Man muss gar nicht bis in die Untiefen von DSDS herabsteigen, RTL hat mit „Wer wird Millionär“ bereits vor Jahren eine Unterhaltungssendung gestartet, die sich nicht nur nach wie vor großer Beliebtheit erfreut, sondern die überdies noch zahlreiche Nachahmer gefunden hat. Denn was ist das NRW-Quiz im WDR-Fernsehen oder das Norddeutschland-Quiz im NDR-Fernsehen anderes? Auch die Chart-Shows, die sowohl von RTL als auch von Sat 1 seit Jahren rauf und runter genudelt werden, fanden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ihre Nachahmung. Ebenso andere Formate wie „Frauentausch“ oder Schuldnerberatung per TV haben, wenn auch etwas anders aufgemacht und weniger reißerisch, längst Eingang in das ARD- und ZDF-Programm gefunden.

Geradezu symptomatisch ist der Verlust der „Lufthoheit“ der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Unterhaltungsgenre beim ehemaligen Vorzeigewettbewerb „Eurovision Song Contest“ zu beobachten. Bereits der Vorentscheid lockt kaum jemanden hinter dem Ofen hervor und beim Wettbewerb schneiden die Deutschen seit Jahren miserabel ab. Insofern war es eine Notbremse, dass die ARD die Zusammenarbeit mit Stefan Raab für den deutschen Vorentscheid des „European Song Contest“ im Jahr 2010 suchte.

Raab hat mit seinen Musiksendungen auf ProSieben vorgemacht, dass die Vorstellung von Popmusik ohne Häme, ohne die Blamage der Künstler und mit späterem Erfolg – siehe Stefanie Heinzmann – möglich ist. Es ist zu hoffen, dass zumindest mit Blick auf den „European Song Contest“ Raab der Unterhaltungskultur im Ersten etwas Leben einhauchen wird.

Vom Sommerloch-Füller zum Adolf-Grimme-Preis: Öffentlich-rechtliche Unterhaltung kann auch innovativ und obendrein erfolgreich sein **Foto: Westdeutscher Rundfunk/Herby Sachs**

Ohne erhobenen Zeigefinger

Es stellt sich schon die Frage, ob die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht mehr die Köpfe haben, die sich gute Unterhaltung ausdenken. Unterhaltung, die nicht auf Kosten der Kandidaten stattfindet, wie DSDS. Unterhaltung, bei der es Spaß macht, als Coach Potato einfach mal die Füße hoch zu legen und sich zu erfreuen. Hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht mehr die Kontakte zu freien Fernsehproduzenten, die nicht auf Schlagerstars von gestern zurückgreifen und bei denen die Unterhaltung nicht mit dem erhobenen Zeigefinger daherkommt. Gegenbeispiele wie „Zimmer frei!“ des WDR-Fernsehens bilden leider nur eine, wenn auch sehr löbliche, Ausnahme.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet zurzeit noch ein Vollprogramm. Er ist eben kein Lückenbüßer für jene aufwendigen Sendungen, die für die privaten Rundfunksender zu teuer oder zu anspruchsvoll sind. Wenn dieser Auftrag auch in Zukunft noch tragfähig sein soll, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk in das Kultur-Genre Unterhaltung investieren. Unterhaltung muss nicht platt sein, Unterhaltung gehört zum Kernauftrag. Sie über Jahre hinweg zu vernachlässigen und das Feld den privaten Rundfunksendern überlassen zu haben, war sträflich.

Virtuelles Lagerfeuer

Will der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht in die Ecke des Nischenanbieters gedrängt werden, muss er für die breite Masse der Zuschauer gute Unterhaltung anbieten. Wenn der eine oder andere dann noch dranbleibt und Kultursendungen schaut, umso besser. Und wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk, speziell Das Erste und das ZDF auch noch zur besten Sendezeit vor der „Tagesschau“ oder „heute“ auf Kultursendungen hinweisen, werden es auch deutlich mehr Zuschauer als heute werden.

Die Überlebensfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens wird in einer immer differenzierteren Medienwelt, in der der Zuschauer aus einer Vielzahl an Angeboten sein individuelles Programm analog und digital auswählen kann, davon abhängen, ob es das öffentlich-rechtliche Fernsehen schafft, das virtuelle Lagerfeuer, an dem sich große Teile der Bevölkerung wieder finden, öfter als bisher zu entfachen. Die Zuschauer mit einem Spezialinteresse werden gerade angesichts der Vervielfachung an Verbreitungswegen ihr Angebot an hochkulturellen Sendungen bei ARD und ZDF finden. Gute Unterhaltung aber ist die kulturelle Königsdisziplin für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ohne die es kein Überleben geben wird.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates“ versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.
Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerderverein

Vorstand
Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de

Was dürfen ARD und ZDF im Internet?

Alle Onlineangebote stehen auf dem Prüfstand • Von Verena Wiedemann

Seit dem Frühsommer 2009 prüfen die Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sämtliche Online-Angebote von ARD und ZDF unter dem Gesichtspunkt, ob sie dem öffentlich-rechtlichen Auftrag entsprechen oder ob sie aus dem Internet genommen werden müssen. Dies haben die Länder im neuen Rundfunkstaatsvertrag festgelegt. Die Prüfung der Telemedien von ARD und ZDF erfolgt in sogenannten Dreistufentests, die bis Ende August 2010 abgeschlossen sein müssen. Die Tests werden begleitet von einer heftigen Auseinandersetzung darüber, wie weit der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der digitalen Welt reicht.

Einmal mehr geht es um eine grundsätzliche Modellfrage für die Wissensgesellschaft: Wird das Internet als ein Marktplatz behandelt, auf dem in erster Linie Waren und Dienstleistungen getauscht werden mit der Folge, dass das Wirtschaftsrecht vorrangig zur Anwendung kommt? Oder wird das Internet ebenso als eine kulturelle Sphäre verstanden, in der die Medien-, Kultur-, und Bildungspolitik die Aufgabe wahrnimmt, seinen Charakter als öffentliches Meinungsforum, kulturelle Kreativschmiede und globalen Wissenspool aktiv zu fördern?

Antworten dazu gibt es bereits: So haben der Deutsche Kulturrat ebenso wie Deutschland selbst diese Frage mit ihrer großen Unterstützung für die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt, die seit 2007 weltweit und als europäisches Recht in Kraft getreten ist, bereits im Sinne der Kultur beantwortet. Die Konvention erkennt explizit die Rolle an, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur Förderung der kulturellen Vielfalt und der Meinungsvielfalt im Internet spielen kann.

Auch der europäische Gesetzgeber bestätigte im Jahre 2007 mit der Verabschiedung der Audiovisuellen Mediendienstrichtlinie ausdrücklich die meinungsbildende und kulturelle Funktion der Telemedien für die Bürgerinnen und Bürger. Diese Linie unterstützt ebenfalls die Europäische Kommission. 2004 hatte der VPRT, der Zusammenschluss der privaten Rundfunkanbieter, Wettbewerbsbeschwerde in Brüssel gegen ARD und ZDF eingelegt und unter Verweis auf das Beihilferecht u. a. vorgetragen, Telemedien seien vom Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht erfasst und dürften deshalb auch nicht aus den Rundfunkgebühren finanziert werden. In ihrer Beihilfeentscheidung vom April 2007 hat die Kommission die Länder zwar verpflichtet, das Rundfunkrecht an die neuere Entwicklung des Beihilferechts anzupassen und insbesondere den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks präziser zu definieren. Sie hat aber zugleich ausdrücklich anerkannt, dass ARD und ZDF im Rahmen ihres Auftrags auch Telemedien anbieten dürfen, wenn sie den gleichen demokratischen, kulturellen und sozialen Bedürfnissen dienen, wie die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunkangebote.

Verena Wiedemann © ARD/Thorsten Eichhorst

Rundfunk am Scheideweg zwischen Wirtschafts- und Kulturgut

Die Länder haben im Dreistufentest zu den Telemedienangeboten von ARD und ZDF auch vorgesehen, dass Dritte sich im Verfahren mit schriftlichen Stellungnahmen gegenüber den Rundfunkräten äußern können. Dabei tritt das Spannungsverhältnis, in dem sich der Rundfunk als Wirtschafts- und Kulturgut befindet, deutlich hervor: Der Deutsche Kulturrat und zahlreiche andere gesellschaftlich bedeutsame Organisationen sowie einzelne Internet-Nutzer und Medienunternehmen haben im Sommer dieses Jahres von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, innerhalb der laufenden Prüfverfahren der Dreistufentests schriftliche Stellungnahmen zu den Konzepten von ARD und ZDF für die Internetangebote gegenüber den Rundfunkräten abzugeben. Während die gesellschaftlichen Institutionen und die Nutzer grundsätzlich für ein breites und vielfältiges frei empfangbares Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch im Internet eintreten, fordern die Vertreter des kommerziellen Rundfunks das Ende der dualen Rundfunkordnung in den Telemedien. Wie bereits vor der Kommission und vor den Ländern tragen die privaten Medienunternehmen auch gegenüber den Gremien wieder vor, dass von den öffentlich-rechtlichen Telemedienangeboten Beeinträchtigungen der Wettbewerber am Markt ausgehen, die diesen Angeboten die Legitimität entzögen. Die Unternehmen verlangen deshalb mit großem Nachdruck, dass zusätzlich zu den schon beschlossenen gesetzlichen Verboten die Gremien in den Dreistufentests weitere erhebliche Einschränkungen für die öffentlich-rechtlichen Telemedien vornehmen.

Geschäftsmodelle sind nicht Maßstab für das gesellschaftliche Interesse

Die Geschäftsmodelle der kommerziellen Medienanbieter sind jedoch nicht der Maßstab für die Beurteilung des öffentlichen Interesses an den öffentlich-rechtlichen Telemedienangeboten durch die Rundfunkgremien im Dreistufentest. Maßgeblich ist zunächst der Wille des Staatsvertragsgebers. Er hat ARD, ZDF und dem Deutschlandradio im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) ausdrücklich den gesetzlichen Auftrag erteilt, durch die Telemedienangebote allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft zu ermöglichen, Orientierungshilfe zu bieten und die technische und inhaltliche Medienkompetenz aller Generationen und von Minderheiten zu fördern. Die Gremien sollen sicherstellen, dass diese Angebote in qualitativer Hinsicht zum publizistischen Wettbewerb beitragen. Die Sicherung des publizistischen – und nicht des marktlichen – Wettbewerbs ist der Kern des verfassungsrechtlich begründeten Funktionsauftrags der Rundfunkanstalten. Dabei muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach den Worten des Bundesverfassungsgerichts auch in der digitalen Medienwelt im publizistischen Wettbewerb weiterhin bestehen können.

Die Auseinandersetzungen dauern an

Die Forderung eines Marktprimats in den elektronischen Medien wird also von kommerzieller Seite trotz anders lautender Entscheidungen des deutschen und europäischen Gesetzgebers und der internationalen Rechtsentwicklung unvermindert aufrechterhalten. In den noch bis Ende August 2010 andauernden Dreistufentests sollte es daher nicht zuletzt darum gehen, die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt mit Leben zu erfüllen und das Internet nicht als reine e-commerce Plattform zu behandeln.

Die Verfasserin ist Generalsekretärin der ARD ■

Im Überblick: Neue Regelungen im Rundfunkstaatsvertrag

Im 12. RÄStV haben die Länder erstmals ausdrücklich anerkannt, dass die Telemedien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur ein Anhängsel von Hörfunk und Fernsehen sind, sondern als selbständiger und gleichberechtigter Teil des Auftrags zu verstehen sind. Zugleich sind die Länder jedoch mit der Neuregelung deutlich über die Brüsseler Vorgaben hinausgegangen. Der Rundfunkstaatsvertrag enthält nun zahlreiche Restriktionen für öffentlich-rechtliche Telemedien, die die Geschäftsmodelle der Wettbewerber im Internet gegen unliebsame publizistische Konkurrenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in vielfältiger Weise absichern.

Neben die schon bisher bestehenden Verbote für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, im Internet keine Werbung, kein Sponsoring und keine flächendeckende lokale Berichterstattung anzubieten, traten zahlreiche weitere ausdrückliche Verbote und Restriktionen in Kraft. Danach müssen die Rundfunkanstalten etwa (Sport-)Großereignisse und Spiele der 1. und 2. Fußball-Bundesliga spätestens nach 24 Stunden aus dem Netz entfernen, sie dürfen keine angekauften Spielfilme oder Folgen von Fernsehserien zum Abruf ins Netz stellen, solange sie keine Auftragsproduktionen sind, sie dürfen keine Downloads von Spielen oder von kommerziell produzierter Musik ermöglichen, ohne Sendungsbezug keine Ratgeberportale oder Spieleangebote und keine Fotodownloads anbieten. Zugleich dürfen öffentlich-rechtliche Telemedien mit Ausnahme von eng definierten kultur- und zeitgeschichtlichen Inhalten grundsätzlich nur noch zeitlich befristet zugänglich gemacht werden. Sämtliche öffentlich-rechtliche Telemedien, die länger als 7 Tage frei zugänglich sein sollen, müssen zudem vorher den Dreistufentest erfolgreich bestanden haben.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den von der ARD und dem ZDF vorgelegten Telemedienkonzepten

Berlin, den 30.07.2009. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat im vergangenen Jahr den Entscheidungsprozess zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag begleitet. Er hat in seinen Stellungnahmen zur Digitalisierung der Medien sowie zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterstrichen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk angesichts der Konvergenz der Medien und eines veränderten Nutzerverhaltens Entwicklungsmöglichkeiten im Internet benötigt. So nutzen gegenwärtig bereits die Angehörigen der Altersgruppe unter 30 Jahre das Internet stärker als die konventionellen audiovisuellen Übertragungswege Fernsehen und Radio.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates muss der gemeinwohlorientierte öffentlich-rechtliche Rundfunk die Chance haben, den Verbreitungsweg Internet nutzen zu können, damit er nicht in absehbarer Zeit von den Nutzern abgeschnitten wird. Dies gilt insbesondere für die Kernbereiche seines Auftrags Information, Kultur, Bildung und Unterhaltung. Der Deutsche Kulturrat begrüßt daher, dass seit Inkrafttreten des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags Telemedienstangebote zum originären Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehören.

Zugleich hat der Deutsche Kulturrat deutlich gemacht, dass gegenwärtig die Auswirkungen der Veränderung der Medienlandschaft auf die Wertschöpfungsketten noch nicht ausreichend erforscht sind. In diesem Zusammenhang betont der Deutsche Kulturrat, dass die angemessene Vergütung der Urheber und Leistungsschutzberechtigten eine Voraussetzung für qualitätvolle Leistungen ist. Er sieht alle Anbieter, aber insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Verpflichtung urheber- und leistungsschutzrechtlich geschützte Leistungen angemessen zu vergüten. Dieses gilt besonders mit Blick darauf, dass im Vergleich zu anderen Staaten in Deutschland relativ lange Verweildauern im Internet vorgesehen sind. Diese langen Verweildauern sind aus Sicht der Nutzer zu begrüßen und ermöglichen, dass die spezifischen Vorteile des Internets zu nutzen. Eine längere Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte muss sich demnach in einer angemessenen Vergütung niederschlagen.

Bei den nunmehr vorliegenden Telemedienkonzepten der ARD und des ZDF bedauert der Deutsche Kulturrat die kurze Frist zur Stellungnahme. Diese wird hervorgerufen durch die staatsvertraglich gesetzte Frist, den Bestand an Telemedien bis zum 31.08.2009 durch die Rundfunkräte überprüfen zu lassen. Diese kurze Frist erlaubt zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht, die vorgelegten Konzepte adäquat zu prüfen und einen entsprechenden Meinungsbildungsprozess durchzuführen. Die Möglichkeit zu den Telemedienangeboten Stellung nehmen zu können, erscheint auf den ersten Blick demokratisch, löst diesen Anspruch angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit aber nicht ein.

Es wäre daher angebracht – wie es der Wortlaut der entsprechenden Vorschrift im Rundfunkstaatsvertrag nahelegt – die vom Gesetzgeber formulierte Frist von sechs Wochen für Stellungnahmen Dritter tatsächlich als Mindestfrist und nicht als Ausschlussfrist verstehen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich mehr Zeit zur Stellungnahme einzuräumen.

Ein Aspekt der Gemeinwohlorientierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollte der Austausch mit der Zivilgesellschaft über künftige Angebote sein, daher sollten die von den Rundfunk- bzw. Fernsehräten eingeholten Gutachten zu den Telemedienkonzepten unmittelbar zugänglich gemacht werden, damit der Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft verstärkt wird.

Der Deutsche Kulturrat regt an, die bundesweiten Telemedienkonzepte den maßgeblichen Bundesverbänden unaufgefordert mit der Bitte um Stellungnahme zu übersenden, sodass auf diese Weise auch über die Befassung der Rundfunkräte hinaus ein Dialog zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der organisierten Zivilgesellschaft zu den geplanten Angeboten entstehen kann.

Der Deutsche Kulturrat sieht in den von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vorgelegten Telemedienkonzepten einen weiteren Anlass für einen kontinuierlichen Dialog zwischen organisierter Zivilgesellschaft und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. ■

Ein Projekt zum Erwerb von Medienkompetenz

Die „ComputerSpielSchule“ in Leipzig • Von Hartmut Warkus

Seit dem 1. November 2008 hat Leipzig eine „ComputerSpielSchule“. Sie ist ein Projekt des Seminars „Computerspiele in der medienpädagogischen Praxis“ an der Universität Leipzig. Die Idee entstand aus dem über Jahre stets gewachsenem Engagement von Studierenden und Lehrkräften im Bereich der „GC-family“ auf der „Games Convention“ in Leipzig und den damit verbundenen Erfahrungen und Beobachtungen. Letztendlich ist die „ComputerSpielSchule“ der Tatsache geschuldet, dass es eine unbedingte Notwendigkeit ist, die Generationen auch im Computerspiel zu vereinen und nicht tatenlos zuzusehen, wie sie sich Missverständnissen hingeben.

gamescom 2009 **© Kölnmesse, Foto: Harald Fleissner**

Im Allgemeinen sind Schulen ein Ort, wohin die gehen sollten, die etwas lernen müssen. Wir zielen mit unserem Projekt auf die Erwachsenen, die, wie wir es auf der „GC-family“ in Leipzig gesehen haben, an der Hand ihrer Kinder zum Spielen mit Computer und Konsole kommen.

Der „Medienpädagogik e.V.“ Leipzig als Träger, hat mit Unterstützung der Universität Leipzig, der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur, dem Schulverwaltungsamt Leipzig und der Leipziger Messe diese „ComputerSpielSchule“ eröffnet. Sie entstand an einem großen Leipziger Gymnasium in unmittelbarer Nachbarschaft zum Medienpädagogischen Zentrum der Stadt Leipzig in einem dichtbesiedelten Stadtteil, in Reudnitz. Studentinnen, Studenten und Handwerker der Universität haben aus der Hausmeisterwohnung des Gymnasiums ein großes „Spielzimmer“ gebaut, in dem man an vier Tagen der Woche für jeweils vier Stunden am Nachmittag alles spielen kann, worauf man Lust hat. Natürlich wird auf den Jugendschutz strikt geachtet.

Wie bei jedem Spiel gibt es auch hier Regeln:

- Kinder müssen ihr Alter nachweisen und dürfen maximal zwei Stunden am Tag spielen.
- Sie zahlen für zwei Stunden 2,00 Euro Eintritt zur Beteiligung an den Unkosten.
- In Begleitung von Erwachsenen haben Kinder freien Eintritt. Sie müssen aber miteinander spielen.

Unsere Studierenden geben Ratschläge, helfen, leiten an, animieren die Erwachsenen zum Mitspielen und regeln den zuweilen heftigen Betrieb. Das Projekt funktioniert gut. Vor allem Grundschulkinder kommen mit Elternteilen oder den Großeltern, und es passiert, was zu Hause selten passiert: Die Erwachsenen setzen sich neben die spielenden Kinder. Bei uns haben sie auch keine andere Möglichkeit. Keine Hausarbeit lockt, keine „wichtigere“ Tätigkeit steht an und der Einkauf muss eben zwei Stunden warten.

So kann man oft solche Szenen beobachten: Zunächst wird argwöhnisch geguckt, die Kinder spielen. Die Studentin Anja ermuntert zum Mitspielen, erläutert die Regeln des Spiels und die Steuerung. Die Mama sieht genauer hin, was der Sprössling da tut. Sie stellt die erste Frage, sie beginnt natürlich mit „warum“. Der Junge antwortet knapp, die Mutter versteht nicht richtig, die Studentin Anja erläutert das „warum“ ausführlich. Die Mutter fragt wieder mit „warum“ beginnend, der Junge antwortet, und sie versteht sofort. Nun gibt sie einen zaghaften Hinweis für einen Spielzug. Der Junge macht sofort diesen Spielzug und lächelt über das Ergebnis. Die Mutter verfolgt das Spiel aufmerksam, gibt wieder Hinweise. Manchmal beachtet der Junge die Hinweise der Mutter, manchmal nicht, dann erklärt er unaufgefordert warum er den eigenen Weg geht. Bald fragt er die Mutter. Seine Frage beginnt mit „Soll ich…?“. Die Mutter überlegt und teilt dem Sohn die Überlegung mit. Nun spielen sie zusammen, und sie werden es wieder tun, bestimmt zu Hause, vielleicht auch ein anderes Spiel und vielleicht dann wieder zuerst bei uns.

Die Geschichte ist beobachtet, nicht erfunden, und sie lässt sich nahezu zu jeder Öffnungszeit wieder beobachten. Wir sind überzeugt, das Procedere ist in jedem Alter das gleiche, wenn nur Interesse aneinander vorhanden ist und Aufmerksamkeit und der Wille, etwas zu verstehen. Zugegebenermaßen ist das ein hoher Anspruch, aber es geht um die Kinder, um Heranwachsende. Unsere Fragen zum Spiel – mit Geduld und Interesse gestellt – zwingen die Spieler zur Reflektion. So wie der Nichtspieler das Spielen vom Spieler lernen kann, kann der Spieler vom Nichtspieler das Nachdenken über das Spiel lernen. Sie lernen beide. Das hat uns bewogen, diese Schule als Ort der Begegnung, Beratung und des Lernens zu schaffen. Wir wollen die „GC-family“ das ganze Jahr.

Noch haben uns mehr die Heranwachsenden bis 14 Jahre entdeckt. Es werden aber auch die älteren Schüler vorbeischauen. Die Interessierten werden wir ansprechen, damit wir Ihnen zeigen können, wie sie anderen Menschen, auch ihren Eltern und Lehrern, das Spielen an Computern und Konsolen beibringen, denn es ist ein fataler Trugschluss anzunehmen, dass jugendliche Computerspieler über „Medienkompetenz“ im Sinne medienpädagogischer Theorie und Definition verfügen. Durch gezielte didaktisch-methodische Anleitung und Übungen werden sie über ihr Hobby reflektieren, kritisch Nachdenken und Erfahrungen weitergeben können. Sie werden diejenigen sein, die kompetent sind, um anderen Medienkompetenz zu vermitteln. Doch das braucht Zeit und vor allem Ressourcen, die wir derzeit nicht haben.

Ein zweites Projekt an der „ComputerSpielSchule“ sind bundesweit durchgeführte Fortbildungsangebote. Wir gewähren – in meist mehrtägigen Schulungen, mit hohem personellem und technischem Aufwand – erwachsenen Nichtspielern Einblicke in die Welt der Computerspiele und ComputerspielerInnen in Theorie und Praxis. Denn in unseren Fortbildungen wird auch an unterschiedlichen Spielen durch gemeinsames Spielen gelernt. Die bevorzugte Zielgruppe dabei sind Lehrerinnen und Lehrer.

Ein drittes Teilprojekt an der „ComputerSpielSchule“ in Leipzig ist die Ausbildung der „Spieletester“. Eine Gruppe Heranwachsender, zwischen 12 und 16 Jahren, testet aktuelle Computer- und Konsolenspiele nach einem speziell erarbeiteten Kriterienkatalog und entwickelt aus den Ergebnissen eine Rankingliste mit den empfehlenswertesten 10 bis 12 Spielen. Diese Liste wird dann im Internet, aber auch in den unterschiedlichsten Medien veröffentlicht, und dient so als Empfehlung für die Gleichaltrigen, vor allem aber zur Orientierung für die Eltern und Großeltern, die auch in einschlägigen Geschäften diese Listen auf Plakaten finden können. Die Schüler der Gruppe treffen sich wöchentlich und arbeiten sehr intensiv, eigene Spielerfahrung in die Testberichte einbringend, unter Anleitung zweier Medienpädagoginnen. Seit Herbst dieses Jahres gibt es eine Zusammenarbeit mit dem, durch die Bundeszentrale für politische Bildung geförderten, Projekt „Spielbar“.

Fazit

Das hier vorgestellte Projekt soll zur Nachahmung anregen. Es macht viel Arbeit, aber auch sehr viel Freude, weil wir uns mit den Spielen und den Spielern beschäftigen. Für uns überraschend ist immer wieder das durchweg positive Echo bei den Erwachsenen. Sie sehen sehr schnell, dass unser Tun einen Sinn hat und dass das Vorgehen auf Theorie und Prinzipien baut und deshalb auch funktioniert. Nicht jede Lehrerin oder jeder Lehrer wird nach dem Besuch unserer Fortbildungen oder der „ComputerSpielSchule“ zum Computerspieler. Das ist auch nicht unser Ziel. Er bzw. sie weiß aber nach dem Spielen wesentlich besser zu argumentieren, warum man was nicht möchte, aber vor allem werden sie die Spieler besser verstehen. Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern können mehr teilhaben an der Welt der Heranwachsenden, zumindest zaghaft und an einem Teil. Wir sollten bedenken: Das methodische Vorgehen ist übertragbar und didaktische Prinzipien gelten immer. Wir hoffen auf viele „ComputerSpielSchulen“ in unserem Land und sind gern bereit, unsere Erfahrungen weiterzugeben. Als Voraussetzung dafür haben wir in Leipzig ein Modell erarbeitet und praktisch mit der Umsetzung begonnen. Nun brauchen wir weitere Unterstützung.

Der Verfasser ist Professor für Medienpädagogik an der Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft ■

Besuchen Sie uns in Leipzig oder auf unserer Hompage: www.computerspielschule.org .

Streitfall Computerspiele

Bereits seit dem Jahr 2007 befasst sich der Deutsche Kulturrat in dieser Zeitung mit dem Thema Computerspiele. Die bis zum Frühjahr 2008 erschienenen Beiträge wurden in dem Buch „Streitfall Computerspiele: Computerspiele zwischen Jugendschutz, kultureller Bildung und Kunstfreiheit“ zusammengefasst veröffentlicht. Inzwischen liegt bereits die zweite Auflage des Buches vor. Zusätzlich ist es im Internet lesbar und wurde bereits mehr als 150.000 Mal abgerufen.

Diese starke Resonanz zeigt die kulturpolitische und gesellschaftliche Relevanz des Themas. In dieser Ausgabe stellt *Hartmut Warkus* die Leipziger ComputerSpielSchule vor, die insbesondere Eltern den Zugang zu Computerspielen ermöglichen will. *Felix Zimmermann* berichtet von der gamescom.

Die Redaktion ■

Ein Tag auf der gamescom

Ein Marktplatz für den Spielbetrieb – eine Messereportage von Felix Zimmermann

Samstag, der 22. August, 9 Uhr morgens. Als sich die Tore von Kölns Messehallen öffnen, stehe ich noch in der Schlange und warte auf das Armband, welches dann jedem, ohne den Umweg über den Personalausweis nehmen zu müssen, mein Alter sofort zeigen wird. Gerade noch vom lauten Geschrei an den Toren aufgeschreckt, gehe ich immer weiter in der Schlange vorwärts, bis ich dann endlich mein Armband in den Händen halte – oder eher: am Arm. Ich steige die Treppe am Eingang Süd nach oben und drücke mich in die Eingangshalle. Unglaublich viele Menschen schieben sich hier langsam Richtung Kartenleser und sind wohl alle genauso gespannt wie ich auf das, was uns erwartet. Ehrlich gesagt habe ich gehofft, dass es so früh morgens nicht so voll sein würde, aber ich habe mich getäuscht. Es sieht verdächtig nach einem Besucherrekord der gamescom aus, der die Gamesconvention nicht unerheblich schlagen wird. Ich zücke meine Karte, es piept und ich gehe durch das Drehkreuz. Endlich bin ich drin und die nachströmenden Menschenmengen lassen schon erahnen, was mein Hauptproblem dieser Messe werden wird.

gamescom 2009 © Kölnmesse, Foto: Uwe Weiser

Die gamescom in Köln: die größte Videospielmesse in ganz Europa. Sie löst damit nach sieben Jahren die Gamesconvention in Leipzig ab und verlegt das Zentrum für virtuelle Unterhaltung für vier Tage nach Nordrhein-Westfalen. Nach großem Hin- und Her entschied man sich am Ende, wegen besserer Verkehrsanbindung, Aufenthaltsmöglichkeiten und einem größeren Messegelände, für Köln. Eine Entscheidung, die vor allem den Besucherzahlen nicht geschadet haben wird, liegt Köln doch in einem Ballungsraum, der etwa 5 Millionen Einwohner umfasst, von denen manchen der Weg nach Leipzig vielleicht doch zu weit gewesen war.

Zurück in die Messehallen. Ich habe mich bis in Halle 7 vorgekämpft, wo ich hoffe, endlich selbst einen Blick auf eine meiner größten Hoffnungen für das Videospielejahr 2009 werfen zu dürfen: Risen. Neben den offensichtlichen spielerischen Stärken hat Risen noch einen Vorteil, der mich zwar nicht stolz, aber doch in irgendeiner Weise glücklich macht. Risen ist nach der erfolgreichen Gothic-Reihe das vierte Spiel der deutschen Entwickler Piranha Bites. Auch wenn es natürlich noch andere deutsche Entwicklerteams gibt, so sind gute Spiele aus deutschen Landen doch eher Mangelware. Man denke da z.B. an Ankh und Jack Keane von Deck13, die auch positiv aus dem Einheitsbrei herausstechen konnten.

Als erstes fallen mir hier in Halle 7 die vielen Menschen auf und ich frage mich, wo die wohl alle herkommen mögen. Platz zum Gehen ist noch reichlich vorhanden, aber ohne zuviel verraten zu wollen: das wird sich noch ändern. Ich schlendere zum Stand von Deep Silver, dem Publisher von Piranha Bites, und erfreue mich an der schönen Gestaltung. Der Stand wirkt auf mich im ersten Moment wie eine Mine oder etwas ähnliches, mit einem großen Bildschirm und einer Bühne in der Mitte und einer Art Grotte rechts in der Wand. Sofort bemerke ich, dass ich in dieser Grotte endlich die Gelegenheit haben werde, Risen anzutesten. Ich stelle mich also in die Schlange und warte. Eine knappe Dreiviertelstunde warte ich, bis ich dann endlich hereingelassen werde. Eine Dreiviertelstunde klingt natürlich viel, doch eine Viertelstunde wurde jedem Grüppchen, das hereingelassen wurde, gegönnt, und so bin ich zwar etwas angesäuert, warten zu müssen, kann es aber doch akzeptieren. Ich schnappe mir einen Controller, setzte die Kopfhörer auf und beginne zu spielen. Ich erlebe einen kurzen Abstecher in eine raue und gefährliche, aber doch schöne und detaillierte Welt, um dann leider nach einer Viertelstunde den Platz räumen zu müssen. Was bleibt ist das Gefühl, dass hier ein gutes Spiel herangewachsen ist, das mit seiner recht guten Grafik, seinen vielen verschiedenen Charakteren, Fertigkeiten, Gegenständen und Orten und hoffentlich einer guten Geschichte, bald viele Spieler erfreuen und allen zeigen wird, dass auch aus Deutschland gute Spiele kommen können.

Nach einem kurzen Rundgang durch Halle 7, die sich nun schon bedenklich füllt, flüchte ich mich wieder hinaus auf den Gang. Da ich ein wenig Hunger habe, hole ich mir im Congress-Zentrum etwas zu essen. Die Auswahl reicht hier von belegten Brötchen, über Pizza bis hin zu Pommes und Würstchen. Die Preise sind, wie ich das von Messen gewohnt bin, hoffnungslos überteuert, aber eine wirkliche Wahl habe ich nicht. Nachdem ich gegessen habe, besuche ich Halle 9. Die unglaubliche Lautstärke hier treibt mir direkt ein Dröhnen in den Kopf. Am Stand von Razer, einem Hersteller für Computer-Zubehör wie Mäuse und Tastaturen, stehen die Menschen wie auf einem Konzert um die Bühne herum und antworten lauthals auf die Fragen des Moderators. Weil mir diese Halle vor allem deswegen einfach zu laut ist, begebe ich mich lieber in Halle 8 und versuche dort mein Glück.

Hier ist es überraschend ruhig und auch die Anzahl der Menschen hält sich in Grenzen. Da entdecke ich auch schon den Nintendo-Stand und frage mich, wie es hier wohl ausgesehen hätte, wenn Nintendo noch für Super Mario und Donkey Kong und nicht für Fitness und Spaß für Oma, Opa und den Rest der Familie stände. Mit diesem Gedanken im Hinterkopf schlendere ich los und genieße die „Ruhe“. Da entdecke ich auf der linken Seite eine wahre Perle. Der Stand von Warner Bros. Interactive Entertainment ist komplett im Scribbelnauts-Stil gehalten: Bunt, freundlich, ansprechend. So eine Einladung lasse ich mir nicht zweimal geben und laufe schnurstracks zum Stand. Hier stehen eine ganze Menge Nintendo DS-Geräte, deren unterer Bildschirm berührungssensitiv ist und damit ein eigenes Spielerlebnis bietet. Aber für den Nintendo DS bin ich nicht gekommen, gibt es ihn bei uns doch schon seit März 2005. Viel mehr bin ich interessiert am Spiel Scribblenauts und kann fast sofort anfangen zu spielen, da auch die Schlangen in dieser Halle angenehm kurz sind.

Bei Scribblenauts geht es vor allem darum, Rätsel zu lösen. Das ist soweit noch nichts besonderes. Doch die Art, wie man die Rätsel bei Scribblenauts lösen kann, ist einzigartig. So stehen einem bei einem Rätsel fast unbegrenzte Möglichkeiten offen. Ein Beispiel: Unser Protagonist soll einen Stern einsammeln, der am anderen Ende des Levels liegt. Leider versperrt eine tiefe Schlucht unseren Weg. Was sollen wir tun? Wir öffnen mit einem Druck auf das Heft und den Stift in der rechten oberen Bildschirmecke ein Fenster, in dem man nahezu jeden beliebigen Gegenstand, der einem einfällt, eintippen und erzeugen kann. So überlegen wir uns zuerst mit einem Trampolin über die Grube zu springen. Wir geben also Trampolin ein und sofort erscheint der Gegenstand auf dem Bildschirm. Wir springen herauf und über die Schlucht. Level geschafft. Wir laden den Level ein zweites Mal. Jetzt geben wir „Helikopter“ in das Fenster ein. Ein Helikopter erscheint und wir fliegen über die Schlucht. Es ist schwer, die Vielfalt von Scribblenauts zu beschreiben, aber ich denke dieses Rätsel gibt einen guten Eindruck darüber, wie vielfältig diese 2D-Perle für den Nintendo DS sein kann.

Nach dieser spaßigen Runde bei Scribblenauts besuche ich jetzt den Nintendo-Stand und fühle mich in meine gute alte Super Nintendo-Zeit zurückversetzt. Auf dem Bildschirm hüpfen Mario und Luigi von links nach rechts, springen auf die Köpfe von bösen Gumbas und sammeln Münzen. Ganz wie früher, soweit ich das mit meinen 16 Jahren sagen kann. In den Bann gezogen von diesem Spiel erhasche ich mir einen Platz in der Schlange, die wieder sehr kurz ausgefallen ist. Schon nach kurzer Zeit dürfen ich und drei andere Mario-Freunde „New Super Mario Bros. Wii“ spielen. Wir hüpfen los und auch wenn die Grafik grundsätzlich nur zweidimensional ist, so ist sie mit ihren schönen Animationen und 3D-Spielereien doch sehr schick geworden. Auch die Steuerung funktioniert großartig, indem man die Fernbedienung der Nintendo Wii, die eigentlich mit ihrer Bewegungserkennung auftrumpft, quer hält und nur mit dem Steuerkreuz und zwei weiteren Tasten spielt. Genial einfach, einfach genial. So sammeln wir zu viert Münzen, springen uns gegenseitig auf den Kopf und sammeln Pilze, um uns damit zu stärken, bis wir dann schließlich am Ziel ankommen und wieder an die nächsten wartenden Spieler abgeben müssen. Damit habe ich in der eher ruhigen Halle 8 schon mein zweites Messehighlight gefunden.

Als nächstes besuche ich Halle 6. Als ich dort ankomme, werde ich förmlich von einer riesigen Menschenmenge erschlagen. Ich entdecke, dass sich eine riesige Schlange vom Blizzard-Stand ausgehend, durch die halbe Halle erstreckt und bin schockiert als ich sehe, dass hier eine Wartezeit von sechs Stunden angekündigt wird. Solange zu warten, wäre für mich nicht vorstellbar, aber das ist natürlich eine Frage der Einstellung. Ohne Lust, mich durch eine komplett überfüllte Halle zu prügeln, besuche ich wieder Halle 9, schleiche mich an den konzertartigen Vorgängen am Razer-Stand vorbei und schaue mir die Teilnehmer der Deutschen Casemod Weltermeisterschaft an. Hier bauen Videospieler und Bastler das Gehäuse ihres geliebten Computers so kreativ wie möglich um, um damit eine Chance auf die Meisterschaft zu haben. So entdecke ich einen Sarg, in den ein Computer hineingebaut wurde, einen umgebauten Grill, den man jetzt nur noch mit Maus und Tastatur betreiben kann und eine große Plüsch-Zeichentrickfigur, in die man auch einen PC gebaut hat. Ich schaue mir die vielen kreativen Ideen an und mache mich dann, nach diesem schönen Abschluss, auf den Weg nach Hause.

Mein Fazit fällt gespalten aus. So hatte ich mir von der gamescom in Köln mehr Platz und weniger Wartezeit vor den Spielen erhofft, wurde aber sehr enttäuscht, als ich erkannte, dass es noch voller im Vergleich zur Gamesconvention geworden war. Auch die Verpflegung war sehr teuer, dafür aber durchaus lecker. Die Spiele, die ich anspielen konnte, haben mir aber dennoch großen Spaß gemacht und auch die Atmosphäre auf einer derartigen Messe ist etwas ganz besonderes. Außerdem war die Fahrt mit dem Zug fast direkt vor die Tore der Messe einfach und unkompliziert und der Preis für eine Tageskarte mit Zugticket für die zweite Klasse fair. Somit kann ich jedem, der sich auch nur etwas für Videospiele interessiert, empfehlen, die gamescom 2010 zu besuchen, die vom 18.–22. August 2010 in den Messehallen Köln stattfindet.

Der Verfasser ist 16 Jahre alt und Schüler ■

Der Kulturgroschen 2009 geht an Edgar Reitz

Der Deutsche Kulturrat verleiht seinen Preis zum 17. Mal • Von Monika Grütters

Auch im Namen meines Vorstandskollegen Dr. Pascal Decker darf ich Sie hier am Pariser Platz 7 im Namen der Stiftung *Brandenburger Tor* ganz herzlich begrüßen.

Der Kulturrat zeichnet heute mit Professor Dr. Edgar Reitz einen herausragenden, einen weltberühmten Filmemacher mit dem Kulturgroschen 2009 aus – es ist die 17. Verleihung dieser Auszeichnung für ein außergewöhnliches kulturpolitisches Engagement.

Und zum achten Mal findet diese Preisverleihung hier im Max Liebermann Haus der Stiftung *Brandenburger Tor* statt – für uns ist das eine große Ehre und mittlerweile eine schöne Tradition.

Nachdem Tänzer, Dirigenten, Intendanten, ein Präsident – Professor Lehmann als ehemaliger Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und heutiger Präsident des Goethe Instituts –, eine Bundestagspräsidentin, ja sogar ein Bundespräsident, schon hier waren, ist heute endlich mal der Film dran.

Und dann mit einer geradezu monumentalen Figur wie Ihnen, sehr verehrter, lieber Edgar Reitz. Und das in diesem historischen Jahr, dem 20. nach dem Fall der Mauer. Und das an dieser Stelle, die so sensibel, so markant ist – das Brandenburger Tor als Symbol der Teilung der Welt in Ost und West, als Denkmal der Einheit und der wieder gewonnenen Freiheit…

Als Sie, lieber Edgar Reitz, anlässlich des Abschlusses Ihrer „Heimat"-Trilogie (1980 bis 2004) gefragt wurden, wann Ihnen klar geworden ist, dass Sie für absehbare Zeit als Filmemacher nichts anderes mehr machen würden, haben Sie geantwortet: „Als ich während der Dreharbeiten der Zweiten Heimat auf das Thema für die Dritte stieß. Wir waren ja 1989 mitten in den Dreharbeiten zur Zweiten Heimat, als die Mauer fiel, und da wurde mir auf einmal klar, dass es eine dritte Heimat geben muß, die mit dem Mauerfall anfängt."

Wie recht Sie hatten: Für wie viele von uns hat nach dem Mauerfall „ein neues Leben" begonnen?! Gerade hier wohl für uns alle.

Wir, die Stiftung *Brandenburger Tor*, zeigen daher an diesem historischen Ort eine Ausstellung mit „Szenen und Spuren eines Falls". 21 Fotografen dokumentieren mit 150 Bildern die Ereignisse um den 9. November 1989, um den 22. Dezember, als hier am Brandenburger Tor die Mauer geöffnet wurde, und natürlich aus der Silvesternacht 1989/1990. Die Profi-Fotografen kommen aus Ost und West, es sind Männer wie Frauen, wir zeigen Fotografien in schwarz/weiß und in Farbe. Die Arbeiten sind journalistischer oder aber künstlerischer Natur, oder sie halten ganz einfach „nur" diese besonderen Ereignisse fest.

Allesamt sind die Fotos analog aufgenommen worden, die digitale Technik gab es damals noch nicht. Und so sind unser Kurator Matthias Harder (Newton Foundation) und die Künstler in ihre Archive gegangen und haben aus Millionen von Fotos zum Thema Mauerfall 150 herausgefiltert, die uns erinnern an die eine historische Situation, die es so auf der ganzen Welt noch nie gegeben hatte: Da sorgen Menschen in einer Diktatur für eine friedliche Revolution, um mit ihren eigenen Familien, mit ihren Nachbarn über die Grenzen eines unmenschlichen Systems hinweg endlich wieder zusammen sein zu können – und sie erreichen in einer spektakulären Nacht tatsächlich das, was sie sich erträumt hatten.

Sie, sehr verehrter Edgar Reitz, haben rund 15 Jahre noch nach dem Fall der Mauer in die Fortsetzung ihrer „Heimat"-Arbeit investiert. Insgesamt sind es 25 Jahre Lebenszeit, die Sie in das Werk gesteckt haben, 31 abendfüllende Einzelfilme setzen sich zu einem Jahrhundert-Epos zusammen mit mehr als 54 Stunden Spieldauer. So haben Sie eines der umfangreichsten erzählerischen Filmwerke der Filmgeschichte geschaffen. Allein vom Ausmaß her wirkt die „Heimat"-Trilogie monumental.

Inwieweit Sie damit als Künstler repräsentativ sind für unsere Epoche, mögen andere, das mag die Nachwelt entscheiden. Epochemachend ist Ihr Ouevre allemal.

Wir befinden uns hier auf dem Scheitelpunkt der Geschichte, das ist uns in der Stiftung Chance und Verpflichtung zugleich. Das Erbe des Namensgebers Max Liebermanns, dieses Streiters für die Moderne, des berühmten Malers und Akademiepräsidenten, des jüdischen Intellektuellen, dessen Frau Martha die ganzen Schrecken des Nationalsozialismus erleiden musste, dieses Erbe pflegen wir mit unserer Stiftungsarbeit hier ebenso wie wir versuchen, das Bewusstsein wach zu halten für die noch junge Geschichte, für die unser Nationaldenkmal hier am Pariser Platz steht.

Dem Party- und Budenzauber da draußen zum Tag der Deutschen Einheit versuchen wir eine seriöse, eine Geschichten erzählende Ausstellung über diese bedeutenden Tage unserer Geschichte „entgegen zu setzen".

Und heute dürfen wir Ihnen fast wie ein besonders wertvoller Auftakt zu diesem Erinnerungsreigen den Kulturgroschen überreichen, der Sie uns dieses Film-Epos zur deutschen Einheit geschenkt haben – lieber Edgar Reitz. Sie sind für Ihr Werk, zu dem ja auch so berühmte Filme wie der „Schneider von Ulm" oder „Die Reise nach Wien" oder die „Stunde Null" zählen, in der ganzen Welt mit Filmpreisen und Ehrungen ausgezeichnet worden.

Heute kommt ein bedeutender Preis dazu: der Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates. Dazu gratuliere ich Ihnen und freue mich besonders, dass das gerade heute, gerade hier und jetzt geschieht.

Die Verfasserin ist Vorstand der Stiftung Brandenburger Tor und Mitglied des Deutschen Bundestags ■

Der Preisträger des Kulturgroschens 2009 Edgar Reitz **Foto: Marius Digel**

Über die Bedeutung einer „illegitimen Kunst"

Rede des Kulturratsvorsitzenden Max Fuchs

Inzwischen verleihen wir zum achten Mal hier im Max-Liebermann-Haus den Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates. Ich darf Ihnen zugleich ganz herzlich dazu gratulieren, dass Sie erneut ein Mandat im neuen Deutschen Bundestag haben. Gerade weil die Zeiten, die auf uns zukommen, sehr schwer werden, brauchen wir, braucht die deutsche Kulturpolitik dringend jeden kompetenten Menschen im Parlament. Ich sage das auch deshalb, weil durch das schlechte Abschneiden der SPD einige wichtige Mitkämpfer für die Sache der Kultur nicht mehr im neuen Deutschen Bundestag vertreten sein werden.

Ich freue mich insbesondere, dass wir mit Edgar Reitz eine Persönlichkeit aus dem Filmbereich dieses Jahr auszeichnen dürfen. Die Auswahl hat eine Jury getroffen, der Christian Höppner, Herr Esser und Herr Zitzelsberger angehören.

Obwohl ich weiß, dass das Zitieren von Statistiken nicht unbedingt zu den rhetorischen Höhepunkten einer Rede gehört, will ich doch einen Blick auf Zahlen werfen. Es handelt sich dabei um die bisherige Verteilung des Kulturgroschens. So haben wir insgesamt fünf Politikerinnen und Politiker ausgezeichnet, etwa unseren Bundespräsidenten Johannes Rau oder die ehemalige Bundestagspräsidentin, Frau Süssmuth. Zwei Mal haben wir Institutionen und Organisationen ausgezeichnet, nämlich die Ruhrfestspiele und 3sat. Acht Mal waren es Persönlichkeiten aus dem Kulturleben, wobei vier davon zu dem engeren Bereich der Künste gehören. Bei den Künsten waren bisher vertreten der Tanz, die Musik, die Bildende Kunst und die Literatur immerhin über eine prominente Repräsentantin des Bibliothekswesens. Es fällt auf, dass bislang weder Theater noch Film und Fotographie vertreten waren.

Dies deckt sich durchaus mit der Realgeschichte der Entwicklung der Künste. Denn das Theater hatte große Mühe, im 19. Jahrhundert in den Kreis anerkannter Künste aufgenommen zu werden. Und selbst als dies geschehen ist, mussten Schauspielerinnen und Schauspieler noch um ihre Anerkennung kämpfen. Film und Fotographie sind die spätesten Ankömmlinge in der großen Kunstfamilie. Wieso ist dies der Fall? Immerhin hat Pierre Bourdieu, der vermutlich wichtigste Kultursoziologe des 20. Jahrhunderts, selber begeisterter Fotograph und in diesem Metier auch hoch anerkannt, die Fotographie (und man kann den Film sicherlich dazunehmen) noch vor einigen Jahren als „illegitime Kunst" bezeichnet. Und dies lag daran, weil in der künstlerischen Fachöffentlichkeit erhebliche Widerstände existierten, die Kunst ebenso zu akzeptieren wie die Literatur oder die Musik. Wenn man Gründe für diese Schwierigkeit bei der Anerkennung von Film und Fotographie als Kunstform sucht, erinnert man sich daran, dass beides in den ersten Jahren zunächst einmal ein Jahrmarktvergnügen war. Denn Film war von vornherein als Massenkunst angelegt und man hat ihn in den ersten Jahren und Jahrzehnten zunächst einmal dazu genutzt, eher schlüpfrige Inhalte zu verbreiten. Auch die Tatsache, dass er auf einen Massenkonsum angelegt war, dass er also zu den populären Künsten gehört, machte ihn für eine eher elitäre Kunstauffassung verdächtig. Zudem ist Film die teuerste Kunstsparte: Man braucht schon eine Menge Geld, um einen Film zu realisieren. Daher konnte gerade im Kontext des Filmes die Trennung von Geld und Kunst nicht gelingen. Vielleicht braucht man daher gerade für dieses künstlerische Feld ein besonders großes politisches Engagement, eben weil der Film stärker um seine Anerkennung in der Familie der Künste kämpfen muss. Immerhin hatten wir in den letzten vier Jahren einen Kulturstaatsminister, dessen Schwerpunkt gerade die Filmpolitik war.

Die Musikerinnen Salome Kammer (Gesang) und Maria Reiter (Akkordeon)
Foto: Marius Digel

Weiter auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Über die Bedeutung einer illegitimen Kunst

Wie Sie wissen, ist der Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates kein Kunstpreis, sondern eine Auszeichnung für kulturpolitisches Engagement. Wir zeichnen also nicht den Filmkünstler Edgar Reitz aus, sondern die Wirkungen, die Edgar Reitz absichtlich oder unabsichtlich in der Kulturpolitik mit seinem Wirken erzielt hat. Ich freue mich darüber, dass wir mit Herrn Safranski einen überaus kompetenten Laudator gewonnen haben, der die Bedeutsamkeit des Wirkens von Edgar Reitz sachgerecht darstellen wird. Zum engeren politischen Wirken von Edgar Reitz will ich nur wenige Stichworte angeben. Natürlich muss das Oberhausener Manifest mit dem eindrucksvollen Titel „Papas Kino ist tot“ erwähnt werden. Dies war ein Paukenschlag in einer Landschaft, in der von Filmkunst in der Nachkriegszeit wenig die Rede sein konnte. Der Autorenfilm, der in diesem Manifest ein Gründungsdokument findet, wurde geradezu zu einem Exportschlager der Bundesrepublik Deutschland. Auch das Werk, das die Allermeisten mit dem Namen Edgar Reitz in Verbindung bringen, nämlich das riesige Projekt „Heimat“, ist natürlich in erster Linie ein filmkünstlerischer Höhepunkt. Aber gerade das Faktum, dass er den ausgesprochen schwierigen Begriff der „Heimat“ nicht bloß künstlerisch anspruchsvoll bearbeitet, sondern geradezu rehabilitiert und von den Missbrauchsversuchen der Nationalsozialisten befreit, kann politisch nicht hoch genug geschätzt werden. Wie wichtig diese Thematisierung von Heimat ist, kann man daran erkennen, dass dieser Film sofort bei jedem Assoziationen zur eigenen Herkunft und zu Erlebnissen der Kindheit auslöst. Bei mir ist der Heimatort von Edgar Reitz, Morbach, das unter einem anderen Namen im Mittelpunkt von „Heimat“ steht, damit verbunden, dass seinerzeit die Hunsrückhöhenstraße die wichtigste Verbindung zwischen meinem Heimatort, nämlich Saarbrücken, und dem Wohnort meiner Großeltern in Ahrweiler war, so dass ich viele Male – wenn auch nur im Vorbeifahren – diesen Ort nicht bloß kennen gelernt habe, sondern er stets auch aufs engste verbunden war mit einem für mich überaus angenehmen Erlebnis. Denn stets waren es Ferien- und Urlaubsfahrten, die uns auf die Hunsrückhöhenstraße trieben. Jeder von uns wird ähnliche Assoziationen und Erinnerungen haben. Ich freue mich darauf, dass Herr Safranski nunmehr etwas mehr Zeit hat, seine eigene Sichtweise des Wirkens von Edgar Reitz hier darzustellen.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Ein Teil meiner Lebenserfahrung

Rüdiger Safranski hält die Laudatio auf Edgar Reitz

Als ich gefragt wurde, ob ich eine Laudatio auf Edgar Reitz halten würde, habe ich sofort zugesagt, weil es mir mit seinem großen „Heimat“-Epos so ergangen ist, wie sicherlich manchen anderen aus meiner Generation auch: Dieses monumentale Werk hat mich so sehr berührt, dass es zu einem Teil meiner Lebenserfahrung geworden ist.

Bei der Literatur gibt es das auch: dass Leseerfahrungen zu Lebenserfahrungen so ineinander übergehen, dass sie nicht mehr recht voneinander zu unterscheiden sind. In der Literatur habe ich das zum Beispiel mit Marcel Prousts „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ so erlebt. Ich erinnere mich nicht nur an den Roman, sondern ebenso intensiv an manche Tage, da ich ihn las. Und so ergeht es mir auch mit Edgar Reitz „Heimat“-Epos. Das ist vielleicht die stärkste Wirkung, die ein Werk haben kann, wenn die Begegnung mit ihm immer wieder zur Selbstbegegnung wird, und wenn man bei Erinnerung an ein Werk nicht anders kann, als sich zugleich an sich selbst, an sein vergangenes Selbst zu erinnern. Das gehört zur Größe eines Werkes, wenn es diese verwandelnde Magie besitzt, die einen ins Werk und zugleich in sich selbst hineinzieht. Edgar Reitz‘ „Heimat“ ist ein solches doppelt anziehendes magisches Werk.

Ich sah die „Heimat 1“ damals als Fernsehfolge, ich besaß noch keinen Videorecorder. Und so bedauerte ich es, dass ich mich, in dieser Zerstückelung, noch nicht dem großen epischen Atem überlassen konnte, den ich in diesen Geschichten spürte. Als ich mir dann später die Filme in der Videoaufzeichnung ansah, hatte das den Effekt der japanischen Kunstblumen, die erst im Wasser auseinandergehen und sich zu ihrer vollen Pracht entfalten. So auch entfalteten sich die Filme noch einmal ganz anders, als ich sie im Zusammenhang mehrerer Stunden sah. „Heimat 2“ habe ich sogleich als Aufzeichnung angeschaut, in großen Portionen also, mindestens zwei Filme am Stück, manchmal auch drei. So wurde man ganz vom Geist des Erzählens eingehüllt. Man fühlte sich in der Erzählung enthalten, wie der Maler, der im Bilde verschwindet; man möchte gar nicht mehr heraus aus dieser umhüllenden, bergenden und doch so überaus geräumigen Sphäre.

Was für eine Sphäre ist das? Es ist, um es mit einem Wort zu sagen, die Sphäre der Zeit.

Was geschieht, geschieht im Raum und in der Zeit. Wo auch sonst? Das ist zunächst nur trivial. Aber es ist alles andere als trivial, wenn es gelingt, die Zeit selbst spürbar werden zu lassen, ihren unterschiedlichen Rhythmus, wenn sie sich dehnt, komprimiert, beschleunigt, verlangsamt bis hin zu den Augenblicken, wo sie fast steht, erstarrt. Im ersten Film von „Heimat 1“ kehrt Paul aus dem Krieg zurück, sitzt erschöpft in der Küche, wo sich nach und nach die ganze Verwandtschaft einfindet. Man redet. Einer liest aus der Zeitung vor, ein anderer schaut durch das Fenster herein. Paul zurückgelehnt an den Pfosten versinkt langsam in eine eigenartige Abwesenheit. Plötzlich glaubt man auch als Zuschauer, das Ganze wie durch einen Schleier zu sehen. Das ist solch ein Augenblick, da die Zeit zum Stehen zu kommen scheint, den Atem anhält. Und es gibt später immer wieder Szenen, in denen man sich an diesen mittlerweile fernen Augenblick in der Küche erinnert fühlt. Auf rätselhafte Weise gelingt es Reitz, Szenen so zu inszenieren und ins Bild zu setzen, dass man im Augenblick ihres Erlebens bereits weiß, daß man sich in Zukunft an sie erinnern wird. Dass sie irgendwie wiederkehren werden. Paul verläßt den Hunsrück und geht nach Amerika und als dieser Weggeher lässt er uns ein Bild zurück, der Heimkehrer, der dasitzt, als schliefe er. Ein Augenblick, da man die Zeit, dieses unsichtbare Etwas, wie mit Händen glaubt greifen zu können, ihr unaufhörliches Verstreichen und ihr unaufhörliches Erwarten. Die Intensität dieser Szene hat etwas Archetypisches. Man spürt es zunächst, ohne es genau zu begreifen. Ich habe später in einem Interview gelesen, daß Reitz wirklich ein archaisches Bild vor Augen gehabt hatte: Odysseus, nach seiner Irrfahrt, merkt erst, als er aus dem Schlaf aufwacht, dass er auf Ithaka gestrandet ist. Odysseus kommt also in der Heimat an, gewissermaßen im Schlaf. Diese archaische Heimkehrergeschichte auf Ithaka spielt hinein in jene Küchenszene mit dem Heimkehrer Paul. Man muss die Anspielung nicht bemerken, ihre Wirkung teilt sich trotzdem mit. Das Erfassen von Bedeutungen geschieht ja nicht wie die Lösung eines Kreuzworträtsels. Die nachhaltigsten Bedeutungen wirken unmerklich. Der Umstand, dass viele Geschichten und Assoziationen in eine Geschichte hineinspielen und sich darin spiegeln, macht ihren Reichtum und ihre Tiefe aus. Die verborgene Fülle wirkt so, als käme etwas aus einer großen Ferne auf uns zu oder als blickte man durch das Gegenwärtige in eine Ferne hinaus. Es gibt in den Filmen von Reitz immer wieder Szenen, die den Zauber solcher Verdichtung haben. Man kann sie nicht vergessen und weiß im Augenblick, da man sie sieht, daß man sie nicht vergessen wird. Diese Augenblicke der größten Intensität sind oft die Kreuzungspunkte, wenn sich die Erzählung verzweigt, oder wenn eine Geschichte zum Ende kommt oder eine neue beginnt, etwa wenn in „Heimat 1“ im Misthaufen nach dem vermeintlich toten Kind der Appollonia gestochert und dabei das dort verstecktes Motorrad des Kriegsgewinnlers Wiegand gefunden wird; oder wenn in „Heimat 2“ Hermann seiner Clarissa zum ersten Mal begegnet auf der Treppe. Das sind epiphanische Momente, das eine mal skurril, das andere mal erhaben.

Ich habe vorhin den Vergleich mit Marcel Proust gewählt, was die Wirkung betrifft. Auch in der Sache sind diese großen Werke vergleichbar. Beides mal geht es darum, die verlorene Zeit wiederzufinden. In der Zeit entwickeln sich die Menschen, verwickeln sich, gehen auseinander, treffen wieder zusammen, als dieselben, wie sie glauben, und doch verwandelt, was sie nicht wahrhaben wollen. Die Menschen, heißt es am Schluß des Proustschen Romans, nehmen nicht nur ihren Platz ein im Raum, sondern auch in der Zeit. Der Erzähler, der es mit der Zeit aufnimmt, wird zum Archäologen, er gräbt die Zeit-Schichten aus. Im Fuchsbau, in der „Heimat 2“, hatte der Freundeskreis Hermanns gelebt, geliebt und gearbeitet, bis eines Tages, nach einigen Augenblicken des ‚Verweile doch du bist so schön‘ und nach einigen Katastrophen und Enttäuschungen, die Bagger kommen und das verwunschene Schloss der aufschäumenden Jugend dem Erdboden gleichmachen. Hermann inszeniert noch einen wunderlichen Trauerzug und dann trennen sich die Wege. Wieder ist etwas vorbei, aber vielleicht doch nicht für immer verloren…Jedenfalls werden die äußeren Spuren getilgt. Eine Lebenssphäre verschwindet und lässt einen leeren Baugrund zurück, auf dem etwas Neues errichtet wird, in diesem Fall etwas besonders Hässliches, eines dieser Steuerabschreibungsmonster, die seit den 1960er-Jahren die deutschen Städte, insbesondere auch München, zu verwüsten begannen.

Rüdiger Safranski bei seiner Laudatio — Foto: Marius Digel

Edgar Reitz hat sich selbst bisweilen einen „Romantiker“ genannt. Romantiker sind Leute, die sich vom schweren Gewicht der Erfahrung nicht nieder ziehen lassen, denen immer noch ein Mehrwert von Erwartungen, Träumen und Sehnsüchten bleibt. Sie werden durch die Wirklichkeit klug, aber nicht dumm und stumpf. Romantiker sind die wahren Komplizen der Zeit, denn sie leiden nicht nur unter ihrer alles verschlingenden Macht sondern sind auch mit ihrer erneuernden Kraft im Bunde, die für jede Überraschung gut ist. In der „Heimat 3“ fällt nicht nur die Mauer, es macht nicht nur die Weltgeschichte einen Riesensprung. Auch Clarissa und Hermann finden endlich zusammen. Ob es endgültig ist, muß offen bleiben. Die Zeit wird es erweisen.

Edgar Reitz ist ein Geschichtenerzähler. Er mißtraut der großen Geschichte, die wir zu kennen glauben und in den Geschichtsbüchern nachlesen können. Er löst die große Geschichte auf in den Reichtum der vielen Geschichten, die Geschichte im Plural, die wirklicher ist als die Geschichte im Singular.

Die ‚Geschichte‘ im Singular ist eine Konstruktion. Ob es sie wirklich gibt im Sinne von Logik und Kohärenz, ist durchaus fraglich, auch wenn man es sich gerne einbildet und daraus Ideologien macht. Die Geschichten im Plural aber gibt es auf jeden Fall. Allerdings muß man sie erzählen können. Das Narrative, das im Leben steckt, muss erst zum Leben erweckt werden – durch das Erzählen.

Es gab in der Literatur und im anspruchsvollen Kino eine Zeit, da wurde behauptet, das Erzählen sei nicht mehr möglich, die Zeit des Romans sei vorbei. Die Wirklichkeit, so hieß es, sei zu komplex und das Individuum zu zersplittert, als dass noch, wie früher, erzählt werden könnte. Die Wirklichkeit, so sagte man, läßt sich nicht mehr zur Erzählung runden, weder in der Literatur noch im Film. Adorno hatte diese Skepsis gegenüber dem Erzählen programmatisch formuliert: „Es läßt sich nicht mehr erzählen…Zerfallen ist das in sich kontinuierliche und artikulierte Leben, das die Haltung des Erzählers einzig gestattet.“ Nun hatte Edgar Reitz die Avantgarde im Film nicht nur mitgemacht, er war einer ihrer inspiriertesten Köpfe. Er warnte sich und seine Kollegen einmal davor, „daß die Gattung des Spielfilms uns zum Verrat an wichtigen künstlerischen Einsichten verleiten kann“. Er war also alles andere als ein naiver Erzähler, als er zu erzählen begann. Er war offenbar nicht gewillt, aus dem erzählskeptischen Avantgardismus ein Dogma zu machen. Er ist, wie Paul, ein „Weggeher“, wenn es ihm zu eng wird. Und so hat er dem Film den Geist des Erzählens im großen Stil wieder eingehaucht.

Was bedeutet das – Erzählen?

Es bedeutet: epische Gerechtigkeit. Man blickt aus vielen Perspektiven auf die Welt, nicht nur aus einer; jede Person hat ihre Wahrheit, ihr Recht. Die säuberliche Aufteilung der Welt in Gut und Böse mag in Hollywood und deutschen Fernsehserien herrschen, sie ist aber nichts anderes als moralischer Kitsch.

Erzählen bedeutet weiterhin: Genauigkeit im Detail, Sorgfalt auch den Dingen gegenüber. Das schließt die Kleidung ein, die Art sich zu bewegen und zu sprechen. Alles muß stimmen. Die Trainingsanzüge der fünfziger Jahre, die Kniestrümpfe, die Fahrräder, die Kleider und Stirnlocken. Das ist nicht platter Naturalismus, sondern gesteigerte, weil wiedergekehrte Wirklichkeit. Die Wirklichkeit aber kehrt nur wieder, wenn man sie bei ihrem richtigen Namen ruft.

Erzählen bedeutet, sich Zeit lassen, damit man die Zeit spürt. Erzählen ist immer auch Entdeckung der Langsamkeit.

Erzählen bedeutet: vom Besonderen, dem erfahrenen Leben also, zum Allgemeinen, zu Ideen und Begriffen aufzusteigen; und nicht umgekehrt vom Allgemeinen zum Besonderen herabzusteigen, was nichts anderes heißt als vorgefaßte Begriffe und Ideen nur noch zu illustrieren. Erinnern wir uns nur daran, welches Schindluder einst mit dem Begriff der „Heimat“ in der Nazi-Zeit getrieben wurde, wie dann ‚Heimat“ nach 1945 von den einen verkitscht und von den anderen tabuisiert worden war. Man kann

Weiter auf Seite 33

Fortsetzung von Seite 32

nur darüber staunen, mit welcher Souveränität der Erzähler Reitz sich seinen eigenen Weg gebahnt hat zur Darstellung eines Lebens, das Wurzeln hat, auch wenn es sich aus seinem Wurzelgrund löst, um frei genug zu sein, um neue Heimaten zu bilden. Die erste Heimat ist eine, die einen trägt, die man aber auch irgendwann verlassen muß; die zweite Heimat ist eine, die man sich selbst schafft. Die erste Heimat ist nachhaltig, sie hält aber auch fest. Die zweite Heimat ist vorläufig, sie läßt einen aber auch laufen. Edgar Reitz' „Heimat 1" ist der ersten, der nachhaltigen Heimat, sein zweites Heimatepos ist der zweiten, der vorläufigen und selbst geschaffenen Heimat gewidmet, es ist die große Geschichte einer allmählichen Verfertigung einer Lebenswelt, bei der man erst hinterher merkt, daß es eine Heimat war, was man sich da geschaffen hatte.

Die Geschichte, die in „Heimat 2" erzählt wird, reicht in meine bewusste Erlebniswelt hinein und ich muß sagen, ich habe mit diesem Film einige Aspekte meiner Biographie erst richtig verstanden. Wie sich der Geist einer Zeit, der frühen und der späten 1960er-Jahre bildete, diese Beklemmungen, dieser Aufbruch, diese Neugier, diese Unbekümmertheit, diese Melancholie, diese Selbstüberschätzung und dieser Stolz. Man merkt: die Urteilsschablonen späterer Meinungskämpfe sind zu grob geschnitten, um die Wirklichkeit fassen zu können. Wieviel Geduld, feiner Sinn und Treue dazu gehört, einer Vergangenheit gerecht zu werden, merkt man an dem Wunderwerk der „Heimat 2".

Ich bedauere es, dass mir nicht genügend Zeit bleibt, um von jenen Entdeckungen zu sprechen, die ich machen durfte, als ich in jüngster Zeit das sogenannte „Frühwerk" von Edgar Reitz kennen lernte, also die restaurierten Filme, die vor der „Heimat" entstanden waren und jetzt wieder auf dem Markt sind. Sie zeigen einen Filmautor, der erfahrungshungrig aber auch unbeirrbar seinen Obsessionen folgt. Darauf mußte man zum Beispiel erst einmal kommen, dass sich der Medea-Mythos und die Sage vom Zug der Argonauten nach dem Goldenen Fliess auch ganz anders erzählen lässt. In den frühen Quellen der Argonautensage ist Jaso, der Hauptheld, 13 Jahre alt, und Medea, die mit ihm aus Kolchis am Schwarzen Meer flieht, ist zwölf Jahre alt. Und darum, so einfach ist das, läßt Reitz seine poetische Vision von Kindern spielen. Vor unseren Augen entsteht dabei das ewig junge Märchen, das die Kinderseele der Menschheit stets aufs neue träumt. „Das goldene Ding" hat Reitz seinen Geniestreich genannt.

Ich möchte nicht schließen, ohne wenigstens mit einigen Worten auf den 1969 entstandenen Film „Cardillac" hinzuweisen. Nicht nur weil mir E.T.A.Hoffmann besonders nahe ist, dessen Erzählung „Das Fräulein von Scuderi" Reitz für seinen Film adaptiert hat, sondern auch deshalb, weil dieser Film ein wenig ins Betriebsgeheimnis des Schaffens von Edgar Reitz blicken läßt. Cardillac ist bekanntlich jener Juwelier, der seine Kunst mehr liebt als das Publikum. Er kann es nicht ertragen, dass seine so kunstvoll gefertigten Schmuckstücke nur der Eitelkeit von reichen Leute dienen sollen. Und darum bringt er sie um. Eine Geschichte über die unendliche Sorgfalt des künstlerischen Handwerks und über den Konflikt zwischen Künstlertum und Markt. Edgar Reitz ist zu liebenswürdig, um in die Versuchung des mörderischen Cardillac zu geraten, aber etwas von jener rücksichtslosen Hingabe ans eigene Werk und vom kompromisslosen Willen, die Dinge gut zu machen, muss im künstlerischen Temperament leben.

Der Künstler dient nicht dem Publikum. Er dient seinem Werk. Und nur dann kann er auch seinem Publikum etwas geben.

Der Verfasser ist Philosoph und freier Autor ■

Spätes Erwachen der Erzählfreude

Edgar Reitz über sein Schaffen zwischen Advantgarde-Anspruch und Erzählkino

Die Laudatio aus dem Munde von Rüdiger Safranski ist ein Höhepunkt auf meinem Lebensweg. Ich habe durch die Lektüre von Safranskis Büchern gelernt, mich im Strom der deutschen Geistesgeschichte zu orientieren. Durch ihn habe ich begriffen, dass der Geist der deutschen Romantik eine Affaire ist, in die wir alle noch verwickelt sind. Ich hatte bei der Lektüre Ihres Buches über die Romantik permanent das Gefühl, dass Sie vielen Spätromantikern, zu denen Sie mich soeben hinzugerechnet haben, „auf die Schliche" gekommen sind. Ihre Bücher über Schiller, Schopenhauer, Nietzsche oder Heidegger gehören zu den größten Lese-Abenteuern, die meinem philosophisch ungeschulten Geist eine historische Orientierung gegeben haben und mir gezeigt haben, welch unschätzbarer Reichtum unser kulturelles Erbe immer noch ist. Sie leiten unseren Blick über die eigene Lebenslinie hinaus, tief hinein in die Entstehungsgeschichte der eigenen Gedanken, die nicht hier und heute beginnen, wie wir fälschlicherweise uns einbilden, sondern 100, 200 Jahre vorher in den Köpfen und Leidenschaften der Poeten, der Genies, Denker und Abenteurer des Geistes, deren Leben Sie, Herr Safranski uns erzählt haben.

Da mir dieser Preis, wie ich heute erfahre, vor allem für kulturpolitische Verdienste gegeben wird, möchte ich gleich zu Anfang etwas Ärgerliches in der heutigen kulturpolitischen Debatte erwähnen. Ich meine die inflationäre Verwendung des Wortes „kreativ". Wer will eigentlich nicht kreativ sein? Dass Künstler kreativ sind, sollte ja wohl zutreffen, dass die Menschen im Entertainment-Geschäft kreativ sein wollen, ist ehrenhaft, aber selten zutreffend. Das gilt zur Not auch noch für Fernsehredakteure, Journalisten oder Ministerialbeamte, die kulturelle Initiativen fördern. Aber was ist kreatives Management, was sind kreative Militärstrategien, kreative Geldanlagen, kreative Anwälte, kreative Kommunalpolitiker, oder gar kreative Buchhalter? Was ist schließlich „Kreativ-Wirtschaft"? Dieser widersinnige Begriff hat zur Zeit Hochkonjunktur. Kürzlich wurde ich zu einem „Excellenz-Cluster über kreative Design-Ästhetik" eingeladen und sollte „gestaltungsnahen Berufsbildern" sog. „Start-ups" vermitteln. Das Kreativste an der Veranstaltung war die Abschlussparty. Es scheint zur Zeit eine endlose Sehnsucht nach dem Lebensstil der Künstler zu geben. Was ist die Triebfeder dieses Verlangens? Wer von diesen Millionen „Kreativen" kann sich überhaupt vorstellen, welche harten Konsequenzen damit verbunden sind, seinen Job als Künstler zu betreiben? Klagte nicht schon Karl Valentin, dass Kunst zwar schön sei, sie mache aber viel Arbeit? Wer von den zahllosen zum Kreativsein animierten oder politisch geförderten Kreativen würde diese Erkenntnis auch nur drei Tage lang aushalten? Wissen sie denn nicht, dass alle Mühen der Künstler nichts mit Erfolg zu tun haben – und schon gar nicht mit Geld, das ja der einzige Maßstab für Erfolg geworden ist in dieser Zeit! Wie sollen wir den Begriff „kreativ" überhaupt verstehen, wenn er nichts – aber auch gar nichts mehr! – mit Kunst zu tun hat? Sicher aber ist es, dass Kunst und Erfolg nichts miteinander zu tun haben, selbst dann nicht, wenn der Erfolg hin und wieder gewaltig ausfällt. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich bin nicht gegen Erfolg, auch nicht dagegen, dass Künstler Geld verdienen. Aber ich muss doch daran erinnern, dass der von allen gewünschte Erfolg, wenn er eintritt, nicht als Maßstab für die Qualität der Kunst verwendet werden kann. Und ist nicht diese kleine wertlose Münze, der völlig undotierte „Kulturgroschen" ein sinnfälliger Ausdruck dafür, dass Kunst nicht am Geldwert zu messen ist? Ich erwähne diesen Zusammenhang, über den man tagelang reden könnte, hier an einem Ort, und vor einer Institution, die sich der Kultur und der Kulturpolitik widmet. Mitten im unlösbaren Chaos des Lebens, mitten in der heillosen Verwicklung des menschlichen Seins zwischen Ich-Erfahrung und Welt brauchen wir die Kultur zum Überleben. Ihre grundsätzliche Zweckfreiheit und ihre Abkopplung vom finanziellen Tages-Erfolg sind absolut unverzichtbare Gebote – und übrigens trostreich. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich in der SZ Hans-Christian Schmids Erfahrungsbericht über seine Premierentour mit seinem Film STURM lese. (Delphi Berlin, 78, Abaton Hamburg, 34, Arri München, 37 Besucher, Lux am Zoo 7 etc.) Was ist mit diesem Land passiert? Es ist doch gar nicht lange her, da waren es noch hundert mal so viele, die ihre Achtung vor dem Mut der Künstler dadurch ausdrückten, dass sie zu den Erstaufführungen kamen!

In den vergangenen beiden Jahren habe ich mich mit der Restaurierung meiner frühen Filme beschäftigt. Dabei war ich gezwungen, den Blick zurückzuwenden auf meine eigenen frühen Jahre: Auf meine Hunsrücker Gymnasialjahre, meine Münchener Studentenjahre, die Zeit der ersten Kurzfilme, die Jahre nach dem Oberhausener Manifest. Bis in die Mitte der 1960er Jahre war mein Denken von der Nachkriegszeit geprägt, von einer tiefen Abneigung gegenüber Geschichten und kontinuierlichen Erzählungen. So, wie Naziherrschaft und Krieg Land und Kultur zerstört hatten, so musste auch nach der Auffassung meiner Generation alles als etwas Zerstörtes beschrieben werden. Alles wurde analysiert, hinterfragt und in abstrakte Partikel zerlegt, wie Safranski soeben dargelegt hat. Die Avantgarde allein konnte den Anspruch erheben, als Spiegelbild der Wirklichkeit zu taugen (Ein gutes Beispiel ist mein kurzer Experimentalfilm GESCHWINDIGKEIT, der den enorm beschleunigten Kosmos der damaligen Erfahrungen als Panorama visueller Fragmente beschreibt). Wir waren eine Generation, die allen Großformen misstraute, die alle Geschichten anzweifelte, eine Generation, die meinte, die Tragödie sei nichts als die Vergötterung eines im Prinzip vermeidbaren Unglücks. Wir meinten, die bürgerlichen Ideale mit allen ihren Legenden, ihren Tugenden und Traditionen seien nichts als Selbstinszenierungen, die unglaubwürdig geworden seien, weil sie das Nazi-Unglück nicht verhindern konnten. Wir suchten das Glück in immer größerer Geschwindigkeit, in endloser Expansion, Wachstum und Fortschritt. Kurz gesagt: Wir forderten eine Filmkunst ohne Legenden und ohne erzählerischen Vorsatz, wir verkündeten das Ende der Geschichten.

Welch eine Anhäufung von Irrtümern und Fehleinschätzungen in diesem Geist der Avantgarde versammelt war, haben wir längst erfahren. Dennoch verdanke ich diesem Zeitgeist wichtige Lehrjahre im Umgang mit der Formenwelt des Kinos. Aber ich war von meinem eigentlichen Talent abgekoppelt. Ich brauchte gut 10 Jahre, bis ich herausfand, dass ich Geschichten erzählen kann, dass ich geradezu eine Leidenschaft zum Erzählen in mir trug. Erst bei den Filmprojekten, die mich in die Nähe meiner Heimat führten, erwachte diese Begeisterung für Geschichten. Beim Restaurieren der frühen Filme wie DIE REISE NACH WIEN, STUNDE NULL, SCHNEIDER VON ULM wurde dieses Erwachen der Erzählfreude von Film zu Film deutlicher sichtbar. Ich war tatsächlich schon 46 Jahre alt, als ich mit HEIMAT diese nie endende Lust am Sammeln, Verändern, Ausgestalten und Inszenieren von kleinen und großen Geschichten entdeckte. Sein Talent erkennt man an dem, was einem leicht fällt. Wenn ich aber jetzt versuche, vom Erzählen zu sprechen und mir die Frage nach dem allgemeinen „Narrativen Prinzip" stelle, mache ich es mir schwer. Dennoch will ich mich dieser Herausforderung stellen, denn es gehört zu den Notwendigkeiten des Alters, auch einmal über seine Talente hinauszugehen und sich Übersichten zu verschaffen.

Ich will jetzt nicht den wunderschönen Betrachtungen von Rüdiger Safranski, weitere, weit weniger gültige Gedanken zur Erzählkunst hinzufügen. Ich möchte nur eine ganz persönliche Geschichte erzählen, die

Der Preisträger Edgar Reitz **Foto: Marius Digel**

mir immer wieder einen Schlüssel in die Hand gegeben hat, mit dem ich die Geheimgemächer der Erzählleidenschaft aufsperren konnte. Ich spreche von meinem Großvater mütterlicherseits, der vier Kilometer von dem Hunsrückdorf entfernt lebte, in dem ich geboren wurde. Er war, wie mir von den alten Hunsrückern gern bestätigt wird, ein begabter Geschichten-Erzähler. Es heißt, dass die Gespräche im Gasthaus verstummten, sobald er die Wirtsstube betrat. Im Nu bildeten sich Grüppchen um ihn, und die Gäste lauschten seiner tiefen Stimme, mit der er immer neue Geschichten zu erzählen hatte. Jeder wusste, dass er seine Geschichten oft erst im Augenblick des Erzählens erfand, aber man liebte sie – nicht weil sie wahr waren, sondern weil immer etwas durch sie hindurchleuchtete, etwas, woran noch keiner gedacht hatte etwas, das zugleich vertraut schien als hätte man es schon immer gewusst, aber wiederum niemals so wie er es beim Erzählen geheimnisvoll zum Klingen brachte. Oft waren seine Geschichten der Wirklichkeit zum Verwechseln ähnlich, ihre Schauplätze, ihre Protagonisten, ihre Wendungen waren so lebensecht, dass sie jederzeit hätten passieren können, und man musste schon ein guter Kenner der Gegend sein, wenn man merken wollte, wo des Großvaters Phantasie eingegriffen und alles mit einer Art Urerinnerung verbunden hatte. Manche sagten, er verfälsche alle Wahrheiten, manche nannten seine Erzählungen Lügengeschichten. Dennoch war man gefesselt und folgte fasziniert, wenn der Großvater von Unglücksfällen, Krankheiten, plötzlichem Reichtum oder von heimlicher Liebe oder Rache erzählte und an ganz unauffälligen Stellen begann, die reale Welt zu verlassen und in die Welt der Phantasie, der Träume, der Geister, Gespenster, Wiedergänger oder sogar der Toten hinüberzugleiten. Wenn alle Zuhörer mit Gänsehaut und schlimmen Erinnerungen geschüttelt dasaßen, beendete er seine Geschichten abrupt und bemerkte, er könne „sieben heilige Eide darauf schwören", dass alles wahr sei und sich genau so zugetragen habe, wie er es berichtete.

Ich habe solche Szenen als Kind mehrfach miterlebt und möchte an dieser Stelle ebenfalls sieben heilige Eide schwören, dass es sich so zugetragen hat und dass die Schauplätze in den Großvater-Geschichten allesamt wirklich existierten und dass es die Protagonisten, von denen seine

Weiter auf Seite 34

nmzmedia

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Donaueschinger Musiktage 2009

Eindrücke, Interviews, Momente

Bei den diesjährigen Donaueschinger Musiktagen war nmzMedia live vor Ort. Wir haben für Sie jeden Tag einige Momente des Festivals eingefangen und direkt filmisch verarbeitet. Spontane Eindrücke, kurze Kommentare, Musikausschnitte, Probensituationen, Statements: Eine Videostrecke als rohe Dokumentation dieses für die zeitgenössische Musik so wichtigen Ereignisses.

Der „Klang-Container“ in Hamburg

Im Schatten der Hamburger Elbphilharmonie stand diesen Sommer ein kleiner Container, der sowohl Ausstellungsraum als auch Konzertsaal war. Mit diesem mobilen Wahrzeichen der Hansestadt will das Netzwerk KLANG! der Hochschule für Musik und Theater bereits im zweiten Jahr den Hamburgern zeitgenössische Musik näherbringen. Bis Ende Oktober kann der Container noch am Hamburger Elbstrand in Övelgönne besucht werden.

Forum Neuer Musik 2009

La otra America – Das andere Amerika. Für uns Europäer kulturell oft noch ein weißer Fleck. Wie sieht die lateinamerikanische Gesellschaft heute aus? Gibt es das überhaupt: das eine, andere Amerika unterhalb der Vereinigten Staaten? Seit nun bereits zehn Jahren suchen Deutschlandfunk-Redakteur Frank Kämpfer und seine Kollegen nach neuen Ufern, nach wichtigen gesellschaftlichen Strömungen. 2009 ist nun Lateinamerika Thema des Forum Neuer Musik.

kostenlos unter:
www.nmz.de

Fortsetzung von Seite 33

Spätes Erwachen der Erzählfreude

Geschichten handelten, auch wirklich gelebt haben, wenn auch ganz anders, als in den Geschichten. Wenn ich mich an Sommernachmittagen ohne Wissen der Eltern manchmal auf mein Kinderfahrrad schwang, aus dem Dorf hinausfuhr und das Haus des Großvaters ansteuerte, konnte ich damit rechnen, eine Reise in ein unbekanntes Land zu beginnen. Der winzige Vorgarten des Großvaters bot ausreichend Platz für unsere größten Geschichten-Abenteuer. Zwischen Haustüre und Küchenfenster stand eine Holzbank, von der aus man das benachbarte Bachtal überblicken und die im Westen aufsteigenden Gewitter beobachten konnte. Wenn die Geschichten des Großvaters allzu gruselig wurden, verkroch ich mich als Siebenjähriger ungeniert auf seinem Schoß und zog die Beine an, damit mich die Erdgeister, von denen er erzählte, nicht am Fuß erwischen konnten.

Seine Geschichten fingen meist so an: „Du kennst doch die große uralte Eiche, die am Ortsausgang direkt links neben dem Bahngleis steht...“ (Natürlich kannte ich den Baum und stimmte ihm voller Neugier zu.) „Dann kennst du doch auch den dicken Hännes, den Gastwirt von Morbach, der letztes Jahr so qualvoll gestorben ist...?“ (Ich hatte den Mann gekannt, weil er mir an heißen Sommertagen manchmal ein Stück von seinem Brauerei-Eis aus dem Keller holte.) „Dann will ich dir jetzt erzählen, dass mir der Tote heute früh, als ich zur Arbeit ging, genau fünf Minuten vor Sieben an der alten Eiche über den Weg gelaufen ist...“ (Mir schauderte.) „Blieb er stehen? Hat er etwas gesagt?“ „Und ob!“... sagte der Großvater, machte eine lange Pause und sah mich prüfend an. „Vielleicht bist du noch zu klein für solche Geschichten?“ „Nein!“ rief ich und schon ging die Reise ins Land der Phantasie los. Diese Art von Einleitung konnte hundertfach variiert werden, mit wechselnden Schauplätzen, Wegmarkierungen, Gebäuden und immer neuen Personen, toten oder lebenden. Der Geschichtenanfang war ein hundertprozentiges Erfolgsrezept. Es bestand einfach darin, dass man mit Personen und Ereignissen beginnt, die jeder kennt, die völlig vertraut und normal erscheinen. Dann geschieht etwas Unerwartetes, das aber gar nicht spektakulär ist, das sogar übersehen werden könnte, wenn der Erzähler nicht die Aufmerksamkeit genau im richtigen Moment darauf gelenkt hätte. Von da an bewegt sich die Erzählung unentrinnbar und leise immer weiter weg vom vertrauten Terrain der Zuhörer und landet schließlich da, wo noch niemand von ihnen war. Und noch etwas: alle Menschen, die der Großvater schilderte, wurden geliebt. Er erzählte aus Liebe zu Dingen und Personen, selbst wenn er uns vor ihnen das Fürchten lehrte. Von keinem Vorbild weder aus der Literatur, noch aus der Filmgeschichte, habe ich so viel über das Erzählen gelernt, wie von ihm. Ohne ihn hätte ich die HEIMAT-TRILOGIE nicht zustande bringen können. Im Grunde ist in HEIMAT der gesamte Erzählstil des Großvaters enthalten. Ich nenne ihn – natürlich ausschließlich für meinen Eigengebrauch! – das Großvater-Prinzip.

Was haben alle Geschichten gemeinsam? Kann ich es vor den Augen von Rüdiger Safranski wagen, eine so haarsträubend allgemeine Frage überhaupt zu stellen? Aber es gibt Auffälligkeiten, die ich kurz beleuchten möchte: Es scheint nämlich, dass alle guten Geschichten uralte Erinnerungen in uns wachrufen. In den alten Mythen ist es die Anwesenheit der Götter, die uns an die Mächte erinnert, denen alle Menschen unterworfen sind, in modernen realistischen Geschichten ist es die Macht des Gesellschaftlichen, des Historischen, dem wir ebenfalls unterworfen sind. In den Dramen sind es die uralten, nie zähmbaren Leidenschaften, in den Abenteuergeschichten ist es das Fernweh, das Grauen und der Sirenenton des Unbekannten. Die Gewalt der Natur erhebt sich im Hintergrund der Volks-Erzählungen. Wenn wir eine Geschichte erzählen, öffnen wir einen imaginären Raum. Geschichten spielen nicht in der Wirklichkeit unseres Alltages, sondern in einer Parallelwelt, die der vertrauten Welt zum Verwechseln ähnlich sein kann, die aber dennoch außerhalb der Welt ist. Der erzählerische Raum, und das überrascht am allermeisten, ist dennoch zutiefst vertraut. Es ist beim Geschichtenerzählen (auch beim Drehen und beim Anschauen mancher Filme!) als ob wir uns in uralten Räumen befänden, die es schon immer gab, in denen wir schon gewesen sind längst bevor wir auf die Welt gekommen sind. Es sind die unerwähnten Mächte im Hintergrund, die in den Geschichten spürbar werden. Die Götter schauen zu. Der Erzählraum ist archaisch. Er stammt aus einer Zeit vor aller Wissenschaft, vor aller Wahrheit. Das macht seine Magie.

Als ich eines Tages mit meinem geliebten Großvater – ich war gerade sieben Jahre alt und hatte Diphterie und Keuchhusten gleichzeitig überstanden – einen Spaziergang über die Felder machte, näherten wir uns dem Kirchturm eines Dorfes namens Bischofsdhron. Immer deutlicher konnten wir die Inschrift unter der Kirchturmuhr erkennen, die ich dem Großvater vorlesen musste: EINE VON DIESEN WIRD DEINE SEIN.

Was bedeutete der rätselhafte Text? Erst durch seinen Platz unter der Uhr war er zu verstehen: Die Todesstunde war gemeint, die auf dem großen Ziffernblatt für Jeden eines Tages angezeigt werden würde. „Die Uhr schaut in die Zukunft“, sagte der Großvater, „sie weiß, dass alles, was auf der Welt geschieht, seine Stunde hat.“ Ich war der Sohn eines Uhrmachers. Das Haus der Eltern war angefüllt mit Uhren. In allen Zimmern hörte man das Ticken von Hunderten von Uhren. In vielerlei rhythmischen Metren und Interferenzen wurde in meinem Hunsrücker Elternhaus die Zeit gemessen. Es gab eine Zeit außerhalb meiner eigenen erlebten Zeit. Ich fing an, über die Uhr nachzudenken: Wenn ich die Zeiger ganz genau ansah, schienen sie still zu stehen. Stand die Zeit still, nur weil ich so genau hinguckte? Ich überprüfte das Phänomen in anderen Bereichen: Ich versuchte zu sehen, wie ein Kind wächst oder ein Salatkopf im Garten. Auch da stand die Zeit still, sobald man hinsah. Niemand konnte sehen, wie eine Semmel altbacken wird oder wie ein Haar grau wird, Nur die normalen, mittelschnellen Bewegungen konnte ich sehen, wie die Eltern schimpften oder arbeiteten, wie die Wehrmachtsautos vorbeiratterten, wie die Wolkenschatten über das Dach zogen, aber die sehr schnellen Bewegungen konnte ich nicht sehen: zum Beispiel, wie der Bombensplitter vorbeiflog, der den Küchentisch unserer Nachbarin zerfetzte und ihr die linke Hand beim Salatanrühren abriss. Das konnte ich nicht sehen. Ich kam dahinter, dass wir die Zeit selbst nicht sehen können. Wir können sie ein wenig fühlen, aber auch das hängt sehr von unserer Verfassung ab und ist nicht sicher. Zeit ist unsichtbar, unsichtbar wie das Leben selbst. Die Zeit ist aber auch ein Hindernis für die Sehnsucht. Das Wiedersehen mit der Ursel, in die ich verliebt war, oder die nächsten Sommerferien, die ich kaum erwarten konnte, und die Freude auf Weihnachten, musste sich immer durch die Vorhölle des Wartens hindurchquälen. Das Schöne braucht viel Zeit, das Schlimme kommt immer unerwartet und immer zu früh. Die Zeit gehört mir nicht. Ich kann sie mir nicht erobern. Ich wollte deswegen nicht in der Zeit leben, sondern außerhalb, dort wo das Glück wartet. Vielleicht sind Zeit und Leben ein und das selbe, dachte ich. ich fragte mich: „gibt es eigentlich Gegenwart?“ Wir lassen jede Sekunde das hinter uns, was wir Gegenwart nennen. Das war das Abschiedsgefühl der frühen Jahre, die jugendliche Melancholie!

Heute, im Erwachsenenalter stellt sich das ununterbrochene Abschiednehmen noch einmal anders dar. Wir sehen, wer die Zeitdiebe sind, die uns umlauern: Die Entertainer, die Zeitvertreiber, die ununterbrechbaren, nicht wegzappbaren Fernsehprogramme, die Computer, die eine undichte Stelle in unsere eigenen vier Wände hacken, die Kaufaufrufe der „Kreativwirtschaft“, die uns vom Essen, Atmen, Zufriedensein abhalten. „Wachstum“ schreit jeder Politiker uns ins Gesicht. Zufriedenheit ist ein Tabu geworden. Sobald etwas als „Event“ oder als „Party“ daherkommt, will man uns weismachen, dass wir das Leben versäumen, wenn wir nicht dabei sind. Wir lernen immer aufs Neue, dass wir die fliehende Zeit nicht einholen können. Wer hilft uns, von diesem Karussell abzuspringen? Wir brauchen ein System außerhalb der persönlichen Betroffenheit. Aber was könnte das sein? Philosophie? Religion? Die Kunst? Vielleicht hilft das Erinnern? Vielleicht sogar das Erzählen unserer eigenen Geschichten? Von dem französischen Dokumentarfilmer Chris Marker stammt der Satz, er könne sich nicht vorstellen, wie sich die Menschen erinnerten, bevor es den Film gab. Ich möchte hinzufügen, ich kann mir nicht vorstellen, wie die Menschen sich gegen das Vergessen verteidigten, bevor es den erzählenden Film gab. Es ist die Filmkunst, die uns gezeigt hat, dass wir tatsächlich außerhalb der Zeit sein können. Im Kino knüpfen wir lebenslange Freundschaften mit poetischen Figuren und fiktiven Leinwandlegenden. Längst verstorbene Menschen rühren unsere Herzen. Im Kino blicken wir aus sicherer Distanz in Abgründe und Grauen. In Kinogeschichten entkommen wir zuweilen dem eigenen Tod. Filmbilder beschreiben uns unser eigenes Land als ob es auf einem anderen Stern läge, oder wir erkennen in ihnen, was wir vorher nicht erfahren konnten: Zum Beispiel sehen wir endlich einem Salatkopf beim Wachsen zu, oder einem Kind, oder einem grauen Haar oder uns selbst! Die Filmkunst handelt, weil sie eine Zeitkunst ist, vom Abschiednehmen, aber dort, wo sie das tut, ist alles wiederholbar, kann zurückgespult werden und bleibt damit unser fester Besitz. Wir können in den Geschichten auch die Zeit, in der wir gerade leben, verlassen. So sehen wir auf einmal, was mit uns gemacht wird. Aber ein Film kann keinen Schutz vor blinder Politik bieten. Dennoch, er erlaubt uns Distanz. Eine gute Geschichte ist etwas Beständiges in unsicherer Zeit. Sie ermöglicht den Zweifel an der Realität, Zweifel an der Welt mit allen ihren sogenannten unumstößlichen Regeln. Zweifel am permanenten Wirtschaftswachstum, Zweifel an den selbsterklärten „Kreativen“. Als Geschichtenerzähler nach dem Großvater-Prinzip kann ich sicher sein, niemals zur „Kulturwirtschaft“ zu gehören.

Sheherazade konnte bekanntlich durch das Geschichtenerzählen ihr Leben retten. Als verkappter spät - spät – Romantiker (Herr Safranski, Sie haben Recht mit dieser Definition!) trage ich die seltsame, vielleicht völlig absurde Hoffnung in mir, durch das nie endende Geschichten-Erzählen die ganze Welt retten zu können.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Safranski, beim Deutschen Kulturrat und ganz besonders bei Salome Kammer und Maria Reiter für die Ehre, von ihnen besungen zu werden.

Der Verfasser ist Preisträger des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates 2009. Er ist Filmemacher und wurde für sein künstlerisches Werk und sein kulturpolitisches Engagement geehrt ■

Revolutionssplitter

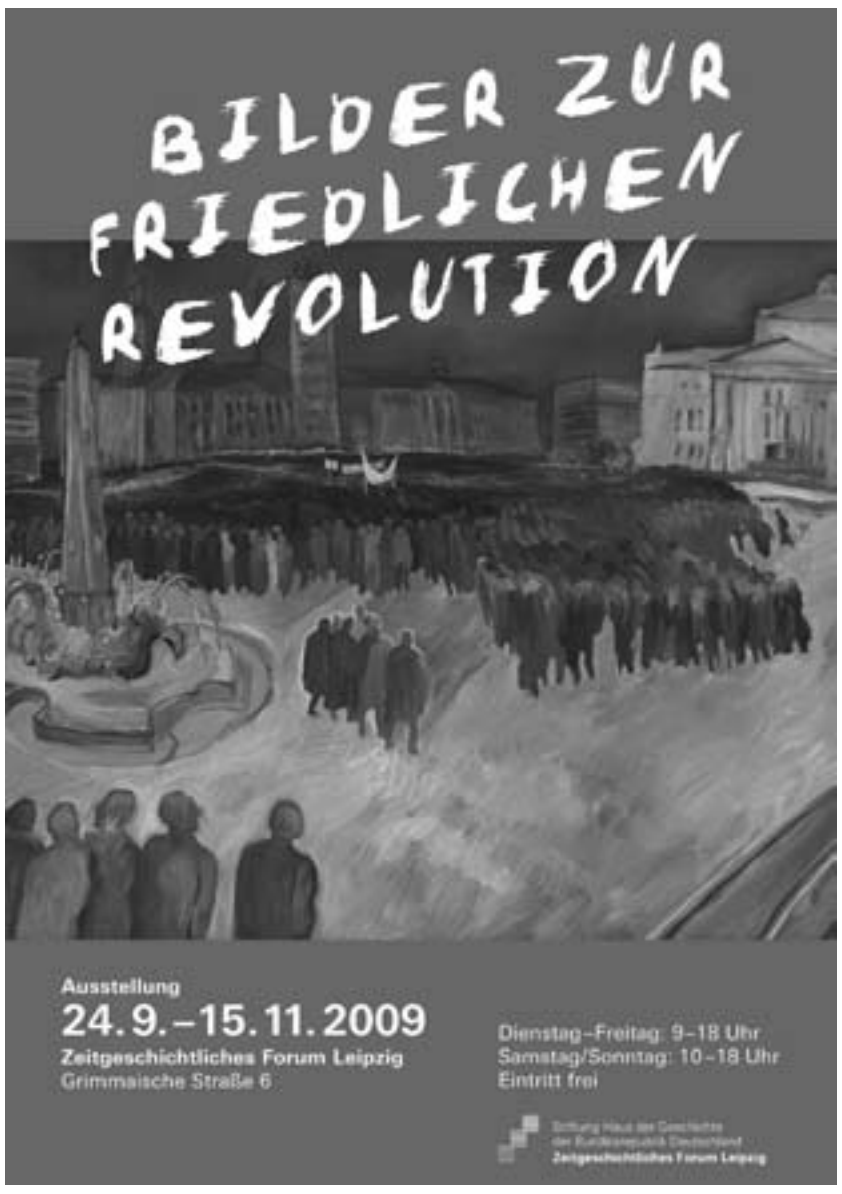
Notizen aus der Zeit zwischen März 1989 und November 1989 • Von Stephan Dorgerloh

Rostock 7. März 1989

Kurz vor 18.00 Uhr schließe ich mein Rad am alten Rostocker Hafen an. Mit großen Schritten nehme ich die paar Stufen zum Wahllokal. Schon stehe ich im Raum. Verdutzte Blicke treffen mich. So spät war man nicht mehr auf Wähler gefasst. Doch noch bleiben ein paar Minuten, um bei der Volkskammerwahl am 7. März 1989 abzustimmen. Die Kandidaten auf der Einheitsliste der Nationalen Front sind einzeln durchzustreichen, wenn man dagegen stimmen will. In der Wahlkabine liegt kein Stift. Für einen Studenten kein Problem. Was die Genossen im Wahllokal nicht ahnen: ich bin nicht nur zum Wählen hier, sondern vor allem dem Wahlbetrug auf der Spur. Nach der Stimmabgabe bleibe ich zum großen Erstaunen im Raum. So ist es abgemacht. Überall in Rostock, wie an vielen anderen Städten und Dörfern in der DDR, machen an diesem Abend Wahlbeobachter von ihrem demokratischen Recht Gebrauch, bei der Auszählung dabei zu sein. In der Rostocker Studentengemeinde treffen im Laufe des Abends die Ergebnisse aus der ganzen Stadt ein. Das Wahlergebnis verheißt zwar über 90% Zustimmung für die genehmigt-genehmen Kandidaten aber auch reichlich Gegenstimmen oder ungültig gemachte Wahlzettel. Am nächsten Morgen wissen wir: die offiziellen Zahlen in der Zeitung lügen. An jedem 7. eines Monats soll nun auf dem Alexanderplatz gegen den Wahlbetrug und für freie Wahlen demonstriert werden. So auch am 7. Oktober 1989, wenn die stolze DDR ihren 40. Geburtstag vor Gästen aus dem Ostblock inszeniert. Während die FDJ-blauen Fackelträger die Propaganda erprobte Strecke Unter den Linden ostwärts marschieren, knüppelt die Polizei schon kräftig auf die Demonstranten ein. Der Sozialismus siecht.

Warschau 18. August 1989

Es schüttet wie aus Eimern an diesem Augusttag in Warschau. Meine Frau und ich radeln auf Hochzeitsreise durch Polen. Es regnet und wir suchen den Zeltplatz am Rande der polnischen Hauptstadt. Unser Campingatlas, aus der Vor-Solidarnosce-Zeit, beschreibt einen Platz der längst zum Bootsplatz mutierte. Ein polnisches Paar erbarmt sich und lädt uns an den warmen Kanonenofen und zu heißem Tee. Wir kommen ins Reden. Es ist noch nicht lange her, dass Polen für DDR-Bürger wieder offen ist. Die Angst, sich mit dem Solidarnosce-Virus anzustecken, ist bei den DDR-Oberen noch nicht gebannt. Aber die Sorge immer mehr Menschen durch innere und äußere Migration zu verlieren, scheint im Sommer 1989 größer. Wir dürfen nach Jahren endlich wieder nach Polen fahren. Während unsere Sachen trocknen, reden wir über unsere osteuropäischen Perestroika-Hoffnungen. Am nächsten Morgen verabschieden sie uns herzlich: „Ihr werdet sehen. Deutschland wird nicht ewig geteilt bleiben. Vergesst, wenn Ihr frei reisen könnt, unser Polen nicht.“ Während die Worte in mir nachklingen, rollen wir der polnischen Hauptstadt entgegen, die sich hinter dem Fluss in der Morgensonne räkelt. Deutschland ohne Mauer? – für einen aus dem Jahrgang 1966 unvorstellbar.



Plakat zur Ausstellung „Bilder zur Friedlichen Revolution“, die noch bis zum 15. November 2009 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig präsentiert wird
© Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

Berlin-Mitte 3. November 1989

Zum Studieren bin ich in den letzten Wochen kaum gekommen. Die Friedensgebete in der Getsehmanekirche, der Einsatz für die Inhaftierten von Anfang Oktober, das Abtippen der immer neuen Aufrufe für das „Neue Forum“ und andere Gruppen sowie nächtliche Diskussionen über einen „Dritten Weg“, Reformen und Reisefreiheit fordern die ganze Aufmerksamkeit. Seit Wochen treffen wir uns bei Freunden und Kommilitonen in einer der besetzten Wohnungen. Am 3. November ist ein großes Laken auf dem Fußboden ausgebreitet. Der Esstisch ist beiseite geräumt. Jemand hat Pinsel und schwarze Farbe mitgebracht. Am nächsten Morgen soll eine Demonstration auf dem Alexanderplatz stattfinden. Gerüchte, dass Theaterleute sogar eine offizielle Genehmigung haben, schwirren durch die Gespräche. Unabhängig davon wollen wir mit einem eigenen Transparent dabei sein. Nachdem unzählige Kannen Tee getrunken und das Bier alle ist, steht unsere Losung fest: „Dem Land ein neues Antlitz – ohne Kalk aus Wandlitz“. Auch die Kinder bekommen noch ein eigenes Plakat. „Bummi Stop für Kinderkopp“ reimen wir, wohl nicht mehr ganz nüchtern, zusammen. Am nächsten Morgen laufen wir in Richtung Alexanderplatz. Die Straße wird immer voller. Einige haben Plakate dabei. Andere tragen wie wir, Holzstangen für bemalte Bettlaken. Witzige Revolutionslyrik prägt die Stimmung: „Wir sind keine Fans von Egon Krenz“, „Rücktritt ist Fortschritt“, „Freie Wahlen statt falsche Zahlen“. Eine friedliche Revolution mit Witz, Ironie und beißendem Spott. Das DDR-Fernsehen überträgt live den Protest der 500.000. Seit Leipzig wissen wir: Das Politbüro hatte mit fast allem gerechnet, nur nicht mit Kerzen, Liedern und Sarkasmus.

Berlin-Mitte, 9. November 1989

Es dauert etwas bis der alte Röhrenfernseher warm wird. Seit Wochen schauen wir entgegen unseren Gewohnheiten erst die ostdeutschen Nachrichten der „Aktuellen Kamera“. Im Anschluss läuft die Tagesschau. Es ist Politbürositzung. Günter Schabowski, der Berliner Jüngling in der Altherrenriege, darf der versammelten internationale Presse berichten. Wir sind live dabei. Die (bestellte) Frage des italienischen Journalisten und die Schabowskiantwort sind bekannt. Oh Gott stöhnen wir: „jetzt kann der nicht mal richtig vom Zettel ablesen“. Dass es Reisefreiheit im bürokratischen Sozialismus geben soll, ohne Formulare und Anträge, Schlange stehen und Stempel, scheint mir gelerntem Ostdeutschen unvorstellbar. Einfach mit dem Personalausweis in der Hand zur Grenze zu ziehen? Außerdem sind wir nicht sicher, ob wir später wieder einreisen können. Vielleicht behandelt man uns wie die Prager Botschaftsflüchtlinge? Wir wollen nicht weg, wir wollen beharrlich das System verändern. Die letzten Nächte waren kurz. Wir gehen noch auf ein Bier zu Freunden und verschlafen dann selig den Mauerfall. Am nächsten Morgen überschlägt sich die Stimme des Radioreporters. Live vom Brandenburger Tor sendet der RIAS den Jubel der Menschen. Träum ich? Wenige Minuten später bin ich auf dem Rad. Werden unsere Überlegungen zu einem „Dritten Weg“ nun zu einer intellektuellen Sackgasse? Ich schließe mein Rad zur Sicherheit auf der Ostseite an – man weiß ja nie. Dann beginnt mein erster Tag jenseits der Mauer.

Der Verfasser ist heute Prälat, Beauftragter des Rates der EKD und u.a. verantwortlich für die Lutherdekade ■

Auseinandersetzung mit dem Original

Zur Situation der Restauratoren in Deutschland • Von Volker Schaible

Für unsere Gesellschaft ist es von besonderer Bedeutung, ihre Kulturgüter zu bewahren und an künftige Generationen weiterzugeben. Angesichts einer zunehmenden Bedrohung geschützter Kulturgüter und ganzer Sammlungsbestände auch in Friedenszeiten wächst die Bedeutung derer, die sprichwörtlich zum Wohle der Erhaltung unserer Kunst- und Kulturgüter Hand anlegen und mit dem kulturellen Erbe umzugehen wissen. In diesem Zusammenhang sei nur an das Elbehochwasser in Sachsen im August 2002, die Brandkatastrophe der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar im September 2004 und an den Einsturz des Kölner Stadtarchivs im März 2009 erinnert.

Nach heutiger Auffassung besteht die Tätigkeit des Restaurators in der Erhaltung, Pflege, Restaurierung und technologischen Erforschung von Kunst- und Kulturgut. Für eine angemessene Beurteilung der restauratorischen Tätigkeit und ihres Stellenwertes muss die besondere Verantwortung berücksichtigt werden, die dem Restaurator daraus erwächst, dass er es mit unersetzbaren Originalen zu tun hat. Diese besitzen oft einen hohen künstlerischen und stets einen kulturellen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und/oder ökonomischen Wert. Der Verband der Restauratoren e.V. (VDR) ist der Berufs- und Fachverband der Restauratoren in Deutschland. Sein Hauptanliegen ist der Schutz und die sachgerechte Bewahrung des Kunst- und Kulturgutes unter Respektierung seiner materiellen, historischen und ästhetischen Bedeutung. Um Kunst- und Kulturgut wirksam schützen zu können, fordert der VDR seit Jahren, dass nur qualifizierte Restauratoren am Kulturgut tätig werden dürfen. Er hält die Wahrung der fachlichen Standards für unverzichtbar und fordert Maßnahmen des gesetzlichen Berufsschutzes in Deutschland ein. Dabei geht es nicht um die Etablierung von Privilegien für die „Zunft der Restauratoren“, sondern um die Sicherung von Qualität und den Erhalt unschätzbarer materieller und ideeller Werte.

Ein kurzer Blick in die Geschichte des Restaurierwesens macht den enormen Wandel des Berufsbildes und das heutige Selbstverständnis der Restauratoren deutlich. Um 1900 begann sich für die Restauratoren in Deutschland die Aufgabenstellung zu verändern, die letztlich den Weg zur heutigen Konservierungs- und Restaurierungswissenschaft bahnte. Bis dahin war der Restaurator ein vor allem künstlerisch ausgebildeter Fachmann, der die Wiederherstellung eines vermuteten ursprünglichen Zustandes anstrebte. Weil dabei die Objekte oft bis zur Unkenntlichkeit verändert wurden und von der originalen materiellen Substanz nicht mehr viel übrig blieb, begann sich immer häufiger Widerstand gegen diese Verfahrensweise zu regen. Statt Objekte zu renovieren oder rekonstruieren, wurden die Spuren der Geschichte und der natürlichen Alterung mehr und mehr respektiert. Die Aufgabenstellung der Restauratoren bestand zunehmend in der Erforschung und dem Erhalt der ihnen anvertrauten Objekte. Der Beginn der kunsttechnologischen Forschung und der Entwicklung geeigneter Konservierungs- und Restaurierungstechniken, ergänzt durch naturwissenschaftliche Untersuchungsmethoden, war eingeleitet.

Aus dieser geschichtlichen Entwicklung leitet sich die Forderung nach einer wissenschaftlich fundierten Ausbildung auf dem Gebiet der Konservierung und Restaurierung ab: Jeder konservatorischen oder restauratorischen Behandlung muss eine methodisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung vorausgehen, die das Objekt in allen relevanten Dimensionen erfasst und dokumentiert. Diese ist zugleich die Voraussetzung für ein Maßnahmenkonzept, welches die Konsequenzen eines jeden Eingriffes rechtzeitig abwägt. Vergleichbar mit einem Chirurgen, dessen Studium einerseits eine umfassende theoretische Schulung und andererseits die Praxis spezieller Operationstechniken beinhaltet, setzt auch die Qualifikation zum Restaurator eine angemessene, systematische und wissenschaftlich fundierte Ausbildung auf Hochschulniveau voraus. In den letzten 30 Jahren hat sich in Deutschland für die praktische und theoretische Ausbildung zum Restau-

Weiter auf Seite 36

20 Jahre Mauerfall

Wie hat sich die Kulturlandschaft zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer verändert? Wie haben sich die Arbeits-, Publikations- und Ausstellungsmöglichkeiten von Künstlerinnen und Künstlern verändert? Welche Bedeutung hat das kulturelle Erbe Ost und welche das kulturelle Erbe West?

Mit diesen und weiteren Fragen befasst sich die Reihe „20 Jahre Mauerfall“. In Ausgabe 2/2009 erschienen ein Beitrag der Autorin Regine Möbius und ein Interview mit Jürgen Haase, Progress-Filmverleih. In der Ausgabe 3/2009 wurde der Maler Johannes Heisig interviewt und der Verleger Christoph Links schrieb über die Verlagslandschaft in Ostdeutschland. In der Ausgabe 4/2009 gaben in einem Interview Birgit Jank und Suse Jank Auskunft über das Musikprogramm „Ehrt man die Rose noch?“ Auskunft. Steffen Lieberwirth berichtete im Interview über die Umbruchsituation des Rundfunks in Sachsen in den Jahren 1990 bis 1992. In der Ausgabe 5/2009 wurde der Schriftsteller Christoph Lehnert interviewt.

In dieser Ausgabe berichtet der Beauftragte der EKD für die Luther-Dekade *Stephan Dorgerloh* wie er die Zeit kurz vor dem Mauerfall und den 09. November 1989 erlebt hat.

Die Redaktion ■

Arbeitsmarkt Kultur

Wie verändert sich der Arbeitsmarkt Kultur? Wie entwickeln sich die Berufe? Welche Ausbildung wird vorausgesetzt, um erfolgreich arbeiten zu können? Müssen die Berufe geschützt werden oder gerade ein freier Zugang eine besondere Chance?

Mit diesen Fragen soll sich ab dieser Ausgabe in einer lockeren Reihe zum Thema Arbeitsmarkt Kultur auseinandergesetzt werden. Den Anfang macht der Vorsitzende des Verbands der Restauratoren Volker Schaible, der sich mit der Frage des Berufsschutzes für Restauratoren befasst.

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 35

Auseinandersetzung

rator eine geregelte Hochschulausbildung mit Diplomabschluss etabliert. Die Qualität und Dichte der Restauratorenausbildung an bundesdeutschen Hochschulen ist vorbildlich und findet in internationalen Fachkreisen Anerkennung und Beachtung.

Mehrere Entwicklungen in der jüngsten Vergangenheit sind jedoch alarmierend und besorgniserregend. Ein erster gravierender Einschnitt in die positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte war die seitens der Bildungspolitik umgesetzte Hochschulreform im Zuge des so genannten Bologna Prozesses. Ungeachtet der seitens des Verbandes der Restauratoren vorgetragenen Sachargumente verordnet die Bildungspolitik den ersten berufsqualifizierenden Abschluss Bachelor als Regelabschluss. Damit fördert sie Kurzzeitstudiengänge, welche die Befähigung zu einer verantwortungsvollen Tätigkeit an historischem Kunst- und Kulturgut nicht vermitteln können. Neben nichtkonsekutiven Studiengängen werden neuerdings auch internetbasierte Fernstudien im Fachbereich Konservierung und Restaurierung angeboten. Derartige Ausbildungsmodelle bergen unserer Meinung allerdings die Gefahr in sich, dass der Verbraucher – und hiezu zählt auch die öffentliche Hand als Auftraggeber – nicht mehr klar erkennen kann, welche Kenntnisse und Fähigkeiten hinter der nach wie vor in Deutschland ungeschützte Berufsbezeichnung „Restaurator“ stecken. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur unseren Berufsstand, sondern logischerweise auch den Erhalt unsers kulturellen Erbes. In anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hat die Erhaltung des nationalen kulturellen Erbes einen höheren Stellenwert. Hier wurden trotz Implementierung des Bolognaprozesses Ausnahmeregelungen im Sinne einer Qualitätssicherung für die Hochschulausbildung der Restauratoren zugelassen.

Ende 1999 verabschiedete das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern als erstes und einziges Bundesland ein so genanntes „Restauratorengesetz“. Hier wurde geregelt, dass sich nur diejenigen „Restauratoren“ nennen dürfen, die ihre Qualifikation und Erfahrung nachgewiesen haben. Im Zuge der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde nun von der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ein Gesetzentwurf erlassen, um dieses Restauratorengesetz wieder abzuschaffen. Die EU-Dienstleitungsrichtlinie berücksichtigt nur Gesetzgebungen, welche auf nationaler Ebene vor Inkrafttreten der Richtlinie Bestand hatten. Aufgrund der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Deutschland mit der so genannten „Kulturhoheit der Länder“ blieb und bleibt weiterhin versteckt, was in anderen europäischen Nationen groß herausgestellt wird. Von Italien, Frankreich, Portugal, Spanien bis Griechenland – überall schützt man stolz das nationale kulturelle Erbe. Hier wurden vor Inkrafttreten der Dienstleistungsrichtlinie auf nationaler Ebene entsprechende Gesetze erlassen. In der Bundesrepublik Deutschland sieht man nichts dergleichen. In diesem Zusammenhang sei der deutsche Schriftsteller Oskar Maria Graf zitiert: „Europa ist zweifellos die Wiege der Kultur. Aber kann man sein ganzes Leben in der Wiege verbringen?“ Unsere Bemühungen zum Schutz und zur Anerkennung unseres Berufsstandes mögen dazu beitragen, dass auch die Bundesrepublik Deutschland in Sachen Wertschätzung ihres kulturellen Erbes endlich erwachsen wird.

Der Verfasser ist Präsident des Verbandes der Restauratoren e.V. (VDR) ■

Von der Kulturrepräsentanz zum kulturellen Dienstleister

Über die Arbeit des New Yorker Goethe-Instituts • Von Sebastian Moll

Es ist nicht so, dass sich Gabriele Becker hier nicht wohl fühlt. Von ihrem lichtdurchfluteten Büro im vierten Stock einer eleganten Villa an der Fifth Avenue blickt die Direktorin des New Yorker Goethe-Instituts auf die monumentale Freitreppe des Metropolitan Museum, der vielleicht reichsten Kulturschatzkammer der Welt. Und gleich hinter dem Kunsttempel beginnt der Central Park, jener weitläufige Prachtgarten im Herzen der Stadt, dessen Ränder zu den begehrtesten und teuersten Wohnlagen Manhattans gehören.

Wir haben es schon sehr schön hier“, gibt Becker zu. Und doch sieht die Institutsleiterin der Region Nordamerika es positiv, dass eine dringend erforderliche Sanierung das Goethe-Institut derzeit dazu zwingt, seinen vornehmen Standort vorübergehend aufzugeben. Ab Ende Oktober wird die Nummer 1014 Fifth Avenue modernisiert und das Institut verteilt sich voraussichtlich drei Jahre lang auf drei Gebäude an der Lower East Side Manhattans. „Es ist ein echte Chance“, sagt Becker. „Eine Frischzellenkur zur rechten Zeit.“

Der temporäre Umzug des New Yorker Goethe-Instituts ist symbolisch für einen Neubeginn. Schon rein geographisch kam der alte Hauptsitz an der Fifth Avenue einer Kern-Klientel entgegen, die es heute so praktisch nicht mehr gibt: Die Deutsch-Amerikaner, die sich in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts an der Upper East Side unweit des Metropolitan Museums angesiedelt hatten und die eine kulturelle Bindung zu ihrer Heimat aufrecht erhalten wollten. Vom ehemaligen „Germantown“ gibt es mittlerweile hier jedoch nur noch wenige Spuren – eine Metzgerei, eine deutsche Kneipe namens „Heidelberg“, eine katholische Kirche, in der die Messe noch auf Deutsch gelesen wird. Es sind Inseln in einem gesetzten Wohnbezirk, der von der angelsächsischen Upper-Class geprägt wird.

Die Lower East Side, wo sich das Institut in den kommenden Jahren ansiedelt, wird hingegen von einem jungen, ethnisch durchmischten, sowie stark kulturinteressierten Publikum beherrscht. Die neue Lage entspricht perfekt dem veränderten Selbstverständnis des New Yorker Instituts. Weit weniger als bisher möchte man am Hudson eine Repräsentanz im klassischen Sinn sein. Stattdessen soll sich das Goethe-Institut zu einem Player im unendlich reichhaltigen aber auch hart umkämpften New Yorker Kulturbetrieb mausern. Es soll weniger im konventionellen Sinn deutsche Hochkultur exportiert werden, als vielmehr das Publikum vor Ort in einen „lebendigen transatlantischen Dialog“ verwickelt werden, wie Gabriele Becker es ausdrückt.

Sichtbarster Teil dieses Relaunches sind sicherlich der neue Veranstaltungsraum im „Wyoming Building“ an der Bowery Street und der Ausstellungsraum „Ludlow 38“, nur zehn Fußminuten davon entfernt. Noch bevor der Raum im Wyoming Gebäude – mitten in einem Viertel, das vor Kunstgalerien, Restaurants, und Musikclubs nur so überquillt – fertig gestellt wurde, organisierte Programmdirektor Stephan Wackwitz dort eine programmatische Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Reinventing Goethe“. Kuratiert wurde die Reihe von der „Storefront for Architecture“ – einer gemeinnützigen Organisation zur Förderung innovativer Initiativen in den Bereichen Architektur und Design, die schon seit Jahrzehnten ihren Sitz im Quartier hat.

Als erstes lud die „Storefront“ junge amerikanische Innenarchitekten dazu ein, mit dem Berliner „Institut für angewandte Urbanistik“ über öffentlichen Raum und dessen Gestaltung zu diskutieren. Besser als mit dieser Veranstaltungsreihe hätte man nicht illustrieren können, wie das New Yorker Institut seinen neuen Auftrag begreift. Junge Vordenker von beiden Seiten des Atlantiks trafen sich zu einem offenen und öffentlichen Ideenaustausch, der auch noch zum Thema hatte, wie sich Austausch fördern und gestalten lassen.

Seit September steht der Raum im Wyoming dauerhaft der Öffentlichkeit als Treffpunkt zur Verfügung und etabliert sich hoffentlich auf der Lower East Side als Kommunikationszentrum einer jungen Avantgarde. Das gleiche Ziel hat auch die Bibliothek, die im November in der Spring Street, an der Grenze zu Chinatown einzieht. „Wir wollen ein Ort der Begegnung werden“, sagt Bibliotheksleiterin Brigitte Doellgast. Ein Ziel, das an dem hübschen aber isolierten Standort gegenüber des Metropolitan Museum schwer zu verwirklichen war. Der einzigen öffentlichen deutschsprachigen Bibliothek der USA fehlte dort schlicht die Laufkundschaft. Wer dorthin kam, hatte meist ein sehr spezielles Interesse. Als modernes Multimedia-Zentrum in einem jungen lebendigen Bezirk soll sich das nun ändern.

Ludlow 38: der Ausstellungsraum des Goethe-Instituts an der Lower East Side
© Peter Lüders

Von diesem Geist der Offenheit und des Dialogs war auch die zweite Veranstaltungsreihe im Wyoming getragen – eine Reihe hochkarätiger Podiumsdiskussionen zum Thema ökologisch verantwortungsvoller Architektur. Nachhaltigkeit ist in den USA spätestens seit dem Erfolg des Al Gore-Films zum Treibhauseffekt ein breit diskutiertes Thema und grünes Bauen hat sich in den Städten längst zum Standard verfestigt. Wie bei jedem Trend-Thema sind die Begriffe dabei jedoch häufig unscharf. Und genau da sieht das Goethe-Institut die Gelegenheit zu einem bedeutungsvollen Beitrag; „Wir haben uns überlegt auf welchem Gebiet wir zu den wichtigen Debatten hier vor Ort etwas hinzuzufügen haben“, sagt Gabriele Becker. Umwelt sei dabei, aufgrund der deutschen Vorreiterschaft auf diesem Gebiet, das erste Thema gewesen, bei dem die New Yorker Goethe-Mannschaft glaubte, Deutschland könne dem inneramerikanischen Diskurs Impulse geben.

Deshalb haben die Goethe-Institute Nordamerikas auch die Umwelt zum ersten von vier Schwerpunktthemen für die gesamte Region ausgewählt. Die weiteren Themen sind der transatlantische Dialog, die Digitalisierung der Öffentlichkeit, sowie das Thema Migration. Wie beim Thema Umwelt ist das Goethe-Institut im nordamerikanischen Kontext auch bei den anderen Themen prädestiniert, einen Beitrag zu leisten. Der transatlantische Dialog gehört ohnehin zur Kernkompetenz des Instituts, die Goethe-Bibliotheken beschäftigen sich täglich in ihrem Umstellungsprozess zu einem modernen multimedialen Informationsnetzwerk mit der Digitalisierung. Und durch das Institut in Mexiko, das auch der Region Nordamerika angehört, sind die Migration und die Nord-Süd-Problematik als globales Gegenwartsthema für das Goethe-Institut äußerst präsent.

Wichtig ist Gabriele Becker dabei, dass das Goethe-Institut auf eine Art in diese Diskurse eingreift, die seinen Stärken und seinem Selbstverständnis entspricht: „Wir wollen die Debatten auf ein hohes intellektuelles Niveau heben“, sagt Becker. So veranstalten die Institute in Montreal, Boston, San Francisco und Mexiko derzeit in Zusammenarbeit mit dem kulturwissenschaftlichen Institut in Essen eine Serie von Workshops zum Thema „Kulturelle Folgen des Klimawandels“, an der junge Geisteswissenschaftler aus Kanada, Deutschland und den USA teilnehmen. Die Workshops sollen im Laufe des kommenden Jahres zu einer Serie von Podiumsveranstaltungen führen.

Das Projekt zum Schwerpunktthema Umwelt ist indes nur ein Beispiel für die durchgehend enge Kooperation zwischen den nordamerikanischen Instituten, die in allen Bereichen besteht. So sorgen fünf Trainernetzwerke an den Instituten in New York, Washington, Boston, San Francisco und Chicago für die Fortbildung der Lehrerfortbilder im ganzen Land. „Es gibt etwa 5.000 Deutschlehrer in den USA, die können wir nicht alle einzeln erreichen“, erklärt die Leiterin des Sprachbereiches, Eva Marquart. Deshalb kümmere man sich über das Netzwerk der Institute darum, dass die Deutschlehrer an amerikanischen Schulen auf einem möglichst hohen Qualitätsniveau arbeiten.

Kern der Spracharbeit sind allerdings nach wie vor die kommerziellen Sprachkurse für Erwachsene an den Instituten. Dabei ist das Goethe-Institut Nordamerika Weltmeister, wenn es darum geht, Sprachkurse in Deutschland zu vermitteln: Aus keinem anderen Land der Welt reisen so viele Sprachlernende zu Kursen nach Deutschland.

Das Goethe-Institut Nordamerika macht derzeit große Schritte bei seinem Wandel von einer traditionellen Kulturrepräsentanz zu einem modernen Dienstleister sowie einem aktiven Teilnehmer am kulturellen Leben und den aktuellen gesellschaftlichen Debatten vor Ort. Die New Yorker Veränderung von einem botschaftsartigen Sitz zu drei offenen, äußerst flexibel genutzten Räumen im Zentrum des Kulturlebens dokumentiert diese Entwicklung. Und so ist zu hoffen, dass das Institut in drei Jahren seine neue Identität mit zurück in die altehrwürdigen Räume tragen kann. Ein Hauch von Downtown wird dann allerdings schon alleine dadurch durch die Flure der Nummer 1014 Fifth Avenue wehen, dass dort neben Verwaltung, Veranstaltungen und Medienzentrum Künstlerwohnungen für ein „Artist in Residence“ Programm entstehen sollen. Es soll ein lebendiger Ort werden mit einer Vielfalt und Vielschichtigkeit kulturellen Lebens – eine wahrhaft angemessene Vertretung eines modernen Deutschlands in den USA.

Der Verfasser ist freier Redakteur in New York ■

Goethes Welt

In der letzten Ausgabe hat der Präsident des Goethe-Instituts Klaus-Dieter Lehmann in seinem Leitartikel über die Neuausrichtung des Goethe-Instituts berichtet. In dieser Ausgabe beginnt unter der Überschrift „Goethes Welt“ eine neue Reihe. In den nächsten Ausgaben sollen jeweils Goethe Institute auf den verschiedenen Kontinenten vorgestellt werden, große und kleine, neue und alte. Damit soll die Vielfalt der Arbeit der Goethe Institute deutlich werden.

Die Redaktion ■

Brücke oder Dynamit? Provokation zum interkulturellen Dialog

Weltgipfel Kunst und Kultur tagte erstmalig in Afrika • Von Christine M. Merkel

Mit angehaltenem Atem verfolgten dreihundert Delegierte des Artsummit im Schlussplenum den filmischen Rundgang mit Verfassungsrichter Judge Albie Sachs durch den Neubau des südafrikanischen Verfassungsgerichts in Johannesburg. Eingeweiht am 10. Dezember 2004, ist dieses Gebäude ein atemberaubendes Gesamtkunstwerk. Eine strategische Entscheidung war bereits die Wahl des Bauplatzes, das Gelände des alten Forts und notorischen Gefängnisses auf dem Hügel über der Stadt, heute Constitution Hill. Ein finsterer und blutiger Ort, Symbol von Jahrzehnten Repression und Leid. Anfang des 20. Jahrhunderts war dort u.a. Mahatma Gandhi mehrfach interniert, damals ein junger erfolgreicher Anwalt und politischer Aktivist in der Goldminenstadt. Viele ANC Führer sollten folgen, deren Verteidigung die jungen Anwälte Oliver Tambo und Nelson Mandela übernahmen, bis ihnen selbst der Prozess gemacht wurde.

Schwerter zu Pflugscharen als Umbauprinzip: Die jungen südafrikanischen Architekten haben die alten Backsteine des Gefängnisses recycelt und daraus den Hauptsaal des Verfassungsgerichts gebaut. Vier Treppenhäuser, durch die Gefangene zu Verhör und Folter geschleppt wurden, wurden als Mahnmal in den Neubau integriert. Natürliche Belüftung, Tageslicht, ein zum Himmel offenes Dach und eine Augenweide an Skulpturen, Installationen, Gemälden verwandelten diesen Ort des Schreckens in ein Statement für die Zukunft. Die Teppiche wurden nach den Entwürfen der Designer von Weberinnen aus den Townships gefertigt. Kunst und Kultur, in der Geschichte der Menschheit immer sowohl Teil von Herrschaft und Unterdrückung als auch Mittel für Umwälzung und Auseinandersetzung, wurde hier offensiv als Chance genutzt, Neues zu erschaffen und die Bevölkerung zu beteiligen. Das Ergebnis: Ein offenes Haus, Licht durchflutet, einladend, voller Besucher und Gäste, farbig, mit der größten öffentlichen Bibliothek für Menschenrechtsfragen der südlichen Hemisphäre und einer eindrucksvollen Sammlung von 200 Werken zeitgenössischer Kunst. Architektur und Innenausstattung verkörpern den neuen Gesellschaftsvertrag der 1994 mit der Annahme der neuen südafrikanischen Verfassung begründet wurde – die übrigens u.a. einen Kulturauftrag des Staates formuliert.

Die Kunstwerke im Verfassungsgericht entziehen sich simpler politischer Instrumentalisierung und sprechen zugleich eine klare Sprache. „The benefit of doubt“, so der Titel eines Großtryptichons von Marlene Dumas - der „Auftrag zum Zweifel“ als wirksamster Schutz der Verfassung. Das Budget für „Kunst am Bau“ betrug übrigens ca. 2.000 Euro. Plastischer als durch die Augen von Verfassungsrichter Albie Sachs und seiner Kolleginnen und Kollegen hätte man das Thema des vierten Weltgipfels Kunst und Kultur, „Begegnung der Kulturen - Sinn durch Kunst“ nicht verkörpern können. Virtuell ist dieser Rundgang nachvollziehbar unter www.constitutionalcourt.org.za/text/art.

Vom 22.-25. September 2009 tagte erstmalig ein internationaler Kunst und Kulturgipfel in Afrika, im Afrikamuseum Johannesburg, organisiert vom südafrikanischen Arts Council (www.nac.org.za), Gründungsmitglied des 2000 neu gegründeten Weltverbands Kunst- und Kulturförderung (International Federation of Arts Councils and Culture Agencies, wwww.ifacca.org). IFACCA verbindet derzeit Einrichtungen der öffentlichen Kulturförderung und Kulturministerien aus siebzig Ländern zur gegenseitigen professionellen Beratung. Initiatoren waren v.a. die Arts Councils Australiens, Südafrikas, Finnlands und Singapurs. IFACCA versteht sich als internationale Service-Plattform für die internationale Lobby für Kunst und Kulturpolitik und hat z.B. mit ConnectCP eine weltweite elektronische Plattform zur Vernetzung von Fachleuten lanciert (www.connectcp.org).

Die südafrikanischen Veranstalter hatten sich für die Schwerpunktthemen „interkultureller Dialog“ und „kulturelle Vielfalt“ entschieden, sichtlich auch unter dem Eindruck der gewaltsamen Angriffe auf Migranten aus Zimbabwe im Sommer 2008 und mit Blick auf die internationale Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Gut die Hälfte der dreihundert Gipfel-Teilnehmer kamen aus Afrika, die andere Hälfte von allen anderen Kontinenten, von Mexiko bis zur Mongolei, aus Bulgarien und Brasilien, aus Korea und Kolumbien, aus Finnland und von den Fidschi-Inseln. Mike van Graan, einer der produktivsten zeitgenössischen Dramatiker Südafrikas und im Nebenberuf Generalsekretär des informellen ARTerial Netzwerks zur Stärkung des Kultursektors in Afrika, schuf als Programmdirektor Raum für offene und kritische Auseinandersetzung. Mit spitzer Feder hatte er in wöchentlichen Blogs die Paradoxe kultureller Vielfalt und interkulturellen Dialogs analysiert. Dabei schonte er auch die eigene Zunft nicht, die sich seiner Meinung nach zu wenig um die politischen Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur kümmert (nachzulesen unter www.artsummit.org).

Keynote Redner aus Pakistan (Madeeha Gauhar), Slovenien (Stojan Pelko), Spanien (Mercedes Giovinazzo), Großbritannien (Baroness Lola Young), Palästina (Iman Auon) und Indien (Sanjoy Roy) griffen diesen Ball mit selbstkritischer Offenheit auf, allen voran Prof. em. Njabulo S. Ndebele, der langjährige Vorsitzendes des südafrikanischen Schriftstellerverbands (vgl. Ndebele, „Rediscovery of the Ordinary. Essays on South African Literature and Culture“. Kwa Zuku Natal University Press 2006). Die „Regenbogennation“, dieser berühmte Ausdruck den Bischof Desmond Tutu prägte, sieht „Einheit in Vielfalt“ als ihr tragendes Prinzip an, wie auch die Europäische Union. 15 Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika ist eine intensivere Auseinandersetzung mit den unterschwelligen und offenen kulturell gefärbten (Klein-)Kriegen nötig. Ndbele skizzierte dies am Beispiel eines zulu-sprachigen Popsongs aus dem Jahre 2002, der das Verhalten indischstämmiger Südafrikaner an den Pranger stellte und in Folge aus den Charts verbannt wurde. Prof. Ndebele kritisierte die mangelnde politische Führungskraft im Umgang mit Fremdem und Befremdlichen. Der Geist wurde oberflächlich in die Flasche zurückgedrängt, statt diese Dissonanz als Chance zur Auseinandersetzung zu nutzen, um z.B. zur Vertiefung des Verständnisses der geteilten Geschichte zwischen Südafrika und dem Subkontinent zu kommen. Vor allem in den Gemeinden vor Ort muss eine öffentliche Kultur der Auseinandersetzung wachsen und das Gemeinwesen gestärkt werden. Künstlerische Mittel führen oft auf unerwartete Wege, sind widerborstig und auch Zumutung. In der Familiengeschichte von Madeeha Gauhar, heute Produzentin der sozialkritischen Theaterkompanie „Ashoka“ in Pakistan, findet sich eine der vielen interkontinentalen Migrationsgeschichten des britischen Empire, vom Subkontinent zum Kap, in der dritten Generation auf Drängen des Großvaters dann wieder zurück nach Pakistan, wegen des dort vermeintlich sichereren Lebens. Seine Enkelin wurde dort wegen ihres Eintretens für die Rechte von Minderheiten mehrfach inhaftiert.

Johannesburg, Verfassungsgericht, öffentliche Menschenrechtsbibliothek
Foto: Paul Jacobson 2006, under creative commons licence (www.flickr.com)

Konkrete Ergebnisse von drei Verabredungen sind zu erwarten: Programmdirektor Mike van Graan plädiert dafür, dass der südafrikanische Kunstrat endlich ein Kunst- und Kulturfestival der zimbabwischen Gemeinschaft, die in Südafrika lebt, unterstützt – europäische Vorbilder wurden hier als gute Praxis zitiert. Das ARTerial Netzwerk will die Idee „Kulturstädte in Afrika“ im Frühjahr 2010 zur operativen Reife entwickeln, nicht als Kopie der europäischen und arabischen Kulturhauptstadtidee, sondern in einer ersten Phase eher als kleinteilige soziokulturelle Basisarbeit. Die kulturpolitischen Informationsnetze aus Europa (www.culturpolicies.org), Afrika (www.ocpa.org), das von der Organisation der Amerikanischen Staaten neu aus der Taufe gehobene Red Interamericana de Información Cultural und einige asiatisch-pazifische Länder (u.a. Singapur, Australien, Neuseeland) werden künftig enger kooperieren, nicht zuletzt mit Blick auf das Monitoring des UNESCO-Übereinkommens zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

Mein persönliches Fazit: eine Dialogplattform „unplugged“ auf der Höhe der Zeit, ein Tachelesgespräch mit Seltenheitswert. 2011 wird Australien unmittelbar vor dem Internationalen Kunstfestival Melbourne vom 3.–6. Oktober einen fünften Weltgipfel für Kunst und Kultur ausrichten. Der Ausrichterwettbewerb für einen sechsten Kunstgipfel 2013/2014 ist bereits in vollem Gang. Die Messlatte nach Johannesburg liegt hoch. Es wäre zu wünschen, dass es bald auch IFACCA Vollmitglieder aus Deutschland gibt.

Die Verfasserin ist Leiterin des Fachbereichs Kultur, Memory of the World der Deutschen UNESCO-Kommission und der Kontaktstelle für das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksweisen / www.unesco.de. Im Rahmen des Worldsummits leitete sie den Roundtable „Managing and monitoring global culture policies“ ■

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION
Konzeption Kulturelle Bildung III

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Max Fuchs, Gabriele Schulz und
Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

Kultur, die besondere Dienstleistung

Freihandelsabkommen mit Zusatzprotokoll zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen der EU und Südkorea unterzeichnet • Von Hans-Jürgen Blinn

Im April 2007 ermächtigten die EU-Mitgliedstaaten die Kommission, mit Südkorea ein umfassendes Freihandelsabkommen auszuhandeln. Nach acht offiziellen Verhandlungsrunden haben am 15. Oktober 2009 beide Seiten das Abkommen paraphiert. Mit dem Freihandelsabkommen werden für den Handel mit Waren und Dienstleistungen neue, umfassende Perspektiven eröffnet (einer Studie zufolge im Wert von bis zu 19 Milliarden Euro). Durch ein zusätzliches Protokoll, in dem die kulturelle Zusammenarbeit beider Partnerregionen speziell geregelt ist, wird die Besonderheit des Kulturdienstleistungsbereichs als Handelsobjekt hervorgehoben. Dem Abkommen müssen die EU-Staaten und das Europaparlament noch zustimmen, sodass der Vertrag in der zweiten Jahreshälfte 2010 in Kraft treten könnte. Ungeklärt ist noch, wie sich das Abkommen auf den Kulturdienstleistungssektor auswirken wird, denn mit dem vorliegenden Abkommen mit Südkorea wird ein völlig neues Kapitel im Bereich der internationalen Kulturvereinbarungen aufgeschlagen.

Zum Hintergrund ein kurze Erläuterung, wie es dazu kommen konnte[1]. Ausgangspunkt sind die Handelsrunden innerhalb der WTO. Dabei werden unterschiedliche Themen parallel verhandelt und alle Verhandlungen sollen zu einem Stichtag abgeschlossen sein. Zurzeit läuft die sogenannte Doha-Runde, bzw. Doha Development Agenda. Sie wurde von den Industriestaaten als „Entwicklungsrunde“ ausgerufen, begann nach der Ministerkonferenz der WTO in Doha/Katar 2001 und sollte ursprünglich bis zum 31. Dezember 2004 abgeschlossen werden. Nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenzen in Cancún (2003) und in Hongkong (2005) wurden im Februar 2007 die Verhandlungen erneut aufgenommen, jedoch wegen der Ankündigung von temporär gestalteten Zöllen, mit denen sich Schwellen- und Entwicklungsländer vor unerwarteten Agrarimportschüben schützen wollten, wiederum ausgesetzt. Seit dieser Zeit „dümpeln“ die WTO-Verhandlungen ohne erkennbare Fortschritte dahin. Ein Abschluss der Doha-Runde ist in absehbarer Zeit nicht in Sicht. Es ging auch nach der Präsidentenwahl in den USA von dort, wie zuvor erhofft, kein entscheidender Impuls aus.

Daher hat sich die EU-Kommission mit Zustimmung der Mitgliedstaaten entschlossen, neben den WTO-Verhandlungen bilaterale Handelsabkommen mit Drittstaaten und Freihandelszonen abzuschließen. Diese Freihandels- und Wirtschaftspartnerschafts-abkommen (Free Trade Agreement/FTA und Economic Partnership Agreement/ EPA) seien notwendig geworden, so die Kommission, da es zwischenzeitlich zu dem bereits geschilderten Stillstand auch bei den Dienstleistungsverhandlungen auf WTO-Ebene (GATS-Verhandlungen) gekommen ist. Als erstes Ergebnis dieser bilateralen Verhandlungen wurde zwischen der EU und dem Zusammenschluss karibischer Staaten, dem sog. CARIFORUM, ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen im Jahre 2007 unterzeichnet, das im Oktober 2008 in Kraft getreten ist. Das besondere an diesem Handelsabkommen ist, dass es erstmalig ein Zusatzprotokoll zur kulturellen Zusammenarbeit enthält.

Diesen neuen Ansatz im Bereich der Handelsabkommen stellte die Kommission im Mai 2007 und April 2008 der Zivilgesellschaft vor und erläuterte die Ziele und Maßnahmen, die mit diesen Protokollen zur kulturellen Zusammenarbeit in Zukunft erreicht werden sollen. Die Europäische Kommission beruft sich dabei auf die Artikel 133, 300 und 310 des EG-Vertrages, die ihr die Kompetenz zum Abschluss dieser Handelsabkommen unter Einbeziehung eines vom Rat bestellten Ausschusses (Besonderer Ausschuss nach Art. 133 EGV) gebe[2].

Weiterhin antwortete die Kommission auf entsprechende Nachfrage, dass man sich für ein eigenes Kapitel für kulturelle und audio-visuelle Dienstleistungen entschlossen habe, um damit die Besonderheit der Kultur im Vergleich zu anderen Dienstleistungen anzuerkennen. Die Ziele des Freihandelsabkommens mit CARIFORUM wurden überwiegend in Form von Absichtserklärungen zur kooperativen Zusammenarbeit formuliert und zwar in den Bereichen allgemeine Kulturdienstleistungen, Kulturaktivitäten, Kulturgüter und im audio-visuellen Sektor, unter Beachtung und Aufrechterhaltung der jeweiligen nationalen Kulturpolitiken. Dezidiert werden im Abkommen Definitionen aus dem „UNESCO-Abkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ vom 20. Oktober 2005 übernommen.

Die EU-Kommission plant derzeit weitere Freihandelsabkommen mit Zusatzprotokollen zur kulturellen Zusammenarbeit, u.a. mit den ASEAN-Staaten, Drittstaaten des Mittelmeer-Raumes (EUROMED) und Indien, sowie ein Assoziierungsabkommen mit der Gemeinschaft der Andenstaaten (CAN) und Zentralamerika. Der Abschluss der geplanten Kulturprotokolle sei jedoch immer auch an die Ratifizierung der UNESCO-Abkommen zur Wahrung der kulturellen Vielfalt durch alle Vertragsparteien geknüpft, um so die Position des Abkommens im Rahmen der GATS-Verhandlungen zu stärken.

Von dieser Position ist die Kommission jedoch vor kurzem in den Verhandlungen mit den Andenstaaten abgerückt. Obwohl Kolumbien das UNESCO-Abkommen noch nicht ratifiziert habe, möchte die Kommission dennoch das Zusatzprotokoll zur kulturellen Zusammenarbeit mit den Andenstaaten insgesamt in Kraft treten lassen. Frankreich und Belgien haben im 133er Ausschuss dagegen Widerspruch erhoben.

Ein Zusammenschluss mehrerer EU-Mitgliedstaaten[3] und der Schweiz zu einer „Europäischen Koalition für kulturelle Vielfalt“ hatte im Frühjahr dieses Jahres der EU-Kommission ein Arbeitspapier vorgelegt, in dem Vorgaben zum Abschluss zukünftiger Kulturprotokolle gemacht werden. So verlangen diese Staaten, dass die Gespräche über die Kulturprotokolle unabhängig von den Verhandlungen der zugrundeliegenden Handels- bzw. Wirtschaftabkommen verlaufen sollten, um so die Eigenständigkeit und Besonderheit der Kulturprotokolle zu dokumentieren. Darüber hinaus sollten die Verhandlungen unter der Leitung der Generaldirektion Kultur stattfinden, unter Einbeziehung der Generaldirektion Handel. Vorzugsbehandlungen in den verschiedenen Kultursektoren sollte es nur für die Länder geben, in denen sich die jeweiligen Kultursektoren noch in der Entwicklung bzw. im Aufbau befinden. Bei allen anderen Partnern sollte darauf hingearbeitet werden, dass bereits bestehende Kooperationsabkommen erneuert und den veränderten Umständen angepasst werden. Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung der Kulturabkommen sei es, dass diese individuell an die Bedürfnisse der jeweiligen Vertragspartner angepasst würden. Dazu sollte die EU-Kommission auch mittel- und langfristige Strategien erarbeiten, wie diese Ziele erreicht werden können.

Die Kommission hat auf diese Intervention hin bereits einige Schutzmaßnahmen angekündigt, die der Besonderheit der Kulturprotokolle gerecht werden sollen. Es werde nach Auskunft der Kommission eine Bilanzierung der jeweiligen Zusatzprotokolle nach drei Jahren geben, mit der Möglichkeit, diese einseitig zu kündigen, falls sich negative Auswirkung auf den Kultursektor feststellen lassen. Ein neu zu etablierender Ausschuss werde die Durchführung des Protokolls überprüfen und unabhängig vom generellen Handelsausschuss agieren. Seine Mitglieder werden nicht aus dem Bereich Handel rekrutiert, sondern speziell aus dem Kulturbereich kommen. Die Details werde man in den nächsten Monaten noch erarbeiten. Zum ersten Mal soll dieser Ausschuss im Rahmen des Freihandelsabkommens mit Südkorea tagen.

Zum audio-visuellen Sektor im Rahmen des Kulturabkommens mit Südkorea weist die Kommission darauf hin, dass eine zusätzliche Formulierung zur Sicherung der Gegenseitigkeit beim Marktzugang für Koproduktionen eingeführt werden soll. Mit dem Kulturprotokoll würden europäisch-südkoreanische Koproduktionen aber nicht automatisch den Status europäischer Produktionen erhalten. Die Gegenseitigkeit sei hier insofern von Bedeutung, als in Südkorea Quoten für einheimische Produktionen gelten (25 Prozent für Fernsehprogramme und 20 Prozent für Kinoprogramme). Deshalb sei es für Europa wichtig, dass europäisch-südkoreanische Koproduktionen in Südkorea diesen Quoten zugerechnet werden.

Europäisches Parlament in Brüssel Foto: Kristin Bäßler

Das südkoreanische Recht soll europäischen Produktionen den gleichen Marktzugang gewähren, wie auch Südkorea Zugang zum europäischen Markt hat. Südkorea sei kein Entwicklungsland und habe insofern keinen Anspruch auf besondere Bedingungen.

Interessant wird sein, in welchem Verhältnis die künftigen EU-Kulturprotokolle zu den bisher geltenden bilateralen Kulturabkommen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten stehen werden. Nach Meinung der Kommission enthalten die EU-Kulturprotokolle lediglich Absichtserklärungen, finanzwirksame Festlegungen müssten jedoch auch weiterhin bilateral von den einzelnen Mitgliedstaaten in besonderen Kulturabkommen vereinbart werden.

Es ist ratsam, auch weiterhin ein wachsames Auge auf die Entwicklung der Zusatzprotokolle zur kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen von Freihandels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der Europäischen Union zu haben. Ein gesundes Misstrauen gegenüber der allzu bereitwilligen Übernahme kultureller Aspekte im Rahmen neuer Handelsabkommen durch die EU-Kommission bleibt, meines Erachtens, angebracht. Schließlich hat die WTO in Zusammenarbeit mit der UN (Internationale Arbeitsorganisation – ILO) in einer Untersuchung selbst festgestellt, dass die Globalisierung den Menschen in den Entwicklungsländern keine besseren Arbeitsbedingungen gebracht habe. Der Anteil der Niedriglohnjobs ohne soziale Absicherung sei gestiegen. Der Anteil solcher Arbeitsplätze betrage zwischen 30% in Asien und 90% in Afrika. „Der freie Handel hat die Entwicklung weltweit angeschoben“, erklärte WTO-Generalsekretär Pascal Lamy. „Dies hat aber nicht automatisch zu einer Verbesserung der Arbeitsqualität geführt“.[4]

1 Siehe dazu auch: Hans-Jürgen Blinn, „Protokolle zur kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen bilateraler Handelsabkommen der Europäischen Union“, politik und kultur, Zeitung des Deutschen Kulturrates, Berlin, Juli-August 2008, S. 22

2 Anmerkung des Verfassers: Durch dieses Vorgehen wird die Beteiligung der deutschen Länder beim Abschluss z.B. von Kulturabkommen nach dem Lindauer Abkommen durch eine Beteiligung des Bundesrates ersetzt.

3 Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Portugal, Spanien, Slowakei, Großbritannien.

4 „Schatten der Globalisierung“ in Politik und Markt, Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2009.

Der Verfasser ist Ministerialrat im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur und Beauftragter des Bundesrates im Besonderen Ausschuss für die GATS-Verhandlungen in Brüssel ■

KONZERTE FÜR KINDER –
PRAKTISCHE MODELLE AUF DEM PRÜFSTAND

Ausgehend von einem musikpädagogischen Ansatz, der einen sinnlichen Umgang mit musikalischem Material vorsieht, entwickelt Barbara Stiller Leitthesen zur Musikvermittlung im Konzert für Kinder, die in einem weiteren Schritt an konkreten Praxisbeispielen überprüft werden. Dabei steht das Handeln der Akteure auf der Bühne und das der Kinder im Publikum gleichermaßen im Mittelpunkt. Ein Plädoyer für wissenschaftlich fundierte und professionell ausgearbeitete Konzerte für Kinder.

Barbara Stiller: Erlebnisraum Konzert –
Prozesse der Musikvermittlung in Konzerten für Kinder
252 Seiten, Paperback, ConBrio Fachbuch · Band 13
CB 1190, ISBN 978-3-932581-90-8, € 39,-

ConBrio

„Die Stunde Null hat es in der Kunstwelt nie gegeben“

Stefanie Ernst interviewt Stefan Koldehoff

NS-Raubkunst und Provenienzforschung sind zentrale Themen in der aktuellen kultur- und gesellschaftspolitischen Debatte. Immer mehr finanzielle Mittel werden von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt, um diesen Teil der Geschichte aufzuarbeiten. Private Forschungsinstitute nehmen sich des Themas an, in dem sie u.a. den Verbleib eines Bildes und dessen Verkaufsgeschichte für die „wahren“ Erben rekonstruieren. Das Thema Raub- und Beutekunst scheint in aller Munde zu sein. Wie aber verhält sich der Kunstmarkt selbst? Stellt er sich seiner historischen Verantwortung? Im Gespräch mit Stefan Koldehoff versuchte *politik und kultur* auf diese und weitere Fragen Antworten zu bekommen.

politik und kultur (*puk*): Herr Koldehoff, staatlich geförderte Institutionen, die sich eingehend mit der Provenienzforschung befassen, sind mittlerweile in gewissem Umfang vorhanden. Bei der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste mit Sitz in Magdeburg wird Beutekunst und Raubkunst dokumentiert und via Internetdatenbank einsehbar und recherchierbar gemacht, die sogenannte „Limbachkommission“ spricht Empfehlungen aus, und die 2007 eingerichtete Arbeitsstelle für Provenienzrecherche/-forschung soll bei der Identifizierung von Kunstwerken, die während der NS-Zeit ihren Eigentümern unrechtmäßig entzogen wurden, unterstützend tätig werden. Reichen diese Aktivitäten aus, um hier Licht ins Dunkel der Kunstszene zu bringen?

Stefan Koldehoff: Die vorhandenen Instrumente haben bislang nicht ausgereicht. In dieser Richtung äußerte sich auch der Kulturstaatsminister anlässlich des zehnten Jahrestages der Washingtoner Konferenz. Ausschlaggebend sind zwei Umstände. Die Vereinbarungen von Washington, die ein Jahr später in Bund, Ländern und Kommunen ausdrücklich noch einmal bestätigt wurden, sind moralische Selbstverpflichtungen auf rein freiwilliger Basis. Museen können von den jeweiligen Unterzeichnern nicht dazu verpflichtet werden ihre Bestände nach etwaiger Raubkunst zu durchforsten. Hinzu kommt, dass versäumt wurde, die Museen mit ausreichendem Geld für die Provenienzforschung auszustatten. Es fehlt an finanziellen Mitteln und in Folge dessen auch an fachkundigem Personal. Wenn man sich vor Augen führt, dass seit 1998 gerade mal in höchstens zehn Museen Stellen für Provenienzforschung eingerichtet wurden, die häufig auch noch zeitlich befristet sind, dann ist das natürlich ein Armutszeugnis. Und ein drittes noch: Die Einrichtung der virtuellen Datenbank „Lost Art“ für Raubkunst ist prinzipiell eine sehr gute Idee gewesen. Leider wurden mit der Erstellung des Programms aber weniger Kunst-Fachleute als Computer- und Datenbankspezialisten beauftragt. Das ist wirklich fatal, denn die Datenbank ist nach wie vor fehlerhaft. Es finden sich zuhauf falsche Daten, falsche Titel und falsche Werkverzeichnisnummern, so dass man mit ihr, das bestätigen auch viele Provenienzforscher, nicht zuverlässig arbeiten kann. Zudem nutzen die Museen die Datenbank häufig dazu, den Verbleib von Bildern, die sie im Krieg verloren haben, herauszufinden statt auf unklare Provenienzen in ihren Beständen hinzuweisen. Ein solches Verhalten macht international natürlich keinen guten Eindruck.

***puk*:** Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ forderte in ihren Handlungsempfehlungen mehr Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im Bereich der Provenienzforschung. Zudem werden im Abschlussbericht aus dem Jahr 2007 Museen und Sammlungen angehalten, ihre Bestände systematisch auf unklare Provenienzen zu prüfen. Wie schätzen Sie die Umsetzung solcher Empfehlungen ein?

Koldehoff: Auch hier ist man nach zehn Jahren noch am Anfang. Leider treffe ich auch immer wieder auf Museumsdirektoren, die klar sagen, dass sie Forschungen nicht vorantreiben, weil sie sich um ihre Bestände sorgen. Viele Museumsdirektoren betreiben Besitzstandswahrung und schrecken außerdem vor Nachforschungen zurück, da sie ihre Amtsvorgänger nicht durch die mögliche Erkenntnis, dass von diesen Raubkunst angekauft wurde, desavouieren möchten.

***puk*:** Ein Vorgehen, das moralisch zu verurteilen, aber aus den jeweiligen Standpunkten heraus zumindest ein Stück weit erklärbar ist.

Koldehoff: In diesem Zusammenhang sollte man sich stets einen Ausspruch von Klaus-Dieter Lehmann, dem ehemaligen Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, in Erinnerung rufen. Lehmann sagte sinngemäß, dass er sich über kein Bild an der Wand eines seiner Museen freuen könne, von dem bekannt sei, dass es vormals Menschen gehörte, denen es unrechtmäßig entzogen wurde und die anschließend vielleicht sogar in Auschwitz sterben mussten.

***puk*:** Überspitzt formuliert ist von den Museen nicht allzu viel zu erwarten. Entsprechend stellt sich die Frage: Von wem denn dann?

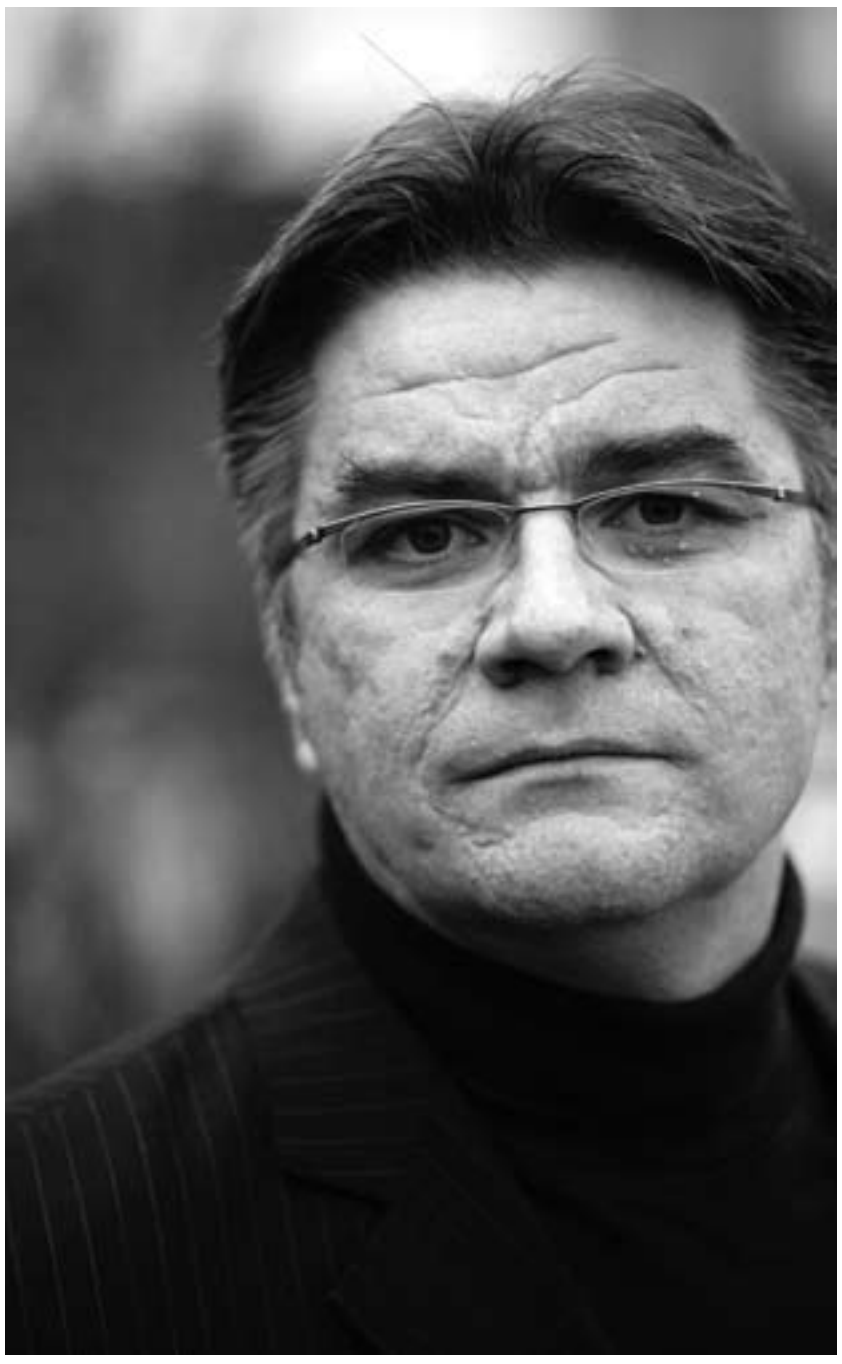
Koldehoff: Seit etwa einem Jahr vollzieht sich ein interessanter Wandel. Durch die neu eingerichtete Arbeitsstelle für Provenienzrecherche/-forschung in Berlin werden Museen, die Provenienzrecherchen betreiben wollen, finanziell stärker unterstützt. Wenn sich ein Museum einer Rückforderung ausgesetzt sieht, werden ad hoc Gelder zur Verfügung gestellt. Der Kulturstaatsminister hat so eine wichtige Anlaufstelle für öffentliche Museen geschaffen, über die auch langfristige Forschungsprojekte mitfinanziert werden. Es entstanden neue Möglichkeiten für Museen, die seitdem auch immer stärker gewillt sind zusätzlich eigene finanzielle Mittel aufzubringen, um Provenienzforschung zu betreiben. Ein wichtiger und guter Schritt, der hier vollzogen wurde und wird.

***puk*:** Wird diese positive Kehrtwende die seit Jahren beklagte Rückständigkeit Deutschlands in Restitutionsangelegenheiten wett machen können?

Koldehoff: Solche Veränderungen werden jedenfalls im Ausland durchaus wahrgenommen und positiv bewertet. Auf einer Konferenz, die vor wenigen Wochen in Washington stattfand, wurde gefordert, dass man auch in den USA Schlichtungskommissionen nach deutschem oder österreichischem Vorbild einrichten müsse. An solchen Äußerungen merkt man, dass sich bei uns einiges zum Positiven gewandelt hat. Auch wenn die Limbach-Kommission in den zehn Jahren ihres Bestehens nicht einmal eine Handvoll Fälle hatte, weil unverständlicherweise beide betroffenen Seiten ihrer Anrufung zustimmen müssen. Dazu sind viele Museen nach wie vor nicht bereit. Man sollte dringend die Statuten ändern.

***puk*:** Werden die Kunsthändler je, wie zum Beispiel die Berufsgruppe der Ärzte und Rechtsanwälte, ihre NS-Vergangenheit aufarbeiten?

Koldehoff: Bislang ist das in der Branche nicht geschehen. Was mitunter daran liegt, dass viele der damals gestohlenen Kunstwerke weiterhin gehandelt werden. Bilder, die zwischen



Stefan Koldehoff Foto: Josi Swafing

1933 und 1945 jüdischen Besitzern enteignet worden sind, findet man bis heute auf Auktionen oder in Galerien wieder. Sie haben häufig eine ernorme Preissteigerung erfahren. Dementsprechend besteht vor allem seitens vieler deutscher Kunsthändler wenig bis kein Interesse an der Klärung der Herkunft solcher Bilder. Anders handeln beispielweise große Auktionshäuser wie *Christie's* und *Sotheby's, die* eigene Abteilungen für Provenienzforschung eingerichtet haben. Bevor ein Bild in die Auktion gegeben wird, versuchen diese Auktionshäuser möglichst viel über dessen Herkunft zu erfahren. Auf diese Weise soll vermieden werden, dass im Anschluss an den Kauf auf den neuen Besitzer Restitutionsforderungen zukommen. In Deutschland geht man leider kaum entsprechend vor. Und gerade in Zeiten wie diesen, in denen es dem Kunsthandel nicht gut geht, werden sich auch keine entsprechenden Aktivitäten entfalten können.

***puk*:** Vor kurzem ist Ihr neues Buch zum Thema NS-Raubkunst erschienen. Man gewinnt vor allem durch das Vorwort den Eindruck, als existiere im Dunkeln der Kunstszene eine Gruppe dubioser Kunstdealer. Wie verliefen die Recherchen? Gab es Behinderungen?

Koldehoff: Mir ist ganz wichtig vorauszuschicken, dass eine Vielzahl von Personen wichtige Vorarbeit geleistet hat. Zu nennen sind hier vor allem *Willi Korte* (Washington), *Clemens Toussaint* (New York) und *Monika Tatzkow* (Berlin). Von ihnen wurde mir zahlreiches Material zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus habe ich natürlich auch selbst recherchiert. Dabei stieß ich auf zwei Probleme. Zum einen sind viele Akten immer noch gesperrt, weil die Betroffenen noch keine 70 Jahre lang verstorben sind. In solchen Fällen ist es sehr schwierig an entsprechende Unterlagen zu gelangen. Zum anderen stößt man bei vielen Kunsthändlern und Inhabern von Auktionshäusern auf eine stark ablehnende Haltung. Sie haben aus Furcht vor finanziellen Einbußen kein Interesse an der Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Dann wird zum Beispiel behauptet, das Firmenarchiv sei leider im Krieg völlig zerstört worden. In einem konkreten Fall liegen mir Kataloge eines Auktionshauses vor, auf dessen Titelseite der Vermerk „Zwangsversteigerung“ eindeutig zu lesen ist. Entsprechende Akten, die diese Verkaufspraxis ergänzend bestätigen, gibt es ebenfalls. Von Seiten der Zuständigen wurde mir ganz klar gesagt, dass Zwangsversteigerungen jedoch nie stattgefunden hätten. Das jüdische Eigentum wurde angeblich nur versteigert, um den ehemaligen jüdischen Besitzern die Flucht aus Nazi-Deutschland zu finanzieren. Direkte Behinderungen oder juristische Drohungen hat es im Vorfeld nicht gegeben. Nach der Veröffentlichung werfen mir nun einige Nachfahren von Kunsthändlern deren Verunglimpfung vor. Damit war aber zu rechnen.

***puk*:** Mit solchen Reaktionen rechneten Sie also bereits im Vorfeld?

Koldehoff: Eingeplant habe ich sie nicht, das Buch war ja nicht als Provokation gedacht. Es stellt den Versuch dar, einem breiten Publikum zu erklären, warum es in Deutschland im Jahr 2009 immer noch eine sehr kontrovers geführte Restitutionsdebatte gibt. Meiner Meinung nach liegt das vor allem daran, dass die Geschichte der Raubkunst in Deutschland nie umfassend aufgearbeitet wurde, von Einzelfällen mal abgesehen. Dabei hat es die viel gerühmte „Stunde Null“ in der Kunstwelt ebenso wenig gegeben wie ein Interesse daran, über die Vergangenheit intensiv zu forschen. Viele Händler, die vor 1945 aktiv waren, haben nach dem Krieg munter weitergemacht – mit gut gefüllten Bilderlagern. Bis weit in die 1970er Jahre hinein existierte überhaupt kein Unrechtsbewusstsein. Deswegen habe ich in meinem Buch auch darauf hingewiesen, dass selbst im Rhöndorfer Privathaus von Konrad Adenauer oder im Amtssitz des Bundespräsidenten Raubkunstbilder hingen.

***puk*:** Ein bedeutendes Kunstwerk, das jahrelang in einem Museum bestaunt werden konnte, will wohl weder Herr Müller noch Frau Schmidt missen müssen. Sind Rückgaben an die jüdischen Nachfahren der Öffentlichkeit überhaupt zu vermitteln? Die Freude am Schönen lässt scheinbar keinen Spielraum für Fragen nach dessen Herkunft zu.

Koldehoff: Generell wäre es viel leichter, wenn die Museen von sich aus aktiv forschen und eigenständig auf die Erben zugehen würden. Eine für alle Seiten gute Lösung zu finden wäre im Anschluss an eine solche Handhabe wesentlich einfacher. Beauftragen die Erben ein privates Forschungsinstitut oder einen Anwalt, fallen hohe Kosten an. In der Regel führt das dann zum Verkauf der Bilder.

***puk*:** Interessant. Provenienzforschung wird also zusehends zu einem lukrativen Geschäft für entsprechende Fachanwälte und freie Provenienzforscher?

Koldehoff: Es gibt Menschen, die sich darauf spezialisiert haben, potenziellen Erben gezielt entsprechende Angebote zu machen. Das ist in der Tat eine negative Begleiterscheinung. Ich über die systematische, von rein finanziellen Interessen geleitete Durchsicht von Auktionskatalogen oder Bestandsverzeichnissen der Museen nicht besonders glücklich. Letztlich verhält es sich aber auch dann so, dass Bilder nur dann aus einem Museum herausgeholt werden können, wenn die Restitutionsforderungen tatsächlich angebracht und belegbar sind.

***puk*:** Wenn sie drei Forderungen an Kulturpolitiker hinsichtlich des weiteren Vorgehens im Bereich der Provenienzforschung richten könnten, wie würden diese lauten?

Koldehoff: Ich würde mir erstens mehr finanzielles und ideelles Engagement seitens der Länder und der Kommunen wünschen. Zweitens sollte nicht nur die Aufarbeitung in den öffentlichen Museen finanziell stärker gefördert werden, sondern es sollten zum Beispiel auch zentrale Datenbanken erarbeitet werden, in denen beispielsweise die einschlägigen Händler, die mit den Nazis *kollaborierten*, die enteigneten Sammler, die Kataloge der einschlägigen Auktionen in der NS-Zeit aufgelistet werden. Diese Informationen sollten anschließend allen Museen zugänglich gemacht werden. Wissen, das ja in einzelnen Einrichtungen bereits vorhanden ist, muss dringend allgemein zugänglich gemacht werden, damit nicht jedes Haus bei null beginnen muss. Mein drittes Anliegen richtet sich an die Museumsdirektoren, die ihr Bestreben, die jeweiligen Sammlungen zusammenzuhalten, zugunsten einer umfassenden und notwendigen Aufarbeitung dringend überdenken sollten.

***puk*:** Vielen Dank für das Gespräch.

Stefan Koldehoff ist Journalist bei Deutschlandradio. Er wurde 2008 mit dem *puk*-Journalistenpreis u.a. für seine Recherchen und Beiträge zum Thema Raub/Restitution ausgezeichnet Das Buch „Die Bilder sind unter uns: Das Geschäft mit der NS-Raubkunst“ erschien im Juli 2009 im Eichborn-Verlag.

Stefanie Ernst ist freie Kulturjournalistin. ■

Kultur als sozialer Faktor

Zur Bedeutung von Kultur in der Arbeit von Seniorenorganisationen • Von Guido Klumpp

Die Zahl der Menschen, die sich in Deutschland einer originären, das heißt ausschließlichen Seniorenorganisation angeschlossen haben, ist vergleichsweise gering. Dennoch spielt die Seniorenarbeit in vielen Verbänden eine wichtige Rolle. Rund 13 Mio. ältere Menschen umfasst das aus 100 Verbänden bestehende Netzwerk der 1989 gegründeten BAGSO, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Dazu zählen Sozialverbände, Verbände aus dem kirchlichen Bereich, Gewerkschaften, Sportverbände und viele weitere Organisationen, in denen sich ältere Menschen gemeinsam für bestimmte Ziele engagieren.

Seniorenkabarett Graue Zellen aus Ettlingen. Szene aus „DSDS – Deutschland sucht den Superstar". Europäisches Seniorentheater-Festival „art und weise" in Pforzheim 2009
Foto: Jörg Sobeck

Das Thema „Kultur" spielt in allen diesen „Seniorenorganisationen" eine wichtige Rolle. Auch wenn der verbandliche Schwerpunkt überwiegend ein anderer ist, sind gemeinsame kulturelle Aktivitäten häufig ein festes Bindeglied für die Mitglieder. Sie geben dem verbandlichen Leben auf allen Ebenen einen wichtigen Rahmen: vom Ortsverein über die Länder bis zur Bundesebene. Gerade auf der örtlichen Ebene dienen kulturelle Veranstaltungen vor allem (auch) dazu, zusammenzukommen und etwas Gemeinsames zu unternehmen.

Teilweise ist das Thema „Kultur" in den Satzungen der Organisationen als ein Vereinsziel verankert, so z. B. bei den Naturfreunden Deutschlands.

Betrachtet man die Aktivitäten, so ist zu unterscheiden zwischen der Wahrnehmung von Kulturangeboten durch ältere Menschen und ihrem eigenen schöpferischen Wirken. Nicht unbedeutend und hochaktuell ist ein dritter Bereich: die Auseinandersetzung mit dem Alter und dem Altern selbst.

Gemeinsames Wahrnehmen von Kulturangeboten

In vielen Verbänden wird der gemeinsame Besuch von Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen, Lesungen oder Kabarettvorstellungen organisiert, ebenso Vortrags- und Diskussionsabende, Literaturkreise sowie Seminare und Workshops zu politischen, geschichtlichen sowie künstlerischen und kulturgeschichtlichen Themen.

Abhängig vom persönlichen Engagement einzelner Vereinsmitglieder werden darüber hinaus ein- oder mehrtägige kulturelle Exkursionen sowie längere Kultur- und Sprachreisen veranstaltet.

Besonders groß ist das Angebot bei Frauenverbänden, Sozialverbänden, bei den Gewerkschaften, dort vor allem bei der „Lehrergewerkschaft" GEW, oder bei den Naturfreunden.

Diese Verbände haben in der Regel feste Strukturen zur Organisation kultureller Angebote für ihre Mitglieder entwickelt. Beispielhaft sei das Sozialwerk Berlin genannt, wo etwa die Hälfte von 20 Interessenkreisen einen Kulturbezug hat.

Das Alter der Verbände lässt nicht immer auf die Art der Angebote schließen. Gerade traditionsreiche Verbände packen zum Teil sehr moderne Themen an. So beschäftigte sich der seit 110 Jahren bestehende Deutsche Evangelische Frauenbund bei seiner Jahrestagung 2009 mit dem Thema „Medienethik".

Einen stetigen Bedeutungszuwachs hat das Seniorenstudium. Die Themen „Kunst" und „Kunstgeschichte" zählen dabei sicher zu den am meisten nachgefragten Fächern. Auch die Verbände organisieren Bildungsangebote wie Sprach-, Foto- oder Computerkurse.

In der Arbeit mit Demenzkranken spielt die Kunsttherapie eine wichtige Rolle. Das Duisburger Lehmbruck Museum bietet seit 2007 Führungen für Menschen mit Demenz an, bei denen das sinnliche Erleben – einschließlich des Gestaltens eines eigenen Kunstwerks – im Vordergrund steht (www.lehmbruck-museum.de).

Um in ihrer Mobilität eingeschränkte (meist ältere) Menschen zu erreichen, hat das Evangelische Zentrum für Innovative Seniorenarbeit das Projekt „Kultur auf Rädern" entwickelt. „Koffermuseen" oder „Wohnzimmertheater" bringen Kultur nach Hause. Für die unter den Älteren immer größer werdende Zahl von „Onlinern" ist dies auch auf andere Weise möglich: Sie können per Internet interessante Stätten der europäischen Kunst- und Kulturgeschichte besuchen oder kulturgeschichtliche Vorträge und Reiseberichte online betrachten (www.senioren-lernen-online.de).

Um einen barrierefreien Zugang zu Kulturangeboten – in diesem Fall durch Bildbeschreibung von Fernsehszenen – geht es dem Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband bei der jährlichen Verleihung des Hörfilmpreises.

Mit der raschen Zunahme der Zahl älterer Migrantinnen und Migranten kommt ein weiteres Thema hinzu: die gemeinsame Pflege von Heimatkultur in verbandlichen Zusammenhängen, wie dies vorbildhaft etwa in Ortsvereinen der AWO geschieht.

Kulturelles Schaffen älterer Menschen

Neue zeitliche Freiräume nach der Familien- und Berufsphase bieten auch die Chance, sich selbst künstlerisch zu betätigen. Dies muss nicht, kann aber auch in verbandlichen Zusammenhängen geschehen. Die Bandbreite reicht von Bastel- und Handarbeitskreisen über Chöre, Orchester und Tanzgruppen bis hin zu Mal- und Theatergruppen sowie Schreibclubs. Zu den rund 2.300 Theaterensembles, die im Bund Deutscher Amateurtheater zusammengeschlossen sind, gehören über 70 Alten- bzw. Seniorentheater und zahlreiche Mehrgenerationenensembles.

In der Regel werden die geschaffenen Werke Dritten zugänglich gemacht, seien es andere Verbandsmitglieder oder Außenstehende. Häufig aber haben die Effekte, die sich aus der gemeinsamen kreativen Betätigung für die Mitwirkenden ergeben, mindestens den gleichen Stellenwert wie die Wirkung, die das Präsentierte auf das Publikum hat. Neben Selbstverwirklichung und sozialer Einbindung können die Regelmäßigkeit von Proben sowie feste Ferienzeiten dem Leben ohne berufliche Pflichten eine wichtige Struktur geben.

Neben den traditionellen Aktivitäten spielt das kulturelle Schaffen auch in der Projektarbeit eine wichtige Rolle. So nutzen Organisationen wie die JAHRESRINGE das Thema „Kultur" als Medium für die Sozialarbeit mit aus dem Erwerbsleben gedrängten Mittfünfzigern oder mit Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien. Ähnliches gilt für den vom Evangelischen Zentrum für Innovative Seniorenarbeit entwickelten Kulturführerschein®, der – anders als der Titel vermuten lässt – ein Programm zur Vorbereitung auf ein bürgerschaftliches Engagement ist. In anderen Projekten werden ältere Menschen gezielt zu Radiomachern (www.moqua.arbeitundleben.de) oder Online-Redakteuren (www.senioren-redaktion.de) ausgebildet. Neben dem Sport ist der Bereich Kultur eine wichtige Nahtstelle für das Zusammenkommen von Jung und Alt. Im Lesefreunde-Projekt bilden Seniorinnen und Senioren 4.- und 5.-Klässler aus, Vorschulkindern vorzulesen und ihnen Freude am Lesen zu vermitteln. Viele Ältere sind bereit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben. Ein Schweizer Projekt zeigt die Möglichkeiten, die die neuen Medien bieten, um die Attraktivität von Zeitzeugen-Projekte für Jugendliche deutlich zu erhöhen (www.zeitmaschine.tv). Und um den Blick noch etwas weiter über den Tellerrand zu richten: Im Sinne der Konvention zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes von 2006 fördert HelpAge Deutschland die Weitergabe von traditionellem Wissen und traditionellen Fähigkeiten in Entwicklungsländern (www.helpage.de).

Über die Kultur des Alterns

In zahlreichen Veranstaltungen und Veröffentlichungen setzen sich Vertreterinnen und Vertreter von Seniorenorganisationen mit dem Alter als Lebensabschnitt und dem Altern als Prozess auseinander. Hinter diesen Aktivitäten steht der Wunsch, bestehende Negativbilder aufzubrechen und eine neue „Kultur des Alters und des Altwerdens" zu entwickeln.

Die Frage ist hochaktuell, was sich u. a. daran zeigt, dass sich etliche Ausstellungen dem „Phänomen" Altern widmen. Beispielhaft genannt seien „Ich kann gehen. Von der Lust und Last des Alterns heute" des katholischen Hilfswerks MISEREOR und „FaltenReich – Vom Älterwerden in der Welt" des GRASSI Museum für Völkerkunde zu Leipzig. Auch der 2010 erscheinende Sechste Altenbericht der Bundesregierung befasst sich mit dem Thema „Altersbilder in der Gesellschaft".

„Alter schöpferisch leben" war der Titel eines Forums beim 9. Deutschen Seniorentag 2009 in Leipzig. Die von der BAGSO herausgegebene Leipziger Erklärung weist dementsprechend auf die besondere Bedeutung kulturellen Schaffens hin, wenn es darum geht, die nachberufliche Zeit mit ihren unterschiedlichen Entwicklungsphasen mit Sinn zu füllen (www.bagso.de).

Der Verfasser ist Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) ■

Kultur im Alter

Kultur im Alter sollte zuerst die gemeinsame Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen heißen, doch dann entstanden Bedenken. „Kultur im Alter", wird damit nicht sofort Altersheim und mangelnde Selbständigkeit assoziiert oder aber das Häkeln von Deckchen, die keiner mehr haben will?

Das Kultur im Alter wesentlich mehr ist und heißt, zeigen die nachfolgenden Beiträge von Guido Klumpp, Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, Kim de Groote und Nina Selig, Institut für Bildung und Kultur sowie Norbert Radermacher, Bund deutscher Amateurtheater.

Die Redaktion ■

Brauchen Ältere besondere Kulturangebote?

Wie Kultureinrichtungen in NRW auf den demografischen Wandel reagieren – Ergebnisse einer Pilotstudie • Von Kim de Groote und Nina Selig

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland und von starken bevölkerungsstrukturellen Veränderungen betroffen, durch die das Land älter, weniger und bunter wird. Dies wirkt sich natürlich auch auf die Kulturlandschaft aus. Kultureinrichtungen sehen sich mit weniger Jugendlichen, aber dafür mit einer steigenden Zahl von Älteren konfrontiert, deren Kulturinteressen und Kulturverhalten im Wandel begriffen sind – so die Ergebnisse des KulturBarometers 50+ (vgl. puk 3/2009). Viele Veröffentlichungen, Tagungen und Projekte widmen sich inzwischen dem Thema Kultur und Alter. Seit 2008 gibt es sogar ein für das Thema zuständiges Referat in der Kulturverwaltung des Landes NRW. Wie Kultureinrichtungen auf die Entwicklungen reagieren, war Thema von „Kulturteilhabe 50+ - Pilotstudie zu Kultureinrichtungen in NRW im demografischen Wandel“.

Die Ergebnisse der im Auftrag des Referats Zielgruppenspezifische Kulturangelegenheiten der Kulturabteilung der Staatskanzlei NRW im Dezember 2008 bis Januar 2009 durchgeführten Befragung geben Aufschluss darüber, wie sich Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen schon auf den demografischen Wandel einstellen. Es werden zudem Empfehlungen gegeben, wie die kulturelle Teilhabe der Generation 50+ verbessert werden kann. 1.760 nordrhein-westfälische öffentliche und private Kultureinrichtungen wurden online befragt. Der Rücklauf betrug 43,4 Prozent. Die Studie wurde vom Institut für Bildung und Kultur (IBK) in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Statistik des Landesbetriebs für Informationen und Technik NRW konzipiert, durchgeführt und ausgewertet.

Immerhin hatten etwa 40 Prozent der Kultureinrichtungen innerhalb der letzten zwei Jahre Angebote im Programm, die sich explizit an die Generation 50+ richteten und/oder den Dialog zwischen den Generationen förderte. Auch wenn viele über den sprichwörtlichen Silbersee im Publikum klagen und vor dem Problem stehen, jüngere Altersgruppen nur schwer zu erreichen, wird vielerorts erkannt, dass die wachsende Zielgruppe der älteren Generation auch Chancen bietet. Eine zielgruppenspezifischere Ansprache könnte die Abnahme der Nutzung kultureller Angebote durch eine insgesamt schrumpfende Bevölkerung ausgleichen, denn die Gruppe 50+ wird nicht nur größer, sondern ist heutzutage vielfach bis ins hohe Alter gesundheitlich in der Lage, an Kulturangeboten teilzunehmen. Ausschlaggebend ist, wie es Kulturanbietern gelingt, die vielseitigen und wandelnden Interessen der Generation 50+ zu berücksichtigen.

Direkte Zielgruppenansprache ohne Stigmatisierung

Will man also ein älteres Publikum jenseits der treuen Abonnenten für sein Angebot gewinnen, ist es ratsam, über gezielte Marketingmaßnahmen nachzudenken. Ältere direkt anzusprechen und einzuladen oder aktive Ältere als Multiplikatoren einzubinden, wird von vielen der befragten Kultureinrichtungen als erfolgversprechende Strategie genannt. Es wird jedoch davor gewarnt, die Älteren in der Ansprache zu etikettieren und somit zu diskriminieren. Bei kulturellen Angeboten möchte die Generation 50+ nicht auf ihr Alter und auf möglicherweise zunehmende Defizite aufmerksam gemacht werden. Wie jede andere Gruppe wünscht sie sich eine positive Ansprache. Man sollte nicht aus den Augen verlieren, dass die Gruppe genauso heterogen ist wie andere Altersgruppen auch und mittlerweile bald drei Generationen mit ganz unterschiedlichen Lebensstilen und Interessen umfasst. Es wird daher empfohlen, über eine differenzierte Begriffswahl nachzudenken – gerade mit dem Attribut „Senioren“ werden eher schlechte Erfahrungen gemacht und die Zielgruppe über Themen, Interessen und Rahmenbedingungen zu erreichen.

Das Alter als einzige Gemeinsamkeit

Die Kultureinrichtungen stellten häufig in Frage, ob überhaupt spezielle Angebote für die ältere Generation erforderlich sind. Die Generation 50+ ist so heterogen, dass „das Alter meist nur die einzige Gemeinsamkeit ist“, wie eine Kultureinrichtung in der Befragung auf den Punkt brachte. Das KulturBarometer50+ des Zentrums für Kulturforschung hat gezeigt, dass die Vorstellung eines arbeitsteiligen Kulturverhaltens – Jugendliche gehen ins Rockkonzert, Ältere ins Klassikkonzert – bei weitem nicht gehalten werden kann. Insbesondere die „jungen Alten“ interessieren sich verstärkt für Rock-/Pop- und Jazzkonzerte – die Musik, mit der sie aufgewachsen sind. Ist es dann nicht ausreichend, Rockkonzerte zu veranstalten und es komme, wer wolle? Ergebnisse aus der Pilotstudie illustrieren, dass ein zielgruppenspezifisches Denken Sinn macht: Genannt werden Besonderheiten bezüglich der Rahmenbedingungen, die z.B. die Veranstaltungszeiten und vor allem die Zugänglichkeit für Personen mit Mobilitätseinschränkungen und körperlichen Beeinträchtigungen betreffen. Hinsichtlich der baulichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen schätzen sich immerhin 60 Prozent der Kultureinrichtungen als seniorenfreundlich ein. Insbesondere bei Bildungsangeboten gibt es zudem Probleme mit vorhandenen Vermittlungs-Konzepten, denn gruppendynamische Prozesse beispielsweise vollziehen sich anders als bei jüngeren Zielgruppen. Ältere bringen eine lebenslange und reichhaltige Erfahrung ein, die es in einen Lehr-/Lernprozess zu integrieren gilt.

Partizipative Kulturarbeit mit der Generation 50+

Bürgerschaftliches Engagement, gerade auch von Älteren, ist in unserer Kulturlandschaft unverzichtbar. Viele Angebote könnten ohne freiwilliges Engagement gar nicht aufrecht erhalten werden. Die Generation 50+ verfügt über ein großes kulturelles Kapital, in ihren sozialen Netzen ist sie Mittler und Botschafter für viele Kultureinrichtungen. Dies bestätigen 74 Prozent der Befragten. Sie bieten Älteren die Möglichkeit, sich zu engagieren – ob nun als passive Unterstützer oder als aktive Kulturmacher. Auffällig ist allerdings, dass nur 45 Prozent der Einrichtungen, in denen sich Ältere engagieren, auch Angebote für Ältere vorhalten. Hier besteht sicher ein größeres Potenzial, die Engagierten in die Planung und Gestaltung von Angeboten für die eigene Zielgruppe einzubeziehen. Denn sie sind Experten für die Wünsche und Bedürfnisse der eigenen Generation, die in der Programmplanung berücksichtigt werden können. Handlungsbedarf sehen die Kultureinrichtungen vor allem bei den Themen Freiwilligenmanagement und Integration von Freiwilligen in die Kulturarbeit. Es fehlen Qualifizierungsangebote für die Freiwilligen für die Arbeit in den Institutionen, aber auch an Ressourcen und Qualifikationen der festangestellten MitarbeiterInnen im Umgang mit den Engagierten.

Kompetenz für Kultur im Alter

Die Studie hat gezeigt, welche Bedarfe die Kultureinrichtungen in NRW sehen und wo sie sich für die Planung und Durchführung von Angeboten für die Generation 50+ Unterstützung wünschen. In der vom IBK entwickelten Qualifizierungsreihe KulturKompetenz50+ werden die genannten Bedarfe und Wünsche aufgegriffen und Workshops zu Themen wie Audience Development, Zugänglichkeit durch freiwilliges Engagement und seniorenspezifisches Marketing angeboten. Schon seit den 1990er Jahren entwickelt das IBK im Auftrag von Bundes- und Landesministerien neue Konzepte im Bereich Kultur und Alter. Mit kubia hat das Institut ein Europäisches Zentrum für Bildung und Kultur im Alter geschaffen und entwickelt im Auftrag der Kulturabteilung der Staatskanzlei NRW eine Konzeption für das Themenfeld Kultur und Alter. Hauptziel ist es, auf der Grundlage der langjährigen Erfahrungen, der Expertise und Kontakte des IBK in der Forschungs-, Informations- und Vernetzungsarbeit angemessene neue Konzepte und Handlungsstrategien zu entwickeln und den Kulturakteuren in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen.

Die Verfasserinnen sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Institut für Bildung und Kultur ■

Die komplette Auswertung der Befragung ist einzusehen unter www.ibk-kubia.de.

Tanzen – ein Leben lang **Foto: Bettina Flitner**

Jung und dynamisch

Seniorentheater mit großem Potential an Selbstbewusstsein • Von Norbert Radermacher

Die Theaterarbeit mit Seniorinnen und Senioren ist aus dem Schatten des ausschließlich sozialen Engagements herausgetreten und entwickelt sich nicht nur zu einer eigenen künstlerischen Sparte, sondern auch zu einem neuen Arbeits- und Betätigungsfeld für Spielleiter, Regisseure und Theaterpädagogen. Welch ein Ausmaß das Thema annimmt, wird allein dadurch deutlich, dass Google rund 23.000 Einträge zum Suchbegriff „Seniorentheater“ aufführt.

Der Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT) zählt unter seinen 2300 Mitgliedsbühnen mehr als 70 feste Seniorentheaterensembles, Tendenz steigend! Dazu kommen schätzungsweise mehrere hundert Theatergruppen, die in kirchlichen oder sozialen Zusammenhängen bzw. in Bildungseinrichtungen aktiv sind. Es gründeten sich regionale Netzwerke, z. B. die Seniorentheaterkonferenz Nordrhein-Westfalen und vermehrt werden eigenständige Seniorentheaterfestivals organisiert, wie z. B. „Herzrasen“ am Schauspielhaus Hamburg. Auch die professionellen Staats- und Stadttheater haben die Senioren entdeckt und es baut sich neben den erfolgreichen Kinder- und Jugendtheaterclubs die neue Sparte der Seniorentheaterclubs auf. Diese Tendenz beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland, sondern es entwickelt sich eine europäische Dimension. Dies zeigte ganz besonders das 3. Europäische Seniorentheater-Festival „art und weise“, das vom 2. bis 5. Juli dieses Jahres im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim stattfand. Über 100 aktive Seniorinnen und Senioren aus fünf Nationen waren zu diesem Festival angereist, die ältesten über 80 Jahre alt. Die Idee zu dieser Veranstaltung wurde entwickelt von der Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Amateurtheaterverbände (AddA) und 2007 in Holzhausen bei Salzburg (Österreich) und 2008 in Klausen (Südtirol) erfolgreich durchgeführt. Acht Theatergruppen aus Litauen, Österreich, Südtirol/Italien, der Schweiz und Deutschland stellten in Pforzheim ihre aktuellen Produktionen vor und nahmen an Workshops und Fachgesprächen teil. Es gab für die zahlreichen Besucher viel zu entdecken: sozialkritisches und komödiantisches Theater, die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus oder die Suche nach neuen Lebensformen außerhalb der „Abstellkammer Altenheim“. Vor allem aber zeigte das viertägige Festival das spielerische Potential der Seniorinnen und Senioren auf der Bühne und ihr großes Bedürfnis sich künstlerisch zu artikulieren und öffentlich Position zu beziehen. Ältere Menschen entdecken die Bühne immer mehr als einen Ort des öffentlichen Dialogs und der künstlerischen Auseinandersetzung.

Ministerialdirektor Dieter Hackler, Leiter der Abteilung „Ältere Menschen“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hob in seinem Statement bei der Eröffnung des 3. Europäischen Seniorentheater-Festivals 2009 hervor, dass Kultur Orientierung biete. Sie sei kein Selbstzweck, sondern Notwendigkeit in einer globalisierten Welt, um Sprachlosigkeit zu überwinden und Kommunikationsprozesse anzustoßen. Das Festival sei sichtbares Zeichen und Ausdruck des Gestaltungswillens der älteren Menschen, betonte Hackler.

Der Bund Deutscher Amateurtheater hat die Entwicklung frühzeitig erkannt und bereits 1996 den Bundesarbeitskreis (BAK) Seniorentheater gegründet. Sein Ziel ist es, als bundesweiter Ansprechpartner für die Belange des Seniorentheaters einzutreten sowie das Seniorentheater in seiner kulturellen und sozialen Bedeutung zu fördern. Eine wichtige Aufgabe des BAK ist die Vernetzung der Seniorentheater untereinander und die Intensivierung der Kontakte zu den europäischen Fachorganisationen. Hierzu gehört u. a. die Durchführung und Mitarbeit im Rahmen der Europäischen Seniorentheaterfestivals. Der BAK Seniorentheater im BDAT hat im September 2007 im Bildungshaus Kloster Schwarzenberg im bayrischen Scheinfeld in einer Grundlagendiskussion eine Position entwickelt, die in der Scheinfelder Erklärung zum Theater mit älteren Menschen ihren Ausdruck finden. Darin heißt es:

- *Alte Menschen spielen Theater!* Theaterspielen macht vor dem Alter nicht halt. Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Möglichkeiten für ältere Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen: Theaterspiel ist eine davon.
- *Theaterspiel mit alten Menschen ist eine künstlerische Tätigkeit.* Theater mit alten Menschen kann Erinnerungen, Erfahrungen in Kunst transformieren und diese einem breiten Publikum vermitteln. Dabei muss am Ende nicht immer eine öffentliche Aufführung stehen, bei einer solchen kulturellen Tätigkeit kann auch der Weg das Ziel sein. Die Arbeit an sich ist jedoch als künstlerische Arbeit zu verstehen, denn nur im künstlerischen Tun, in der Konzentration auf den künstlerischen Gestaltungsprozess entfalten sich die bildungsrelevanten und sozialen Dimensionen des Theaterspiels. Theater gilt als

Weiter auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

Jung und dynamisch

die soziale Kunstform und als Kunst zeigt das Theater soziale und pädagogische Wirkung.

· *Theaterspiel mit alten Menschen ist bunt und vielfältig*
So unterschiedlich wie die Menschen selbst, so unterschiedlich sind auch die Theaterformen im Spiel mit alten Menschen, hierzu zählen: Erinnerungstheater, Seniorenkabarett, Generationentheater, Mundarttheater, Erzähltheater, therapeutisches Theater mit Demenzkranken,...

· *Theaterspiel mit alten Menschen ist sinnstiftend*
„Wollen wir vermeiden, dass das Alter zu einer spöttischen Parodie unserer früheren Existenz wird, so gibt es nur eine einzige Lösung: weiterhin Ziele zu verfolgen, die unserem Leben Sinn verleihen.“ (Simone de Beauvoir). Das Theaterspiel bietet hierzu eine ausgezeichnete Möglichkeit. Es zeigt mit der Energie der Alten das Lebensgefühl älterer Menschen. Die künstlerische Tätigkeit fördert die innerliche Beweglichkeit und kann zu einer versöhnlichen Lebensbilanz beitragen. Durch die Beschäftigung mit existentiellen Fragen, wie etwa nach Leben und Tod und dem begleitenden Prozess des Sich-Erinnerns entstehen individuelle Bilder und Emotionen. Theater bietet den Ort, an dem man diese Gefühle in einen erlebbaren und sichtbaren Ausdruck bringen kann. Es geht darum, dem reichen Schatz an Erfahrungen eine Form zu geben und sie zu verwandeln, statt innerlich zu erstarren.

· *Theaterspiel mit alten Menschen ist ein Sprachrohr*
Selbstbewusst und mit großem Engagement werden über das Theaterspiel schlagfertige Antworten auf Jugendwahn, Altersangst und dadurch auch neue Bilder (Selbstbilder) vom Altern in unserer Gesellschaft gesetzt. Darüber hinaus ermöglicht gerade die Distanz des Alters ein souveränes Beleuchten des Hier und Heute.

· *Theaterspiel mit alten Menschen ist ein Netz gegen Einsamkeit*
Es ist das Spiel im Ensemble, durch das Solidarität entsteht und das immer wieder gemeinsames Vergnügen bereitet. Es ist zudem ein soziales Ereignis, wenn beispielsweise eine Erinnerung in ein Rollenspiel aufgeschrieben und gemeinsam umgesetzt wird und dies nur gelingt, wenn sich alle Kräfte vereinigen.

· *Theaterspiel mit alten Menschen ist ein Ort der Begegnungen*
Theater mit alten Menschen will Erlebnis- und Assoziationsraum sein, um sich des eigenen Verstandes und Gefühles zu versichern. Es kennt phantasievolle ästhetische Überhöhungen, absurde Situationen, verrückte Menschen, vor allem aber Geschichten, die für alte und jüngere Menschen nicht dieselben Geschichten sind, Geschichten, die alte und jüngere Menschen zu ganz neuen unerhörten Geschichten herausfordern.

Wie in vielen kulturellen Feldern mangelt es jedoch an qualifizierenden Fortbildungsangeboten. Deshalb wird der BDAT ergänzend zur Seminarreihe des Europäischen Seniorentheater-Forums im kommenden Jahr ein Schulungsprogramm für Spielerinnen und Spieler sowie für Spielleiterinnen und Spielleiter im Seniorentheater auflegen, das voraussichtlich vom BMFSFJ unterstützt wird. Im Curriculum werden die besonderen Rahmenbedingungen und künstlerischen Methoden und Verfahrensweisen des Seniorentheaters berücksichtigt. Der BDAT steht darüber hinaus als Ansprechpartner für alle Belange des Seniorentheaters zur Verfügung.

Der Verfasser ist Präsident des Bund Deutscher Amateurtheater (BDAT) ■

Kultur ein Leben lang

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen

Berlin, Bonn den 30.09.2009

Präambel

Das Bild der älteren Generationen hat sich in den vergangenen Jahren positiv verändert. Spätestens seit dem 5. Altenbericht der Bundesregierung „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ aus dem Jahr 2006 ist deutlich geworden, dass ältere Menschen auch nach ihrer Erwerbstätigkeit gesellschaftliche, soziale und kulturelle Aufgaben wahrnehmen. Dabei sind sie nicht nur Vermittler von Traditionen und Erfahrungen, sondern auch innovative und kreative Vordenker für zukünftige gesellschaftliche Aufgaben.
Aufgrund der steigenden Lebenserwartung ist die Generation der Älteren in unserer Gesellschaft sehr heterogen, weshalb nicht von der älteren Generation gesprochen werden kann. Viele sind körperlich aktiv und mobil, andere wiederum sind aufgrund gesundheitlicher Probleme an ihr näheres Umfeld gebunden. Eine große Anzahl ist zurzeit finanziell gut abgesichert, allerdings wächst die Gruppe derjenigen, die aufgrund langer Phasen von Arbeitslosigkeit oder anders bedingter Lücken in ihrer Erwerbsbiografie nur eine geringe Rente erhalten werden.
Bildung und Kultur sind nicht nur in jungen Lebensjahren von großer Bedeutung, sondern gerade auch im Alter. Das Produzieren und Rezipieren von Kultur fördert das Interesse an Politik, am gemeinschaftlichen und generationenübergreifenden Zusammenwirken sowie die Offenheit gegenüber neuen Medien und Technologien. Zudem ist erwiesen, dass sich kulturelle Aktivitäten positiv auf den Gesundheitszustand auswirken und bis ins hohe Lebensalter gesellschaftliche Teilhabe und Lebensfreude ermöglichen können.
Ältere Menschen sind nicht nur Konsumenten von Kulturangeboten, sondern werden verstärkt auch selbst künstlerisch oder kreativ aktiv und wirken als Vermittler. Insbesondere die kulturellen Erfahrungen von älteren Menschen beinhalten dafür wichtige Impulse. Durch eine solche Altenkulturarbeit werden neue Inhalte und Debatten in den öffentlichen Raum getragen wie z. B.: Thematisierung des Älterwerdens, Chancen des Alters sowie Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen wie Zeitgeschichte oder das Leben in der Gegenwart.
Der Deutsche Kulturrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen möchten mit dieser Stellungnahme auf die Situation der Altenkulturarbeit eingehen und Perspektiven für eine aktive „Kultur im Alter“ entwickeln.
Im Deutschen Kulturrat sind Verbände der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturwirtschaft, der Kulturvermittlung sowie der Laienkultur zusammengeschlossen. Die Mitglieder des Deutschen Kulturrates repräsentieren somit die Anbieter von Kulturangeboten, Kulturvermittler und -produzenten in allen künstlerischen Sparten.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) tritt als Lobby der Älteren in Deutschland dafür ein, dass jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Darüber hinaus fordert sie, dass die älteren Generationen die Chance erhalten, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

1. Kulturelle Bildung ein Leben lang

Kulturelle Bildung betrifft alle Generationen. Nicht nur in Kindheit und Jugend, sondern gerade auch im Alter eröffnen kulturelle Teilhabe und eigenschöpferische künstlerische Aktivitäten die Chance, sich persönlich weiterzuentwickeln und nach Ende der Familien- und Berufsphase etwas zu tun, was jenseits von beruflicher Verwertbarkeit Sinn und Freude macht.
Durch kulturelle Bildung werden Menschen an Kunst und Kultur herangeführt und zu einer intensiveren Beschäftigung mit einem künstlerisch-kulturellen Thema angeregt. Sie werden so zu aktiven Kulturausübenden oder auch zu kompetenten Rezipienten.
Aktive Kulturnutzung ist – auch und gerade im Alter – Schlüssel zu sozialer Integration und Beteiligung und hilft, Lebensqualität zu erhalten und soziale Netze zu knüpfen. Das Alter konfrontiert uns mit einer Vielzahl von Veränderungen und biografischen Wendepunkten und erfordert große Anpassungsprozesse. Für eine sinnvolle Gestaltung des nachberuflichen Lebens sind neue Integrationsleistungen und veränderte Handlungsstrategien erforderlich. Kunst und Kultur können dazu beitragen, diese Veränderungsprozesse, Fragestellungen, Emotionen und Widersprüche zu thematisieren. Zudem sind sie gute Mittel im Dialog der Generationen.
Der Bildungs- und Kulturbereich ist daher neben dem Gesundheits- und Sozialbereich in besonderer Weise gefordert zu zeigen, wie der gesellschaftliche Zuwachs an Lebenszeit positiv gestaltet werden kann.
Möglichst vielen Menschen auch im Alter kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, stellt eine Zukunftsaufgabe dar. Hier besteht bildungs- und kulturpolitischer Handlungsbedarf. Gerade in der kulturellen Erwachsenen- und Altersbildung gibt es einen großen Nachholbedarf bei Angeboten für Erwachsene, der im Zuge des demografischen Wandels gravierender wird, wie die Enquete-Kommission des Bundestags „Kultur in Deutschland“ konstatiert. Kulturelle Bildung im Alter muss daher politisch und finanziell gestärkt werden.
Inzwischen entwickeln viele klassische Kultureinrichtungen, wie Museen, Theater, Opernhäuser, Kirchen oder Bibliotheken, spezifische Angebote, die die Interessen älterer Menschen berücksichtigen. Kultur wird aber nicht nur für ältere Menschen gemacht, sondern viele Ältere sind auch aktive Kulturproduzenten. Sie spielen Theater, singen in Chören, musizieren in Orchestern, filmen, tanzen, malen und schreiben und stellen ihre Kunst aus. Dies tun sie nicht nur in sogenannten Altenkulturgruppen, sondern oft auch in generationenübergreifenden Zusammenhängen.
Viele Ältere haben sich ein Leben lang mit Kunst und Kultur entweder rezeptiv oder produktiv beschäftigt, andere kommen erst im Seniorenalter dazu, kulturelle Angebote aktiv wahrzunehmen. Zudem ergaben die Umfragen des Zentrums für Kulturforschung, dass die Kulturinteressen der älteren Generationen sehr differenziert sind. So gehen beispielsweise viele 60-Jährige genauso gern in Rockkonzerte oder Musicals wie Jüngere, während andere treue Opernbesucher sind.
Auch das Verhältnis zu Gruppenaktivitäten ist bei vielen Älteren – wie auch bei Jüngeren – sehr heterogen. So ziehen es einige vor, unter sich zu bleiben und mit Gleichaltrigen Kunst und Kultur zu erleben und zu produzieren, andere wiederum sind gerade daran interessiert, generationenübergreifend zu agieren und damit neue Kontakte auch zu Jüngeren herzustellen.
Für Kultureinrichtungen ist es ein Gewinn, auf die heterogene Gruppe der älteren Menschen mit differenzierten Angeboten zu reagieren, die sie gezielt ansprechen und aktiv teilhaben lassen.

2. Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in Kunst und Kultur

Wie die beiden Freiwilligensurveys 1999 und 2004 belegt haben, sind immer mehr Ältere bereit, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Insbesondere der Kulturbereich ist für viele ein interessantes nachberufliches Tätigkeitsfeld; Ältere engagieren sich beispielsweise als Lesepaten, in Museen, in kulturellen Fördervereinen oder in Bibliotheken.
Bürgerschaftliches Engagement braucht eine Anerkennungskultur, die dieses Handeln für das Gemeinwohl wertschätzt und würdigt. Zudem muss deutlich gemacht werden, dass es sich bei den freiwilligen Leistungen um einen Zusatz handelt, der hauptamtliche Strukturen nicht ersetzen darf. Bürgerschaftlich Engagierte sollten außerdem in ihren Tätigkeitsfeldern qualifiziert weitergebildet und die hauptamtlichen Mitarbeiter müssen dahingehend geschult werden, das Engagement der Freiwilligen in ihre alltägliche Arbeit gewinnbringend zu integrieren.

3. Ältere als Kulturkonsumenten

Aufgrund der Tatsache, dass viele ältere Menschen länger mobil sind, werden für sie Kulturreisen immer attraktiver. So unterbreiten viele Reiseveranstalter, aber auch zunehmend Kommunen und Regionen konkrete Angebote für die älteren Generationen. In vielen Städten und Gemeinden werden besondere Angebote für Menschen im Vorruhe- und Ruhestand entwickelt, die in Kooperation mit Seniorenorganisationen vor Ort umgesetzt werden. Mit dem Wahrnehmen dieser Angebote leisten ältere Menschen einen wichtigen Beitrag für das Wachstum eines Kulturstandortes und sichern somit das Fortbestehen zahlreicher Kultureinrichtungen und Kulturangebote.

4. Kulturangebote für alle

Der Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten muss für alle Generationen gewährleistet werden. Das bedeutet auch, dass auf die unterschiedlichen Zielgruppen, auf ihre Interessen und Bedürfnisse differenziert eingegangen werden muss. Dies gilt insbesondere für ältere Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sowie für ältere Migrantinnen und Migranten, die in den nächsten Jahren zahlenmäßig zunehmen werden und die bisher von vielen Kultureinrichtungen eher selten angesprochen werden.

5. Was ist zu tun?

Die Empfehlungen und Forderungen des Deutschen Kulturrates und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen richten sich an ihre Mitgliedsverbände, aber auch an die Politik.

Der Deutsche Kulturrat und die Bundesarbeitgemeinschaft der Senioren-Organisationen empfehlen:

· Verbänden und Kultureinrichtungen, vermehrt Angebote im Bereich der Altenkulturarbeit zu entwickeln und Möglichkeiten für Ältere zu schaffen, künstlerisch aktiv zu werden
· den Seniorenvertreterinnen und -vertretern in den Kommunen, das Thema Altenkultur in ihre Aktionsprogramme aufzunehmen
· eine stärkere Vernetzung der Anbieter auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, um Interessen zu identifizieren und über Angebote und erfolgreiche Modellprojekte zu informieren
· den Abbau von Zugangsbarrieren. Damit sind nicht nur finanzielle oder bauliche Barrieren wie zum Beispiel fehlende Rampen und Fahrstühle, schlecht lesbare Programme oder fehlende Induktionsschleifen für Hörbehinderte gemeint, sondern auch geistige Hemmschwellen, durch die die Potenziale der älteren Generationen nicht wahrgenommen werden. Zur Barrierefreiheit gehören auch die Fragen,
  · wie neue Besucher willkommen geheißen werden,
  · wie auf Vielfalt eingegangen wird
  · inwiefern unterschiedliche Interessen bei der Auswahl der Angebote berücksichtigt werden,
  · inwiefern die Angebote auch ohne Vorwissen der Älteren ansprechend und verständlich sind,
  · ob unterschiedliche Lernformen in der Vermittlung berücksichtigt werden,
  · ob die Eintrittspreise gerechtfertigt sind und ob es auch Veranstaltungen gibt, an denen kostenlos teilgenommen werden kann.

Der Deutsche Kulturrat und die Bundesarbeitgemeinschaft der Senioren-Organisationen fordern:

· die Stärkung des Bewusstseins für die Altenkultur sowie die Notwendigkeit einer öffentlichen Förderung der Altenkultur in der Politik,
· die Gleichstellung der Altenkulturarbeit und der kulturellen Kinder- und Jugendbildung in den Ländern,
· Verstärkung intergenerationeller Angebote für jüngere und ältere Menschen,
· den Ausbau vorhandener Strukturen mit dem Ziel, eine breite Basis zu erreichen,
· eine langfristige Förderung der Altenkulturarbeit durch den Bundesaltenplan, die der demografischen Entwicklung entspricht,
· die Öffnung der Altenkulturarbeit für ältere Migrantinnen und Migranten und ihre kulturellen Interessen, Bedürfnisse und Erfahrungen,
· niedrigschwellige Angebote, die auch Menschen ohne Vorkenntnisse im Feld der Kulturproduktion oder Kulturrezeption Zugänge zur kulturellen Bildung eröffnen,
· vermehrt mobile Angebote wie Medienbusse und „Kulturkoffer“ für körperlich eingeschränkte ältere Menschen, die es ihnen erlauben, auch in ihrer nächsten Umgebung an kulturellen Aktivitäten teilzunehmen,
· für finanziell weniger gut gestellte Ältere einen Kulturpass, der zum vergünstigten oder kostenlosen Theater- oder Opernbesuch berechtigt.

Dafür ist es sinnvoll, wenn die Zuständigkeiten für die Altenkulturarbeit verstärkt ressortübergreifend erfolgen. Die zuständigen Ressorts sind insbesondere Familie, Soziales, Bildung und Kultur.

Der Deutsche Kulturrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen werden gemeinsam eine Handreichung für den barrierefreien Zugang zu Kulturangeboten für Kultur- und Seniorenverbände erstellen. ■

Kulturelle Vielfalt im ländlichen Raum

Der Landkreis Görlitz • Von Joachim Mühle

Der Landkreis Görlitz besteht seit dem 01. August 2008. Auf der Basis des Sächsischen Kreisgebietsneugliederungsgesetzes wurden die ehemalige Kreisfreie Stadt Görlitz, der Landkreis Löbau-Zittau und der Niederschlesische Oberlausitzkreis zu einer Verwaltungseinheit zusammengefasst. Damit besteht die im Osten des Freistaates Sachsen gelegene Oberlausitz nur noch aus den Landkreisen Bautzen und Görlitz. Mit dem heutigen Landkreis Görlitz ist ein Gebilde entstanden, das im Osten die gesamte sächsische Grenze zur Republik Polen erfasst, im Süden an Tschechien und im Norden an das Bundesland Brandenburg grenzt.

Die Neue Lausitzer Philharmonie bei der Aufführung „Harry Potter-Der Zauberlehrling". Diese Vorstellung bildete den Auftakt für die Veranstaltungsreihe des Jahres 2009 im "Amphitheater im Ohr"
Foto: André Kurtas

Kulturell ist die Oberlausitz schon seit Jahrhunderten eine reiche und attraktive Region. Begünstigt durch die Lage an der via regia, einer mittelalterlichen Handelsstraße, die von Frankfurt am Main bis nach Krakau bzw. Kiew führte. Durch das Fehlen einer eigenen fürstlichen Landesherrschaft konnten die Städte der Region schon recht bald ihre Bedeutung ausbauen und kulturell bestimmend werden. Nicht zuletzt kann angenommen werden, dass der Freistaat Sachsen auch diesen Grund zum Anlass nahm, seine Landesausstellung im Jahr 2011 zum Thema „via regia" in Görlitz auszurichten.

Der Sechstädtebund, 1346 von den Städten Bautzen, Görlitz, Kamenz, Lauban, Löbau und Zittau als Schutzbund gegründet, schuf die besten Voraussetzungen für ein kontinuierliche Entwicklung, die insbesondere durch den Tuchhandel befördert wurde.

Zwei der genannten Städte, Görlitz und Zittau, liegen im heutigen Landkreis Görlitz, der sich in nordsüdlicher Richtung mehr als 100 Kilometer ausdehnt. Mit ca. 250.000 Einwohnern und ca. 2.000 Quadratkilometern gehört der Landkreis Görlitz zu den einwohnerarmen Flächenkreisen in Deutschland. Dies birgt auch für den Erhalt von kulturellen Strukturen große Probleme. Eine der schwierigsten Aufgaben für den neuen Landkreis im Kultursektor wird sein, die aus der Kreisfreien Stadt Görlitz und dem Landkreis Löbau-Zittau eingebrachten Musik- und Schauspieltheater zu erhalten und in eine neue dauerhafte Struktur zu überführen.

Bereits im Vorfeld der Kreisgebietsreform konnten die als Regiebetriebe strukturierten Kultureinrichtungen des Niederschlesischen Oberlausitzkreises in die vom Landkreis Löbau-Zittau errichtete Kultur- und Weiterbildungsgesellschaft Löbau-Zittau mbH (KuWeit) integriert werden. Zu den kreisweit agierenden Kultureinrichtungen unter dem Dach der KuWeit gehören u.a. die Kreisbibliothek mit ca. 100.000 Medieneinheiten, die Musikschule „Dreiländereck" mit nahezu 3.000 Musikschülern, die Kreisvolkshochschule und die Medienstelle.

Der Landkreis Görlitz ist auch Mitgesellschafter eines Museumsverbundes, den er gemeinsam mit drei weiteren kreisangehörigen Gemeinden als gemeinnützige GmbH betreibt. Zu den Museumsbereichen gehören ein landwirtschaftlich ausgestatteter Vierseitenhof, ein Ackerbürgerhaus, eine Freilichtanlage zum Granitabbau in den Königshainer Bergen und der Alterssitz des ehemaligen preußischen Kriegsministers Generalfeldmarschall Albrecht Theodor Emil Graf von Roon in Krobnitz bei Reichenbach OL. Fachpersonal kann so auch für kleinere Einrichtungen nutzbar werden und damit Einfluss auf die Qualität der Museumsarbeit nehmen.

Mit der Errichtung des Landkreises Görlitz wurde auch ein eigenes Kultursekretariat mit direkter Unterstellung zum Landrat eingerichtet. Neben der Aufgabe kulturelle Prozesse des Landkreises zu planen, zu organisieren und zu unterstützen, werden zusätzlich Verwaltungsaufgaben für den Zweckverband Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien erfüllt.

Der Zweckverband Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien ist eine auf gesetzlicher Grundlage errichtete eigene juristische Person des öffentlichen Rechts und wurde geschaffen mit dem Ziel, Kultureinrichtungen und -angebote mit regionaler Bedeutung zu erhalten und zu fördern. Das Sächsische Kulturraumgesetz regelt damit die Kulturförderung in Sachsen auf eigene und im Vergleich zu anderen Bundesländern bemerkenswerte Weise.

Für den Landkreis Görlitz wird ein wichtiger Teil der Kulturentwicklung durch die Beteiligung am Zweckverband „Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien" ermöglicht. Mittels Bereitstellung von Kulturumlagen und Fördergeldern des Freistaates Sachsen wird für ca. 25 Einrichtungen im Landkreis eine institutionelle Förderung in Höhe von ca. 10 Mio. Euro gesichert. Darüber hinaus erhalten zahlreiche Projekte mit regionaler Bedeutung finanzielle Unterstützung. Das Spektrum der geförderten Sparten reicht von Literatur und Bibliotheken über Bildende Kunst und Galerien, Heimatpflege, Museen und Sammlungen, Musikpflege und Musikschulen, Soziokultur-Neue Medien, Darstellende Kunst bis hin zu Tiergärten und Parkanlagen.

Durch das Sächsische Kulturraumgesetz, das im Jahr 2008 vom Sächsischen Landtag entfristet wurde, haben die Kulturträger in den ländlichen Regionen eine Perspektive erhalten. Aufgrund der Vielfalt der vorhandenen kulturellen Einrichtungen und regional bedeutsamen Projekte können hier nur einige beispielhaft erwähnt werden.

Den größten Anteil, ca. 60 Prozent, der finanziellen Zuwendungen des Kulturraumes erhalten die vier in der Region ansässigen Theater. Deutschlandweite Einmaligkeit besitzen die sorbischen Kultureinrichtungen. Mit dem Deutsch-Sorbischen Volkstheater beispielsweise wird ein binationales Theater unterstützt, das über die Landkreise Bautzen und Görlitz hinaus aktiv ist. Gleiches trifft für das Musiktheater Oberlausitz-Niederschlesien mit Sitz in Görlitz zu. Inszenierungen werden im Austausch der jeweiligen Theater angeboten. Befördert durch das Kulturraumgesetz haben sich verschiedenartige Kooperationen und Vernetzungen über die Kreisgrenzen ergeben. Der Landkreis Görlitz profitiert in jeglicher Hinsicht vom Austausch und der Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des Nachbarkreises. Die fünften sächsischen Literaturtage 2008 können hier als Beispiel genannt werden. Von nahezu 100 Veranstaltungen die maßgeblich durch die Bibliotheken der Landkreise organisiert wurden, konnten ca. 4.000 Besucher profitieren.

Ein Schwerpunkt der kulturellen Arbeit des Landkreises ist auf die grenzüberschreitende Arbeit mit Polen und Tschechien gerichtet. Bei Projekten wie „Lanterna Futuri" (grenzüberschreitende Reflektion von Geschichtserfahrungen mit Jugendlichen) oder bei der seit einigen Jahren bestehenden Zusammenarbeit der Bibliotheken in der Euroregion Neiße wirkt der Landkreis unterstützend. Die Wiederherstellung des Fürst-Pückler-Parkes Bad Muskau, mit einem bedeutenden Teil ca. 400 ha. Fläche östlich der Neiße auf polnischem Gebiet liegend, wird seit vielen Jahren zum Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Polen genutzt. Das Kuratorium der Stiftung „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau" vereint fachliche und öffentliche Vertreter und dient unter Einbindung des Landkreises dem bilateralen Austausch verschiedener Partner. Die Ergebnisse bei der Wiederherstellung der außergewöhnlichen Parkanlage, die 2004 den UNESCO-Welterbetitel erhielt, sind nicht zu übersehen.

Der Landkreis Görlitz initiiert darüber hinaus Projekte, die partnerschaftliche Zusammenarbeit im kulturellen Bereich befördern sollen. Seit Jahren werden daher Künstlerpleinairs im Landkreis durchgeführt, zu denen Künstler aus verschiedenen Ländern Europas eingeladen werden. Die Ergebnisse der Pleinairs werden dann in den Ländern und Städten aus denen die teilnehmenden Künstler stammen im Rahmen von Wanderausstellungen gezeigt. Gleichzeitig wird auf das kulturelle und wirtschaftliche Potential des Landkreises Görlitz durch entsprechende Präsentationen hingewiesen.

Als bedeutender Energiestandort durch Abbau von Braunkohle im Tagebau und herausragenden Projekten der Rekultivierung stillgelegter Tagebauflächen ist die Region auch attraktiv für Künstler, die sich am Transformationsprozess dieser Industrielandschaft beteiligen möchten. Seit fünf Jahren finden jährlich für ein Wochenende im September rings um den Bärwalder See (größter künstlich entstandener Binnensee in Sachsen) Licht-Klang-Festivals statt, die durch Kunsterlebnisse verschiedenster Art und ein Kunstpaarcour mit temporären Kunstwerken mehrere tausend Besucher aus verschiedenen Bundesländern in den Landkreis ziehen. Der Landkreis Görlitz bietet eine einzigartige vielfältige Kulturlandschaft mit herausragenden Zeugnissen der Architektur und Kunst. Die Grenzlage der Region muss und kann noch mehr als Herausforderung und Chance begriffen werden.

Der Verfasser ist Kultursekretär des Landkreises Görlitz ■

Kulturlandschaft Deutschland

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland" hat ihren Auftrag ernst genommen und eben nicht nur jene Bereiche des kulturellen Lebens in den Blick genommen, die jedem selbstverständlich sind, sondern hat eine umfassende Bestandsaufnahme des Kulturlebens in Deutschland vorgelegt.

In diesem Zusammenhang hat die Enquete-Kommission „blinde Flecken" in der Kulturlandschaft und Kulturpolitik Deutschlands untersucht, so u.a. auch die Kultur im ländlichen Raum. Obwohl die Mehrzahl der Bundesbürger nicht in Großstädten, sondern in Mittelstädten oder Dörfern lebt, spielt die Kultur in den Regionen zumeist eine untergeordnete Rolle. Kultur in der Provinz wird oftmals gleichgesetzt mit provinziell.

Dass dem so nicht ist, wurde bereits in der Reihe „Kulturregionen" in *politik und kultur* deutlich. In sieben Ausgaben – von der Ausgabe Januar-Februar 2007 bis zur Ausgabe März-April 2008 – haben jeweils zwei der im Arbeitskreis Kulturregionen zusammengeschlossenen Kulturregionen ihre Arbeitsweise sowie ausgewählte Projekte vorgestellt. Die Unterschiedlichkeit dieser Projekte bot einen Einblick in die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland, sie zeigte den Ideenreichtum der Akteure vor Ort und machte deutlich, dass interessante kulturelle Vorhaben überall in Deutschland zu finden. Seit der Ausgabe 4/2008 wird aus unterschiedlichen Landkreisen von der Kulturarbeit vor Ort berichtet.

In dieser Ausgabe stellt *Joachim Mühle*, Kultursekretär des Landkreises Görlitz, die Kulturarbeit dieses Kreises vor.

Die Redaktion ■

„... ein glühender Backofen voller Liebe“

Peter Reifenberg zur Theologie Martin Luthers

Über alle konfessionellen Grenzen hinweg fordert er heraus, fasziniert er durch seine Entschiedenheit, seine Sprachgewalt, Fleiß, seinen scharfen Verstand und seinen Bekennermut:

Die Wartburg in Eisenach **© Thüringer Tourismus GmbH/Bildarchiv, Toma Babovic**

Der Gottsucher, Gottesfürchtige, Augustinermönch, Prediger und Reformator Martin Luther. Die größte Provokation geschieht allerdings durch seine theologische Gestalt. Die Theologie Martin Luthers, der freilich kein Heiliger ist, lockt zum gründlichen Studium, dies zumal, wenn man in Worms geboren und aufgewachsen ist.

An der Weimarer Ausgabe muss man sich hart abarbeiten, muss sich einlassen auf die antithetische Gestalt einer aus der Situation und für sie urgierten Theologie, muss sich in die innere Dynamik eindenken, wie es selbst von lutherischen Predigern oftmals vergessen oder gar nicht mehr gekannt wird. Die massenhafte Abwendung von den Kirchen – katholische wie evangelische – geschieht auch deshalb, weil die Menschen die Verkündigung des Wortes nicht mehr überzeugend als existenzumstürzendes Sprach- und Denkereignis erleben. Theologie als herausfordernde Disputation zu betreiben bedeutet, sie gerade nicht in ein rigides Lehrgebäude zu zementieren, sondern sie auf die Weise der lebendigen Suche nach Gott und dem Menschen in Verkündigung und Wissenschaft als Streitsache in bestem Sinne voran zu bringen. Theologie nach lutherischem Vorbild zu denken heißt, den schuldigen und verlorenen Menschen und den rechtfertigenden und erlösenden, rettenden Gott in den Mittelpunkt zu stellen. Dem Wort wollte er zuvörderst dienen, jedes Sprachschöpfertum steht unter dem Dienst am Wort des Evangeliums. Nur aus der handlungsrelevanten Dialektik dieses sprachgewaltigen Denkens und Sprechens lassen sich die Antithesen verstehen: Gesetz und Evangelium, Freiheit und Unfreiheit, Buchstabe und Geist, verborgener und offenbarer Gott ... Doch die Bejahung des Einen heißt nicht, die Verneinung des Anderen und umgekehrt.

Diese Theologie lässt sich bis in Einzelfragen der Kritik unterwerfen, ein sanftes Ruhekissen ist sie nicht, sie eignet sich auch nicht für Konsenstheologen, sondern fordert zum Ja oder Nein, besser zum dialektischen Ja und Nein im eingeschlossenen Dritten auf, immer mit dem Blick auf die Kreatur, die vor ihrem Gott bestehen will und muss, die verspürt, dass sie angesichts Gottes marginal und zentral zugleich allein auf Gottes Handeln angewiesen ist. Der Primat der Gnade vor der Handlungsmöglichkeit mag dem nachpostmodernen Menschen heute nicht mehr schmecken, da sein Selbstverständnis stark von einer nachneuzeitlichen Autonomie geprägt ist.

Die Ernsthaftigkeit des Stehens vor Gott lässt Luther keine Ruhe, so sehr ist er vom Geiste Augustins geprägt. Mit der gnadenhaften Wirklichkeit Gottes zu rechnen, ist für Luther Lebensinhalt schlechthin: Wie sieht die dynamische Wirklichkeit zwischen Gott und Mensch aus? Kann das Einzelsubjekt vor seinem Gott bestehen? Diese subjektbezogene Frage ist revolutionär angesichts einer durch Kirche und Lehramt verbürgten Objektivität. Die Frage überwältigt Luther, lässt ihn in ein Rechtfertigungsdrama eintreten, in dem er fast selbst zugrunde geht, so radikal und ausschließlich, so unerbittlich und unumkehrbar macht er seine eigene Erfahrung zum Paradigma des Verhältnisses des Menschen vor Gott überhaupt: Wie finde ich einen gnädigen Gott?

Den hermeneutischen Schlüssel zum Verständnis der Schrift – und damit zum Verstehen des Menschen angesichts Gottes – findet er in Röm 1, 17: „Denn die Gerechtigkeit Gottes wird in ihm offenbart aus dem Glauben zum Glauben“.

Doch wie steht es mit dem Rechtfertigungsbedürfnis des Heutigen? Die Dichotomie von Gesetz und Evangelium zielt gegen jeden im Grunde atheistischen Versuch der Selbstrechtfertigung, bei dem der Mensch nicht auf Gott allein angewiesen sein will. Insofern ist die Gesetzesgläubigkeit das Gegenteil von Glauben im Sinne des Evangeliums und damit als Kategorie für die Versöhnung unbrauchbar. Leistungen können die Gott-Mensch-Beziehung nicht grundlegend ändern: „Wo Menschenkraft ausgeht, da geht Gotteskraft ein, wenn der Glaube da ist und darauf wartet“ (WA 7,568 f.). Alles kommt darauf an, dass Gott die Gerechtigkeit durch Gnade gewährt und anrechnet. Der identitätsstiftende Glaube ergreift Christus und der Glaubende wird durch Christus, der in ihm lebt, zum eigentlichen persönlichen Ich.

All die entscheidenden Fragen schauen nicht auf die entlastende Kraft der kirchlich-sakramentalen Tröstungen, sondern der sündige Mensch erfährt sich radikal und vereinzelt auf sich allein vor Gott gestellt, allein im Glauben an Christus, der allein im Kreuz erlöst, dem allein im Glauben zu begegnen ist und dessen Wort des Evangeliums allein genügt. Eine Theologie des Kreuzes zu leben, die die Entschiedenheit des Einzelnen betont, die auch in Vereinzelung führen kann, die im Amt nur Hindernis und Afterdienst erblickt: Ist sie tatsächlich leb- und universalisierbar? Sie bleibt eine anfechtbare Theologie im Widerstreit, im inneren und äußeren Kampf, in der Unruhe nimmermüden Suchens, dem allein das Wort das Brot des Lebens gibt, den nur der Glaube an die vergebende Liebe Gottes leben lässt.

Sieht Luther die Wirklichkeit des Menschen in einer reduktionistischen Weise? In letzter Gewissheit erblickt er in Gott die Liebe und stellt sich aus dem nominalistischen Ockhamismus her kommend gegen die scholastischen Unterscheidungen, denen er die Chiffre „Philosophie“ verleiht. Dagegen steht für ihn fest: Gott ist „ein glühender Backofen voller Liebe“ (WA 36,425).

Mit diesem zentralen Grundgedanken johanneischer Theologie finden sich Katholiken und Protestanten heute eng versöhnt; die Grundbotschaft von Papst Benedikt XVI. „Deus caritas est“ (2005) liest sich entsprechend wie eine ökumenische Bestätigung.

Durch die spannungsgeladene Antithetik der Theologie Luthers wird der Bogen dieser Theologie niemals schlaff. Das Leben aus ihr findet innerhalb der Spannungen seine Antwort, kann sich nur von Gott her verstehen und in der radikalen Verpflichtung zum Glauben erleben. Doch wirkt dieser Glauben nicht schon fatalistisch? Belässt er der Würde der Vernunft die ihr zukommende Weite? Wird das Handeln des Menschen in dieser Theologie von einem übermächtig fordernden Glauben verdeckt, ja a priori negativ konnotiert? Wird des Menschen moralische Kompetenz untergraben? Wenn Luther die Willensfreiheit zu leugnen scheint, so ist dies aus dem radikalen Gottesbezug zu verstehen; erst die Nichtigkeit des freien Willens vor Gott macht das Gewissen zur Erkenntnis frei, erst der Glaube und das Vertrauen in Gott zeigt dem Menschen die Grenzen seiner weltlichen Freiheit auf. Der Wille ist stets vom Wort in Anspruch genommen, niemals konsistent in einer beliebigen Liberalität, niemals im Sinne einer abstrakten begrifflichen Einfassung, sondern entschieden vor Gott und den Menschen, nicht selbstbemächtigend, sondern stets unter dem Willen Gottes begnadeter Wille. Der Mensch – simul iustus et peccator – wird nur auf Gott hin gedeutet. Sein Vermögen reduziert sich auf die Hingabe seines Glaubens: Dann gilt: Mehr als angenommen sein in Christus gibt es nicht, das neue Leben kann beginnen (H. M. Barth).

Menschliche Werke sind ohnmächtig angesichts des Willens Gottes. Was aber vermag der Wille des Menschen zu seinem Heil? Kann er die Grundrichtung des Willens ändern? Er ist nach Luther erst dann frei, wenn er im Glauben Gott Gott sein lässt und es als Trost erfährt, den Willen Gottes als seinen eigenen anzunehmen, ohne vorschnell in einen metaphysischen Determinismus zu verfallen. Vor Gott stehen heißt, den Willen Gottes nicht als einen den Menschenwillen zerstörend, sondern ihn als begnadend zu erfahren. Diese Bewegung geschieht in der lebendigen Form des Bekennens im Glauben.

Diese Splitter aus seiner Theologie müssen in der Kürze genügen. Das ein martialisches Lutherbild des 19. Jahrhunderts widerspiegelnde Luther-Denkmalbild in Worms – Luther steht als erhabener weit ausschauender Bekenner erhöht und allein, umringt von bedeutenden Reformatoren – schreibt sich in die Seele auch des katholischen Theologen ein. Luther ruft seine wortgewaltige Theologie sinnenfällig und wirkmächtig aus – gleich einem „Donnerwort“.

Welche tiefe Erkenntnis bleibt lebenstragend und prägend aus seinem Denken?

Luthers letzte Worte beeindrucken zutiefst, weil sie die grundlegende Wahrheit über den Menschen vor dem ewigen Gott aussagen: „Wir sind Bettler. Das ist wahr“ (WA 48,241).

Der Verfasser ist Direktor der Akademie und des Tagungszentrums des Bistums Mainz, Erbacher Hof, und lehrt Moraltheologie an der Universität Mannheim ■

Eine Kirche mit einem klaren kulturellen Profil

Laudatio Evangelischer Kulturpreis „Grenzgänger“ für die Kulturkirche St. Stephani in Bremen • Von Olaf Zimmermann

Ist nicht jeder Gottesdienst ein bisschen Theater? Ist nicht jedes Theaterstück ein bisschen Predigt? Sind das Theater und die Kirche nicht Konkurrenten, wenn es um die Aufmerksamkeit und den Besuch geht? Ist nicht jede Kirche der Kultur verpflichtet – zumindest der Kirchenmusik?

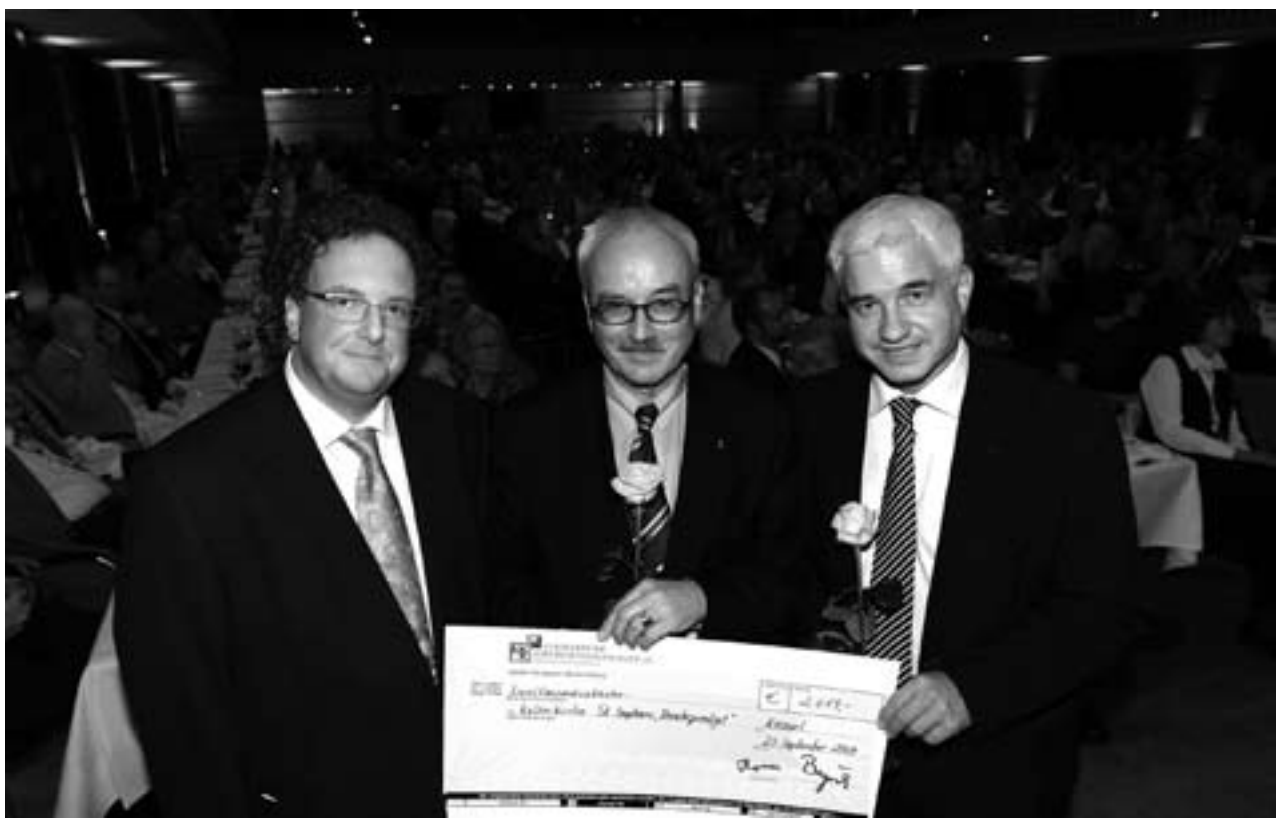
Fragen, die entstehen, wenn eine Kulturkirche für das Projekt „Theaterpredigt“ ausgezeichnet werden soll.

Was unterscheidet St. Stephani von anderen Kirchen? Sie hat ein klares kulturelles Profil. Sie verbindet Kultus mit Kultur. Kultur ist hier kein Sahnehäubchen, sondern steht im Zentrum. Sei es mit den Kulturgottesdiensten zu ganz verschiedenen Themen und den unterschiedlichen kulturellen Sparten von der Literatur, dem Film bis hin zur Architektur. Sie führt Künstlergespräche durch und verbindet damit existenzielle Fragen der Künstler und der Kunst mit religiösen Themen. Sie macht deutlich, dass Kultur und gesellschaftliches Engagement zusammen gehören. So zum Beispiel bei der Ausstellung „Kunst trotz(t) Armut“, die in St. Stephani begleitet wurde von Künstlergesprächen, Podiumsdiskussionen und Chormusik. Ein weiteres Beispiel der gesellschaftlichen Einbindung der Arbeit von St. Stephani ist die Vielfalt an Veranstaltungen zum Thema 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Auch wird mit einem breiten Fächer von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, Filmen mit anschließenden Diskussionen und anderem mehr sich einem Thema genähert. Und dieses nicht aus einer Position der Beliebigkeit heraus, sondern mit einem klaren christlichen Standpunkt.

Über das bereits Gesagte hinaus, das allemal dazu reichen würde, St. Stephani als Kulturkirche auszuzeichnen, wurde mit der Theaterpredigt eine Reihe eingeführt, die das öffentliche Gespräch über das Theater verstetigt und ihm einen Ort gibt. Die Theaterpredigt findet in Zusammenarbeit mit dem Theater Bremen statt. Zu Neuinszenierungen findet jeweils eine Theaterpredigt statt. Ein Geistlicher macht theologische Anmerkungen zu dem entsprechenden Werk und ein Vertreter des Theaters beleuchtet das Stück aus künstlerischer Perspektive. Anschließend wird dem Publikum Raum zur regen Diskussion gegeben.

Die Theaterpredigt ist eine Besonderheit der Kulturkirche St. Stephani. Hier wird exemplarisch mit dem Theater Bremen gezeigt, wie die Zusammenarbeit zwischen einer Kulturkirche und einem Theater gelingen kann und wie beide Seiten, die Kirche und das Theater, einen produktiven Beitrag zum kulturellen, evangelischen und gesellschaftlichen Diskurs leisten können.

Sehr geehrter Pastor von Zobeltitz, Sie haben nach ihrer 12-jährigen Tätigkeit als Schriftführer der Bremischen Landeskirche diese neue Herausforderung angenommen, die Kirche St. Stephani als Kulturkirche zu profilieren. Sie haben damit in Bremen Neuland betreten, dieses Neuland beackert und nun trägt es Früchte. Dazu möchte ich Ihnen herzlich gratulieren.



Überreichung des Kulturpreises „Grenzgänger“ an die Kulturkirche St. Stephani: (v.l.n.r.) Olaf Zimmermann, Louis-Ferdinand von Zobeltitz und Hans-Joachim Frey © EKD, Foto: Andreas Fischer

Gratulieren möchte ich auch Ihnen, Herr Frey. Als Generalintendant des Bremer Theaters sind Sie das Gegenstück, man könnte auch sagen die andere Seite der Medaille der Theaterpredigt in St. Stephani. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass ein Theaterintendant so eng mit einer anderen Einrichtung, gar noch einer Kirche, zusammenarbeitet. Herzlichen Dank dafür. Der evangelische Kulturpreis „Grenzgänger“ soll aber nicht nur besonders gelungene Projekte auszeichnen. Der Preis soll zugleich Ansporn für andere sein, ähnliche Projekte durchzuführen. Insofern wünsche ich Ihnen beiden, Pastor von Zobeltitz und Herrn Frey, viele, sehr viele Nachahmer.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Am Tag nach dem Gottesdienst gibt es ein Theaterstück

Die Neunutzung der St.-Stephani-Kirche in Bremen als erste Kulturkirche Nordwestdeutschlands • Von Louis-Ferdinand von Zobeltitz

Die St.-Stephani-Kirche ist die drittälteste Kirche Bremens. Sie wurde 1139 als Pfarrkirche für die Menschen der Steffensstadt gegründet und war der geistliche und kulturelle Mittelpunkt der westlichen Altstadt. Sie gehört zu den großen Kirchen Bremens, die etwa 900 Menschen Platz bietet.

Städtebauliche Entwicklung, insbesondere der Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Regel nicht evangelisch sind, demografische Gründe und die Kirchenaustrittsbewegung Anfang der 1970er-Jahre haben insgesamt dazu geführt, dass die Gemeinde heute nur noch etwa 1.400 Mitglieder hat. Für diese klein gewordene Gemeinde mit einem sonntäglichen Gottesdienstbesuch von 20 bis 40 Menschen ist die St.-Stephani-Kirche zu groß geworden. Ein kleinerer, in sich abgetrennter Gottesdienstraum im Nordschiff ist für die Stephani-Gemeinde vollkommen ausreichend.

Etwa seit 2005 setzten in der St.-Stephani-Gemeinde deshalb Überlegungen ein, was mit der großen St.-Stephani-Kirche geschehen soll, gerade auch angesichts des städtebaulichen Aufbruchs im Stephani-Viertel, der mit dem Zuzug von Radio Bremen und der Volkshochschule einsetzte. Die St.-Stephani-Kirche an der Schnittstelle von Altstadt und der sich rasant entwickelenden Überseestadt musste sich der neuen städtebaulichen Herausforderung stellen. Denn sie liegt plötzlich nicht mehr im verschlafenen Abseits der Innenstadt. Ihr kommt mit ihrer markanten Silhouette auf einmal eine Brückenfunktion zwischen Altstadt und Überseestadt zu.

Bei den Überlegungen, was mit der Kirche geschehen sollte, ließ sich die Gemeinde davon leiten, dass Kirchenräume, wie die EKD-Synode im Mai 2003 formulierte, „Schlüsselräume der Zukunft“ sind.

In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde wurde bald die Idee geboren, die St.-Stephani-Kirche als Kulturkirche der Bremischen Evangelischen Kirche zu nutzen.

Vielfach wird der Verdacht geäußert, Kirche versuche hier, mit kulturellen Events die Menschen einzufangen, die sie mit der Botschaft des Evangeliums nicht mehr erreichen kann. Dies ist ein grundsätzliches Missverständnis der Arbeit der Kulturkirche. Die Kulturkirche stellt sich vielmehr der Tatsache, dass es eine inhaltliche Nähe zwischen Kirche und Kultur gibt. Glaube und Kunst gehen aus einer gesteigerten Aufmerksamkeit in der Wahrnehmung der Wirklichkeit hervor. Sie öffnen den Blick für jene Bereiche, die sonst leicht übersehen oder missachtet werden. Und dazu gehören alle kulturellen Ausdrucksweisen, die Unbedingtheit, Authentizität und geistiges Ringen um letzte Fragen verkörpern. Obwohl es eine inhaltliche Nähe zwischen Kirche und Kultur gibt, ist das Verhältnis zwischen Kirche und Kultur nicht einfach. Die Kirchen haben die Künste über viele Jahrhunderte nicht nur geprägt und gefordert, sondern eben auch behindert.

Künstler haben deshalb immer noch ein Misstrauen der Kirche gegenüber. Sie sehen oft in der Kirche eine Institution, die dogmatische Wahrheiten verwaltet und die deshalb keinen Raum hat für künstlerische Freiheit. Kultur ist aber ein Spielraum der Freiheit. Sie ist autonom und steht deshalb in einer gewissen Spannung zur Kirche, die der Botschaft des Evangeliums verpflichtet ist. Aber nicht nur die Künstler haben ihre Schwierigkeiten mit der Kirche. Die Kirche und die Kirchenmenschen haben auch Schwierigkeiten mit der Kunst. Christenmenschen haben sich in den letzten Jahrzehnten in ästhetischen Fragen oft genug mit wenig zufrieden gegeben.

Kirche ist auf Kultur angewiesen und Kultur ohne Kirche verliert ihre Tiefendimension und ihre Kraft zur Transzendenz. Kirche und Kultur sind wie Schwestern, die sich manchmal innig lieben, manchmal furchtbar zanken, die sich gegenseitig befruchten, oder aber sich gegenseitig bevormunden. Es gibt Zeiten, da wollen sie nichts voneinander wissen. Aber sie bleiben Schwestern. Solche Zeiten haben wir gerade hinter uns gebracht. Kunst und Kirche beginnen sich wieder gegenseitig wahrzunehmen.

Es gibt eine Neugier aufeinander und ein von gegenseitigem Interesse getragenes Wahrnehmen des jeweils anderen. In dieser Zeit steht das Projekt der Kulturkirche für die neue Lust, die Kirche und Kultur aneinander haben. Eine Kirche, die sich explizit Kulturkirche nennt, betont ihr Kultursein nicht, um die anderen Kirchen auszuschließen, sondern um eine besondere Verantwortung zu übernehmen. Sie ist nicht Konkurrenz, sondern Entlastung und Bereicherung für die anderen Kirchen in der Stadt.

Zum 1. Januar 2007 wurde die Kulturkirche St. Stephani als Projekt der Bremischen Evangelischen Kirche ins Leben gerufen. Das Rückgrat der Kulturkirche St. Stephani sind ihre etwa 50 ehrenamtlichen Mitarbeiter und 60 Mitglieder der Bremer Kantorei Stephani.

In den vergangenen Monaten setzte sich folgendes Profil durch:

- Die inhaltliche Ausrichtung des kulturellen Geschehens ist dem Dialog von Kirche und Kultur verpflichtet. Hier geschieht keine beliebige Kulturarbeit. Die Kirche bleibt Kirche!
- Die Kulturkirche gibt Raum für einen kulturellen Spartenmix und ist damit punktuell eine Ausstellungskirche, Musikkirche, Literaturkirche, Kinokirche u. a.
- Die Kulturkirche St. Stephani arbeitet eng mit großen und kleinen Kulturträgern der Stadt zusammen.

Ein Charakteristikum des Programms ist deshalb seine Vielfalt, die Offenheit, mit anderen zusammenzuarbeiten und der inhaltliche Bezug zu dem, was der Kirchenraum an geistlicher Tradition repräsentiert. Das Programm der Kulturkirche richtet sich nicht ausschließlich an den Anforderungen von Hochkultur aus. Popkultur und Breitenkultur haben hier genauso ihren Platz wie Kultur mit engagiertem gesellschaftspolitischem Anspruch. Jährlich besuchen etwa 18.000 Menschen die Kulturkirche. Sie wird in der breiten Kulturszene Bremens wahrgenommen. Sie öffnet in einem eher säkularen Milieu den Blick auf die Bedeutung der Bremischen Evangelischen Kirche und ihrer Gemeinden für die Bremer Kulturlandschaft. Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen finden über die Kulturkirche neue Zugänge zur Kirche. Mit der Kulturkirche hat die Kulturszene eine verlässliche Partnerin im kulturellen Netzwerk Bremens.

Die Kulturkirche St. Stephani bietet jährlich etwa acht abwechslungsreiche, sehr unterschiedliche Ausstellungen. Sie lädt jährlich zu etwa 25 größeren und kleineren Konzerten und etwa 40 weiteren Veranstaltungen (Gottesdienste, Vorträge, Lesungen, Theater) ein.

Das Projekt „Theaterpredigen“ ist ein gutes Beispiel wie der Dialog zwischen Kirche und Kultur geschehen kann. Kulturkirche und das Theater Bremen kooperieren hier eng miteinander. Zu Beginn der Spielzeit wird festgelegt, welche der Neuinszenierungen sich für eine Theaterpredigt eignen. Es werden Pastorinnen und Pastoren gesucht, die Lust haben, sich auf eine Inszenierung einzulassen, die Proben zu besuchen, mit den Schauspielern, dem Regisseur und Dramaturgen zu sprechen. Etwa 14 Tage nach der Inszenierung wird zu der Theaterpredigt sonntags um 18 Uhr eingeladen. Ein oder zwei Kernszenen werden in der Kirche gespielt. Dann wird das Stück theologisch reflektiert. Der jeweilige Dramaturg erwidert die Theaterpredigt. Dem schließt sich ein öffentliches Gespräch an. Etwa eine gute Stunde dauert die Unternehmung. Da an diesem Projekt eine Vielzahl von Bremer Pastorinnen und Pastoren beteiligt ist, kommen Theater und Kirche in Bremen insgesamt miteinander in Kontakt. Die theologischen Gespräche zwischen Theaterleuten und den jeweiligen Pastorinnen und Pastoren werden als Bereicherung für das Theater und für die Kirche empfunden. Das Projekt „Theaterpredigten“ ist mit dem erstmalig vergebenen EKD-Kulturpreis „Grenzgänger“ ausgezeichnet worden.

Der Verfasser ist Projektleiter der Kulturkirche St. Stephani. Er war vorher 12 Jahre Schriftführer (Bischof) der Bremischen Evangelischen Kirche ■

Kultur und Kirche – Kulturkirche?

Das Thema Kultur und Kirche wird seit der Ausgabe 5/2006 von *politik und kultur* immer wieder aufgegriffen und vertieft. Ein Teil der Beiträge ist inzwischen in dem Buch „Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht“ noch einmal veröffentlicht worden.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat vom 24. bis 26. September 2009 in Kassel einen großen Zukunftskongress veranstaltet. Im Rahmen dieses Kongresses wurde erstmals der „Kulturpreis der EKD Grenzenlos“ verliehen. Preisträger ist die Kulturkirche St. Stephani für ihre Theaterpredigten. Die Laudatio des Geschäftsführers des Deutschen Kulturrates, *Olaf Zimmermann*, wird im Folgenden dokumentiert. *Louis von Zobeltitz*, Projektleiter der Kulturkirche St. Stephani, stellt Kirche und Arbeit vor.

Die Redaktion ■

„Kampfgenosse“ Schiller

Die Feiern zu seinem 175. Geburtstag 1934 in Deutschland • Von Georg Ruppelt

Schiller ist nach Meinung des Verfassers der bedeutendste politische Dichter deutscher Sprache – politischer auch als Bert Brecht. Dies meint seine Werke ebenso wie seine Wirkung. „Zeitgenosse aller Epochen“ hat ihn Norbert Oellers vor knapp 40 Jahren genannt – eine treffende Beschreibung, die anscheinend auch für unsere Zeit gilt, wie die Schiller-Jahre 2005 und vielleicht auch 2009 vermuten lassen.

Zu Schillers 100. Geburtstag wurde 1859 in ganz Deutschland das größte aller Dichterfeste gefeiert. Das nach Einheit und Freiheit strebende Bürgertum fand sich in seinen Forderungen im Werk Schillers wieder. Schiller-Denkmäler, die in den Folgejahren entstanden, zeugen noch heute von der damaligen Begeisterung. 1905 und 1909 hatten die öffentlichen Feiern eine oft nationalistische Färbung.

Ihren Höhepunkt fand diese Sichtweise auf Schiller dann 1934, zwei Jahre nachdem das Buch „Schiller als Kampfgenosse Hitlers“ erschienen war und gut ein Jahr nach den Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933.

Beginn in Marbach

Die Feiern, die in diesem Jahr zu Ehren Schillers veranstaltet wurden, heben sich aus der Menge ähnlicher Veranstaltungen durch die besondere Aufmerksamkeit hervor, die die Staatsorgane und die herrschende Partei ihnen widmeten.

Die erste größere Feier des Jahres fand am 21. Juni in Marbach am Neckar statt. An diesem Tag huldigte die Jugend Deutschlands einem, wie der „Völkische Beobachter“ schrieb, „Paten des 3. Reiches“. Eine Stafette von 18.000 Jungen aus allen deutschen Gauen trug Blumen zum Marbacher Schiller-Denkmal. Eine andere Stafette aus dem Ruhrgebiet trug zur Entfachung eines Holzstoßes, der „zum Zeichen der Wiederauferstehung des heldischen deutschen Geistes Schillers in unserer Zeit“ entflammen sollte, ein Feuer nach Marbach, das an der „ewigen Schlageterflamme“ entzündet worden war.

Feiern im Reich

In den folgenden Monaten fanden in allen größeren Städten Feiern statt. Berlin ehrte Schiller mit einer von bekannten Schauspielern gestalteten Morgenfeier und einer über den Tag verteilten vielstündigen Aufführung des gesamten „Wallenstein“; Frankfurt als „Stadt des Schillerfreundes Goethe“ beging eine Festwoche, die der Präsident der Reichstheaterkammer, Otto Laubinger, in das Zeichen des revolutionären und politischen Schiller stellte; die Schiller-Woche in Bochum stand unter dem Motto „Schillers deutsche Sendung“; Erfurts Bühnen führten zu Ehren Schillers nationalsozialistische Tendenzstücke und Wagners „Tristan“ auf; München ehrte die „zwei hohen Feiern“, nämlich den „Tag der Feldherrnhalle“ (am 9. November 1923 unternahm Hitler seinen Putschversuch) und den Schiller-Geburtstag, mit „Wilhelm Tell“.

Die Universität zu Jena erhielt seinen Namen; Stuttgart weihte ein Schiller-Haus ein. Eine Jubiläumslotterie erinnerte ebenso an den Geburtstag wie zwei Sonderbriefmarken der Reichspost, die ein Porträt Schillers im Lorbeerkranz zeigen. Der Rundfunk machte Schillers Schauspiele zu Hörspielen und trug sie so in die Wohnstuben. Insgesamt wurden 1934 von den einzelnen Sendern sämtliche Stücke Schillers übertragen. Am Sonnabend, dem 10. November, übertrugen ab 20.15 Uhr alle Sender des Reiches eine zweistündige Schiller-Feier.

In der zur besten Sendezeit unter Mitwirkung bekannter Künstler von Theater und Film von der Stuttgarter Liederhalle aus verbreiteten Feier wurden zum Schluss die beiden Nationalhymnen gesendet. – Das Horst-Wessel-Lied galt als zweite Nationalhymne. –

Am Vormittag hatte der Rundfunk bereits die Schiller-Feier aus Marbach übertragen, die mit den Feierlichkeiten in Weimar das herausragende Ereignis dieser Tage darstellte. An der Marbacher Feier nahmen einige Tausend mit Sonderzügen angereiste Festgäste teil.

Die offizielle Rednerliste wies nur einen Namen auf, dessen Träger nicht wenigstens ein Parteiamt innehatte; aber auch Geheimrat Prof. Dr. Otto von Güntter betonte in seiner Rede wie seine Vor- und Nachredner die Bedeutung Schillers für die nationalsozialistische Gegenwart und wies auf die Übereinstimmung von Schillers Weltanschauung und der des Nationalsozialismus hin. Im Verlauf der Feier, die außerhalb des offiziellen Teiles Volksfestcharakter trug, wurde oft „vieltausendstimmig“ das Reiterlied aus dem „Wallenstein“ gesungen.

Der Staatsakt in Weimar

Die „Reichsschillerwoche“ in Weimar begann am 7. November mit einer Freilicht-Veranstaltung, während der „Wallensteins Lager“ aufgeführt wurde, ein 600-köpfiger Knabenchor das Reiterlied sang, der thüringische Minister Wächtler eine Rede hielt („Schillers Wort ’Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein’ muß mit Adolf Hitlers Ruf ‚Du bist nichts, dein Volk ist alles’ leuchtendes Geleitwort für die deutsche Jugend sein.“) und ein Fackelzug zur Fürstengruft führte.

Im Mittelpunkt aller Festlichkeiten stand der Staatsakt der Reichsregierung am 10. November im Weimarer Nationaltheater. Viel Prominenz aus Staat und Partei fand sich zu diesem Tag in Weimar ein, an ihrer Spitze der Führer und Reichkanzler, der „Friedrich von Schiller ehrte, in dem der deutsche Genius des 20. Jahrhunderts sich beugt vor dem Genius des 18. Jahrhunderts“, so der „Völkische Beobachter“ auf der ersten Seite. Das nebenstehende Foto zeigte Hitler beim Verlassen des Schiller-Hauses – in Zivil, Hut in der Hand. Hitler – im Frack – war auch beim Staatsakt am Abend im Weimarer Nationaltheater anwesend. Höhepunkt des Staatsaktes war die Rede des Ministers für Volksaufklärung und Propaganda.

In seiner Rede stellte Goebbels zunächst eine Beziehung zwischen der Gegenwart und Schiller her und nannte Schiller – die Bibel zitierend, was in der Rede mehrmals geschieht – „Blut von unserem Blut und Fleisch von unserem Fleische“. Zweifellos wäre nach Meinung des Ministers Schiller, hätte er im 20. Jahrhundert gelebt, ein Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung geworden. Im neuen Deutschland erlebe Schiller eine Wiedergeburt, zu ihm bekenne sich das ganze deutsche Volk durch den Mund des Propagandaministers.

Die Bedeutung der Schiller-Feiern für die Staats- und Parteiführung

Der Tag vor Schillers Geburtstagsjubiläum, der 9. November, galt als heiligster Tag in dem an Gedenktagen reichen nationalsozialistischen Jahreslauf. An diesem Tag wurde an die „Blutzeugen der Bewegung“, die getöteten Teilnehmer am Hitler-Putsch von 1923, erinnert. Am 9. November 1934 wurden die Gedenkfeierlichkeiten in München jedoch nicht von der gleichen Begeisterung getragen wie im Vorjahr; die Erinnerungen der versammelten Parteimitglieder, besonders der SA-Männer, an die Ereignisse vom 30. Juni desselben Jahres waren noch frisch. Hitlers Vorgehen im Sommer gegen die angeblichen Verschwörer um Röhm hatte 150–200 Menschenopfer gefordert, auf die Hitler in seiner Rede auch als „Blutzeugen“ anspielte.

Ausgabe / Ausgabe A

Ausgabe A / Norddeutsche Ausgabe

Berlin, Dienstag, 13. November 1934

LKISCHER BEOBACHTER

Die Brennessel

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

uer roter Aufruhr in Wien?

ührer Darré eröffnet den Zweiten Reichsbauerntag in Goslar

eihung des wiederaufgebauten Dorfes Oschelbronn

Der Führer ehrt Friedrich von Schiller

Staatsakt der Reichsregierung und Thüringischen Staatsregierung im Weimarer Nationaltheater

Der Führer zur Staatsfeier von Schillers 175. Geburtstag in Weimar: Der Führer verläßt das Schillerhaus, dem er einen Besuch abstattete

Bierpreissenkung in Bayern

Europäische Mächte

Verfügung des Führers

Dr. Ley, Reichsorganisationsleiter der N.S.D.A.P.

Einbau der Jugend in den Beruf

Der Führer Ehrenbürger von Mohrungen

Adolf Hitler an den Kommandanten des Panzerschiffes „Admiral Scheer“

Die stetige Berufung auf Schiller durch Publizisten und Festredner, die leitende Funktionen in Staat und herrschenden Partei innehatten, legt daher den Schluss nahe, dass es den Veranstaltern der Feierlichkeiten vor allem um propagandistische Effekte ging bei jenen, für die Schiller noch eine maßgebende politische und moralische Instanz war.

Ein weiteres Ziel, auf das sich die propagandistischen Bemühungen richteten, lag im westlichen Ausland. Dem Vorwurf, der in der ausländischen Presse und von Emigranten gegen die nationalsozialistische Kulturpolitik im Anschluss an die Bücherverbrennungen und die Verfolgung jüdischer und politisch anders denkender Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller erhoben wurde, der Nationalsozialismus sei barbarisch und ungeistig, versuchte man durch den Hinweis auf die Ehre, die man Schiller und damit dem kulturellen Erbe erweise, zu begegnen. Sogar auf die problematische außenpolitische Situation des Deutschen Reiches erhoffte sich ein Festredner günstigen Einfluss durch die Schiller-Ehrung: „Wenn heute ein gewisser Teil der Welt glaubt, uns nicht anerkennen zu müssen, so appellieren wir an diese Welt draußen im Namen des Genius Friedrich Schillers.“

Wie bei keiner anderen Gelegenheit zeigte sich während der Schiller-Feiern von 1934 das Bemühen der herrschenden Partei, sich als Erbin deutscher Kulturtradition auszuweisen. Die Feiern vom November 1934, besonders der Staatsakt der Reichsregierung in Weimar, und der am 21. März 1933 veranstaltete „Tag von Potsdam“ sind in Zielsetzung und Durchführung wesensgleich. Hier wie dort ging es der nationalsozialistischen Führung darum, sich als Folgeglied in Traditionsketten darzustellen, die eng mit zwei Ortsnamen, Potsdam und Weimar, verbunden sind.

Wird bei der Erörterung der Schiller-Feiern von 1934 dieser politische Hintergrund berücksichtigt, so kann die Frage, ob der Nationalsozialismus sich tatsächlich in den Ideen Schillers wieder erkannte, wie ständig behauptet wurde, nur negativ beantwortet werden. Schiller wurde nicht in diesem überdimensionalen Maße von der nationalsozialistischen Führung gefeiert, weil sein Gedankengut mit der nationalsozialistischen Weltanschauung kongruent war, sondern weil die Berufung auf den innerhalb und außerhalb Deutschlands populären Klassiker Aussichten auf propagandistische Erfolge auch bei skeptischen Adressaten bot.

Der Verfasser ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover und Stellvertretender Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Völkischer Beobachter vom 13. November 1934 **© Privatarchiv Ruppelt**

Die Pianistin im Plenarsaal

Ein Portrait der Politikerin Agnes Krumwiede • Von Alexandra Scherer

„Die Wahrnehmung der Kultur innerhalb unserer Gesellschaft muss sich verändern. Es muss klar sein, dass wir Kultur dringend brauchen. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens. Sie macht das Leben lebenswerter, das muss man den Menschen noch viel bewusster machen. Das sehe ich als meine Aufgabe. Ich sehe mich als Stimme der Kulturschaffenden, die für Kultur wirbt, um ihre Situation in Deutschland zu verbessern.“

Auf solche Töne haben die Kulturschaffenden in Deutschland lange gewartet. Sie stammen von einem Neuling in der Bundespolitik: Agnes Krumwiede, die seit der Bundestagswahl Abgeordnete der Grünen im Bundestag ist. Sie hat Energie, sie meint es ernst und sie ist authentisch. Immerhin ist sie selbst Diplommusikerin, hat in Würzburg Klavier studiert und später ein Aufbaustudium zur Konzertpianistin gemacht. Dieser Werdegang ist in der Politik selten bis einmalig: Agnes Krumwiede ist die erste Pianistin, die je im Bundestag war. Das wurde auch von der jungen Politikerin selbst mit Verwunderung zur Kenntnis genommen: „Ich kann nicht verstehen, warum Musik und Politik als widersprüchlich aufgefasst werden. Als Pianist braucht man immerhin Eigenschaften, die auch als Politiker notwendig sind. In beiden Berufen dient man einer Sache: der Musik oder der Politik, beziehungsweise den Menschen. Man muss sich durchsetzen können, es gewöhnt sein, vor Menschen zu sprechen und mit seiner Nervosität zurechtzukommen. Man muss sich gern darstellen wollen, sowohl am Klavier als auch in der Politik.“

Auch während ihres Studiums war die 32-Jährige die einzige, die überhaupt Mitglied einer Partei war. Das Interesse an der Politik hat bei der Musikerin schon früh angefangen. „Mein Vater ist bei den Grünen, seit die Partei gegründet wurde. Da wurde bei mir zu Hause ständig über Politik gesprochen“, erzählt sie. Als einschneidende Erlebnisse hat sie den Tschernobyl-Unfall 1986 und Gudrun Pausewangs Jugendroman „Die Wolke“ in Erinnerung. „Als Kind habe ich da schon den Entschluss gefasst, dass ich, wenn ich einmal groß bin, etwas besser machen will als die Erwachsenen momentan.“

Nach ihrem Studium ist die Diplommusikerin verschiedenen Tätigkeiten nachgegangen: Sie war journalistisch beim Donaukurier und Bayern Klassik tätig und während einer Mozartproduktion hatte sie sogar ein Engagement am Ingolstädter Stadttheater. Seit 2001 ist sie Mitglied bei den Grünen und hat für Posten im Stadt- und Landrat kandidiert, aufgrund ihres Studiums aber nie für aussichtsreiche Posten. Mit ihrer Kandidatur als Bundestagsabgeordnete hatte sie dann sofort Erfolg. „Dass ich den guten Listenplatz bekommen habe, war sehr überraschend, lässt sich aber damit begründen, dass meine Rede, in der ich über Kreativität gesprochen habe, auch für die Grünen etwas Neues war.“ Das kann man wohl auch von ihrem Wahlkampf sagen: Mit dem Programm „Starke Frauen“ ist Krumwiede gemeinsam mit der Schauspielerin Christine Nonners durch ganz Bayern gezogen und hat Werke von Clara Schumann, Fanny Hensel und der zeitgenössischen Komponistin Mayako Kubo gespielt.

Das Programm, das ausschließlich Kompositionen von Frauen umfasst, ist kein Zufall: Auch in der Politik will sich Krumwiede für die Gleichstellung von Mann und Frau einsetzen, die sie gerade bei den künstlerischen Berufen nicht gewährleistet sieht. „Die Frauenquote an den Musikhochschulen ist immer höher als die der Männer. Auf dem Berufsmarkt sieht das auf einmal ganz anders aus: Hier ist der Frauenanteil verschwindend gering. Man kann sagen, je höher ein Orchester angesehen ist, desto geringer ist der Frauenanteil. Auch am Theater verdienen Frauen grundsätzlich weniger. Das sind Zustände wie vor hundert Jahren und das ist einfach nicht richtig.“ Als Gegenmaßnahme sieht die Politikerin die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote. Das sei zwar „kein Allheilmittel, aber doch eine Übergangslösung“. Auch die sozialen Rahmenbedingungen müssten diesbezüglich verändert werden. Die von den Grünen geforderten Krippenplätze sind laut Krumwiede eine wichtige Voraussetzung, um Frauen die Kombination von Beruf und Familie zu erleichtern.

Kämpferisch zeigt sich die Pianistin auch bei der Frage nach Mindestlöhnen. „Alle Geiger, die mit mir studiert haben und teilweise Meisterklasse oder Konzertexamen haben sind entweder arbeitslos oder wandern von einer prekären befristeten Stelle zur anderen. Wir brauchen einen Mindestlohn für alle Kulturschaffenden, momentan werden sie enorm ausgebeutet.“ Auch Veränderungen im Lehrangebot der Musikhochschulen seien nötig, um diesen Missstand zu verbessern. Das Zusatzangebot von Kursen über Kulturmanagement oder Musikjournalismus, verpflichtender Pädagogikunterricht oder obligatorische Praktika sind Vorschläge der Ingolstädterin. „Ich habe aber oft das Gefühl, dass diese Vorschläge von den Hochschulen selbst nicht gewollt sind. Ich habe mehrere Klavierprofessoren an der Musikhochschule nach der Zukunft ihrer Studenten gefragt und als Antwort bekommen, es wäre nicht ihre Aufgabe, sich darum zu kümmern. Ihre Aufgabe sei es nur, die Studenten zu guten Musikern auszubilden, aber nicht, sich darum zu kümmern, was dann später aus ihnen wird.“

Politikerin und Musikerin: Agnes Krumwiede **Foto: privat**

Mit ihren Forderungen steht die Politikerin den Ideen des DTKV, dessen Mitglied sie auch ist, erstaunlich nahe: „‚Jedem Kind ein Instrument´ soll nicht weiter ein Schlagwort bleiben! Es soll nicht von der Herkunft abhängen, ob ein Kind ein Instrument lernt, oder nicht. Deswegen ist die Verbindung zwischen den Kulturinstitutionen und der Schule so wichtig und sie findet nicht statt.“ Trotzdem will Krumwiede auch in Zukunft nicht verbandspolitisch tätig werden.

Dass sie wohl als Bundestagsabgeordnete kaum noch Zeit für ihr Klavier haben wird, sieht Agnes Krumwiede locker: „Es gibt genug phantastische Pianisten in Deutschland, ich werde also nicht unbedingt gebraucht. Aber ich glaube, die Musiker brauchen mich im Bundestag. Das ist viel wichtiger. Deswegen werde ich noch Klavier spielen, wenn ich Zeit dafür finde, aber zum ersten Mal in meinem Leben nur noch als Hobby.“

Die Verfasserin ist Mitarbeiterin des ConBrio Verlages Regensburg ■

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:
- Auswärtige Kulturpolitik,
- Bildung,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Daseinsvorsorge,
- Erinnern und Gedenken,
- Europa,
- Föderalismusreform
- Informationsgesellschaft,
- Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
- Kulturelle Bildung,
- Kulturfinanzierung,
- Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
- Kulturpolitik allgemein,
- Kulturwirtschaft,
- Künstlersozialversicherungsgesetz,
- Medien,
- Soziale Sicherung,
- Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
- Stiftungsrecht,
- Urheberrecht.

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude **Foto: Deutscher Bundestag**

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 16/13343 (11. 06. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
UNESCO-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes vom 17. Oktober 2003

Drucksache 16/13348 (12. 06. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/13048 –
Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden

Drucksache 16/13802 (17. 07. 2009)
Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Binnenschifffahrt im UNESCO-Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und UNESCO-Biosphärenreservat Mittlere Elbe

Drucksache 16/13868 (05. 08. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13802 –
Binnenschifffahrt im UNESCO-Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und UNESCO-Biosphärenreservat Mittlere Elbe

Drucksache 16/13862 (31. 07. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13792 –
Realisierungswettbewerb für das Berliner Schloss – Humboldt-Forum

Drucksache 16/13564 (25. 06. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/13322 –
Finanzierung des Vorhabens Berliner Schloss – Humboldtforum

Drucksache 16/13750 (06. 07. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion
– Drucksache 16/13523 –
Aktuelle Situation des Kunsthandels in Deutschland im internationalen Wettbewerb

Drucksache 16/13845 16 (27. 07. 2009)
Kleine Anfrage
der Fraktion DIE LINKE.
Musikveranstaltungen der extremen Rechten im zweiten Quartal 2009

Drucksache 16/13896 (14. 08. 2009)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13845 –
Musikveranstaltungen der extremen Rechten im zweiten Quartal 2009

Bürgerschaftliches Engagements

Drucksache 16/12574 (06. 04. 2009)
Antwort
der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/12281 –
Einrichtung eines Jugendfreiwilligendienstes „kulturweit“

Medien

Drucksache 16/11523 (23. 12. 2008)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion
– Drucksache 16/11292 –
Zusagen der Bundesregierung an die Europäische Kommission im Zusammenhang mit der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Zeichnung: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie „Das Letzte“ für mich einmal das Allerletzte wurde

Angeblich war unser Autor – nach einer gründlichen Verhaltens-Modifikation im ehemaligen Ahrtaler Regierungs-Atombunker, dem Wolfgang-Schäuble-Haus, einige Zeit für das Bundesinnenministerium als „Embedded Journalist“ tätig. Wir veröffentlichen nachfolgend seinen vermutlich letzten Beitrag trotz starker Bedenken: Es handelt sich um einen reichlich verwirrten Text, der aber als Dokument journalistischen Niedergangs möglicherweise doch von gewissem zeitgeschichtlichen Interesse sein mag:

Können Sie sich vorstellen, wie mir zumute ist? Fast drei Jahre lang habe ich gedient. Nicht wie ein Minister mit Entourage, allen erdenklichen Vergünstigungen und Pensions-Anspruch. Aus dem Schatten ganz vorsichtig ins Licht – war meine Maxime. Aus dem Stillen, dem Verborgenen heraus habe ich gekämpft für die politischen Ziele meines Dienstherren. Treu, zuverlässig, wirksam. Sicherheit und Ordnung waren meine Leitplanken. Ich habe keine Finte, keine angemessene Korrektur der Realität gescheut, um Anarchisten, Terroristen, Kommunisten oder Kultur-Spinnern das Leben so schwer wie möglich zu machen. Ich habe die gesammelte Potenz meiner spitzen Feder der Sicherung unseres Gemeinwohles in Schäubleschem Sinne zu- und untergeordnet. Ja, ich habe gefälscht, gelogen und manipuliert – aber immer im Dienst der guten Sache, zum Segen der Bürger unseres Landes. Und jetzt das.

Was für ein Tohuwabohu, welch Chaos, und alles ohne Rücksprache mit mir: Diese Wahlergebnisse und ihre personellen Konsequenzen sind doch ein einziges Desaster. Ausgerechnet das Finanzministerium übernimmt mein Boss. Wo er doch genau weiß, dass ich von diesem Terrain null Ahnung habe. Ist er überhaupt noch mein Chef? Oder wurde ich vielleicht schon von Thomas de Maizière übernommen. So kann man doch mit Kultur-Journalisten nicht umspringen. Wenn der de Maizière wie sein Namensvetter Lothar wenigstens eine gewisse DDR-Sozialisation gehabt hätte, wäre er mit optimalen Methoden der Bürgerkontrolle einigermaßen vertraut. So aber...

Das ist einfach alles Murks. Und dann die Elendsschlappe der SPD: Die Riege meiner Zielpersonen im Kulturausschuss: wenigstens halbiert. Monika Griefahn ist komplett weg vom Fenster. Und auf das Gerücht, Ulla Schmidt, Frau Zypries und Peer Steinbrück wollten im warmen Mäntelchen dieses Ausschusses überwintern, gebe ich gar nix.

FDP-Otto und Mundharmonika-Burgbacher verdrücken sich ins Wirtschaftsministerium. Steffen Kampeter hüpft als Staatssekretär die Karriereleiter hoch ins Finanzressort – und hat am Ende wahrscheinlich gar keine Zeit mehr, sich ordentlich um den Kulturrat zu kümmern. Es ist zum Heulen. Soll ich vielleicht künftig mit Siegmund Ehrmann im Wechselsprech Trakel-Gedichte lesen? Mit Monika Grütters auf eigene Kosten bei Borchards Jakobsmuscheln schlabbern? Mit Wolfgang Thierse über Hundsnasen-Fledermäuse diskutieren?

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos“ Foto: C. Oswald

Nein, das ist kein Leben mehr. Ich kündige. Gottlob bewahrheitet sich mal wieder der gute alte Hölderlin: Wo die Not am größten, ist das Rettende nah. Ich kultiviere meine latente Neigung zum Boulevard-Journalismus und habe gerade auch schon eine erste Lehrstunde absolviert. Im Rahmen einer Geburtstagsfete des Opernchor-Sänger-Verbandes kam ich in Kontakt mit einem extrem durchtriebenen, super erfolgreichen Agentur-Kollegen. Eigentlich sollte ich ja checken, inwieweit die Chor-Szene von homoerotischen Tendenzen vereinnahmt wird – sowieso eine glatte Null-Nummer. Stattdessen briefte mich der News-Crack im Destillieren geiler Storys. Da hatte im Rahmen einer ansonsten grunzlangweiligen Talkrunde (der Moderator: eine Katastrophe) Katharina Wagner im äußerst weitschweifigen Kontext kurz erläutert, dass sie – um die Sängerinnen und Sänger vor direktem Kontakt mit Bühnenblut zu bewahren – schon mal Latex-Unterwäsche im Erotik-Shop gekauft hätte. Prompt melden Bild-Zeitung und die „Welt“ am nächsten Tag, dass die Wagner-Urenkelin Kundin bei Beate Uhse sei. Was für ein Coup! Da muss man erst mal drauf kommen – und das ist dann schon ein Spitzenhonorar wert.

Nicht faul prüfe ich eben mal die aktuellen News-Ticker, lese, dass Bundestagspräsident Norbert Lammert ARD und ZDF die Leviten gelesen hätte. Daraus schließe ich messerscharf die bevorstehende Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die evangelische Kirche wählt sich mit Margot Käßmann gerade eine Frau an die Spitze – war Jesus weiblich? Uraufführung des neuen Michael-Jackson-Filmes in China: Ist Obama Taiwanese? Nachrichtenredaktion kann so kreativ und einträglich sein. Ich muss mich kaum umstellen – und schwupps: schon bin ich ein geborenes Mitglied der Springer-Familie. Aus dem neuen Amt grüßt Sie herzlich: Ihr

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Kristin Bäßler, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Marius Digel

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

ISSN 1867-5557

inter|kultur

Nov. – Dez. 2009 | Regelmäßige Beilage zu politik & kultur | Ausgabe 6

Heimat – Wir suchen noch

Von Katrin Göring-Eckardt

Heimat sei eine Utopie, sagte Ernst Bloch und mit ihm Bernhard Schlink. Der marxistische Philosoph Georg Luckács hat die Situation des Menschen in der Welt sogar als „transzendentale Obdachlosigkeit“ bezeichnet. Und in eine ganz ähnliche Richtung zielt Roger Willemsen, wenn er schreibt: „Wir sind alle Heimatvertriebene.“ Hinter all diesen schönen Formulierungen steht eine philosophische Betrachtungsweise: Heimat versteht sich für den Menschen nicht von selbst, er muss sie – im Gegensatz zum Tier, das immer schon eine Umwelt hat, in die es passt und hineingehört – erst suchen und schaffen. Das ist alles richtig, aus einer philosophischen und anthropologischen Sicht.

Theaterproduktion „Heimat im Kopf“ des jungen schauspielhannover. © schauspielhannover / Foto: Karl-Bernd Karwasz

Gleichzeitig ist Heimat etwas völlig Selbstverständliches. Würde ich die Menschen fragen „Was ist Ihre Heimat?“, wer würde wohl antworten, sie wüsste nicht, wo ihre Heimat ist, er sei eigentlich heimatlos, man fühle sich verloren in der Welt und sei noch auf der Suche ... Nein, wir bekämen Antworten wie: „Heimat, das ist der Ort, wo ich meine Freunde habe.“ Oder Sätze wie: „Heimat ist für mich der Geruch des Pflaumenkuchens meiner Mutter“. Oder einfach: „Heimat ist, wo ich mich wohl fühle, wo man mich kennt, wo ich sein kann wie ich bin.“ Dabei ist es nicht egal, ob jemand auf dem Dorf oder in der Stadt aufwächst. Es ist nicht gleichgültig, mit welchen Menschen er oder sie Begegnungen hatte, es ist von Belang, welche Bücher im Regal standen, ob die Kirchenglocken zu hören waren oder der Muezzin rief. Heimat ist so auch immer ein Ort des Dafür- oder Dagegenseins. Es ist der Ort, an dem wir wurden, wer wir sind oder es ist der fehlende Ort, an dem wir nicht werden konnten, wer wir werden wollten. Dabei ist Heimat eben selbstverständlich da. So selbstverständlich, dass wir sie nicht einmal mögen müssen.

In seinem Essay „Wie viel Heimat braucht der Mensch?“ hat Jean Améry die Offenheit des Heimatgefühls zum Ausdruck gebracht: „In der Heimat leben heißt, dass sich von uns das schon Bekannte in geringfügigen Varianten wieder und wieder ereignet. Das kann zur Verödung und zum geistigen Verwelken im Provinzialismus führen, wenn man nur die Heimat kennt und sonst nichts. Hat man aber keine Heimat, verfällt man der Orientierungslosigkeit, Verstörung, Zerfahrenheit.“

Die genannten Beispiele und Themen zeigen, dass Heimat nicht nur ein privates Gefühl ist, sondern entscheidende politische Fragen aufwirft: Wie wollen wir leben? Was bedeutet gutes Leben für uns? Wie muss unsere Umwelt beschaffen sein, damit wir uns wohl und zuhause fühlen? Welche Institutionen wollen wir bewahren, welche auf jeden Fall abschaffen? Das sind Fragen, die durch die Globalisierung noch dringlicher geworden sind. Denn wir alle wissen, dass diese Globalisierung mit massiv gestiegenen Anforderungen an die individuelle Flexibilität und Mobilität einhergeht.

Selbst die „heimatlichste“ Heimat, das Dorf in der Provinz, ist also mehr als nur ein Ort der Stabilität und der Selbstvergewisserung. Heimat hat einen Erlebniswert: Es ist ein Ort, wo andere Menschen sind, die man sich so nicht aussuchen konnte. Ein Ort, der sich verändert. Ein Ort, wo Differenz und Vielfalt erfahrbar sind. Der gängige Vorbehalt gegen den Begriff Heimat, dass er geschlossen sei, abgedichtet gegen andere Kulturen, stimmt demnach nicht so ganz. Denn die Erfahrung von Differenz und Abweichung, des „Wildfremden“, gehört zur Heimat dazu.

Deshalb ist auch der ideologische Gegensatz „Heimat“ versus „multikulturelle Gesellschaft“ aus meiner Sicht ein falscher. Er wurde auch nur von denen aufgemacht, die ihre Heimat offenbar nicht so schön fanden, dass sie Lust auf viel Hinzuziehende gehabt hätten. Denn dass ich starke Heimatgefühle habe, heißt ja nicht, dass ich andere aus meiner Heimat ausschließe. Gemeinsam kann dann etwas Neues aus dem Ort gestaltet werden, ohne Altes zu verdammen. Mit anderen Worten: Heimatgefühl und Weltoffenheit sind keine Widersprüche. Jede „Blut und Boden“-Ideologie ist schlicht Rassismus und hat mit positiven Heimatgefühlen nichts zu tun. Und in einer multikulturellen und multireligiösen Heimat zu leben, ist erst einmal mehr, als in der Gleichförmigkeit und Enge von ausschließlich Ähnlichem.

Der Fußball, gibt da ein gutes Beispiel: Selbst wenn elf Ausländer in der Startelf stehen, feiern die Fans der Mannschaft den Verein immer noch als „ihren“ Verein, der zu ihrer Stadt gehört. Energie Cottbus ist auch ohne einen heimischen Spieler Energie Cottbus, für Real Madrid, Arsenal London oder Schalke 04 gilt das genauso. Für einen Schalke-Spieler aus Brasilien ist Schalke Heimat. Und Brasilien ist auch Heimat. Die Heimat ist eben längst multikulturell geworden, und wo dies nicht zugelassen wird, droht tatsächlich öde Verblödung. In der multikulturellen Heimat soll jeder auf die jeweilige Scholle aufspringen können, wie der Eisbär auch mal von einer Scholle zur anderen hüpft. Damit will ich keineswegs sagen, dass die multikulturelle Gesellschaft ohne Konflikte ist und Migration, wenn sie erzwungen ist, nicht für viele Menschen sehr viel Leid bedeuten kann.

Was ich sagen will ist, dass der positive Bezug zum eigenen Lebensort eine Gesellschaft offener und lebendiger machen kann.

Das zivilgesellschaftliche Engagement, das wir an vielen Orten so bewundern, ist denn auch ohne einen grundierenden Heimatbezug nicht zu erklären. Man denke etwa an Proteste für den Erhalt eines Stadttheaters oder die historische Spurensuche vieler Gruppen, die die Nazigeschichte eines Ortes aufarbeiten wollen. Solche Aktivitäten haben mit dem konkreten Ort zu tun, also mit Heimat. An vielen Orten auf der Welt sind lokale Aktivitäten international vernetzt, eingelassen in eine globale Zivilgesellschaft. Gerade der lokale Bezug zu einem bestimmten Kontext macht das Engagement authentisch und nachhaltig.

Heimat braucht Orte, Institutionen, Kontexte. Kulturpolitik hat deshalb in Zeiten der Globalisierung, in der viele Menschen das Gefühl haben, die Orientierung zu verlieren, eine besondere Aufgabe: Sie muss dafür sorgen, dass kulturelle Orte und Institutionen, die für den Charakter eines Ortes und einer Gegend wichtig sind, nicht einfach so sang- und klanglos verschwinden. Theater, Gebäude und Museen sind weit mehr als Monumente der Vergangenheit, eine Erinnerung an goldene Zeiten. Sie sind vor allem Orte, an denen Öffentlichkeit entsteht, verbindlicher Austausch, wo Erfahrungen mit anderen geteilt werden und Kinder mit neuen und bisher ungekannten Welten in Kontakt kommen.

Im Alltag mögen wir es oft vielleicht gar nicht merken, aber unsere Heimat – ob als Erinnerung oder als Hoffnung – gibt uns mehr Obdach, als wir manchmal ahnen.

DIE VERFASSERIN IST VIZEPRÄSIDENTIN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES UND KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ■

Zu den Bildern dieser Beilage

Die Abbildungen der Beilage Interkultur zeigen Fotos der Theaterproduktion „Heimat im Kopf“, ein Projekt mit jungen Migrantinnen und Migranten aus Hannover. Zusammen mit dem Schauspieler, Theaterpädagogen und Regisseur Nurkan Erpulat haben sich zehn Jugendliche aus Hannover auf die Suche nach ihrer „Heimat“ begeben. Herausgekommen sind Geschichten über das Loslassen und Festhalten, über ihre Erfahrungen in der alten und in der neuen Heimat, über ihre Zukunftsängste und ihre Zukunftsträume. Mitgespielt haben bei der Theaterproduktion Özlem Carici, Sacit Cergel, Arzu Demirtas, Maria Dielmann, Golnoosh Ramazarian Moghaddan, Hila Nawabi, Sezin Onay, Jacyra Otto, Arif Türkan, Mülkiye Yilmaz. Realisiert wurde das Stück im Rahmen von „Theater mobil“, bei dem Künstler in die Schulen oder Jugendzentren gehen, um mit den Jugendlichen vor Ort den Themen der Jugendlichen eine Möglichkeit des künstlerischen Ausdrucks zu verleihen. Die so entstandene Theaterproduktion „Heimat im Kopf“ wurde dann in der Spielstätte des „jungen schauspielhannover“, im Ballhof, gezeigt. „Heimat im Kopf“ ist in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Familie der Stadt Hannover, dem Jugendzentrum Feuerwache und der Alevitischen Gemeinde entstanden und zeigt u.a., wie die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kultureinrichtungen und Migrantenorganisationen verlaufen kann. Wie die kulturelle Vermittlungsarbeit in verschiedenen künstlerischen Sparten aussehen kann, schildern in dieser Ausgabe Ritva Prinz, Flavia Neubauer und Ute Handwerg.

DIE REDAKTION ■

Kulturvermittlung braucht Gemeinschaft

Von Ritva Prinz

Wie feiert man mit dem Kind am 6. Dezember den traditionell sehr wichtigen Jahrestag der finnischen Unabhängigkeit, wenn alle anderen vom Nikolaus reden? Oder wie motiviert man das Kind zum Finnischlernen, wenn Mama dafür die einzige Gesprächspartnerin ist und auch fließend Deutsch spricht? Viele in Deutschland lebende Finninnen und Finnen fühlen sich allein auf weiter Flur, wenn es darum geht, den Kindern Traditionen ihres Heimatlandes weiterzugeben. Die finnischen Sprachschulen unterstützen die Familien in der Vermittlung finnischer Sprache und Kultur.

Theaterproduktion „Heimat im Kopf“ des jungen schauspielhannover. © schauspielhannover / Foto: Karl-Bernd Karwasz

Integration ist kein Problem für die in Deutschland lebenden Finninnen und Finnen. Sie fallen wegen ihres Aussehens auf der Straße nicht auf, verfügen in der Regel über sehr gute Sprachkenntnisse und haben sich gut in der deutschen Gesellschaft eingelebt. Ihre Wurzeln sind ihnen sehr wichtig, aber als verschwindend kleine Minderheit (Ende 2008 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 13.400 Personen von insgesamt gut 6,7 Millionen mit nur einem ausländischen Pass) ist es manchmal sehr schwer, die eigene finnische Identität zu bewahren – geschweige denn, die Traditionen den Kindern weiterzugeben. Der Schlüssel zur Kultur ist die Sprache. Sprache wiederum ist Kommunikation, die sich im menschlichen Miteinander ereignet. In den 1970er Jahren lebten in Deutschland vor allem Finninnen, die ursprünglich als Au-Pair-Mädchen oder zum Studium nach Deutschland gekommen waren und dann einen Deutschen heirateten. Sie erkannten die Wichtigkeit der muttersprachlichen Gemeinschaft, suchten Kontakt zueinander und gründeten die ersten finnischen Sprachschulen.

Damals war die zweisprachige Erziehung noch sehr umstritten und der Nutzen einer „exotischen“ Minderheitensprache für viele nicht erkennbar. Mit finnischem „Sisu“, einer Mischung aus Ausdauer, Beharrlichkeit und Unnachgiebigkeit, schickten die Frauen ihre Kinder jede Woche zum Finnisch-Unterricht und backten und bastelten für Weihnachtsbasare, um die Schule zu finanzieren. Inzwischen bezweifelt kaum jemand die Vorteile der Zweisprachigkeit. In den 24 Finnisch-Schulen in Deutschland lernen ca. 700 Kinder und Jugendliche die finnische Sprache und Kultur kennen. Vielerorts sind bereits die Kinder der ehemaligen Schülerinnen und Schüler dabei. Die Allerkleinsten lernen Bewegungslieder und basteln, die Grundschulkinder schreiben kurze Geschichten und die Jugendlichen unterhalten sich über finnische Geschichte oder die angesagten finnischen Bands. Die Arbeit wird vom finnischen Staat unterstützt und findet breite Anerkennung. „Eine Muttersprache zu haben, ist fein, aber mehrere Muttersprachen sind ein außergewöhnlicher Reichtum. Zwei Muttersprachen bedeuten doppelte Heimat“, sagte die finnische Staatspräsidentin Tarja Halonen ermutigend bei ihrem Besuch in Hamburg im letzten Mai.

Die meisten deutsch-finnischen Kinder und Jugendlichen sind stolz auf ihre Wurzeln und fühlen sich mit Finnland sehr verbunden. „Mein finnischer Teil ist stark, weil er von Sehnsucht geprägt ist, aber mein deutscher Teil ist ebenso stark, weil hier mein Zuhause ist“, beschreibt die 18-jährige Sophie das Gefühl, in zwei Ländern zu Hause zu sein.

Im Alltag muss der finnische Elternteil dennoch viel Ausdauer beweisen, um mit den Kindern konsequent Finnisch zu reden. Und die Kinder müssen auch mal ein Hobby sein lassen, um Zeit für die Finnisch-Schule zu haben. „Zweisprachige Erziehung kann nicht isoliert von dem restlichen Leben betrachtet werden. Das ganze Umfeld spielt eine große Rolle“, betont Logopädin Heli Horn, die Mutter von zwei deutsch-finnischen Kindern ist und an einer Finnisch-Schule unterrichtet. „Eine bi-kulturelle Familie lebt weder in der einen noch in der anderen Kultur, sondern entwickelt eine eigene, individuelle Familienkultur, mit je einmaligen Ausgangspunkten, Werten, Zielen und Ressourcen. Wichtig ist, dass die Herkunftsidentitäten beider Elternteile wertgeschätzt werden.“

Für die Pflege der kulturellen Identität ist Gemeinschaft von wesentlicher Bedeutung. Möglichkeiten zur Begegnung auch über die Finnisch-Schulen hinaus werden von 18 finnischen Kirchengemeinden angeboten, die mit der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammenarbeiten. Es gibt auch andere Institutionen, die Finnland bekannt machen: Die Deutsch-Finnische Gesellschaft zum Beispiel bringt finnische Kultur nach Deutschland, fördert Gemeindepartnerschaften und verbindet Finnen und deutsche Finnland-Freunde. Das Finnland-Institut in Berlin bietet ein Forum finnischer Kultur, Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft. „Wir arbeiten eng mit allen diesen Organisationen zusammen. Unser besonderer Auftrag aber ist es, den hier lebenden Finninnen und Finnen finnischsprachige Gemeinschaft, und so unabhängig von ihrer kirchlichen Bindung, ein Stück Heimat zu bieten. Deshalb reicht unser Angebot von Motorradtreffen bis zum Volkstanz“, berichtet der Geschäftsführer des „Zentrums der finnischen kirchlichen Arbeit“, Mauri Lunnamo. „Durch die acht Mal im Jahr erscheinende Zeitschrift „Rengas“ und unsere Internetseiten werden auch diejenigen erreicht, die außerhalb der Ballungszentren leben und keine finnische Gemeinde vor der Haustür haben.“

Für die Identitätsfindung der im Ausland lebenden Jugendlichen mit finnischen Wurzeln sind Begegnungen mit Gleichaltrigen in Finnland sehr wichtig. Hierbei können jene Einblick in die finnische Jugendkultur bekommen. Dazu finden in Finnland jeden Sommer deutsch-finnische Konfirmandenfreizeiten statt. Zudem organisieren die Finnisch-Schulen Austauschreisen, bei denen die Kinder einige Tage eine finnische Schule besuchen.

Für die Eltern bietet die Gemeinschaft mit Landsleuten die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu ermutigen. Ist das Prinzip, dass jedes Elternteil mit dem Kind nur seine Muttersprache sprechen soll, unumstößlich? Ist es sinnvoll, zuerst in einer Sprache lesen zu lernen und dann in der anderen – oder beides gleichzeitig? Wie verhalte ich mich, wenn Probleme in der Sprachentwicklung auftauchen? „Auch die Fachleute haben zu Fragen der bilingualen Erziehung divergierende Meinungen. Im Volksmund kursieren darüber hinaus viele Mythen, die Eltern leicht verunsichern. Deswegen ist es sehr hilfreich, innezuhalten und die eigene Situation zu reflektieren, im Gespräch mit anderen neue Wege zu suchen – oder einfach zusammen den Reichtum des bi-kulturellen Lebens zu bestaunen“, erläutert Heli Horn, die in den finnischen Gemeinden Seminare über die zweisprachige Erziehung anbietet.

Ob der eher feierlich begangene Unabhängigkeitstag, das ausgelassene Tanzen am großen Feuer zum Johannisfest oder der Tag des finnischen Nationaldichters Aleksis Kivi – in den Finnisch-Schulen lernen die Kinder und Jugendlichen die kulturellen und geschichtlichen Zusammenhänge kennen, und natürlich wird dann auch gemeinsam gefeiert. So erfahren die deutsch-finnischen Kinder, dass auch andere genauso wie sie eine doppelte Heimat haben. Das stärkt den Familien den Rücken auf der Suche nach der richtigen Mischung aus beiden Kulturen. So werden in unserer Familie auch dieses Jahr am 6. Dezember morgens die vom Nikolaus gefüllten Stiefel vor der Tür stehen. Und abends zünden wir eine Kerze in den Farben der finnischen Fahne (blau und weiß) an und hören Musik von Sibelius.

DIE AUTORIN IST REDAKTEURIN DER ZEITSCHRIFT „RENGAS“ UND MUTTER VON DREI DEUTSCH-FINNISCHEN KINDERN ■

Heimat + Film = Heimatfilm?

Von Kristin Bäßler

Was kommt zuerst: die Identität eines Menschen und dann die Heimat? Oder konstituiert sich unsere Identität aus unserer Heimat, aus dem Land, in dem wir wohnen, aus der Gesellschaft, in der wir leben? Wie wird diese Heimat sichtbar gemacht? Sozialwissenschaftler erklären, dass Identität die Interaktion zwischen dem Ich und der Gesellschaft ist. Das Subjekt hat einen inneren Kern, ein Wesen, das in einem kontinuierlichen Dialog mit den kulturellen Welten „außerhalb“ und den Identitäten, die sie anbieten, steht. Kunst und Kultur bilden diese Interaktion ab: im Theater, in der Literatur, der Musik, der bildenden Kunst und im Film.

Seit den 1950er-Jahren wurde selten so viel über Heimat gesprochen wie derzeit. Man beschäftigt sich mit der Frage, ob es für das Selbstverständnis eines Individuums notwenig ist, sich in einer Heimat zu verorten. Das fragt sich nicht nur die Politik, sondern auch die Kunst. Die Auseinandersetzung mit dem Heimatfilm der 1950er-Jahre wird in diesem Zusammenhang immer wieder angesprochen. Galt der Heimatfilm insbesondere in der Nachkriegs-BRD u.a. als Trost für die Zerstörung und Vertreibung aus der „alten Heimat“, in dem das Gegenpanorama der zerstörten Städte und der verwaisten Familien dargestellt wurde, so vehement wurde sich im neuen deutschen Film der 1960er-Jahre gegen die Darstellung rauschender Wälder, Berge und Glückseligkeit begrifflich, politisch und auch künstlerisch abgewandt. Und nun, 20 Jahre nach dem Mauerfall, 19 Jahre nach der Wiedervereinigung, erhebt sich im kulturellen Diskurs wieder die Debatte darüber, was Heimat in Deutschland ist. Dabei wird versucht, eine Synthese herzustellen, die erklärt: heimatliche Verortung ja, Heimattümelei nein. Dabei steht eine Frage im Vordergrund: Was bedeutet Heimat in einer Zeit, in der das Leben oftmals nicht mehr nur an einem Ort, sondern durch die Digitalisierung eigentlich fast überall stattfindet, und in der immer mehr Menschen auswandern und ihre alte Heimat mit einer neuen verbinden.

Wie der Mythos um „die Heimat“ in den 1950er-Jahren filmisch vermittelt wurde, so könnte es nun auch wieder der Film sein, der dazu beiträgt, dass sich der Begriff der Heimat einer neuen Standortbestimmung unterzieht. Der WDR veranstaltete im Oktober eine zweitätige Tagung zum Thema „Plötzlich so viel Heimat. Identität im Wandel in Film, Kultur und Gesellschaft“, bei der vor allem aus Sicht des Films und seiner medialen Möglichkeiten diese Standortbestimmung diskutiert wurde. In seinem Eröffnungsvortrag versuchte der Kulturwissenschaftler Diedrich Diederichsen, auch bekannt durch seine Schriften zur Popkultur, den Mythos um den Begriff Heimat auszuleuchten. Seine These: Heimat ist eine Gegenkonstruktion zu einer Idee von Fremdheit. Und weiter: Dass die Unterschiede zwischen den Fremdheitsvorstellungen – Anonymität, Entfremdung, Exil, Wurzellosigkeit – in diesem Gegenbild verschwinden, machen den Begriff der Heimat so mächtig und dubios.

Neben der Frage, wie Heimat im zeitgenössischen deutschen Film dargestellt wird, ging es bei der WDR-Veranstaltung auch um die Frage, wie sich ein kulturelles Zuhausegefühl in einer multi-ethnischen Gesellschaft darstellt, die einem ständigen Wandel unterworfen ist. So wurde auch das kulturelle Gedächtnis der Migration in Film und Kultur beleuchtet. Die vordergründige Frage, die dabei diskutiert wurde, war: Gibt es heute, Anfang des 21. Jahrhunderts noch so

→ Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

etwas wie den deutschen Heimatfilm? Wenn es stimmt was der Soziologe Stuart Hall sagt, dass nationale Kulturen Identitäten konstruieren, indem sie Bedeutungen der „Nation“ herstellen, mit denen wir uns identifizieren können, und sie in den Geschichten enthalten sind, die über die Nation erzählt werden, in den Erinnerungen, die ihre Gegenwart mit ihrer Vergangenheit verbinden und in den Vorstellungen, die über sie konstruiert werden, dann bedeutet das für den Film, dass auch dieser sich verändern muss, will er über die deutsche Gesellschaft von heute erzählen. Und wenn ja, wie sieht dieser aus und wovon berichtet er?
Die Filmwissenschaftlerin Deniz Göktürk von der Berkeley University zeigte bei der WDR-Tagung anhand von verschiedenen Filmbeispielen wie Film und Heimat neu gedacht werden müssen aufgrund der Tatsache, dass das Leben von vielen eher durch interaktive Verortung und globale Zirkulation gekennzeichnet ist, als durch Beständigkeit und geografische Kontinuität. Göktürk betont, dass Heimat nur in der Fiktion gedacht werden kann, es gibt kein Daheimsein mehr in einer nationalen Kultur. Heimat ist die Überlagerung von Diskursen. Wie diese verlinkte Heimat im Film sichtbar gemacht werden kann, erzählt u.a. Fatih Akin in seinem Film „Auf der anderen Seite“, in dem er zeigt: Egal ob in Hamburg, Bremen, Istanbul oder am Schwarzen Meer, irgendwie ist man überall ein bisschen zu Hause – und gleichzeitig auch ein bisschen fremd.
Für die Frage, wie der Wandel einer Gesellschaft mit Blick auf „Heimat“ vermittelt werden kann, spielen gerade die Medien eine entscheidende Rolle. Denn sie sind es, die nicht nur ein Programm für verschiedene Zielgruppen anbieten sollten, sondern auch entscheidend dazu beitragen, wie Zuwanderer und ihre Geschichten dargestellt und einer breiten Masse vermittelt werden. Wie der Integrationsbeauftragte des WDR Gualitiero Zambonini erklärte, geht es beispielsweise beim WDR insbesondere um die Vermittlung von verschiedenen Identitäten und ihren Geschichten. In diesem Zusammenhang sieht Zambonini eine große Diskrepanz zwischen den politischen Maßnahmen wie dem Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung und den Äußerungen eines Thilo Sarrazin. Die Worte Sarrazins in dem Magazin *Lettre International* sieht er als Symptom dafür, wie heutzutage auf Zuwanderung reagiert wird. Bedrückend ist für ihn, wie viele Menschen die Äußerungen von Sarrazin begrüßen und damit Politik machen. Wie Zambonini deutlich macht, gehe es nicht darum, Probleme, die es in einer Einwanderungsgesellschaft gibt, unter den Tisch zu kehren, sondern grundsätzlich um die Art und Weise, wie über diese Probleme gesprochen und diskutiert wird. Derzeit befinde sich Deutschland im Wandel, in einer gesellschaftlichen Transformation, an der Schwelle zu einem neuen Verständnis dessen, was Heimat ist und wie diese aussieht. Vielleicht ist die Debatte um Heimat und die Frage, welche kulturellen Identitäten dieses Land zulässt, auch eine Möglichkeit, ein neues Bewusstsein dafür zu entwickeln, welche Rolle Erinnerung, Geschichte und Migration für das Verständnis von „Heimat“ spielen, um damit den Blick von der altbackenen Rauschewaldidylle hin zu einem Heimatbegriff zu öffnen, der immer auch das Paradox, das jeweils Andere und Fremde mitdenkt. Heimat ist nicht mehr nur das „eine“, sondern die Überlagerung komplexer Identitäten und Lebensentwürfen. Zu „unserer“ Heimat gehört per se der Wandel und das kulturelle Gedächtnis der Migration. Dieser offene Prozess wird im Medium Film veranschaulicht: Der Film ist ein offener Text, die Suche nach Heimat ein ewiger Prozess.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Polyphonie – Stimmen der kulturellen Vielfalt

Ein (inter-)kulturelles Bildungsangebot für die ältere Generation / Von Flavia Neubauer

Miteinander singen – voneinander lernen. Diese Erfahrung haben seit Beginn des landesgeförderten Projekts „Polyphonie“ in 2007 über 200 Laiensängerinnen und -sänger gemacht. Sie kommen aus allen Teilen der Welt, von Finnland bis Griechenland, von Mexiko bis Korea. Ihre künstlerischen Potentiale und ihr Beitrag zur kulturellen Vielfalt im Ruhrgebiet werden in Workshops aufgegriffen und bei Konzerten an Orten der Hochkultur sicht- und hörbar gemacht. Professionelle Begleitung gewährleistet Qualität – dies gilt sowohl für die Workshops als auch für die gemeinsam mit den Duisburger Philharmonikern veranstalteten Konzerte. Mit Polyphonie, einem Projekt der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010, erprobt das Institut für Bildung und Kultur neue Konzepte für die kulturelle Bildung und Aktivierung älterer MigrantInnen – eine Bevölkerungsgruppe, deren Kulturinteressen und –bedürfnisse bislang kaum wahrgenommen, geschweige denn in Angeboten der Kultur- und Bildungseinrichtungen angemessen berücksichtigt werden.

In allen Phasen des Projekts – von der Planung bis zur Realisation – lautete eine der zentralen Fragen: Sind die Polyphonie-Angebote allen Interessierten, unabhängig von Milieuzugehörigkeit, Herkunft, Bildung und Einkommen zugänglich?

Zugänglichkeit – als Konzept

Sprache ist nur ein Medium, in dem sich die Kommunikation und Interaktion von Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen vollzieht. Wünscht man sich einen lebhaften Austausch auf gleicher Augenhöhe, möchte man den Teilnehmer einen spontanen, emotionalen Zugang zu einem Projekt ermöglichen, so eignen sich andere Kommunikationsmittel sicher besser. Die Wahl fiel auf Musik und den Gesang. Alle, die Freude am Singen haben, Ältere nicht-deutscher und deutscher Herkunft, sollten die Möglichkeit haben, an dem Projekt teilzunehmen – nicht die kulturelle Differenz, sondern der Aspekt des gemeinsamen Interesses steht im Vordergrund. Aline Asvian aus Moskau formuliert es so: „Wir sind alle verschieden, wir kommen aus verschiedenen Kulturen, aber wir sind zusammen und wir verstehen uns gut. Leute zu treffen, die das lieben, was du selbst auch liebst – das bedeutet für mich Glück.“

Zugänglichkeit – eine Einstellungssache

Alle, die an Organisation und Durchführung des Projekts beteiligt sind, treten den (potentiellen) Teilnehmer mit einer offenen, einladenden Einstellung gegenüber, um mögliche Schwellenängste zu nehmen. Nimmt man das Postulat der Zugänglichkeit ernst, so scheint eine solche Einstellung selbstverständlich. Nicht so selbstverständlich, aber durchaus sinnvoll sind Phasen der Selbstreflexion, in der die eigene Haltung und interkulturelle Kompetenz hinterfragt wird.

Zugänglichkeit durch personelle Entscheidungen

Oberste Priorität hatte in der Vorlaufphase des Projekts die Suche nach einem geeigneten Workshop- bzw. künstlerischen Leiter. Mit Bojan Vuletic konnte eine Künstlerpersönlichkeit für das Projekt gewonnen werden, die neben der fachlichen Kompetenz auch über ein hohes Maß an Sensibilität im Umgang und in der Ansprache der Zielgruppe verfügt.
Die künstlerische Herausforderung liegt für ihn darin, die musikalischen Schätze der Teilnehmer zu entdecken und gemeinsam weiter zu entwickeln, so dass bei den Konzerten Lieder aus aller Welt auf authentische und doch neue Weise präsentiert werden können.

Zugänglichkeit durch Methode

Wenn man großen Wert auf die Zugänglichkeit eines Angebots legt, so ist die logische Konsequenz, dass man sich methodisch auf eine sehr heterogene Gruppe einstellt. Die Liebe zur Musik führte tatsächlich viele verschiedene Menschen zusammen: Sie kommen aus 18 Nationen, unter ihnen Akademiker ebenso wie Menschen mit einfachen Berufen. Die Altersspanne reicht von 50 bis 79. Es gibt teilweise große Unterschiede, was die Deutschkenntnisse und die Dauer des Aufenthalts in Deutschland angeht – ebenso in Bezug auf die musikalische Begabung und Vorbildung. Es wurden deshalb Module entwickelt, die je nach Gruppenzusammensetzung, Voraussetzungen und Können der Teilnehmer flexibel anwendbar sind. Es wurde darauf geachtet, dass die Übungen ohne große Erklärungen verständlich sind und auch keine Notenkenntnisse voraussetzen. Für Input sorgen nicht nur die Workshopleiter, sondern auch die Teilnehmer. Fast alle nutzen die Gelegenheit, ein Lied zum Besten zu geben, das ihnen persönlich wichtig ist. Dabei handelt es sich mitnichten immer um traditionelles Liedgut. So singt ein Russe eine italienische Arie, ein Kroate trägt gemeinsam mit einem Polen ein mazedonisches Lied vor und ein Deutscher präsentiert eine Jazz-Ballade.

Zugänglichkeit der Informationen

Für die gezielte Ansprache der verschiedenen Migrantengruppen gelten andere Regeln als für die Mobilisierung deutscher Teilnehmer. Effizientester Weg der Ansprache und Öffentlichkeitsarbeit ist: Mund-zu-Mund-Propaganda, direkte (muttersprachliche) Kontaktaufnahme durch Mittler, Multiplikatoren, Kooperationspartner in Netzwerken und Einrichtungen der Migrationsarbeit sowie durch Migrantenselbstorganisationen. Darüber hinaus ist es wichtig, Kenntnisse über die Medienlandschaft zu gewinnen und die für Migranten wichtigen Medien zu bedienen. Wichtig, aber nicht ganz einfach, ist es, den richtigen Ton für eine positive Ansprache zu treffen. Denn wer möchte schon als jemand angesprochen werden, der sich nur aufgrund des Alters und des Migrationshintergrundes für die Teilnahme an einem Projekt „qualifiziert“?

Zugänglichkeit durch Preisgestaltung und Wahl der Örtlichkeit

Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos. Für viele spielte dieser Umstand bei der Entscheidung, „es mal zu versuchen“ und sich auf etwas Unbekanntes einzulassen, sicher eine große Rolle. Aber auch wenn man festgestellt hat, dass sich eine Teilnahme lohnt, können selbst moderate Preise für viele aufgrund ihrer niedrigen Renten ein Hindernis darstellen.
Bei der Wahl der Workshoporte wurde auf eine gute Erreichbarkeit geachtet. Für die ersten Workshops wurden zudem Orte gewählt, die vielen Teilnehmer bekannt sind, z.B. in einem für sein interkulturelles Kulturprogramm bekanntes Theater oder ein multikulturelles Bildungs- und Kulturzentrum.

Ein Projekt mit nachhaltiger Wirkung?

Höhepunkt der dreijährigen Entdeckungsreise wird das Abschlusskonzert am 9. Mai 2010 im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 sein. Zweifelsohne hinterlässt Polyphonie bei den direkt am Projekt Beteiligten einen nachhaltigen Eindruck. In besonderer Weise gilt das für die Laiensängerinnen und -sänger, aber ebenso für das Projektteam und die professionellen Musiker aus dem Klassik- und Jazzbereich, wie auch folgende Rückmeldung aus den Reihen der Duisburger Philharmoniker zeigt: „Die mitwirkenden Philharmoniker waren vor allem beeindruckt von der Authentizität des Ausdrucks und der Echtheit und Tiefe des musikalischen Empfindens. Zu erleben, wie existentiell wichtig Musik für die teilnehmenden Amateursänger ist, war Anstoß die eigene professionelle Haltung zur Musik zu reflektieren.“
Polyphonie wirkt aber auch über die Projektlaufzeit hinaus. Die Erfahrungen aus der kulturpädagogischen Arbeit werden evaluiert und interessierten Fachleuten zur Verfügung gestellt. Angestoßen durch die Erfahrungen des Projekts mit hochengagierten russischsprachigen Älteren, wurde in Kooperation mit dem Landesbetrieb Information und Technik des Landes NRW sowie einem russischsprachigen Verlag eine Befragung durchgeführt, die sich speziell an die

Seite 4

Theaterproduktion „Heimat im Kopf“ des jungen schauspielhannover. © schauspielhannover / Foto: Karl-Bernd Karwasz

Fortsetzung von Seite 3

russischsprachige Generation 50+ wendet, um soziodemografische Informationen zu sammeln und mehr über Kulturinteresse und Nutzung kultureller (Bildungs-)Angebote, über Informationswege und mögliche Zugangsbarrieren zu erfahren. (Die Ergebnisse der Studie sind auf der Website www.polyphonie.eu abrufbar.)

Die Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem Kultur-, Bildungs- und Sozialbereich führt zu einem intensiven Austausch von Experten, der sich auch in neuen Projekten und konkreten Maßnahmen niederschlägt. Sie haben die interkulturelle Öffnung von Kultureinrichtungen zum Ziel. So wird beispielsweise erstmals ab September 2009 der „Kulturführerschein® International“ durchgeführt, ein Fortbildungsprogramm, das neue Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements außerhalb der Migrantencommunities und im Überschneidungsbereich zwischen Kultur und Sozialem erschließt. Auch für die Duisburger Philharmoniker bleibt die Beteiligung an dem Polyphonie-Projekt nicht ohne Folgen. Der Intendant Dr. Alfred Wendel: „Durch die Konzerte haben wir eine große Zahl von Menschen in unser Haus gezogen, die bislang nicht zu unserem Publikum zählten, unter anderem all die Freunde und Verwandten der Sängerinnen und Sänger unterschiedlichster Herkunft. Hier sind Barrieren abgebaut und Wege zu neuen Publikumskreisen erschlossen worden, die wir gezielt weiter ausbauen werden.“

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN IM INSTITUT FÜR BILDUNG UND KULTUR E.V., REMSCHEID ■

Weitere Informationen auf www.polyphonie.eu

Theater interkulturell – eine Bestandsaufnahme

Von Ute Handwerg

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Spiel & Theater führte im Zeitraum von April-November 2007 eine bundesweite Bestandsaufnahme zur Theaterarbeit von Kindern und Jugendlichen durch. Augenmerk der Erhebung lag dabei insbesondere auf der Theaterarbeit, die mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte durchgeführt wird. Gefördert und mitinitiiert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Theaterproduktion „Heimat im Kopf“ des jungen schauspielhannover. © schauspielhannover / Foto: Karl-Bernd Karwasz

Die BAG Spiel & Theater setzt seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Initiativen einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in den Bereichen Interkultur, Migration und kulturelle Vielfalt. Generiert hat sich dieses inhaltliche Profil ganz wesentlich aus der langjährigen internationalen Arbeit des Verbandes, die sich auf Länder wie die Türkei, Russland, Marokko, Ghana u. a. konzentriert. Insbesondere durch die Kooperationen mit der Türkei und Russland wurde die Arbeit im nationalen Kontext zunehmend auch durch Fragestellungen, die sich auf die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund beziehen, bereichert.

Die Zielsetzungen der Bestandsaufnahme waren auf zwei Ebenen angesiedelt. Die erste Ebene umfasste eine Übersichterstellung, an welchen Orten und in welcher Weise interkulturelle theaterpädagogische Projekte angeboten werden und inwieweit Migrant(inn)en daran teilhaben. Im Kern wurden künstlerische Zielsetzungen, Prozesse bei der Themenauswahl, theaterpädagogische Methoden, Kooperationsmodelle, allgemeine und besondere Rahmenbedingungen der Theaterarbeit, die Einschätzung des Integrationspotentials dieser kreativ-ästhetischen Arbeit und die der individuellen Auswirkungen auf die jungen Teilnehmer(innen) abgefragt. Auf der zweiten Ebene wollen wir mit den Ergebnissen der Erhebung die Szene der beteiligten Theaterverbände, Institutionen und Initiativen zu einer verstärkten und selbstverständlichen Arbeit mit jungen Migrant(inn)en anregen. Parallel verlaufende Strukturen im Feld sollen für das Thema weiter geöffnet, bisher nicht erreichte Akteure in die Arbeit eingebunden, die Kommunikation untereinander verbessert, neue Formen der Kooperation erprobt und weitere notwendige Initiativen entwickelt werden. Ausgangspunkt für diesen Prozess sind die von Expert(inn)en auf Grundlage der Befragungsergebnisse formulierten Handlungsempfehlungen. Sie werden mit der aus dem Projekt hervorgegangenen Dokumentation (Hoffmann/Klose 2008) zur Diskussion gestellt. Neben den Handlungsempfehlungen und den statistischen Ergebnissen stellt die Publikation auch Erkenntnisse aus der Theorie vor und veranschaulicht anhand von Praxisbeispielen Erfahrungen interkultureller Theaterarbeit. Komplettiert wird sie durch einen umfangreichen Serviceteil, der konkrete Hilfestellungen für Vernetzung und Finanzierung enthält.

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme basieren auf den Erfahrungen von 471 Projektleiter(inne)n. Insgesamt wurde über 696 Theaterprojekte Auskunft gegeben. Die Erhebung wurde als computergestützte schriftliche Befragung vorgenommen. Die statistische Aufbereitung des Zahlenmaterials erfolgte mit Unterstützung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Ev. Kirche in Deutschland (Hannover).

Ein knapper Aufriss zur Situation der Projektleiter, wie sie sich aus den erhobenen Angaben ableitet, zeigt das Folgende: Die im Feld der interkulturellen Theaterarbeit Tätigen sind im Regelfall hoch qualifiziert. Der größte Teil der Projektleiter agiert auf freiberuflicher Basis. Knapp ein Viertel der Befragten hat einen Migrationshintergrund, der im Gegensatz zu den Befragten ohne Migrationshintergrund, überwiegend als starker bis sehr starker Einflussfaktor auf die eigene Arbeit wahrgenommen wird.

Mit Blick auf die Theaterprojekte, ihre Orte und Rahmenbedingungen, lässt sich im Überblick festhalten: Die größte Bedeutung als institutionelle Träger der interkulturellen Theaterarbeit fällt den Schulen (30%) und den Theatern (27%) zu. An Migrantenorganisationen angegliederte Projekte existieren nahezu nicht. – Hier wären weitere Recherchen notwendig, um zu klären, ob interkulturelle Theaterarbeit selten Aufgabe dieser Verbandsstruktur ist oder ob im Rahmen unserer Erhebung der Bereich unzureichend angesprochen werden konnte. – Am häufigsten werden Jugendliche zwischen dem 15. und dem 18. Lebensjahr erreicht. Kinder unter sechs Jahren sind nur zu 5% in den erfassten Theaterprojekten vertreten. Diese Angaben liegen deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (Mikrozensus 2005). Der Ansatz der frühkindlichen Förderung greift im Bereich der interkulturellen Theaterarbeit offenbar völlig unzureichend.

Finanziert werden die erfassten Theaterprojekte ganz überwiegend aus öffentlichen Mitteln. Nach Einschätzung der Projektleiter stehen die Teilnehmer mehrheitlich gut bis sehr gut in Beziehung zur sogenannten Mehrheitskultur. Mit Blick auf die individuellen Auswirkungen der Theaterarbeit auf die Teilnehmerschaft geben die Projektleiter an, dass in erheblichem Maße die Kommunikationsfähigkeit und die Fähigkeit zum Aneignen anderer Sichtweisen gefördert werden. Weiterhin werden das Interesse an gesellschaftlichen Fragen und die Offenheit für andere Kulturen deutlich begünstigt. Insgesamt räumen die Projektleiter der Theaterarbeit ein sehr hohes Integrationspotenial ein.

Gefragt nach ihrem Unterstützungsbedarf machten sie sehr klare Aussagen. Die wichtigsten Punkte dabei sind Vernetzung und Austausch, Fort- und Weiterbildung und die Beratung bei der Finanzierung interkultureller Theaterprojekte. Ganz oben auf der Liste steht der Wunsch nach Unterstützung bei der Vernetzung und dem Austausch mit anderen Projekten. Mit einer Datenbank, die alle erfassten Projekte der Bestandsaufnahme auflistet und eine Vernetzung nach unterschiedlichen Suchkriterien ermöglicht, ist hier ein erster Schritt unternommen worden (www.bag-online.de). Austausch ist seitens der Projektleiter auch auf der internationalen Ebene gewollt. Mehr als ein Viertel der Befragten wünscht sich Unterstützung bei der Initiierung von Begegnungen mit Menschen aus den Herkunftskulturen der Projektteilnehmer. Internationale und nationale Arbeit können an diesem Punkt synergetisch zusammenkommen, neue Erfahrungsräume öffnen, neue Gestaltungsebenen schaffen und eine längst überfällige Aufhebung der Trennung beider Bereiche kann erfolgen. An dieser Stelle wird die BAG Spiel & Theater sich mit ihren Erfahrungen in die Diskussion einbringen und entsprechende Initiativen entwickeln.

Beratung wünschen sich die Befragten insbesondere auch im Bereich der Aus- und Fortbildung, dem in einer multiethnischen Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zukommt. Die theaterpädagogischen Konzeptionen und Angebote müssen vor der Folie von Migration und Kultureller Vielfalt auf ihre Ansatzpunkte kritisch geprüft und fachlich weiterentwickelt werden. Es gilt stärker als bisher die wissenschaftliche und politische Reflexion des Themas Migration als festen Bestandteil in die Aus- und Fortbildungsprogramme einzubeziehen. Aus den Ergebnissen der Erhebung lässt sich der besondere Bedarf an qualifizierten Aus- und Fortbildungsangeboten für den Bereich der frühkindlichen Förderung ableiten. Hier muss eine Intensivierung der Bemühungen aller Beteiligten erfolgen.

Der Aufgabenkatalog, den die multiethnische Gesellschaft hervorbringt, stellt die Verbände und Institutionen der kulturellen Bildung vor große Aufgaben. Kulturelle Bildung kann auf Grund ihrer unbestrittenen Potentiale einen wichtigen Beitrag bei der Gestaltung von Gesellschaft leisten. An unüberwindbare Grenzen gelangt sie, wenn die grundlegenden Rahmenbedingungen in den Bereichen Gesetz, Politik und Finanzen fehlen. Sie sind die Voraussetzung für das Gelingen einer nachhaltigen Integrationspolitik in Deutschland.

Literatur:

Hoffmann, K., Klose, R. (Hrsg.) (2008): Theater interkulturell. Theaterarbeit mit Kindern und Jugendlichen, Milow.
Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden, S. 32.

DIE VERFASSERIN IST GESCHÄFTSFÜHRERIN DER BAG SPIEL & THEATER ■

Impressum
interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Kristin Bäßler, Andreas Kolb

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung